19. Wahlperiode

Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 43. Sitzung
- endgültige Fassung* -

3. Untersuchungsausschuss
Berlin, den 22. April 2021, 10.30 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

Einziger Punkt der Tagesordnung **Seite**

Öffentliche Zeugenvernehmung

Olaf Scholz **9**
(Beweisbeschluss Z-10)

* Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des Zeugen zum Protokoll sind mit einem *) gekennzeichnet.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	**Stellvertretende Mitglieder**
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Hauer, Matthias Dr. h. c. Michelbach, Hans	
SPD	Zimmermann, Jens Kiziltepe, Cansel	
AfD	Gottschalk, Kay	König, Jörn
FDP	Dr. Toncar, Florian	Schäffler, Frank
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Dr. Bayaz, Danyal	Paus, Lisa

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Gerster, Cornelius Günther, Kevin Becker, Johannes	Feser, Andreas
SPD	Schauhoff, Lenard Schneider, Yannik Hawxwell, Anne Sacharow, Alexander Weber, Saskia Sondhauß, Nora Reese, Noah Kelaf, Zahra Gallander, Markus	
AfD	Olheide, Ralf Dabelstein, Lorenz	
FDP	Reuss, David Schilling, Philipp	
DIE LINKE.	Olschewski, Niklas	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kern, Florian	

Nur zur dienstlichen Verwendung

BMI	ORR´in Shila Allabaei
BMF	RD Robert Fritz Laiadhi, RRin RDin Barczyk Rosenberger ORR Madras ORR
BMWi	MR Dr. Jürgen Schiemann
BMJV	ORR Jonas Scholz Zorn
AA	LR I Andreas Gloßner
BKAmt	MRin Dr. Silvia Bosch

Teilnehmer Bundesregierung

Teilnehmer Bundesrat
Land

Bayern	RRin Jasmin Sikler
Hessen	Stefan Schweers

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn 11.16 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere 43. Sitzung, die zugleich unsere 27. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest - und schaue mich da noch mal zu Herrn Fleischer um -, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist - er nickt, das ist gut -, und begrüße daher recht herzlich auch die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Außerdem heiße ich wie immer die anwesenden Vertreter der Bundesregierung und des Bundesrates recht herzlich willkommen nach einer wieder mal sehr kurzen Nacht; aber Sie sehen alle blendend aus. Ebenso begrüße ich herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer in den Streamingsälen. Bitte beachten Sie, dass die nachfolgenden Hinweise auch für Sie gelten.

So sind eigene Ton- oder Bildaufnahmen von der Sitzung nicht gestattet. Zuwiderhandlungen können nicht nur zu einem Sitzungsausschluss, sondern auch zu einem Hausverbot und zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Olaf Scholz
(Beweisbeschluss Z-10)

Vernehmung des Zeugen
Olaf Scholz

Unser heutiger Zeuge hat jetzt bereits Platz genommen. - Herr Minister, ich heiße Sie recht herzlich im Namen des Ausschusses willkommen.

Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in dieser Sitzung einverstanden erklärt. Dafür - wie bei jedem Zeugen und bei jeder Zeugin - einen herzlichen Dank. In der Reihe der vielen Zeugen haben Sie uns allen damit sicherlich einen Sitzungstag geschenkt.

Insoweit kann ich mich an dieser Stelle auf die technischen Hinweise beschränken. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann die Möglichkeit, über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad dieser Sitzung zu beschließen. - Herr Minister, haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. - Dann möchte ich Sie noch bitten - obwohl ich denke, auch da sind Sie Vollprofi -, immer darauf zu achten, das Mikrofon, wenn Sie das Wort ergreifen, einzuschalten, weil wir neben unseren stenografischen Aufzeichnungen ja auch ein Tondokument schneiden. Und wie immer an dieser Stelle auch recht herzlichen Dank an unseren wunderbaren Stenografischen Dienst.

Herr Scholz, ich würde Sie nun kurz zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Alter, Beruf, Wohn- oder Dienstort mitteilen, Herr Scholz.

Zeuge Olaf Scholz: Ich heiße Olaf Scholz. Ich bin am [redacted] geboren worden in [redacted]. Von Beruf bin ich Rechtsanwalt. Mein Dienstort ist Berlin, das Bundesministerium der Finanzen. Und ich übe die Tätigkeit des Bundesministers der Finanzen aus.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr Scholz. - Herr Minister, Sie können, wenn Sie

Nur zur dienstlichen Verwendung

das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand dieser Vernehmung bekannt ist. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Zeuge Olaf Scholz: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich heute Gelegenheit habe, Ihnen hier im Ausschuss Rede und Antwort stehen zu können und meinen Teil zur Aufklärung im Rahmen Ihrer Arbeit zu leisten.

Zu Beginn möchte ich feststellen: Die Umstände, die zur Insolvenz der Aktiengesellschaft Wirecard geführt haben, stellen den bislang wohl größten Skandal von Bilanzfälschung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland dar. Wohl noch nie ist gegen nahezu das gesamte Topmanagement eines DAX-Konzerns wegen gewerbsmäßigen Bandenbetrugs, wegen Fälschung und Untreue staatsanwaltschaftlich ermittelt worden. In dem Unternehmen wurde offensichtlich mit hoher krimineller Energie gehandelt. Es ist richtig und gut, dass dieser Fall nun gerichtlich aufgeklärt wird und die Täter sicher hart bestraft werden. Richtig und gut ist auch, dass sich der Deutsche Bundestag mit diesem Fall beschäftigt. Ihre Aufklärungsbemühungen in diesem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss sind wichtig, und dafür möchte ich mich ausdrücklich bei Ihnen bedanken.

Und nun eingangs zu einigen Punkten.

Erstens. Wir haben es mit einem Skandal zu tun, der durch schwere kriminelle und betrügerische Handlungen von Verantwortlichen der Wirecard AG zustande gekommen ist. Elf Jahre lang sind diese Betrügereien nicht aufgedeckt worden, weil die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die dafür verantwortlich war, die Bilanzen von Wirecard auf Herz und Nieren zu prüfen, keine Unregelmäßigkeiten erkannt oder festgestellt hat, sondern jeden einzelnen Jahresabschluss testiert hat. Deswegen haben die Verantwortlichen bei Wirecard sowohl Anleger, Börsenaufsicht, Staatsanwaltschaft als auch die Öffentlichkeit über Jahre ungehindert täuschen können. Die Verantwortung für diesen groß angelegten, hochkriminellen Betrug trägt nicht die Bundesregierung. Das Unternehmen war auch meines Wissens zu keinem Zeitpunkt Thema im Kabinett.

Zweitens. Für die Finanzaufsicht in Deutschland ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die BaFin, zuständig. Sie hat in den Jahren, in denen ich Verantwortung im Bundesministerium der Finanzen trage, im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten gehandelt. Aber: Mit dem Wissen und den Erkenntnissen von heute ist klar: Das Aufsichts- und Kontrollgefüge ist für einen solch erheblichen kriminellen Angriff nicht gut genug gerüstet.

Genau deshalb hat das Bundesministerium der Finanzen im vergangenen Sommer schnell gehandelt, um die richtigen Lehren und Schlussfolgerungen aus diesem schlimmen Fall zu ziehen: mit einem weitreichenden Aktionsplan, mit klaren Vorgaben und neuen Befugnissen für die BaFin, mit einer breit angelegten inhaltlichen und personellen Reform bei der Finanzaufsicht, mit noch strikteren Vorgaben für die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und mit einem Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität. - All das habe ich zügig auf den Weg gebracht.

Viele Anlegerinnen und Anleger sind von den Verantwortlichen bei Wirecard getäuscht worden und haben viel Geld verloren - private Anlegerinnen und Anleger genauso wie Banken und institutionelle Anleger. Mindestens so schlimm wie die finanziellen Verluste ist natürlich der Verlust von Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland, das Vertrauen in die Mechanismen und Institutionen, deren Aufgabe es ist, solche Betrügereien zu verhindern. Dieses Vertrauen wiederherzustellen, ist jetzt unsere wichtigste Aufgabe.

Aus der Sicht und mit dem Wissen von heute muss man klar sagen: Seit 2008 hat es immer wieder in der öffentlichen Berichterstattung Hinweise darauf gegeben, dass es beim Unternehmen Wirecard Unregelmäßigkeiten gegeben habe, etwa wenn wir an den Zatarra Report im Jahre 2016 denken. Lange - zu lange - wurde allein den Beteuerungen der zuständigen Wirtschaftsprüfer geglaubt. Sie bekundeten in Reaktion auf solche

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorhaltungen stets, bei der Wirecard AG sei alles in Ordnung. Heute wissen wir: Das entsprach nicht der Wahrheit.

Nachdem die „Financial Times“ Ende Januar und Anfang Februar 2019 abermals kritisch über Wirecard berichtete, hat die BaFin unter anderem die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung, die gesetzlich genau dafür zuständig ist, mit einer Prüfung der Bilanz beauftragt. Die BaFin ist also gegen das Unternehmen vorgegangen und hat den Stein ins Rollen gebracht. Von daher ist es ein absurdes Märchen, dass die BaFin oder das BMF eine schützende Hand über das Unternehmen gehalten hätte.

Wahr ist heute aber auch, dass das bislang gesetzlich vorgeschriebene zweistufige Verfahren der Bilanzprüfung im Falle von Manipulation und Betrug nicht ausreichend ist. Es ist zu langwierig, zu oberflächlich und hat zu wenig Biss. Öffentliche Stellen müssen das Recht erhalten, jederzeit selbst und ohne Umwege oder Zustimmung der Betroffenen auch forensisch prüfen zu können. Deshalb sieht das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität vor, der BaFin dazu die Möglichkeit und das notwendige Personal zu verschaffen. Mein Ziel ist es, in Deutschland eine Finanzaufsicht zu etablieren, die weltweit in der obersten Liga spielt und eben Biss hat.

Während die Untersuchung der DPR lief, sorgte der Druck der Finanzmärkte, aber auch von Journalisten nach Veröffentlichungen in der „Financial Times“ von Mitte Oktober 2019 dafür, dass der Aufsichtsrat der Wirecard AG Ende Oktober 2019 ein forensisches Sondergutachten der Wirtschaftsprüfer von KPMG beauftragte. Als dieses Gutachten Ende April 2020 vorlag, blieben wichtige Punkte ungeklärt. Die BaFin stellte kritische Fragen und hakte bei dem Unternehmen nach. Zwei Monate später musste die Wirecard AG dann endlich einräumen, dass die eigenen Bilanzen nicht stimmten. Die BaFin erstattete mehrere Anzeigen gegen Wirecard. Daraufhin führte die Staatsanwaltschaft eine Durchsuchung durch. Der Vorstandsvorsitzende wurde festgenommen, ein anderer Vorstand setzte sich ab, wie wir wissen.

Schon wenige Wochen später habe ich gemeinsam mit der Bundesjustizministerin einen umfassenden Aktionsplan vorgelegt und meine Vorstellungen der nötigen Reformen skizziert. Hierzu gehörten vor allem eine Neuaufstellung der Verfahren zur Bilanzkontrolle, zur Einstufung von Unternehmen und Geschäften im Zahlungsdienstbereich, neue Regeln für die Aufgaben und Rolle der Wirtschaftsprüfer, aber auch die Reform der Organisationsstruktur, der Ressourcen und Arbeitsabläufe innerhalb der BaFin. Dieser Aktionsplan ist Grundlage des Gesetzes zur Stärkung der Finanzmarktintegrität, das wir noch im Dezember 2020 im Kabinett beschlossen haben und das gegenwärtig im Bundestag beraten wird. Lassen Sie mich an dieser Stelle einen Appell loswerden: Ich baue auf Ihre Unterstützung, dass wir dieses Gesetz nach den notwendigen und sorgfältigen parlamentarischen Beratungen nun bald abschließen, damit es dann auch rasch in Kraft treten kann und nicht jetzt noch von Lobbyinteressen verwässert und zerrieben wird.

Im Kern geht es bei diesem Gesetz um folgende Reform: Der bisher zweistufige Aufbau der Bilanzkontrolle unter Einbindung der DPR hat sich für eine forensische Bilanzkontrolle als nicht tauglich erwiesen. Er soll grundlegend zugunsten eines stärker hoheitlich geprägten Bilanzkontrollverfahrens reformiert werden. Ich bin für ein hoheitliches Sonderprüfungsrecht, das auch ohne die Mitwirkung des betroffenen Unternehmens durchgeführt werden kann. Es soll Auskunftsrechte gegen Dritte ebenso einschließen wie die Möglichkeit forensischer Prüfungen sowie das Recht, die Öffentlichkeit früher als bisher über ein Vorgehen der BaFin bei der Bilanzkontrolle zu informieren. Die Abschlussprüfer börsennotierter Aktiengesellschaften sollten häufiger rotieren, um einen frischen Blick auf die Bilanzen zu garantieren. Und ich bin der Auffassung, dass Prüfung und Beratung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften noch klarer voneinander getrennt werden müssen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Prüfer künftig zudem für Fahrlässigkeit wesentlich höher haften sollen.

Wir schlagen außerdem striktere interne Kontrollen in Unternehmen, Eingriffsbefugnisse der BaFin bei ausgelagerten Bankfunktionen und

Nur zur dienstlichen Verwendung

eine Verschärfung des Bilanzstrafrechts vor. Dies soll in dreierlei Weise wirken: einmal generalpräventiv, zum anderen deutlich repressiver gegenüber den Tätern und schließlich auch handlungsleitend für die Strafverfolgungsbehörden, vor allem die Staatsanwaltschaften. Wir haben es - das, glaube ich, muss man sehr klar und deutlich sagen - nicht mit Kavaliersdelikten zu tun, sondern mit schweren Straftaten. Deshalb braucht man auch das nötige Rüstzeug, um dagegen entschlossen und wirksam vorgehen zu können.

Schließlich geht es auch um die Compliance-Regeln für den Handel mit Finanzinstrumenten und interne Kontrollinstrumente bei der BaFin und andernorts. Die bisherigen Regeln mussten aus meiner Sicht verschärft werden. Deshalb begrüße ich es, dass die Hausleitung der BaFin in enger Abstimmung mit dem BMF bereits im Oktober 2020 private Finanzgeschäfte ihrer Beschäftigten mit Finanzinstrumenten finanzieller Kapitalgesellschaften mit Sitz oder der Niederlassung in der EU - - in Kraft gesetzt* hat. Sie wissen, dass es mittlerweile auch noch weitere Regelungen in dem Gesetzentwurf, von dem ich schon gesprochen habe, gibt. Zudem habe ich schärfere Compliance-Regelungen und eine neue Überwachungseinheit im BMF mit Wirkung zum 1. April installiert. Andere Ressorts wollen dem ja wohl folgen. Das BMF ist das erste Ministerium der Bundesregierung, das solche strengen Regeln hat, und ich hoffe, dass wir Nachahmer finden werden.

Drittens. Das Unternehmen Wirecard war mir schon vor meiner Zeit als Finanzminister ein Begriff. Zwar war es ein Unternehmen unter vielen in seiner Anfangszeit, aber es ist auch ein solches gewesen im Herbst 2018, als es in den DAX aufstieg. Es gab von meiner Seite aus keine besondere Fürsorge, Betreuung oder Beachtung für die Wirecard AG. Weder habe ich also als Bundesminister der Finanzen das Unternehmen bei München je besucht noch mich mit dem Vorstand oder Aufsichtsrat speziell getroffen oder mit denen gesprochen.

Viertens. Der deutsch-chinesische Finanzdialog vom 16. bis 18. Januar 2019 in Peking hat - habe ich mitbekommen - Ihr Interesse gefunden. Ich kann sagen: Der thematische Schwerpunkt dieses Treffens, das zum zweiten Mal stattgefunden hat, war es, sich über wichtige Fragen der Finanzpolitik - sowohl national als auch international - auszutauschen. Außerdem ging es darum, die bilaterale Kooperation im Finanzbereich beider Staaten zu verbessern und den gegenseitigen Marktzugang zu fördern. Das Unternehmen Wirecard ist bei keinem meiner Gespräche in Peking oder bei meinem vorbereitenden bilateralen Treffen mit dem chinesischen Vizepremier Liu He im November 2018 in Berlin zur Sprache gekommen. Auch in meinen Vorbereitungsunterlagen zu diesen Terminen, die Ihnen ja alle vorliegen dürften, wird das Unternehmen Wirecard nicht erwähnt. Insofern ist es schlichtweg abwegig, zu behaupten, dass Wirecard beim Finanzdialog ein Thema gewesen sei. Das war nach meiner Erinnerung und all derer, die dabei waren, nicht der Fall.

Fünftens. Zu meinem Regierungsstil gehört es seit jeher, aufmerksam Zeitung zu lesen und bei bestimmten Presseberichten bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um Informationen oder einen Sachstand zu bitten. So halte ich es auch, seit ich im März 2018 Bundesminister der Finanzen geworden bin. Als die BaFin am Montag, dem 18. Februar 2019, morgens ein Leerverkaufsverbot für Wirecard-Aktien verhängt hat, habe ich dies aus dem Nachrichtenticker erfahren. Daraufhin schickte ich am selben Tag eine Mail an den zuständigen Staatssekretär Dr. Kukies und fragte ihn: Was muss ich wissen? - Diese Mail liegt Ihnen vor, soweit ich informiert bin. Staatssekretär Dr. Kukies kündigte mir am Tag darauf, am 19. Februar, am Rande eines Termins mit dem französischen Finanzminister Bruno Le Maire eine Leitungsvorlage mit Infos dazu an. Von Freitag, 15. Februar 2019, an hatte ich an der Münchner Sicherheitskonferenz teilgenommen und keine Informationen aus meinem Haus zu den Überlegungen der BaFin erhalten. Ich wurde durch einen Vermerk meines Hauses vom 19. Februar, der in meinem Büro am 21. einging und den ich wohl tags darauf gelesen habe, in Kenntnis gesetzt über Anlass und Begründung der Maßnahmen, wie sie durch die BaFin geschildert worden waren, und dass die BaFin in alle Richtungen untersuche. Diesen Vermerk kennen

Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie ebenfalls. Ich hatte den Eindruck, dass alles Erforderliche in Gang gesetzt war.

Sechstens. Mitte Oktober 2019 las ich abermals kritische Presseberichte über Wirecard in der „Financial Times“. In Reaktion auf diese Vorwürfe beauftragte der Aufsichtsrat der Wirecard AG laut Presseberichten Ende Oktober, wie bereits von mir angesprochen, eine forensische Sonderprüfung durch die KPMG. Auch hier war mein Eindruck: Der Sache wird nachgegangen. Nach Vorlage des KPMG-Berichts am 28. April 2020 kam die Entwicklung in Gang, die Sie kennen und die Ende Juni zum Insolvenzantrag der Wirecard führte.

Noch mal: Mir war wichtig - und darin habe ich Staatssekretär Dr. Kukies bestärkt -, alle notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen und vorzubereiten und die nötigen Maßnahmen mit der erforderlichen Härte zu ergreifen und dabei auch kritisch einzufordern, dass Aufgaben schneller wahrgenommen werden. Ich hatte zu keinem Zeitpunkt den Eindruck, dass mein Staatssekretär Dr. Kukies oder andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMF ihren Pflichten in dieser Angelegenheit nicht nachkamen. Im Gegenteil: Ich habe erlebt, wie im Hause mit viel Einsatz und Engagement gearbeitet wurde.

Siebtens. Am 25. Juni 2020 stellte die Wirecard AG den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Zahlreiche deutsche Banken waren über ihr jeweiliges Kreditportfolio bei Wirecard involviert. Parallel dazu wurde in dieser Zeit aufgrund der Auswirkungen der Coronapandemie öffentlich über eine mögliche Insolvenz eines zweiten deutschen DAX-Unternehmens, der Deutschen Lufthansa, diskutiert, die dringenden Finanzbedarf angemeldet hatte und mit staatlichen Stellen über Hilfen verhandelte. Deshalb war es völlig richtig, dass mein Haus mögliche Auswirkungen einer Insolvenz der Wirecard AG auf den Finanzplatz Deutschland und auf die involvierten Banken untersucht und mögliche Optionen geprüft und verworfen hat, wie damit umgegangen werden könnte. Die entsprechende Vorlage vom 25. Juni 2020, die Ihnen ebenfalls vorliegen sollte, macht deutlich, welche Hürden das Bundesministerium der Finanzen dabei gesehen hat. Ich habe es richtig gefunden, dass keine Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden.

Mein Fazit. Wir haben es beim Fall Wirecard wohl mit einem Fall gewerbsmäßiger Bandenkriminalität zu tun. Das Aufsichts- und Kontrollgefüge aus Wirtschaftsprüfern, Bilanzkontrolle, Finanzaufsicht, Landesaufsichtsbehörden und Staatsanwaltschaft war für einen solch erheblichen kriminellen Angriff nicht hinreichend aufgestellt. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass sich so etwas nicht wiederholt. Ein Teil dieser Aufgabe beinhaltet, die Kontrolle von Unternehmensbilanzen, aber auch die Tätigkeit der Wirtschaftsprüfer neu zu regeln. Wir haben deshalb unter anderem die personelle und inhaltliche Neuaufstellung der Finanzaufsicht BaFin eingeleitet. Wir haben zudem mit dem Entwurf für das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität die richtigen Konsequenzen gezogen. Das Kabinett hat die nötigen Reformen im Dezember 2020 beschlossen. Ich würde mich freuen, wenn Sie als Bundestag dieses Gesetz nun zeitnah beraten, verbessern und beschließen würden, und freue mich auf Ihre Fragen und Antworten und unseren Austausch, der jetzt beginnt. - Schönen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Minister Scholz. - Ja, dann würde ich wie immer - das ist ja jetzt schon gelebte Praxis - mit einigen allgemeinen Fragen, die wir allen Zeuginnen und Zeugen stellen, beginnen, dann in den speziellen Teil und dann das Staffelholz weiterreichen.

Herr Minister Scholz, ich frage das hier jeden Zeugen: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Aktenstudium, Gespräche, Gespräche unter Umständen mit Herrn Kukies oder anderen? Wie haben Sie sich da auf den heutigen Tag vorbereitet? Wie dürfen wir uns das vorstellen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe mir ganz normal ein paar Unterlagen noch mal angesehen, mit denen ich befasst war und über die ich eben auch gesprochen habe. Darüber hinaus habe ich mich gestern mit dem Leiter des Stabs im BMF für den 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss und seinem Mitarbeiter unterhalten - ich glaube, eine halbe Stunde ungefähr -, um ein bisschen

Nur zur dienstlichen Verwendung

einen Eindruck von Ihrer Arbeit und von den Dingen, die hier wichtig sind, zu bekommen. Und ich habe auch mit meinem Pressesprecher und den Mitarbeitern des Leitungsbereichs die Abläufe des heutigen Tages besprochen. Außerdem habe ich mich natürlich regelmäßig mit der Staatssekretärin Ryglewski über den Stand der Beratung zum Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz im Finanzausschuss des Bundestages ausgetauscht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielleicht einen Ticken lauter sprechen oder das Mikro zu sich ziehen, weil sonst bekomme ich wieder Einwände aus den Streamingsälen. Dort möchte man Sie auch verstehen, weil der Andrang ist heute recht groß. - Eine Frage, die wir allen Zeuginnen und Zeugen stellen: Hatten Sie im fraglichen Untersuchungszeitraum Aktien der Wirecard AG oder Optionsscheine, Derivate, andere Finanzinstrumente lautend auf den Namen Wirecard AG in Ihrem Eigentum, in einem Depot eingebucht, egal wie?

Zeuge Olaf Scholz: Schön Dank für Ihre Frage. - Nein, ich hatte solche Aktien, Optionen und andere Finanzinstrumente nicht. Wie man den Medien entnehmen kann, wird ja darüber geklagt, dass ich überhaupt keine Aktien besitze. Ich muss allerdings einräumen: Ich besitze einen Genossenschaftsanteil an der Zeitung „taz“.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, gut. Den genossenschaftlichen Gedanken finde ich auch nicht schlecht. - Jetzt stellte sich gestern - da komme ich auch im speziellen Teil zu - - klar, unschwer zu erkennen, deswegen auch der Andrang: Sie sind der Minister für Finanzen, der die BaFin, die FIU, also viele Geschäftsbereichsbehörden, die irgendwie in Kontakt - - irgendwie eine Aufgabe - - irgendwie vielleicht auch suboptimal in diesem gesamten Vorgang operiert haben, unter Ihrem Ministerium subsumiert, zugeordnet, wie man es auch immer ausdrücken will - - Jetzt ist nach gestern so meine Frage: Wann sind Sie denn das erste Mal persönlich auf den Fall Wirecard in dieser Dimension aufmerksam geworden? Sie haben gesagt, Sie sind Zeitungsleser. Das hat Herr Kukies gestern auch geschildert, der dann auch mal - - Das hat er uns auch so hier dargestellt - das wirkt sehr professionell und synchron -, dass Sie dann Zeitungsartikel haben und sagen: Was ist da? Wie darf ich mir das vorstellen? Muss ich dazu was wissen? - Und wann sind Sie denn - entweder über die Zeitung selbst im eigenen Akten- und Zeitungsstudium oder durch Ihr Ministerium - auf den Wirecard-Konzern, und zwar im Zusammenhang mit unserem Untersuchungsauftrag, aufmerksam geworden?

Zeuge Olaf Scholz: Ja, schönen Dank für die Frage. - Vielleicht ist das noch mal ganz interessant, sich klarzumachen - weil es ja um eine ganz lange Geschichte, was Wirecard betrifft, geht -, dass ich am 14.03.2018 Bundesminister der Finanzen geworden bin. Also, ein großer Teil der Dinge und sogar sehr relevante Fragestellungen, die da eine Rolle spielen bei der Bewertung der Frage „Wie ist mit Informationen umgegangen worden, wie zum Beispiel Zatarra-Bericht oder so?“, haben sich vor meiner Amtszeit zugetragen. Und das, was dazu alles erörtert worden ist, hat sich dann auch eben in der Zeit abgespielt.

Im Jahr 2018 hat natürlich der Aufstieg der Wirecard AG in den DAX noch mal eine große Rolle gespielt. Das habe ich selbstverständlich wahrgenommen, und ich bin mir sicher, dass ich auch mit Herrn Kukies darüber gesprochen habe, weil das ja schon ein bemerkenswertes Ereignis war, was da an Aufstiegen und Abstiegen in den DAX stattgefunden hat. Und Sie werden sich wahrscheinlich die seitenlangen Artikel und Meinungen in den Medien dazu noch mal in Erinnerung rufen: Was das alles wohl bedeutet für den Finanzstandort, für die Bankenlandschaft in Deutschland, und welche Ambitionen damit verbunden sein könnten usw. - Also, das ist an mir nicht vorbeigegangen.

Das nächste Mal, dass das relevant geworden ist - danach haben Sie ja gefragt -, ist die Zeit gewesen mit den Berichterstattungen, die es im Februar 2019 gegeben hat, wo dann ja die Sache relativ schnell auch eine erste Handlungskonsequenz gehabt hat mit der Beauftragung insbesondere der DPR, was die notwendige Konsequenz war für die Frage, was denn aus all diesen Berichten aus

Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Februar für Schlussfolgerungen zu ziehen sind.

Und das nächste größere Ereignis, in dem das eine Rolle gespielt hat, ist natürlich dann die Oktober-Berichterstattung gewesen, die dann aber auch schnell mit der KPMG-Sonderberichtserstattungsbeauftragung geendet hat. Wir haben dann den Vorlauf der Berichte gesehen, die dann zu der schließlichen Mitteilung des Untersuchungsergebnisses geführt haben. Da hat es ja auch in den Medien viel Berichterstattung gegeben, die ich jetzt nicht unbemerkt gefunden habe, sondern die es gegeben hat. Ja, und seitdem beschäftigen wir uns im Wesentlichen damit, schnell noch aufzuklären - das haben Sie alles untersucht - und dann die gesetzgeberischen Konsequenzen für das institutionelle und rechtliche Neuaufstellen der ganzen Fragen der Finanzaufsicht zustande zu bringen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir haben ja auch - - Ich hatte das Herrn Kukies gestern ganz bewusst nicht gefragt; er hat das aber mittelbar sozusagen dargelegt. Wir haben die ESMA. Wir haben auch gestern gesehen, dass es dann und wann auch blinde Flecken für die BaFin und das Finanzministerium gibt, wenn die ESMA eine Entscheidung, also diese berühmte Opinion, abgibt, dass das auch so gewollt ist, damit die Politik keinen Einfluss nimmt. Jetzt wollte ich Sie noch mal fragen: Ist in diesem Zusammenhang denn auch mal auf europäischer Ebene dieses Thema, wenn Sie in Brüssel oder Straßburg oder anderswo unterwegs waren - weil wir ja, glaube ich, die letzten zehn Jahre, zwölf Jahre sehr aufgewühlte Zeiten an den Kapitalmärkten haben -, diskutiert worden in einem größeren Zusammenhang? - Das wollte ich Herrn Kukies gestern nicht fragen. Aber ich dachte, ich frage Sie das mal, weil Sie ja dann eben entsprechend unser Minister in Europa, in Brüssel, sind, der das dann sicherlich mit den Amtskollegen dort bespricht.

Zeuge Olaf Scholz: Na, abgesehen davon, dass wir uns ja irgendwie relativ zeitgleich in die Zeit der Lockdowns und sonst was begeben haben und vieler Kommunikationseinschränkungen, die dazu geführt haben, dass das wesentliche Geschehen seither in Videokonferenzen stattfindet, ist jetzt die Firma Wirecard nicht Gegenstand irgendeiner dieser Sitzungen gewesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also war das Leerverkaufsverbot jetzt innerhalb Ihrer europäischen Gespräche mit Partnerländern kein Gesprächsthema? Denn das ist ja auch für andere Kapitalmärkte durchaus schwierig. Ich glaube, eine Mitarbeiterin der BaFin - ich weiß nicht, ob es Frau Roegele war - hat ja dann versucht, zu einer italienischen Bank Parallelen zu ziehen. Haben wir aber auch gesagt: Das ist so ein bisschen Äpfel mit Birnen an der Stelle zu vergleichen. - Aber das war dann nie Gesprächsthema irgendwo mit den europäischen Partnern, was da in Deutschland mit der Wirecard - Leerverkaufsverbot - vor sich geht?

Zeuge Olaf Scholz: Das große Gesprächsthema, das wir in der Zeit hatten, war die erste Welle der Reaktionen auf die Krise - wie Sie sich gut vorstellen können - und alles, was damit zusammenhängt. Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Zeuge Olaf Scholz: Also, wir haben ja, wie Sie ja auch diskutiert haben, einmal das große Programm auf den Weg gebracht mit SURE, mit der EIB und ihrer Möglichkeit für Kapitalhilfen. Wir haben eine Diskussion geführt über die Frage, wie wir vielen Ländern einen erleichterten Zugang zum Europäischen Stabilitätsmechanismus schaffen können. Wir haben die Konstruktionen geschaffen für den Europäischen Wiederaufbaufonds, dessen Ratifizierung gestern das Bundesverfassungsgericht ermöglicht hat. Das hat uns schon echt beschäftigt die letzte Zeit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Können Sie denn aus Ihrer Erinnerung konkretisieren, wann Sie dann - ich sage jetzt bewusst - mögliche Rechtsverstöße der Wirecard AG - - erlangt haben. Also, das andere war ja erst mal, dass man sagt: Da ist ein Leerverkaufsverbot. - Sie sprachen dann von den Ermittlungen, die die DPR dann in ihrem Rahmen, in ihrem Portfolio der Möglichkeiten aufgenommen hat oder hatte, muss man ja korrekterweise sagen. Aber wann hatten Sie

Kenntnis über mögliche Rechtsverstöße bei der Wirecard AG erlangt? Können Sie das erinnern?

Zeuge Olaf Scholz: Eigentlich kann ich nur wiederholen, was ich eben gesagt habe. Es gab im Februar 2019 Berichterstattung mit zeitnah dann der Konsequenz: Beauftragung der DPR. Das ist mir jetzt nicht in jedem Detail - wo ich was wahrgenommen und gelesen habe, in welcher Zeitung - erinnerlich. Aber dass da was war, das war mir jetzt schon klar, als ich den Vermerk dann gesehen habe, in dem drinstand: Die DPR ist beauftragt worden. - Und so ähnlich hat es sich dann erneut zugetragen, als im Herbst des gleichen Jahres, was ja nur wenige Monate später ist, neue Vorwürfe auftauchten, und dann ist aber auch gleich etwas geschehen, nämlich die KPMG-Beauftragung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja. - Wir haben das ja auch vielfach mit Ihren Geschäftsbereichsbehörden diskutiert, wir hatten es aber auch - muss man fairerweise sagen - sehr frappant bei der APAS: „Compliance, Insiderhandel und Interessenskonflikte“ ist ja ein großes Thema, was anscheinend nicht nur Ihr Haus und Ihre Geschäftsbereiche berührt hat, sondern man muss sagen - das ist in der Untersuchung klar geworden -: Das scheint ein allgemeines Problem zu sein.

Jetzt wäre für mich interessant, zu wissen: Inwieweit gab es im BMF im Untersuchungszeitraum Regeln zur Vermeidung von Interessenskonflikten und Insiderhandel? Weil natürlich jedes Ministerium, aber das Finanzministerium exponiert, ja eine Schlüsselrolle innehat. Sie haben eben auf europäischer Ebene Dinge besprochen, die ja dann auch mit erheblichen Subventionen in Form von Geldspritzen, Fonds, Wiederaufbauprogrammen und was da alles im Raume steht, verbunden sind. Wie natürlich auch ein Insiderwissen wäre - Sie haben es genannt -: Wird der Lufthansa geholfen, wird ihr nicht geholfen? - Ähnlich mit der Commerzbank: die 15,6 Prozent Staatsanteil, die unser Land als Anteilseigner sozusagen an einer zweiten Staatsbank, wenn man so will, hält.

Also, da die Frage: Gab es da Regeln zur Vermeidung - im Untersuchungszeitraum - von Interessenskonflikten und Insiderhandel? Diese Problematik könnte sich ja auch daraus ergeben, dass das BMF eben auch Aktien oder Derivate von bestimmten Unternehmen besitzt. Das muss jetzt nicht unbedingt gleich die Commerzbank wieder sein. Wir haben die BImA. Wir haben also sehr viele Möglichkeiten dort. Also, gab es da was, ist das erinnerlich? Interessiert, glaube ich, alle brennend.

Zeuge Olaf Scholz: Es gibt die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften. Und wie ich ja - als hätte ich Ihre Frage geahnt - in meinem Eingangsstatement -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir sind halt Hamburger.

Zeuge Olaf Scholz: - erwähnt habe, haben wir jetzt ja als erstes Ministerium sehr konkrete Handelsbeschränkungen, Verbote und Ähnliches mit dem Personalrat verhandelt und dann auch in Kraft gesetzt. Das war mir sehr wichtig, dass das passiert. Ich halte das auch für richtig. Und ich bin auch sehr froh, dass wir die Fortschritte jetzt bei all den anderen Behörden haben, die in dieser Hinsicht stattfinden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm.

Zeuge Olaf Scholz: Vielleicht darf ich das ein bisschen flapsig sagen: Wenn ich vor zwei Jahren gefragt worden wäre, ob es da solche Regeln gibt, wie sie jetzt eingeführt worden sind, hätte ich wahrscheinlich kurz die Neigung gehabt, „ganz bestimmt“ zu sagen. War aber nicht so.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Stehen diese Regeln jetzt auch vor dem Hintergrund - - Wir sagen ja: Hinterher sind wir immer schlauer. Und, ich glaube, auch innerhalb der BaFin wollte und konnte sich das keiner so richtig vorstellen. Ebenso als wir Herrn Bose mit seinem - - Das muss man ja sagen: Das war ja schon geschichtsträchtig, diese Nacht und die Frage von Frau Kiziltepe, ob Herr Bose als Chef der APAS dann im fraglichen Zeitraum - - Und dann hatte

er, glaube ich, noch im unmittelbaren Zusammenhang mit der Veröffentlichung der KPMG, des Sonderberichts, am 27./28. April die erworben und unglücklicherweise verkauft am 20. Mai, als es die Besprechung BaFin/APAS entsprechend zum KPMG-Sondergutachten gab; immerhin vormittags, das erinnere ich noch. Und nun ist natürlich die Frage aufgrund dessen, was Sie schildern, und der Abläufe: Stehen die auf dem Prüfstand aufgrund der Erkenntnisse der Wirecard und auch, ich denke mal, der guten Ergebnisse unseres Untersuchungsausschusses?

Zeuge Olaf Scholz: Na, ich habe Ihnen ja berichtet, dass in Reaktion auf das, was wir dann alle gemeinsam erfahren haben, die BaFin selber neue Compliance-Regeln auch in dieser Hinsicht festgesetzt hat. Die sind da. Über die habe ich eben gesprochen. Das ist auch - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber ich meine jetzt speziell für Ihr Haus, für das BMF.

Zeuge Olaf Scholz: Darüber habe ich ja eben auch schon - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, in der BaFin, das diskutieren wir ja, und - -

Zeuge Olaf Scholz: Nein, ich wiederhole noch mal, was ich gesagt habe. Erstens. Für das Haus habe ich eben in meinem Bericht etwas dazu gesagt; und da galten bis dahin die allgemeinen Regeln.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Einen Tick lauter, bitte.

Zeuge Olaf Scholz: Im Hinblick auf die BaFin: Ist das Gleiche, dass dort jetzt eine interne Regelung getroffen worden ist und dass wir das mittlerweile dann auch noch mit dem Gesetz untermauern wollen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm. - Gut, bevor ich jetzt - - Jetzt habe ich die allgemeinen Fragen so weit erst mal, glaube ich, für alle Kollegen auch durch. - Ich würde jetzt zu einer Erkenntnis kommen, die mich gestern in die Nacht etwas sprachlos entlassen hat. Ist es tatsächlich so, wie Staatssekretär Kukies eben auch - „eben“ kann man fast ja noch sagen; es ist ja schon heute gewesen - ausgeführt hat, dass wirklich - so erinnert er es - zum Sachverhalt „Insolvenz Wirecard“ bis zum Untersuchungsausschuss, Gründung unseres Untersuchungsausschusses, 8. Oktober 2020, schätzungsweise - er sagte: nageln und legen Sie mich nicht auf eine Mail fest - sechs Mails entsprechend zu dem Thema ausgetauscht worden sind? Da haben auch Kollegen noch mal nachgefragt; aber ich habe da auch nachgebohrt: Nicht mehr Mails? Ich war etwas sprachlos bei dem Thema. Weil Mail ist ja nun heute ein sehr gebräuchliches Instrument des Meinungs- und Gedankenaustauschs.

Zeuge Olaf Scholz: Was es an Kommunikation gegeben hat, ist Ihnen ja nun alles aus den Akten gut bekannt. Und in der Tat ist es so: Ich bin der Minister. Ich vertraue der Arbeit der Staatssekretäre, der sehr guten Beamtinnen und Beamten und bin jetzt nicht in jede einzelne Entscheidung dort eingebunden. Das muss auch nicht sein; das wäre sogar absurd. Das würde dazu führen, dass überhaupt nichts mehr gemacht wird, wenn man sich nur ständig austauschen würde über das, was zu tun ist, bevor man mit der Arbeit loslegt; aber dann wäre schon 23 Uhr. Also, das sollte man, glaube ich, nicht so machen. Und deshalb ist es sehr ordentlich, ein erstklassiges Ministerium. Die beamteten Staatssekretäre machen das sehr gut, die parlamentarischen Staatssekretäre machen das sehr gut, all die Beamtinnen und Beamten in den Abteilungen. Und die entscheiden und kuratieren, wann sie mich womit konfrontieren und wann sie sagen: Da muss jetzt der Minister was von wissen und in eine Entscheidung eingebunden werden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, da bin ich bei Ihnen. Das ist ja das gleiche Problem, was wir in der freien Wirtschaft haben, dass sich zum einen totgemeetet wird - der Meinung bin ich auch - und sehr viel gute, konstruktive Arbeitszeit damit vernichtet wird, und zum andern auch viele unsinnige Mails zum Absichern - so kenne ich das - geschrieben werden, damit auch ja jeder informiert ist und cc oder bcc, wie auch immer, gesetzt wird.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber in dem Fall ist es ja nicht irgendein Vorgang gewesen. Und da müsste man noch nicht mal sagen: „Im Nachhinein sind wir immer klüger“, sondern das handelte sich - Sie haben es ja richtig formuliert - um ein DAX-Unternehmen, das, wie ich finde, was die mediale Berichterstattung und die Wahrnehmung im Ausland - - ja so was war wie: „Mensch, Deutschland kann schon Hightech, und Deutschland ist nicht nur in der Old Economy verfangen“, sondern es war so was wie ein, nennen wir es, Vorzeigeunternehmen bis zu einem gewissen Zeitpunkt. So ist es ja auch wahrgenommen worden. Und so ein Vorzeigeunternehmen kommt in eine Schieflage oder in Turbulenzen. Da ist das für mich dann nicht irgendein Vorgang, wo man sagt: Na ja, also, das ist dann nicht mit einer Mail oder einem Gespräch zu behandeln.

Und selbstverständlich sage ich ja auch immer: Am anderen Ende des Teils reden wir ja auch über politische Verantwortung. - Ich könnte jetzt ja auch interpretieren: „Das ist“ - ich habe es eben auch vor der Presse so gesagt - „ein guter Weg, keine Spuren zu hinterlassen zu bestimmten wesentlichen Vorgängen“, und fragen und sagen: Ist das jetzt nicht vielleicht sogar eine Verlagerung? So was muss doch der Minister wissen; wenn wir dann auch zusammen über politische Verantwortung diskutieren. Und wir leben ja nicht in einer Staatssekretärrepublik, sondern wir leben in einer Republik. Da sind Sie derjenige, der das Ressort führt. Und hier halte ich das für eine wesentliche Frage. Also insoweit: Gab es dann da wenigstens - wir werden es ja nicht belegen können - einen mündlichen Austausch?

Ich habe dann auch gehört, dass das generell so der Workflow im Ministerium ist: wenig Mail, viel Kommunikation dann zwischen Staatssekretär Kukies und Ihnen. Das mag auf der einen Seite so gut sein; aber ich habe gestern auch formuliert: Ich finde die Formulierung der Wirtschaftsprüfer gut: „not documented, not done“. Umgekehrt ist das für uns natürlich misslich, im Untersuchungsausschuss hier gar keine substanziellen Belege zu einem, wie wir finden, bedeutenden - - Alle sagen das ja auch: Es ist *die* Firmenpleite der Nachkriegsgeschichte mit Schäden für Anleger, Reputation unseres Standortes, Vertrauen in die Funktionalität unseres Staates im Allgemeinen und in die Demokratie auch im Besonderen, in Verwaltungshandeln. Also, insoweit muss Ihnen doch als erfahrener Politiker - das meine ich einfach so; ich kenne Sie auch aus Ihrer Zeit in Hamburg - klar gewesen sein schon mit Lesen der Artikel in 2018: Wenn da was passiert, das erschüttert massiv das Vertrauen der Menschen. - Also insoweit: Ist das wirklich so: Gab es da nur diese sechs Mails? Und ist das Ihre feste Überzeugung, dass dieses Handeln aus Ihrer Sicht das richtige im Untersuchungszeitraum zum Themenkomplex Wirecard war?

Zeuge Olaf Scholz: Noch mal: Ich habe mir sehr viel Mühe bei der Auswahl der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre gegeben; das sind alles erstklassige Männer und Frauen. Und es gibt ein ganz großartiges Ministerium mit sehr guten Beamten, die hohe Fachkompetenz haben und auch mithalten können mit all denjenigen Milieus, mit denen sie etwas zu tun haben. Da, glaube ich, kann man zu Recht drauf vertrauen.

Und ich habe Ihnen bereits berichtet, dass ich am 14.03.2018 Bundesminister der Finanzen geworden bin, dass im Jahr 2018 - für mich jedenfalls, in meiner Erinnerung - noch das Ereignis des Aufstiegs der Firma Wirecard in den DAX relevant war und dass es im Februar die Berichterstattung gab, die dann ja auch gleich eine Konsequenz hatte mit der DPR-Beauftragung, dass es im Wesentlichen im Oktober weitere relevante Berichterstattung gab, die dann auch eine Konsequenz hatte durch die Entscheidung des Unternehmens auf Druck der Finanzmärkte mit der Beauftragung der KPMG. Dann ist es zugelaufen auf die Frage: Was finden die denn nun raus? Und das kennen wir dann ja mit der Veröffentlichung des Berichts der KPMG und all dem, was hinterhergekommen ist, wo dann ja sehr viele Aktivitäten von vielen unternommen worden sind. Insofern ist das auch ein angemessener Umgang mit dieser Angelegenheit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Und dann schaue ich zu den Kollegen der CDU/CSU. - Matthias Hauer, bitte schön.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister Scholz, willkommen in unserem Untersuchungsausschuss! Sie haben ja in Ihrem Eingangsstatement vor allem den Blick nach vorne gerichtet auf Themen wie den Aktionsplan oder auch das Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz. Aber es geht uns ja hier auch um die Frage der Versäumnisse und auch um die Frage der Verantwortung, auch politischer Verantwortung, für diesen Skandal. Ein Punkt ist die Verantwortung der Wirtschaftsprüfer. Da haben Sie vieles auch Zutreffende gesagt. Das haben ja auch die Ergebnisse des Wambach-Reports dargelegt, dass da Fehler erfolgt sind und berufsfachliche Pflichten verletzt wurden.

Allerdings haben Sie sich - - Und da, finde ich, haben Sie sich das etwas einfach gemacht, indem Sie gesagt haben, es ist ein Bilanzfälschungsskandal. Die Frage ist ja auch: Ist es auch ein Aufsichtsskandal? Und da stellt sich natürlich die Frage: Welche Verantwortung tragen Sie als Bundesfinanzminister, Ihre Staatssekretäre und auch Ihr Ministerium? Die Punkte laufen ja bei der BaFin zusammen, für die Sie und Ihr Haus die Rechts- und Fachaufsicht haben. Insofern ist meine erste Frage eher eine Frage Ihrer Einschätzung: Tragen Sie persönlich Verantwortung dafür, dass dieser Skandal nicht früher aufgefallen ist?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Auch nicht Ihre Staatssekretäre oder Ihr Ministerium?

Zeuge Olaf Scholz: Nein, das sind sehr gute Leute. Die haben sehr gute Arbeit geleistet, wie Sie ja auch wahrscheinlich schon rausgekriegt haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir haben in intensiven Befragungen hier - - Gestern hat Herr Kukies zwei Stunden eingeführt, und wir haben über neun Stunden befragt. Insofern können Sie sich vorstellen, dass es sehr viele Punkte gibt, die Fragen aufwerfen: Das sind die DPR-Prüfungen, das Leerverkaufsverbot, die Rechts- und Fachaufsicht, Marktmanipulationsuntersuchungen, der Finanzdialog China, die Rettungsüberlegungen, Gespräche mit Commerzbank, mit Herrn Dr. Braun, geldwäscherechtliche Themen, auch Mitarbeitergeschäfte, Finanzholding-Einstufung - also sehr, sehr viele Themen, die im Wesentlichen bei der BaFin zusammenlaufen.

Ich will jetzt zunächst einmal mit Ihrer persönlichen Beteiligung fortsetzen. Und da stellt sich mir natürlich zuerst die Frage: Welche Gespräche - und da meine ich jetzt den Zeitraum vor der Insolvenz der Wirecard AG - haben Sie dazu, zum Thema Wirecard, mit Ihren Staatssekretären geführt?

Zeuge Olaf Scholz: Das will ich Ihnen gerne beantworten. - Nur noch vielleicht zu Ihrer Bemerkung ganz allgemein: Viele Fragen sind gut, weil das dann auch viele Antworten gibt. Das haben Sie gestern ja viele Stunden lang gemacht und auch die ganze Zeit im Untersuchungsausschuss. Aber es geht eben auch so zu, dass es eben nicht nur Fragen, sondern auch Antworten gibt.

Was die Frage betrifft, was ich gemacht habe - habe ich bereits in meinem Eingangsstatement versucht darzulegen -: Es hat immer Gespräche gegeben, wenn sich die Dinge zugespitzt haben und etwas zu tun war. Das war im Wesentlichen um den Komplex im Februar herum und dann im Oktober und natürlich, als die Frage: „Wann kommt denn jetzt der Bericht der KPMG, sodass man sehen kann, was sich da zuträgt und die Presseberichterstattung da im kurzen Vorfeld für eine Rolle spielt?“ - - Da haben wir uns am Rande der einen oder anderen Beredung sicherlich darüber auch unterhalten. Und dann natürlich intensiv, als der Bericht vorlag.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wenn Sie sagen: „Wir haben uns unterhalten“, können Sie immer dazusagen, wann das ungefähr war und mit wem? War das jetzt auf Herrn Kukies oder auf Herrn Schmidt bezogen oder auf wen?

Zeuge Olaf Scholz: Nein, das war bezogen auf Herrn Kukies in diesem Fall; der ist dafür zuständig. Und natürlich, als die Presseberichte da waren, haben wir uns nicht dazu getroffen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, aber jedenfalls darüber unterhalten und wussten ja: Da

Nur zur dienstlichen Verwendung

kommt bald der KPMG-Bericht. - Das ist ja das, was auch alle erwartet haben, weil davon ja abhing, ob es sich bewahrheitet, was an Vorwürfen vorliegt, oder ob nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das finde ich jetzt etwas dünn von der Antwort. Vielleicht können Sie das noch etwas konkretisieren. Also, wann haben Sie sich das erste Mal mit Herrn Kukies und wann das erste Mal mit Herrn Schmidt zum Thema Wirecard ausgetauscht?

Zeuge Olaf Scholz: Ich will Ihnen gerne noch mal sagen: Ich habe mich mit Herrn Kukies nach meiner Erinnerung unterhalten im Zusammenhang mit dem Aufstieg von Wirecard in den DAX. Das war aber kein Problemgespräch, sondern einfach nur: Das ist passiert in Deutschland. Das ist ein besonderes Ereignis. - An mehr kann ich mich auch nicht erinnern, übrigens auch nicht daran, dass es damals irgendeine Problemsicht im großen Umfang gab. Die Probleme sind gekommen mit den Berichterstattungen aus dem Februar, über die ich schon geredet habe und die dann schnell erfol- - Und dann ist ja auch schnell die Entscheidung gefolgt mit der DPR. Und noch mal intensiver ist es ein Gespräch gewesen im Zusammenhang mit - - haben wir uns ausgetauscht - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie etwas lauter sprechen, bitte?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann so laut sprechen, wie ich spreche.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, es wäre nur gut, wenn die Zuschauer in den Streamingsälen -

Zeuge Olaf Scholz: Ja, aber - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): - und auch andere Teilnehmer Sie verstehen können. Sonst müssen Sie das einfach wieder- -

Zeuge Olaf Scholz: Ich finde, es gibt hier ein Mikrofon, das das gut verstärkt, und ich rede so laut, wie ich immer rede. So. - Und deshalb noch mal: Diese Frage - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir können die Fragen auch einfach mehrmals stellen. Das kann ja dann - -

Zeuge Olaf Scholz: Ja, dann machen Sie das. Ich kann sie auch mehrmals beantworten. Also, da habe ich eine lange Übung drin. - Also, die Frage ist, dass wir dann uns im Oktober erneut unterhalten haben, als dann aber auch der KPMG-Bericht kam.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie sich zu dem TPA-Geschäft mit Herrn Kukies ausgetauscht?

Zeuge Olaf Scholz: Da kann ich mich nicht konkret dran erinnern; aber ich nehme an, dass wir darüber auch mal gesprochen haben. Aber ich habe keinen Inhalt im Kopf.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Weil Sie es gerade nicht erwähnt haben in den Gesprächen.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, deshalb, weil ich mich nicht - - weil ich Ihnen jetzt ja auch nichts erfinde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber jetzt erinnern Sie sich, wenn ich Sie danach frage konkret.

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe ganz konkret gesagt: Ich gehe davon aus. - Aber ich habe jetzt nicht in meinem Kopf, dass ich wüsste, wann, zu welchem Zeitpunkt und was der Inhalt gewesen wäre. Aber dass mir das Thema geläufig ist - - Durch die ganze Diskussion, die jetzt stattfindet, habe ich das Gefühl, wir haben darüber auch mal beiläufig geredet.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das Thema TPA war ja für das Unternehmen Wirecard existenzbedrohend. So hat es jedenfalls Herr Kukies formuliert. Insofern gehe ich ja schon deshalb davon aus, dass Sie darüber gesprochen haben müssen, oder?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe Ihnen bereits eine Antwort gegeben. Die kann ich gern noch mal wiederholen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie oft haben Sie denn mit Herrn Kukies gesprochen über Wirecard vor dem Insolvenzantrag?

Zeuge Olaf Scholz: Das habe ich nicht gezählt; aber es sind ein paar Male gewesen. Und die wesentlichen Ereignisse sind gewesen: unmittelbar vor dem KPMG-Bericht, im Zusammenhang mit dem Oktober und mit dem Februar und natürlich beim Aufstieg von Wirecard in den DAX. Und da kann es noch ein, zwei weitere Male gegeben haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich hatte ja nach beiden Staatssekretären gefragt. Können Sie noch was zu Herrn Schmidt sagen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe mit Herrn Schmidt in meiner Erinnerung über Wirecard gesprochen, nachdem das ein großes Problem geworden ist und die Firma zusammengebrochen war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also nach der Insolvenz?

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie haben ja eingangs den Untersuchungsausschuss auch gelobt und haben deutlich gemacht, dass hier eine wichtige Arbeit gemacht wird. Die Zusammenarbeit mit Ihrem Ministerium, was die Aktenzulieferung angeht, die war sehr träge. Ich habe es auch als durchaus, ja, zäh bis arbeitsbehindernd wahrgenommen, wie die Aktenzulieferungen durch Ihr Ministerium erfolgt sind. Das hatte einen gewissen negativen Höhepunkt darin, dass wir das Direktorium der BaFin - bzw. das ehemalige - noch einmal gesondert hören mussten, weil eine Vielzahl von Akten nicht rechtzeitig vorlag aus Ihrem Ministerium. Und dann hatten wir nachgefragt - wir hatten auch die Staatssekretäre hierhinbestellt, mussten den Untersuchungsausschuss unterbrechen -, warum denn diese damals 111 Akten so kurzfristig kamen, dass wir keine Gelegenheit hatten, Einsicht zu nehmen, und insofern eine Verzögerung stattgefunden hat. Da wurde dann verwiesen auf Freigaben der britischen Aufsicht. Und am Ende kam dann raus: Von den 111 Akten betraf das zwei Akten, und da war die Freigabe auch schon sechs Wochen vorher erteilt, selbst bei diesen zwei Akten. - Insofern ist da eine sehr späte Zulieferung von Akten erfolgt, Monate nach dem Fristablauf.

Insofern: Was das Thema Aufklärungswillen angeht, mache ich da ein großes Fragezeichen an das, was Sie in Ihrem Haus da geleistet haben. Deshalb würde mich mal interessieren, was Ihre Vorgabe an Ihr Haus ist, wie die Zusammenarbeit mit diesem Untersuchungsausschuss stattfinden soll.

Zeuge Olaf Scholz: Meine Vorgabe an das Ministerium ist, schnell, umfassend, zügig alle möglichen Unterlagen beizutragen. Wir haben ja auch schon, bevor es überhaupt einen Untersuchungsausschuss gab, sehr viele Unterlagen versucht, zu identifizieren und auch schnell und umfassend alle darüber zu informieren. Das hat ja auch sehr geholfen bei der Fassung des Untersuchungsauftrages.

Ganz konkret will ich Ihnen aber ausdrücklich sagen, dass die Beamtinnen und Beamten des Finanzministeriums sich sehr viel Mühe geben, all das zusammenzutragen aus den verschiedenen Orten, wo sich das befindet, was Sie brauchen. Es sind nach meiner Erinnerung oder nach dem, was ich gehört habe, knapp 1 500 Akten, die Sie mittlerweile bekommen haben. Und ich möchte auf die Beamtinnen und Beamten des Hauses und alle anderen, die da Verantwortung haben, nichts kommen lassen. Die geben sich sehr viel Mühe, leisten viele Überstunden, um Sie zu unterstützen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, da waren Ihre beiden Staatssekretäre durchaus selbstkritischer, was die Aktenzulieferung in diesem von mir genannten Fall angeht. Ich finde es auch ein Stück weit konsequent, was ich gerade geschildert habe, weil es eben auch das aufgreift, was auch die Beantwortung Kleiner Anfragen betrifft. Wenn ich Herrn Kollegen De Masi sehe, dem gestern von Herrn Kukies mitgeteilt wurde, ja, er habe zu konkret gefragt und Frau Paus von den Grünen habe zu abstrakt gefragt - - Deshalb mussten wir dann auf eine Twitter-Nachricht von

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihrem Staatssekretär Herrn Schmidt zurückgreifen und haben erst dadurch erfahren, dass von dem Leerverkaufsverbot ja auch die Leitungsebene bzw. der Staatssekretär überhaupt informiert war. Insofern - - Aber da werden die Kollegen sicherlich gleich noch mal drauf eingehen. Deshalb will ich das nicht vorwegnehmen.

Mich interessiert, welche Kommunikation Sie in Ihrem Hause auf welchem Wege zum Thema Wirecard geführt haben. Das läuft dann - - Welche E-Mail-Konten nutzen Sie für Ihre dienstliche Kommunikation als Finanzminister?

Zeuge Olaf Scholz: Ich nutze für meine dienstliche Kommunikation die E-Mail, die ich vom Finanzministerium habe, und versuche, das schön zu unterscheiden von den anderen E-Mails, die ich habe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Andere E-Mails wären jetzt dann private -

Zeuge Olaf Scholz: Private, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - oder Partei-E-Mail.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, zum Beispiel.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm. - Also das heißt, es ist richtig, dass Ihre dienstliche E-Mail als Finanzminister dann nicht mit der - - Also, das ist dann [redacted], nehme ich an.

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm. - Haben Sie uns alle E-Mails in Bezug auf Wirecard, die Ihre Kommunikation als Finanzminister betrifft, vorgelegt?

Zeuge Olaf Scholz: Alle E-Mails, die meine - - die ich an irgendjemanden geschickt habe, die hier dienstlich vorgekommen sind, sind Ihnen ja, glaube ich, vorgelegt worden. Ich habe das nicht selbst gemacht, falls Sie das fragen. Aber das ist ja erfolgt, und, soweit ich weiß, haben Sie ja eine ganze Reihe von E-Mails auch vorliegen, die eingegangen sind, zum Beispiel bei Herrn Kukies.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm. - Aus den Akten geht hervor, allerdings nicht den von Ihnen vorgelegten Akten des Bundesfinanzministeriums, dass Sie eine E-Mail am 27.06.2020 mit dem Betreff „Prüfstelle für Rechnungslegung“ von Ihrem privaten Account mit der Endung [redacted], also der Partei-Account, der auf die SPD läuft, an den Kanzleramtschef gesendet haben. Wieso hat das BMF uns das nicht vorgelegt?

Zeuge Olaf Scholz: Das liegt in Ihren Akten vor, und die Akte ist Ihnen zur Verfügung gestellt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Durch das Bundeskanzleramt, -

Zeuge Olaf Scholz: Ja, ist doch gut so.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - aber nicht durch den Absender, und das ist ja der Bundesfinanzminister.

Zeuge Olaf Scholz: Alle E-Mails, die veraktet worden sind, sind vorgelegt worden von den verschiedenen Behörden, die dafür zuständig sind.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also ist die nicht veraktet worden?

Zeuge Olaf Scholz: Deshalb liegt die ja auch vor.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber sie ist nicht beim Bundesfinanzministerium veraktet worden. Ist das richtig?

Zeuge Olaf Scholz: Wenn - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich kann sie Ihnen auch vorlegen, wenn Sie möchten.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, Sie können mir das gerne vorlegen. Aber ich sage mal dazu: Alles, was veraktet werden konnte, ist veraktet worden und liegt Ihnen auch vor, soweit es verfügbar war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, ich lege Ihnen die Akte vor, die E-Mail vom 27. Juni 2020. - Bitte einmal die Zeit stoppen. - Das ist MAT A BKAmt-8.05, Blatt 10.

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Olaf Scholz: Das ist eine Mail, die ich von meinem privaten Account an Herrn Braun verschickt habe und in der ich ihm richtigerweise erläutere, warum es darum geht, dass wir jetzt den APAS*-Vertrag kündigen.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Helge Braun!)

- Helge Braun, ja. Was habe ich gesagt?

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Markus Braun!)

- Ach so, Entschuldigung. Danke für Ihren Hinweis! Danke, danke, ich bin Ihnen so dankbar.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir haben hier mehrere Brauns im Angebot, deswegen.

Zeuge Olaf Scholz: Also, Sie sind jetzt mein Mann heute.

(Heiterkeit)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist das die einzige Mail, die uns seitens des BMF nicht vorgelegt wurde, die Bezug zu Wirecard hat, die Sie von Ihrem privaten Account verschickt haben?

Zeuge Olaf Scholz: Das BMF hat sich alle Mühe gegeben, alles vorzulegen, was da ist. Und deshalb gehe ich davon aus, dass Sie eine sehr sorgfältige Arbeit haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten eingangs diskutier- - Sie hatten eingangs vorgetragen, dass Sie Ihre dienstliche Kommunikation über Ihre BMF-Adresse führen, Stichwort auch „Veraktung“. Uns geht es natürlich auch darum, dass wir Zugriff bekommen auf das, was Sie als Kommunikation -

Zeuge Olaf Scholz: Das steht Ihnen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): - als Finanzminister über Wirecard hier führen. Und dann haben Sie Kommunikation geführt über Ihre private E-Mail-Adresse. Das steht ja im Widerspruch dazu, was Sie uns eingangs gesagt haben.

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe Ihnen eingangs gesagt, dass ich versuche, die Kommunikation immer sehr ordnungsgemäß über die BMF-Adresse zu machen, wenn es um solche Fragen geht. Mit Herrn Braun - das werde ich Ihnen gerne zugeben - tausche ich mich im Wesentlichen über meine persönliche Mail-Adresse aus; das hat sich bei uns beiden so eingebürgert.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber es sind die dienstliche E-Mail von Herrn Braun und Ihre private E-Mail-Adresse. Sonst hätten wir es ja gar nicht bekommen; denn das Bundeskanzleramt hat es ja veraktet.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, sehr gut, dass sie das gemacht haben. Es ist ja auch - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das teile ich.

Zeuge Olaf Scholz: Es ist eine sehr gute Information, die ja auch zeigt, wie sehr ich mich um die Angelegenheit gekümmert habe, dass das mit der APAS* zu Ende gehen kann.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Die Mail ist also eine Ausnahme? Oder haben Sie umfassende Korrespondenz zum Thema Wirecard über Ihre private E-Mail-Adresse geführt?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe keine umfassende Korrespondenz über meine private E-Mail-Adresse zum Thema Wirecard geführt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Dann würde ich Ihnen gern die nächste E-Mail vorlegen. Das ist MAT A BMF-25.25, Blatt 61.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Das ist eine E-Mail, die Sie am 12.07.2020 an Staatssekretär Kukies sowie an die Leiterin der Unterabteilung des Ministerbüros sowie an das

Nur zur dienstlichen Verwendung

Referat Presse gesendet haben. Inhalt der Mail ist Information über drei Journalisten der „Süddeutschen Zeitung“, die an diesem Tag einen Artikel über den Besuch von Staatssekretär Kukies bei Markus Braun in Aschheim veröffentlich haben, Titel: „Geheime Gespräche mit Wirecard-Chef“.

Zeuge Olaf Scholz: Was wollen Sie mich da fragen?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Von welcher E-Mail-Adresse haben Sie die verschickt, die E-Mail?

Zeuge Olaf Scholz: Hier steht [redacted].

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau. - Das heißt, Ihre E-Mail ist auch da Ihre private E-Mail-Adresse, richtig?

Zeuge Olaf Scholz: Ja, die habe ich da benutzt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was wollten Sie mit dieser E-Mail eigentlich bezwecken? Den Artikel der drei Journalisten haben Sie ja nicht weitergeleitet.

Zeuge Olaf Scholz: Ich muss mir das einmal durchlesen, da ich nicht weiß, worum es in dieser E-Mail geht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, sehr gerne.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Olaf Scholz: Ehrlicherweise kann ich aus der Vorlage hier nicht entnehmen, was ich geschrieben habe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, es ist Ihre E-Mail, die Sie verschickt haben, insofern kann ich das auch nicht sagen. - Ich stelle nur fest, dass Sie zwei E-Mails von Ihrem privaten Account mit Bezug auf Wirecard verschickt haben und offensichtlich ja intensivere Korrespondenz über Ihre private E-Mail-Adresse geführt wurde, obwohl Sie eingangs anderweitig ausgesagt haben.

Zeuge Olaf Scholz: Also, wahrscheinlich handelt es sich um einen Artikel aus der „Süddeutschen Zeitung“, den ich weitergeleitet habe; aber da muss ich jetzt vermuten. Das mache ich übrigens öfter, wenn ich Zeitung lese. Und da das einfacher geht, verschicke ich dann in der Regel Mails über Zeitungsartikel direkt aus meinem privaten Mail-Account, weil der nicht so kompliziert ist wie der staatliche. Ich lese das nämlich dann in der Zeitung meistens elektronisch und leite das dann weiter. Und ich habe die Vermutung, dass es sich um einen solchen Sachverhalt handelt, muss das aber mit der Vorsicht sagen, weil ich auch nicht sehen kann, was da drinsteht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das hört sich doch schon ganz anders an, dass Sie da regelmäßig Dinge von Ihrem privaten Account weiterleiten. Das haben Sie eingangs anders gesagt.

Zeuge Olaf Scholz: Das ist eine falsche Zusammenfassung. Ich leite überhaupt nicht regelmäßig solche Angelegenheiten von meinem privaten Account weiter.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Olaf Scholz: Dass das vorgekommen ist, das haben Sie ja eben noch mal dargestellt. Das habe ich in meiner Eingangsbemerkung bewusst nicht ausgeschlossen. Ich will das ausdrücklich noch mal wiederholen, damit es auch schön gesagt ist: Sehr oft ist es so, dass ich Zeitungsartikel und -meldungen aufgreife und sage: Was ist damit los? Und da das am einfachsten aus meinem privaten Account geht, leite ich sie in der Regel dann weiter mit meiner privaten Mail.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich lege Ihnen eine dritte E-Mail vor. Das ist MAT A BMF-24.42, Blatt 169. Eine weitere E-Mail, diesmal vom 25. September 2020, die Sie auch von Ihrer privaten E-Mail-Adresse an Herrn Staatssekretär Kukies sowie an Frau Schwamberger weitergeleitet haben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: In der Tat handelt es sich offenbar erneut, wenn ich das jetzt beim ersten Blick drauf sehe, um einen Zeitungsbericht, wo ich den weiterleite. Das entspricht dem, was ich Ihnen eben erläutert habe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): So, ich muss feststellen, dass Sie mindestens drei E-Mails hier von Ihrem privaten Account weitergeleitet haben, obwohl Sie uns eingangs gesagt haben, Sie korrespondieren als Finanzminister über Ihren dienstlichen Account, was ich auch für angemessen hielte - muss ich dazusagen - und nicht, dass Sie über Ihren SPD-Account kommunizieren.

Das ist Beifang, was ich Ihnen jetzt vorgelegt habe. Denn Sie als BMF haben uns das nicht vorgelegt, sondern es ist eben nicht veraktet worden, was Sie über Ihre private E-Mail-Kommunikation zum Thema Wirecard getan haben. Wir fragen uns hier auch nach Ihrer persönlichen Verantwortung, Ihrer politischen Verantwortung, der Ihres Hauses. Und da enthalten uns das vor, was Sie von Ihrem privaten Account da getan haben zum Thema Wirecard und welche Rückfragen Sie gestellt haben. Es ist auch immer nur, was herausgegangen ist. Es ist ja wenig dokumentiert, was dann auch zurückgekommen ist. Das ist der Beifang. Insofern müssen wir die Frage auch stellen und beantworten: Was ist zusätzlich noch, was jetzt nicht zufällig als Beifang bei uns in den Akten gelandet ist, von Ihrem privaten Account passiert?

Deshalb kündige ich jetzt schon mal an, dass ich zum Ende dieser Fragerunde eine Beratungssitzung beantragen werde, damit wir auch die Möglichkeit haben, an die Unterlagen zu kommen, was an Kommunikation Sie als Bundesfinanzminister hier über Ihren SPD-Account geführt haben; denn das liegt uns hier in Gänze nicht vor. Ich muss davon ausgehen, wenn wir schon als Beifang hier drei E-Mails zur Kenntnis bekommen, dass es da weitere E-Mails gibt. Deshalb sollten wir das gleich im Rahmen einer Beratungssitzung hier vertieft erörtern. - Und jetzt ist die Zeit der ersten Runde leider abgelaufen. Vielen Dank.

RD Robert Fritz (BMF): Herr Vorsitzender, darf ich kurz um das Wort bitten?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wer spricht mit mir? Ich bin gerade - - Wer spricht?

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Jetzt konmt der Hilfssheriff wieder!)

Stopp! Wer spricht? - Herr Fritz. Mit der Brille bin ich auf off. - Okay, Herr Fritz, bitte schön.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Na, der mauert doch schon immer hier im Rahmen des BMF! Und jetzt kommt der als Hilfssheriff hierher! Das kann doch nicht sein!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dr. Michel- -

RD Robert Fritz (BMF): Ich muss jetzt nur kurz mal nachfragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: So, bitte. - Lassen Sie doch - - Die Vertreter der Reg- - Dr. Michelbach, wir machen eine Beratungssitzung. Das habe ich jetzt vernommen, den Wunsch. Der Wunsch von Matthias Hauer war - und dem kommen wir sowieso nach -: im Anschluss an die erste Zeugenbefragung. Aber die Regierung hat jederzeit - und auch die Vertreter der Ministerien; dafür sind sie hier - - das Wort zu ergreifen oder eine Bemerkung zu machen. Und Herr Fritz ist bisher immer durch sehr konstruktive Bemerkungen aufgefallen. - Bitte schön.

RD Robert Fritz (BMF): Also, die Vorlage, die gerade erfolgt ist, mit einer Mail: Ich habe die MAT-Nummer so wahrgenommen als MAT BMF, sprich: Wir haben diese Mail vorgelegt. - Deswegen verstehe ich das jetzt nicht und wollte das mal erwähnen, dass es MAT BMF war nach meiner Wahrnehmung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, aber das würden wir dann gleich noch mal in der Beratungssitzung vertiefen.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Wenn ich dazu was sagen dürfte?)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, ich denke, das muss hier klargestellt werden, damit hier nicht der falsche Eindruck entsteht. Also, erst einmal: Die erste E-Mail, die ich vorgelegt habe, stammt aus dem Bundeskanzleramt, weil Herr Scholz von seinem SPD-Account an das Bundeskanzleramt geschrieben hat. Das hat das BMF nicht vorgelegt. Punkt eins.

Die anderen beiden E-Mails sind nur deshalb veraktet worden, weil Herr Scholz von seinem SPD-Account diese E-Mails an das BMF geschickt hat. Und deshalb sind sie dort veraktet worden. So. Aber was natürlich ansonsten von seinem privaten SPD-Account herausgegangen ist zum Thema Wirecard und was dort eingegangen ist, das interessiert uns ja. Und es kann nicht sein, dass wir jetzt hier als Beifang zufällig Informationen bekommen. Deshalb ist da teilweise eine Veraktung erfolgt, aber eben zum Teil auch nicht. Und wir wollen ja vollständig hier Herrn Scholz befragen können, und dafür brauchen wir auch vollständige Informationen und vollständige E-Mails.

Zeuge Olaf Scholz: Ich würde gerne noch eine Ergänzung machen: Das ist kein SPD-Account, sondern mein persönlicher. Und ich will Ihnen ausdrücklich sagen: Die Mails, die ich an Herrn Kukies schicke, schicke ich an die Adresse, die er hat, wo es zu einer Veraktung kommt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann hatte ich noch Fabio De Masi; aber wenn es jetzt ausfranzt, würde ich sonst sofort gleich ein- - Aber ich höre erst mal zu. - Fabio De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank, auch an Florian Toncar, der jetzt sonst eigentlich dran wäre. - Ich will nur dazu beitragen, dass auch ich Kenntnis von E-Mails habe - das betrifft jetzt nicht den Minister, aber es betrifft natürlich unsere Beweisbeschlüsse, die wir nach bestem Wissen und Gewissen noch mal geprüft haben; wir haben sie in Wirecard-Kommunikation gefunden, und sie betreffen zumindest einen Beschäftigten des Finanzministeriums -, die nicht veraktet waren. Und deshalb will ich einfach den Wunsch nach einer Beratungssitzung unterstützen, damit wir den Sachverhalt aufklären können.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, ich hätte sie jetzt eh einberufen. Ich schaue aber allen mal in die Augen: Schaffen wir jetzt noch eine Runde in gesitteter - - Bitte schön.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, mein Antrag war ja, dass wir nach der Runde - das finde ich auch fair, dass alle Kolleginnen und Kollegen einmal zu Wort kommen - unterbrechen und eine Beratungssitzung durchführen. Und nur zur Klarstellung - weil Sie gesagt haben, es ist Ihr Privataccount, Herr Scholz, es ist nicht der SPD-Account -: Also, „olafscholz.de“ wird weitergeleitet auf den SPD-Account „olaf-scholz.spd.de“, entsprechend auch das Impressum. Also, das ist nicht zutreffend gewesen. Aber das können wir sicherlich gleich in der Beratungssitzung noch mal erörtern

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, den Rest dann in der Beratungssitzung. Die berufe ich nach dieser Fragerunde ein. - Dr. Michelbach.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ich bitte nur grundsätzlich, dass der Vertreter des Bundesfinanzministeriums, der Herr Fritz, uns hier nicht immer wieder Dinge erklärt, die er nach unserer Ansicht nicht zu erklären hat. Und deswegen darf ich noch mal feststellen: Er hat bisher mehrfach Unterlagen nicht zur Verfügung gestellt und sollte jetzt auch keine Verwässerung bei der Feststellung des Kollegen Hauer durchführen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Den Rest in der Beratungssitzung. - Und jetzt der guten Ordnung halber auch Dr. Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, ich glaube, wir müssten jetzt einfach nur - - Also, ich frage mich gerade, in was - - Was sind wir? Was machen wir hier eigentlich gerade?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Deswegen sage ich ja - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sind wir in einer Beratungssitzung, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, eben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): - oder sind wir in der Zeugenbefragung? Ich bin für beides offen. Entweder wir machen die Runde zu Ende, oder wir machen es direkt. Aber sozusagen - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Absolut.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich würde mir doch wünschen, dass der Stellvertretende Ausschussvorsitzende vielleicht nach einem halben Jahr Tätigkeit zumindest - - Also, der Herr Fritz hat als Mitglied hier - - Als Beauftragter der Bundesregierung ist ziemlich klar geregelt, dass er sich ab und zu mal zu Wort melden kann.

Vorsitzender Kay Gottschalk: So ist es.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und ich finde es keinen guten Stil, die Art und Weise, wie er vom Kollegen Michelbach hier nahezu immer schon mit irgendwelchen Dingen tituliert wird. Ich finde, das ist eines parlamentarischen Gremiums nicht so ganz angemessen. Und, ich finde, da sollten wir jetzt auch die letzten zwei Tage, die wir hier zusammensitzen, alle die Nerven behalten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, ich verbuche das mal unter fränkisches Temperament. Und, ich denke, das kriegen wir auch hin. Deswegen habe ich auch noch mal allen in die Augen geguckt, dass wir diese erste Fragerunde genauso, wie Sie es gesagt haben, über die Bühne bekommen. Ich halte es dann auch für gut. Einige können sich dann gut vorbereiten. Und dann gehen wir - - Nach dieser Fragerunde werde ich eine Beratungssitzung einberufen. - Gut, jetzt atmen wir einmal alle tief durch, und dann geht es weiter mit Dr. Toncar von der FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, vielen Dank. - Ich wundere mich immer nur, dass es auf den Schienbeinen der Großkoalitionäre noch Stellen gibt, die noch nicht blau sind. Aber Sie finden doch die verbliebenen Ecken und behandeln sie dann auch untereinander entsprechend. Das ist aufschlussreich. - Ich will zu dem ganzen Thema - - Übrigens hatten wir auch bei Herrn Röller aus dem Kanzleramt, das will ich sagen, einen Beifang der Art, wie er jetzt hier aufgetaucht ist, also etwas, was aus den Wirecard-Akten kam, aber nicht aus dem Kanzleramt.

Herr Minister, gibt es denn Richtlinien in der Bundesregierung oder im BMF zur Nutzung privater Accounts? Ich meine, ich denke jetzt so ein bisschen an Hillary Clinton. Gibt es Regeln, dass Sie dienstlich auch über private Accounts kommunizieren dürfen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kenne keine Regeln. Vielleicht kann mich das Ministerium darüber aufklären. Ich jedenfalls habe mich immer bemüht, das schön zu differenzieren. Und wie Sie ja sehen, habe ich das in einzelnen Fällen auch anders gemacht, insbesondere - ich habe es ja schon erwähnt - bei Zeitungsartikeln; die leite ich immer aus diesem Account raus.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja. - Die Frage bezog sich mehr auch auf das Thema „Kündigung DPR“. Das war ja nun auch was wirklich Dienstliches, ne? - Sie haben auf die Frage des Kollegen Hauer ausgeführt, dass Sie sich selbst und Ihre Staatssekretäre nicht in der Verantwortung sehen für die Nichtaufdeckung dieses Betruges; ein Betrug, der ja schon eine intensive - wie Sie selber dargestellt haben - Rolle gespielt hat in den Behörden und auch im Ministerium. Die wesentlichen Meilensteine wurden zumindest wahrgenommen. Würden Sie denn dasselbe Urteil - keine Verantwortung, keine Fehler im Zusammenhang mit der Nichtaufdeckung - auch für den nachgeordneten Bereich, insbesondere für die BaFin, so aussprechen?

Zeuge Olaf Scholz: Die BaFin hat im Rahmen ihrer Handlungsmöglichkeiten agiert, und dazu zählte insbesondere die Frage der Beauftragung der DPR. Und ich will gerne dazusagen: Wir alle haben jetzt - auch ich; da schließe ich mich ausdrücklich ein - im Zusammenhang mit dem

Nur zur dienstlichen Verwendung

Skandal gelernt, dass die rechtlichen und praktischen Handlungsmöglichkeiten nicht ausreichend sind. Wir haben im Übrigen aber auch gelernt, dass es organisatorische und institutionelle Neuaufstellungsanforderungen gibt - das hat die Organisationsuntersuchung ja auch ergeben -, die wir jetzt verändern wollen. Und natürlich wäre das gut gewesen, diese Dinge wären schon vorher passiert und nicht gewissermaßen jetzt die Konsequenz der Erkenntnisse, die wir jetzt haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben auch in Ihrem Eingangsstatement wieder - und nicht zum ersten Mal - auf EY hingewiesen. Ich glaube übrigens, wir haben im Ausschuss hier einen gewissen Grundkonsens, auch wenn wir nicht ganz fertig sind, dass da natürlich auch Fehler passiert sind, Prüfstandards verletzt worden sind; das soll gar nicht bestritten werden. Sie haben die DPR genannt. Das sieht aber so ein bisschen so aus, als ob da auch andere nach vorne geschoben werden sollen, um insbesondere die Verantwortung Finanzaufsicht im Ministerium kleinzureden.

Wäre es nicht fairer - das wäre meine vorläufige Bewertung -, zu sagen: „EY, BaFin, auch die Staatsanwaltschaft haben sich wechselseitig negativ beeinflusst, weil sie in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich Dinge nicht entdeckt haben, die zu finden gewesen wären“? Der eine hat vom Handeln des anderen darauf geschlossen, dass es schon in Ordnung ist: Das Testat hat die BaFin beeinflusst, und zwar in die falsche Richtung. Das Leerverkaufsverbot hat den Prüfer beeinflusst, in die falsche Richtung. - Wäre das nicht eher eine angemessene Einordnung der Vorgänge, was aber einschließen würde, dass auch der Ihnen unterstellte Bereich natürlich seinen Beitrag dazu geleistet hat, dass am Ende alle Kontrollinstanzen in die falsche Richtung geguckt haben?

Zeuge Olaf Scholz: Das ist eine Spekulation, an der ich mich nicht beteiligen würde, weil ich möchte - - weil ich dafür keine Anhaltspunkte habe, dass jeweils diese von Ihnen geschilderte wechselseitige Beeinflussung stattgefunden hat. Aber ich will ausdrücklich sagen: Aus meiner Sicht ist eine der Erkenntnisse, die wir aus den Abläufen ziehen müssen, dass das System, das wir gesetzgeberisch heute haben, nicht ausreichend ist, um solche Fälle aufdecken zu können. Deshalb sind ja Veränderungen vorgeschlagen, sowohl was die Wirtschaftsprüfung betrifft mit den Gesetzen, die jetzt unterwegs sind, als auch eben eine Veränderung der Handlungsmöglichkeiten der BaFin. Das will ich noch mal dazusagen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie ein paarmal schon gesagt. Vielleicht darf ich Sie einfach auch aus Zeitgründen - nicht mangelndes Interesse - bitten, zum FISG nichts mehr zu sagen. Ich frage ausdrücklich nicht danach. Das einfach generell bis zum Ende dieser Runde, und dann können wir vielleicht noch ein paar andere Themen ansprechen.

Es wird immer wieder gesagt: Die DPR, das war das, was ging. - Das haben Sie ja jetzt auch mehrfach betont. Das unterstellt ja - - Oder der Gedanke legt ja nahe, dass man vielleicht gerne mehr gemacht hätte; aber es ging nicht. Ist Ihnen denn bekannt, dass innerhalb des Ihnen unterstellten Bereichs zu irgendeinem Zeitpunkt mal angedacht worden ist, mehr zu prüfen, härter zu prüfen bei Wirecard, und das deshalb nicht stattgefunden hat, weil die DPR schon tätig war? Können Sie dafür ein Beispiel nennen?

Zeuge Olaf Scholz: Die Beauftragung der DPR ist der Schritt, der nach dem Gesetz damals vorgesehen war. Und ich wiederhole noch mal - und da will ich mich gar nicht auf andere beziehen -, auch für mich ausdrücklich: Das habe ich, bevor wir jetzt gelernt haben, dass das nicht ein wirksames Instrument ist, auch für eine wirksame Handlungsform gehalten.

(Mikrofonstörung)

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich versuche es mal mit dem hier, auch wenn das bedeutet, dass ich den Minister schlechter sehen kann; aber dafür hört er mich besser.

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann ja um die Ecke gucken.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein. Gut, so machen wir es. - Wir haben uns ja mit dieser ganzen These durchaus auch beschäftigt. Natürlich kann man die DPR beauftragen - das bestreitet keiner -; aber ob das alles ist?

Und ich will Ihnen mal aus der Vernehmung von Herrn Röseler, dem Exekutivdirektor der BaFin für Bankenaufsicht, vorlesen. Den habe ich gefragt, als er hier war, ob man nicht auch die Wirecard AG - ausdrücklich nicht die Bank, sondern die Mutter, die Wirecard AG - nach dem KWG, konkret nach § 44b in Verbindung mit § 44 hätte prüfen *können* - können, rechtlich können. Die Antwort von Herrn Röseler war:

> Das haben wir mal diskutiert; das habe ich mit dem zuständigen Abteilungsleiter sehr wohl diskutiert, als das in der Financial Times ... dann hochkam.

Und dann führt er weiter aus:

> Das haben wir dann eben nicht - wir haben den testierten Jahresabschluss, der widerlegt den Financial Times Artikel.

Daraus ziehe ich zwei Schlüsse - und deswegen, glaube ich, sind wir auch vorangekommen bei der Frage -: Erstens. Rechtlich gab es mehr Möglichkeiten für die BaFin, auch in Bezug auf die Wirecard AG. Zweitens. Die wurden auch erkannt und auf höchster Ebene in der BaFin erwogen.

Der Grund, dass diese Instrumente nicht zur Anwendung kamen, war nicht, dass die DPR der Weg der Wege war und sonst gab es nichts, sondern das Testat, weshalb meine These mit der Wechselwirkung auch so falsch übrigens nicht ist oder sich jedenfalls mit dem deckt, was wir hier bisher erkannt haben. Und ich will Sie deshalb einfach fragen: Können Sie irgendwann ein Beispiel auch mal dafür nennen, dass man tatsächlich bei der BaFin oder im BMF gesagt hat: „Wir müssen hier stärker einsteigen“, weil nur dann ergibt ja der Hinweis auf die begrenzten Möglichkeiten der DPR politisch Sinn, weil man sagt: Da ging nicht mehr. - Wann wollte der Ihnen unterstellte Bereich mehr tun - ich kenne kein Beispiel dafür, aber ich würde gern von Ihnen noch mal wissen, ob Sie mir eins nennen können -, als nur die DPR ins Rennen zu schicken?

Zeuge Olaf Scholz: Die gesetzliche Lage, die wir bisher haben und die wir - auch wenn Sie das jetzt nicht erörtern wollen - ja ändern wollen, sieht vor, dass es die DPR-Prüfung gibt und dass gewissermaßen von der abgewichen werden kann, wenn man erhebliche Zweifel an der Richtigkeit und Seriosität dieser Prüfung hat. Solche sind mit nicht bekannt geworden, und, ich glaube, auch sonst nicht erörtert worden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Dazu müssen wir, glaube ich, noch mal in der nächsten Runde tiefer einsteigen. - Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Und jetzt geht es weiter mit Dr. Jens Zimmermann für die SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Minister, Sie hatten eben erwähnt, dass Sie mit Herrn Braun zur Kündigung der APAS irgendwie Kontakt hatten. Wahrscheinlich ging es um die Kündigung der DPR. Da gab es ja - -

Zeuge Olaf Scholz: Ja, Entschuldigung, es ging um die DPR. Also, es ist Helge Braun, und es ist die DPR.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Helge Braun, die DPR, und erschrecken Sie nicht: Hinter Ihnen sitzt Herr Scholz. Der ist nämlich schon mal auch - - oder Sie sind schon mal dafür verantwortlich gemacht worden, dass Sie was nicht vorgelegt haben. Dabei war es der Herr Scholz aus dem BMJV. Aber das konnten wir auch klären, wie wir so vieles klären konnten in diesem Ausschuss.

Aber bleiben wir bei dem Vorgang der Kündigung des DPR-Vertrages, weil da haben wir gestern auch mit Christine Lambrecht drüber gesprochen. Da würde mich einfach noch mal interessieren, was da die Überlegungen waren, diese - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Das war ja eine ordentliche Kündigung. Vielleicht könnten Sie dazu noch mal was sagen.

Zeuge Olaf Scholz: Es war eine ordentliche Kündigung, und die konnte nur in sehr kurzer Zeit, und zwar „Jetzt oder nie“, gemacht werden. Und da ja nun genügend öffentliche Diskussionen und Fakten auf dem Tisch waren, die einen veranlassen konnten, zu sagen: „Das ist vielleicht nicht das richtige Instrument, und vielleicht haben die auch nicht alles richtig gemacht“ - aber das war zu dem Zeitpunkt gar nicht beurteilbar -, war es richtig, diese Kündigung durchzuführen.

Und ich habe darüber die Kanzlerin informiert, dass ich das tun werde, weil ich fand - und das mit Frau Lambrecht besprochen habe -, das kann man nicht einfach vor sich gehen lassen. Und ich habe auch Herrn Braun informiert, um das zu erläutern, was ich der Kanzlerin schon gesagt hatte. Und das haben wir ja eben erörtert, dass es eine Information darüber gegeben hat, dass wir das machen wollen. Und am Ende ist es dann ja auch erfolgt. Das ging ja um ein ganz kurzes Zeitfenster.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau; weil sich der Vertrag ja sonst, glaube ich, um 18 Monate wieder verlängert hätte. Gab es dann irgendwie noch mal bei Ihnen oder im Haus im Nachgang dazu irgendwo die Bewertung, dass das ein Schnellschuss war sozusagen? Also, wir haben ja diese Situation: Wenn man schnell handelt, ist es ein Schnellschuss. Wenn man nicht schnell handelt, dann hat man irgendwas verschleppt. - Und deswegen einfach die Frage: Hat sich das aus Ihrer Sicht eigentlich bewährt und ausgezahlt, das so zu machen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich bin sehr froh, dass wir das gemacht haben. Sie wissen, dass der Gesetzgebungsprozess mittlerweile ja sogar dahin läuft, dass man von einer Einstufigkeit in diesem Fall in Zukunft ausgehen wird. Und das wäre ja alles erheblich schwieriger und finanziell aufwendiger geworden, wenn wir das nicht gemacht hätten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wir haben ja auch mit Herrn Altmaier die Woche gesprochen, und der sozusagen - - Es gab ja dann jenseits der Kündigung der DPR auch einen Aktionsplan, um sozusagen die ersten Lehren zu ziehen aus den Erkenntnissen. Wie kam es dazu, dass Herr Altmaier da sich sozusagen - - dass der jetzt nicht so tief eingebunden war? Ich glaube, er hatte den Eindruck, er war fast ein bisschen traurig, dass er da nicht mit dran arbeiten durfte.

Zeuge Olaf Scholz: Wir haben auch mit Herrn Altmaier gesprochen. Aber es ging ja darum, Dinge zu entwickeln, die schnell umgesetzt werden können, und, wie Sie ja wahrscheinlich jetzt auch in Ihrem Gespräch mit Herrn Altmaier mitbekommen haben, ist er ja etwas zögerlich, was die Frage betrifft, ob bei der APAS konkret was zu machen ist. Dafür hat er seine Gründe, die er Ihnen dargelegt hat; aber das sollte aus meiner Sicht nicht daran hindern, dass wir jetzt schnell mit den Dingen vorankommen. Und das ist dann ja auch gelungen als Ergebnis einer Entscheidung der ganzen Bundesregierung, sowohl was die Eckwerte betrifft als auch dann das Gesetz.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank. - Ich würde dann gerne auf das Thema deutsch-chinesischer Finanzdialog eingehen, weil, ich glaube, das wäre insgesamt für den Ausschuss gut, noch mal ein bisschen zu erfahren: Welche Rolle hat das Bundesfinanzministerium beim Finanzdialog gespielt sozusagen, und was war auch dann die Aufgabe des Ministers in diesem Dialog?

Zeuge Olaf Scholz: Zunächst mal waren wir sehr davon überzeugt - das hatten mir auch all diejenigen, die Verantwortung in dem Ministerium hatten, geschildert; ich bin ja erst im März 2018 Minister geworden; das muss man dazusagen -, dass wir diesen Finanzdialog, der ein paar Jahre eingeschlafen war, wieder beleben sollten, weil das für die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entfaltung deutscher Unternehmen in China von größter Bedeutung sein würde.

Und ich habe dann sehr viele Bemühungen - - also, wir haben uns dann bemüht, das möglich zu machen. Ich habe mit Herrn Liu He gesprochen beim bilateralen Gespräch, und dann haben wir den Finanzdialog Anfang Januar 2019 gehabt. Und da ging es im Wesentlichen um die schon

Nur zur dienstlichen Verwendung

beschriebene Öffnung der Finanzmärkte Chinas aus unserer Perspektive für deutsche Unternehmen. Ich will das auch sehr konkret sagen: Im Kopf ging es da auch um Allianz und Deutsche Bank, die da Interessen haben, und viele andere. Das Thema Wirecard hat keine Rolle gespielt, wie ich bereits in meinem Eingangsstatement gesagt hatte, und ist mir auch nicht als Thema gegenwärtig geworden zu irgendeinem Zeitpunkt dieser Gespräche.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, wir wissen ja, dass Herr zu Guttenberg zum Tee oder zum Kaffee bei der Kanzlerin war, um für Wirecard zu werben, dass sie das beim chinesischen Staatspräsidenten anspricht. Hat Herr zu Guttenberg auch mal bei Ihnen angeklopft, um darüber zu reden?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Ja, hätte ja sein können. - Gab es aber ansonsten an Sie persönlich, also bzw. natürlich an Ihr Büro gerichtet, da irgendwelche Versuche, sage ich mal, von irgendwelchen vielleicht ehemaligen Ministerinnen, Ministern, um dazu irgendwie mit Ihnen zu sprechen, für Wirecard gut Wetter zu machen?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut. Das ist ja nicht überall so, und wir haben gestern auch von Herrn Kukies erfahren, bei ihm gab es diese Anfragen. Aber ich hatte den Eindruck, der hat eine harte Tür an seinem Büro; da kommt nicht jeder rein.

Bleiben wir noch mal beim Finanzdialog. Da geht es ja auch um die Frage: Wie ist eigentlich sozusagen dieses Abschlussstatement, diese Vereinbarung am Ende, zustande gekommen? Wie muss man sich das vorstellen? - Also, ist das so ein Sherpa-Prozess, wo sozusagen beide Seiten was beitragen, und wie entsteht dann am Ende das finale Papier?

Zeuge Olaf Scholz: Das ist ein Prozess, ein Sherpa-Prozess, an dem viel gearbeitet wird, auch im Vorfeld, was möglich ist. Wir sind da nicht hingefahren in der Annahme, dass wir keine Verständigung hinkriegen, sondern das ist sehr gut vorbereitet worden von den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesministeriums der Finanzen.

Und wir haben dann ganz konkret natürlich auch über viele andere Fragen gesprochen, die jetzt bei dem, was uns hier zusammenführt, gar nicht so im Mittelpunkt stehen, aber zum Beispiel über die Frage Handelspolitik, was eine ganz große Rolle zu der Zeit spielte, mit dem damaligen amerikanischen Präsidenten und der eskalierenden Situation zwischen den USA und China. Das, glaube ich, muss man jetzt gar nicht verheimlichen. Das ist auch ein Thema gewesen, über das wir uns ausgetauscht haben, und die wirtschaftliche und finanzielle Situation.

In dem Statement, wenn ich es richtig erinnere, finden sich ja auch sehr vorsichtige Aussagen zu einem Themenkomplex, der mich übrigens sehr lange schon bewegt und uns auch noch lange bewegen wird, auch grad in der gegenwärtigen Situation, nämlich wie wir es hinbekommen können, dass China im internationalen Umgang mit den Finanzierungsproblemen der Staaten des Globalen Südens gewissermaßen Teil eines gemeinschaftlichen Prozesses wird, der Überschuldung solcher Staaten vermeidet und ihnen auch hilft, wenn sie da wieder rauskommen sollen.

Also, das sind auch große, wichtige und politische Themen gewesen, wo ganz vorsichtige Versuche gewesen sind, voranzukommen. Ich habe immer sehr geworben für die Strategien des Pariser Clubs und all die Dinge, die damit zusammenhängen; um mal ein Bild von den Szenarien, die eine Rolle gespielt haben, zu zeichnen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und hat das Thema Payment-Lizenzen - - Können Sie sich dadran erinnern, dass Sie mit diesem Thema selbst befasst waren? Das ist sozusagen auch ein Punkt, über den wir diskutieren: wie dieser Aspekt in das Abschlussstatement reingekommen ist, dass sozusagen für deutsche Unternehmen der Zugang auf den chinesischen Markt damit ermöglicht werden soll.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Das ist kein Punkt gewesen, über den ich gesprochen habe und der eine große Rolle gespielt hat. Der ist dort hineingekommen. Diejenigen, die das besprochen haben - zu denen ich nicht zähle -, sagen, dass da auch die chinesische Seite den Wunsch geäußert hatte, dazu Aussagen zu machen. Das kann ich aber nicht wiedergeben, weil das ein Text war, der an dieser Stelle fertig war und nicht zwischen meinem Gesprächspartner und mir noch verhandelt worden ist Wort für Wort.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja. - Es ist ja sozusagen ein Finanzdialog, sprich: Dieses Papier beinhaltet nicht nur Fragen sozusagen deutscher Interessen in China, sondern auch vice versa, also auch was sozusagen chinesische Interessen in Deutschland betrifft.

Zeuge Olaf Scholz: Selbstverständlich gibt es auch von der chinesischen Seite große Interessen, eine Öffnung des deutschen und europäischen Finanzmarktes für chinesische Finanzunternehmen zustande zu kriegen, woran ja auch hohe Anforderungen geknüpft sind, die wir wichtig finden und die nicht umgangen werden können. Insofern ist das ein sehr kompliziertes Thema, wie man sich vorstellen kann, das sehr vorsichtig - Stück für Stück - vorangebracht werden muss. Und ich war sehr froh darüber, dass wir Fortschritte erreicht haben, die sich insbesondere darin niederschlagen, dass es jetzt einen etwas einfacheren Zugang gibt zum chinesischen Finanzmarkt in der Frage und dass wir trotzdem vorsichtig bleiben können bei den Bedingungen, die für finanzielle Tätigkeiten hierzulande eine Rolle spielen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Hat Sie Herr Röller, der Wirtschaftsberater, der Abteilungsleiter aus dem Kanzleramt, zu diesem Thema, zum Thema Finanzdialog insgesamt mal angesprochen? Standen Sie mit ihm in irgendeinem Kontakt dazu?

Zeuge Olaf Scholz: Daran erinnere ich mich nicht. Aber wir arbeiten, wenn wir solche Fahrten machen, immer mit dem Kanzleramt zusammen und in dem Fall mit Herrn Röller. Das wird sicherlich Kontakte und Gespräche gegeben haben; aber da kann ich Ihnen jetzt nichts zu beitragen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Uns interessiert, ob er vielleicht bestimmte chinesische Unternehmen angesprochen hat, weil es hat sich herausgestellt: Seine Frau hat ein kleines Beratungsbusiness aufgemacht, und da ist die Akquise über das Kanzleramt gelaufen. Aber gut, es hätte ja sein können - -

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann Ihnen dazu nichts sagen und - - Vielleicht ist das nicht angemessen. Aber ich empfinde Herrn Röller als einen sehr freundlichen, angenehmen und klugen Mann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich habe ihn jetzt nur einmal hier kennengelernt. Das würde ich unterschreiben. Er hat nur eine interessante Vorstellung, eine offenbar sehr tolle Ehefrau uns gegenüber als Hausfrau zu beschreiben, die aber gleichzeitig mit Wirecard-Vorständen Geschäfte in China anbandelt. Aber das ist, glaube ich, auch nur eine Episode. - Ja, für die erste Runde herzlichen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. Punktlandung. - Und dann geht es weiter mit Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Scholz, zum Problem, was hier mit der Lautstärke vorher zu Disput führte, nur den Hinweis: Ich habe auch eine leise Stimme; manchmal hilft es, das zweite Mikrofon anzumachen. Aber das entscheiden Sie für sich selbst.

Herr Scholz, Sie haben sich also mit der Bundeskanzlerin nie über die Schwerpunkte dieses Finanzdialogs und auch, ich sage mal, über die Erfolge, die die Bundesregierung auf dem Verhandlungsweg erreicht hat, speziell auch in Bezug auf konkrete Unternehmen ausgetauscht.

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Auch nicht - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Also, vor allem zu dem zweiten Halbsatz würde ich dazusagen: Ob ich der Kanzlerin, nachdem ich aus China zurück war, gesagt habe: „War eine gute Sache“, weiß ich nicht. Kann schon sein, dass dieser Satz gefallen ist; aber da wird sie sich wahrscheinlich genauso wenig dran erinnern wie ich.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber das heißt, Sie haben sich auch nicht im Nachgang der Medienberichterstattung der Insolvenz mit der Kanzlerin ausgetauscht: Frau Bundeskanzlerin, wie war das denn damals, wie kam das zustande, dass Sie hier im Gespräch mit dem mächtigsten Mann Chinas das Thema Wirecard erwähnt haben?

Zeuge Olaf Scholz: Wir haben über diese Frage nicht ausführlich diskutiert. Aber es wäre ja jetzt etwas weltfremd, anzunehmen, dass wir jetzt nicht im Nachgang einmal darüber gesprochen haben, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Deswegen frage ich ja.

Zeuge Olaf Scholz: - dass das so war. Aber mehr als diesen einen Satz, den ich jetzt schon gesagt habe, kann ich dazu nicht wiedergeben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Weil, was ich so überraschend finde, ist: Sie führen ja aus: Wirecard, das war nichts, mit dem ich mich persönlich befasst habe. Ich habe ein Kommuniqué verhandelt. - Für die Kanzlerin war es aber offenbar so, dass es doch eine gewisse Relevanz hatte, weil zum Beispiel es in einem Vermerk der Botschaft vom 14.11.19 heißt - ich kann das nachreichen, wenn das gewünscht ist -:

> Bei dem Besuch BK Merkel im Sept 2019 wurde bei dem Treffen mit ...

- XXX; geschwärzt -

> das Thema der Marktöffnung für Wirecard als wichtig eingestuft.

Das hatte ja offenbar eine Bedeutung. Und Sie haben also keine Kenntnisse darüber, wie es von Ihren Aktivitäten in China zu dieser Einstufung kam?

Zeuge Olaf Scholz: Nein, darüber habe ich keine Kenntnisse. Die Bundesregierung arbeitet in diesen Fragen auf Beamtenebene ordentlich zusammen. Das ist, glaube ich, alles für Sie dokumentiert, was man dazu wissen kann, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Olaf Scholz: - und wahrscheinlich wissen Sie sogar ein bisschen mehr als ich.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das wäre anmaßend von mir. Aber was ich sagen kann, ist, dass tatsächlich sich Beamte des Bundesministeriums für Finanzen zum Beispiel hier auf MAT A AA-3.08b, Blatt 104, erkundigen im Austausch mit diesem Leihbeamten - der kommt aus Ihrem Ministerium, an der chinesischen Botschaft -, der selber übrigens auch noch nach Veröffentlichung des KPMG-Berichts Wirecard-Aktien kaufte. Also, da müsste man vielleicht auch noch mal gucken, wie, ich sage mal, das Finanz-Know-how dort ist. Aber dort heißt es:

> Lieber Herr Peters,
>
> vielen Dank noch einmal für Ihre Rückmeldungen.

- von einer Frau Andrea Reier aus dem Finanzministerium -

> Im Nachgang haben sich die folgenden Nachfragen ergeben:
>
> Bzgl. der Ausführungen zu Wirecard: Wann ist die Reise der Kanzlerin geplant, bei der es ggf. wg. Wirecard etwas zu unterzeichnen gibt?

Und diese E-Mail stammt aus dem Juli. Das war nach meiner Erinnerung vor dem - - selbst dem Besuch von Herrn Guttenberg bei der Bundeskanzlerin. Und deswegen frage ich noch einmal: Sie haben also keine Kenntnis davon, dass es einen engen Austausch zwischen Bundeskanzleramt und Finanzministerium zu dieser Frage gab?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann Ihnen aus eigenem Erleben darüber nichts sagen. Die Aktenlagen sind ja dokumentiert, was da da ist. Und das wird schon alles zutreffen, was da ist.

Fabio De Masi (DIE LINKE): „Aktenlage“ ist ein gutes Stichwort, weil es geht aus verschiedenen Akten hervor - das ist ja mittlerweile auch öffentlich - - da wird im Prinzip Bezug genommen auf Ihre Gespräche am 18. Januar 2019 mit Ihrem chinesischen Partner Liu He. Und dort heißt es paraphrasiert: Die Vereinbarung zwischen M - dem Minister - und Liu He wird auf allen Ebenen der chinesischen Administration - ich kann es mittlerweile auswendig; in Klammern: „chinesische Zentralbank, PBoC“, People’s Bank of China; Klammer zu - als Weisung verstanden, Wirecard keine Steine in den Weg zu legen. - Bezogen ist das auf die Beantragung von Payment-Lizenzen, und hinzugefügt wird, dass die Cross-Border Payment License für Wirecard - - dass es das erste ausländische Unternehmen überhaupt sei, das in China eine solche Lizenz erhält. Wie kommt denn diese Bewertung der Botschaft aus Ihrer Sicht zustande, wenn das so unerheblich war für Ihre Gespräche?

Zeuge Olaf Scholz: Das müssten Sie die Botschaft fragen. Ich kann Ihnen dazu aus eigenem Wissen nichts beitragen. Es hat in den Gesprächen, die ich geführt habe, keine Rolle gespielt, und, wie ich ja auch schon mit meinem Eingangsstatement bekundet habe, haben ja alle freundlicherweise noch mal nachgeguckt. Es ist auch in meinen Vorbereitungsvermerken sowohl für das bilaterale Gespräch im Jahr 2018 als auch für das Gespräch Anfang Januar nicht vorgekommen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Das kann natürlich so sein, und ich werde Ihnen auch nicht das Gegenteil nachweisen können; ich war beim Gespräch nicht dabei. Was ich Ihnen allerdings sagen kann, ist, dass es hier zum Beispiel eine Kommunikation gibt von Herrn Peters, der sich eben auch mit Wirecard austauscht am 11.01.19, und da steht:

> Der Stand beim Kommuniqué ist momentan ganz gut, und es scheint, dass die chinesische Seite Ihrem Wunsch

- das richtete er an Herrn Ley -

> nach einer Erwähnung landesweiter Payment Licenses für deutsche Player im Kommuniqué nachgeben könnte. (?)

Diese E-Mail war nicht in den Aktenlieferungen enthalten, sondern ich habe sie aus dem E-Mail-Account von Herrn Ley. Und jetzt lese ich eine weitere E-Mail vor, die auch - - Wir alle machen Fehler, aber mein Referent, der hat quasi nicht geschlafen sozusagen, um das zu überprüfen. Am 12. Januar 2019 schreibt Herr Peters:

> Soeben erreichte mich der aktuelle Verhandlungsstand.

- das Outcome-Statement; auch wieder an Herrn Ley -

> Diesen Erfolg wird unser Minister auch verkaufen wollen, wenn aus Ihrer Sicht nichts dagegenspricht. Ich denke, diese hochrangige Erwähnung wird Wirecard stark zum Nutzen sein. (?)

Ende des Zitats. - Und deswegen frage ich mich: Warum finden sich diese E-Mails nicht in den Akten?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann Ihnen ja nur über das was sagen, was mich berührt hat, und dass alles vorgelegt worden ist sorgfältig von denjenigen, die das hier vorbereitet haben. Diese E-Mail, die Sie jetzt schildern, kenne ich nicht und kann deshalb dazu auch keine Auskunft geben. Aber Sie können mir die gerne zeigen, wenn Sie das möchten.

(RD Robert Fritz (BMF) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wir kriegen das raus früher oder später. Das ist eine Lehre aus diesem Untersuchungsausschuss.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Fritz hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Fritz.

RD Robert Fritz (BMF): Ja, ich bitte um Entschuldigung, dass ich schon wieder das rechtliche Gehör wahrnehmen muss; aber das kann mein Minister beim besten Willen nicht wissen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da müssen Sie sich nicht für entschuldigen. Das lassen wir hier gar nicht erst aufkommen.

RD Robert Fritz (BMF): Herr Peters ist ja formal abgeordnet an das Auswärtige Amt und ist bei der Botschaft gewesen. Das heißt, alle Akten von Herrn Peters, die er an der Botschaft produziert hat, hat die Botschaft vorgelegt an das Auswärtige Amt. Und das Auswärtige Amt hat die vorgelegt. Das ist nicht unser Verantwortungsbereich.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie sind immer noch auf einer Regierungsbank zusammen, vermute ich.

RD Robert Fritz (BMF): Ja, aber das ist der falsche - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich denke, die Vermutung ist richtig; aber ich glaube, dazu ist jetzt Herr Fritz nicht befugt, das zu verantworten. - Dann geht es weiter mit Dr. Bayaz für Bündnis - -

(Zuruf des Abg. Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU))

- Herr Michelbach, wir beraten gleich. - Dann Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jawohl, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Hallo, Herr Bundesminister! Ich habe auch eine Frage erst mal vorneweg - mit dem großen Risiko, dass Herr Fritz sich gleich noch mal zu Wort meldet. Aber Sie haben dann vielleicht ja auch volle Freiheit, die Frage zu beantworten. Weil wir versuchen schon, von vielen Kollegen aus dem BMF die Frage beantwortet zu kommen, was eigentlich am Ende der Grund war, warum Sie sich von Herrn Hufeld und Frau Roegele getrennt haben. Das ist ja auch eine politische Entscheidung gewesen, und der zuständige Minister muss ja auch diese politische Entscheidung beantworten können.

Zeuge Olaf Scholz: Gerne. Ich glaube, wir haben einen langen Prozess vorbereitet. Wir haben sorgfältig die Arbeit dieses Ausschusses vorbereitet, bevor er zustande kam, weil wir ja selber sehr viele Sachen zusammengesucht haben. Wir haben unseren Aktionsplan gemacht. Wir haben das Gesetz gemacht. Wir haben eine Organisationsuntersuchung bei der BaFin auf den Weg gebracht. Und in diesem Zusammenhang war dann für mich und auch für Herrn Hufeld und Frau Roegele klar, dass eine Neuaufstellung nur mit einem personellen Neuanfang auch gelingen kann, weil das ja auch bedeutet, dass alle das Vertrauen und die Unterstützung da haben, die dazu notwendig ist.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Der eine kommt schneller zu der Erkenntnis, der andere braucht da länger. Das ist legitim. Hat dann doch sehr lange gedauert. Aber gab es ein konkretes Vorkommnis, was am Ende dazu geführt hat, dass Sie in der Gesamtbewertung diesen Entschluss gefasst haben?

Zeuge Olaf Scholz: Das ist für mich kein konkretes Vorkommnis gewesen, sondern wir haben miteinander besprochen - - oder ich habe überlegt, und es ist dann miteinander diskutiert worden: Wie kann man eine Neuaufstellung zustande bringen, und kann das gelingen nach all dem, was jetzt vielfach diskutiert worden ist, wenn das mit den gleichen Führungskräften geschieht, oder muss man da eine Veränderung organisieren? - Und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass der Erfolg des neuen Prozesses sehr davon profitieren würde, wenn es eine personelle Neuaufstellung gibt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Einschätzung teile ich. Ich finde auch, dass Sie und Ihr Haus da eine spannende Personalie vorgeschlagen haben. Das werden wir auch als Abgeordnete konstruktiv unterstützen. Aber wir wissen ja seit letztem Sommer, also seit spätes-

tens Juli 2020, dass die BaFin in der tiefsten Vertrauenskrise ihrer Geschichte ist. Ich glaube, so deutlich muss man das sagen. Deswegen muss doch eigentlich relativ klar und uns allen schnell deutlich geworden sein, dass eine Neuaufstellung dieser Behörde auch nur mit personellen Konsequenzen versehen werden kann und dass wir dann noch mal sieben Monate sozusagen ins Land streichen lassen. Da geht ja wichtige Zeit, Stichwort „Kulturwandel und Neuaufstellung“, verloren. Deswegen wundert mich diese Frage.

Zeuge Olaf Scholz: Meine Vorstellung war zunächst mal, gut aufzuarbeiten, was der Fall ist. Das ist uns unterdessen gelungen - Sie sind ja noch ein bisschen dran -; aber im Wesentlichen wissen wir, was wir wissen müssen. Es war für mich wichtig, die gesetzgeberischen Arbeiten auf den Weg zu bringen und diese Organisationsuntersuchung zu machen. Und dann stellte sich genau zu diesem Zeitpunkt die Frage, die Sie mir gestellt haben. Ich fand, das ist der richtige Zeitpunkt, und finde das auch noch.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich frage noch ein letztes Mal: Anlass, dass es jetzt Ermittlungen seitens der Staatsanwaltschaft gab mit Blick auf die BaFin oder dass herausgearbeitet wurde - ich glaube, auch in diesem Gremium -, auf welcher rechtlich fragwürdigen Grundlage dieses missliche Leerverkaufsverbot entschieden wurde, das war nicht ausschlaggebend dafür, dass Sie da Konsequenzen gezogen haben?

Zeuge Olaf Scholz: Für mich ist die Neuaufstellung der Grund für diese personelle Entscheidung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten ja - ich blicke auch noch mal in den Sommer 2020, auch im Vorfeld der Sondersitzungen, die wir ja hatten als Finanzausschuss; Sie erinnern sich - volle Transparenz angekündigt, hatten auch angekündigt, sich an die Speerspitze dessen zu setzen. Sind Sie dem Versprechen gerecht geworden aus Ihrer Sicht?

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bewerte ich nämlich ein bisschen anders, und - - glaube ich, auch einer der Gründe, warum wir in diesem Untersuchungsausschuss zusammensitzen. Und ich fand zumindest - ich war gestern selbst nicht dabei, aber das, was ich gelesen habe, was Herr Kukies ausgeführt hat - - dass da Fragen in unseren Fragekatalogen, die wir im Sommer gestellt haben an Ihr Ministerium, jetzt nicht immer optimal beantwortet wurden. Ich erinnere da beispielsweise an die Mitarbeitergeschäfte. Da sagten Sie ja auch unserem Ausschuss, da gäbe es keine Auffälligkeiten. Deswegen komme ich da zu einer anderen Bewertung als Sie. Können Sie das nachvollziehen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann Ihre Frage verstehen. Aber ich will trotzdem noch mal dazusagen: Es ist alles zur Aufklärung beigetragen worden. Die Mitarbeitergeschäfte, die uns dann bewegt haben, sind dann später ja offenbar geworden, und daraus sind dann ja auch die notwendigen Schritte abgeleitet worden, nicht nur, was die individuelle Situation betrifft seitens der Behördenleitung der BaFin, sondern eben auch ganz konkret, was jetzt zunächst mal eine Neuregelung des Compliance-Geschehens innerhalb der BaFin betrifft, und zum anderen, was die gesetzgeberischen Rahmenbedingungen betrifft.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will in den 30 verbleibenden Sekunden noch mal auf ein anderes Thema zu sprechen kommen, und zwar haben sich auch die Banken oder die Research-Abteilungen von Banken jetzt nicht gerade mit Ruhm bekleckert mit Blick auf Wirecard. Übrigens, das eine Thema war die Commerzbank, mit der Sie ja durchaus auch zu tun haben, wo eine Analystin jetzt nicht nur - - also, einerseits die Wirecard-Aktien in den Himmel geschrieben hat und dann auch noch im Hintergrund enge Kontakte zum Management hatte.

Aber es gibt eine andere interessante Verbindung, und zwar jemand aus der Research-Abteilung von der Privatbank M.M.Warburg, der nach Asien gereist ist und sich das eigentlich nicht existente Geschäft von Wirecard dort angeschaut hat, danach einen 79-seitigen Research Report

Nur zur dienstlichen Verwendung

verfasst hat, um zu sagen, wie toll dieses Unternehmen ist, und dann wurde das Kursziel noch mal heraufgestuft. Deswegen möchte ich Sie fragen, ob Sie mit Bekannten aus dem Kontext der M.M.Warburg jemals über Wirecard gesprochen haben und, wenn ja, wer das war und wann das war.

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht?

Zeuge Olaf Scholz: Ist mir nichts von erinnerlich und würde mich jetzt auch schwer wundern. Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also, mich hat sehr vieles schwer gewundert in den letzten acht Monaten, und deswegen stellt man lieber mal eine Frage mehr als eine zu wenig.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, ist doch gut, dass Sie die Frage stellen. Also, nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist eine Antwort. - Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Ja, dann würde ich gerne - auch wenn wir das Thema schon lang und breit diskutiert haben, aber ist natürlich dann für mich auch spannend, den Minister dann hier zu haben - - Ich lese Ihnen da mal was vor. Ich habe das gestern auch bei Herrn Kukies getan:

> **Allgemeinverfügung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)**
>
> **Allgemeinverfügung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zum Verbot der Begründung und der Vergrößerung von Netto-Leerverkaufspositionen in Aktien der**
>
> **Wirecard AG**

Das, was ich hier vorlese, ist zu finden als Dokument nach wie vor auf den Seiten der Bundesanstalt. Und dann steht dort zu lesen:

> **Allgemeinverfügung:**
>
> 1. Die Begründung einer Netto-Leerverkaufsposition sowie die Erhöhung einer bestehenden Netto-Leerverkaufsposition in Bezug auf die ausgegebenen Aktien des folgenden Unternehmens sind verboten: …

- wird ein bisschen ausgeführt, und dann kommt 3 -:

> 3. Die Allgemeinverfügung gilt für alle natürlichen und juristischen Personen im Sinne der EU-LeerverkaufsVO, die in der Union oder in einem Drittland ansässig oder niedergelassen sind.
>
> 4. Diese Allgemeinverfügung gilt …

- und so weiter -

> 18.04.2019, 24:00 Uhr.

Wird dann auch weiter begründet. - Und die Frage, die sich hier eben anschließt, ist - - Und dann ist das ja so: Zwei Juristen, drei Meinungen. - Nun ist es insoweit erfrischend: Herr Kukies hat ja gestern gesagt, er ist jetzt kein Jurist. Sie sind Rechtsanwalt.

Dann ist eben unter den eigenen Grundsätzen nach wie vor aktuell auf der Seite der BaFin zu finden dieser berühmte Passus IV, in dem über die Ausübung der Rechts- und Fachaufsicht auch noch mal entsprechend erläutert wird, was ich ja gut finde. Und da geht es dann um die berühmten Erlaubnisvorbehalte. Und dort ist dann zu lesen:

> **Erlass von Rechtsverordnungen und anderen bedeutenden Allgemeinverfügungen**

Nur zur dienstlichen Verwendung

> Rechtsverordnungen auf Grund der einschlägigen Aufsichtsgesetze, welche die BaFin zu erlassen ermächtigt ist, werden dem BMF vorab zur Kenntnis vorgelegt. Sofern es sich um umfangreichere Texte handelt oder die Inhalte überwiegend technischer Art sind, erläutert die BaFin die wesentlichen Gesichtspunkte in einer Zusammenfassung. Bei der Ausarbeitung neuer Rechtsverordnungen oder bei Änderungen und Ergänzungen bestehender Rechtsverordnungen der BaFin wird das BMF frühzeitig über die geplanten Schritte unterrichtet. Entwürfe, welche die BaFin an das Finanzgewerbe zur Stellungnahme verschickt, erhält das BMF vorab. Zur Anhörungen [sic!] des Finanzgewerbes und anderweitigen wesentlichen Besprechungen über die Entwürfe wird das BMF eingeladen. Protokolle über die Ergebnisse der Anhörungen und Besprechungen leitet die BaFin dem BMF zeitnah zu. Bei Rundschreiben und Allgemeinverfügungen, welche im Hinblick auf die materiellen Regelungen und Auswirkungen mit Rechtsverordnungen vergleichbar sind, wird entsprechend verfahren.

Und nun haben wir sehr abstrakt sozusagen über abstrakt-generelle Regelungen gesprochen: Geht es an eine Vielzahl? Ist es eine einmalige Regelung, die für immer wieder gleiche Fälle, die sich wiederholen - - Verwaltungsrecht eben.

Und ich habe nun mit vielen Verwaltungsjuristen gesprochen, mich ausgetauscht, mich noch mal durch Verwaltungsrecht - was immer für mich so ein Gräuelfach war - gequält, und da gibt es mit den Gesprächspartnern, die ich hatte, eine deutliche Mehrheit, die sagt: „Natürlich, wenn die BaFin an sich schon mal festhält, sie sieht es so, wie sie es hier niedergeschrieben hat“ - - man sich dann den Text vorliest - ich habe das auch mit Frau Dr. Lausch diskutiert -, dann muss es hier sich entweder um einen redaktionellen Fehler handeln, den man unter IV lesen kann; denn es ist ja nicht recht einsichtig - wenn ich hier jetzt fortfahre -, dass unter b. dann steht:

> **Rundschreiben zu einzelnen Regelungspunkten**

Ich glaube, wir sind der Meinung, unter b., das ist dann etwas niederstufig zu dem, was ich eben vorgelesen habe. Da steht dann:

> Über andere Verlautbarungen und Mitteilungen der BaFin, welche im Hinblick auf den Regelungsgehalt und die Auswirkungen auf die beaufsichtigten Institute und Unternehmen nicht auf einer Stufe mit Rechtsverordnungen stehen, wird das BMF vor der Veröffentlichung informiert. Äußert das BMF

- und jetzt kommt ja das, was mich so verwundert -

> innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Eingang des Verlautbarungs-/Mitteilungstextes keine Bedenken, kann von einer Zustimmung ausgegangen werden.

Und jetzt wird es noch besser. Ich gehe in c. Da geht es lediglich für mich - auch noch mal eine Niederstufung - - „Änderung der Verwaltungspraxis“. So wird dann im letzten Satz davon gesprochen:

> Äußert das zuständige Fachreferat des BMF innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Eingang des Verlautbarungs-/Mitteilungstextes keine Bedenken, kann von einer Zustimmung ausgegangen werden.

Jetzt frage ich das natürlich im Hinblick Erlaubnisvorbehalt - - das Verwaltungsverfahrensgesetz. Und wir haben eigentlich - nicht nur eigentlich - - wir haben festgestellt: Ja, die BaFin hat das Finanzministerium in diesen Tagen vom 15. bis zum 18. Februar in Kenntnis gesetzt, noch ein bisschen Austausch gehabt. Die Bundesbank wurde auch noch so ein bisschen beteiligt, wenn ich das jetzt etwas salopp formuliere. Die hatte

dann aber irgendwann aus irgendwelchen Gründen, die wir bisher aber auch nicht so richtig ermitteln konnten - - ist die ausgestiegen, fühlte sich nicht zuständig.

Jetzt frage ich mich und auch viele andere - Dr. Toncar hat das gestern auch noch mal sehr spät auf den Punkt gebracht -: Ich glaube persönlich, wenn ich das lese - - ist rechtswidrig gehandelt worden, was die Leerverkaufsverordnung angeht; denn sie ist dem BMF nicht tatsächlich und aktiv zur Zustimmung vorgelegt worden.

Andererseits sage ich: Auch wenn es so was Bedeutendes und Gravierendes ist, hätte doch irgendjemand - entweder Herr Kukies oder entsprechend - - wir hatten Dr. Levin Holle hier, wir hatten Frau Dr. Lausch hier - mal warnend das Stoppschild - und ob nun über Ihren privaten Account, den SPD-Account oder den Dienstaccount - - an der Stelle Sie informieren müssen. - Also, wie beurteilen Sie diesen Sachverhalt, den ich Ihnen vorgetragen habe?

Zeuge Olaf Scholz: Schönen Dank für Ihre Frage. - Also, um es nicht zu wiederholen, was Sie in vielen Rechtsgesprächen vermutlich mit allen Mitarbeiter/-innen des BMF und anderer Behörden schon erörtert haben: Unsere rechtliche Auffassung ist so - und die teile ich -, dass die Fachaufsicht des Ministeriums nicht beinhaltet, dass Entscheidungen über Leerverkaufsverfügungen vom Ministerium genehmigt werden müssen und dass es eine Einzelbefassung gibt. Es gibt eine Einbindung in das europäische Aufsichtsregime, die zu beachten ist, die eine große Rolle spielt. Und das sind Entscheidungen, die die BaFin trifft, und selbstverständlich ist es nicht so, dass das Ministerium jede einzelne Entscheidung selbst noch mal durch eine eigene fachliche Prüfung billigen, genehmigen oder sonst wie muss.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Entschuldigung, da würden Sie tatsächlich dabei bleiben, auch für die Zukunft: Käme es noch mal zu einer gleichbedeutenden historischen Entscheidung auf dem Hintergrund dessen, was wir jetzt schon erarbeitet haben, was Ihnen ja auch durch die Vorbereitung auf den heutigen Tag gewahr geworden ist, Sie wahrnehmen konnten, bleiben Sie bei der Interpretation. - Denn ich wage die Prognose, dass das im Rechtswege sicherlich noch mal jetzt mit den Fakten, die wir hier auf den Tisch des Hauses legen, geklärt werden müsste.

Zeuge Olaf Scholz: Ich bin fest davon überzeugt, dass die Praxis nicht nur die rechtlich gebotene ist, sondern auch die praktische. Wenn das Finanzministerium zur Aufsichts- - also die Rolle der BaFin selber übernimmt, dann überspannt es seine eigene Rolle. Und wie Sie wissen: Im öffentlichen Raum gibt es ja sogar Vorschläge, die sagen, dass man sich aus dieser Rolle noch weiter verabschieden soll. Da bin ich ein bisschen zurückhaltend, aber will ausdrücklich dazusagen: Die Idee, dass jede einzelne Entscheidung, etwa über Leerverkaufsverbote, eine Entscheidung ist, die fachlich bis ins Detail vom Finanzministerium selbst noch mal für richtig gefunden werden muss, die hielte ich für nicht richtig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Na ja, dann müsste man aber deutsche Verwaltungsgesetze und das Verwaltungsverfahrensgesetz ändern; denn das steht dem im Wege, nämlich der § 28 sagt ja ganz genau: Bei bedeutenden Allgemeinverfügungen - - Und das ist ja auch mein Standpunkt, den ich hier auch versucht habe, in der Kürze der Zeit dezidiert darzulegen. Das kann man schön oder schlecht finden. Das ist ähnlich der Frage, die Sie erörtert haben, was dann abschließend vielleicht unser Bundesverfassungsgericht sagt, okay, zu den europäischen Hilfsfonds, die jetzt aufgesetzt werden sollen.

Aber, wie gesagt: Wir haben den § 28 Verwaltungsverfahrensgesetz, und der regelt relativ klar und eindeutig, dass, bevor eine solche bedeutende Allgemeinverfügung eben entsprechend erlassen wird, die zuständige Aufsichtsbehörde, die die rechtliche Aufsicht ausübt - das ist das BMF an der Stelle -, entsprechend informiert wird, und wie ja dann - und dann würde ich die Analogie eben auch ziehen, wenn schon niederschwellige Entscheidungen mit fünf und zehn Tagen belegt sind - das BMF hier tatsächlich vorher informiert werden muss und man schon abwarten muss seitens der BaFin - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich habe für alles das Verständnis, was gesagt wurde, auch von Herrn Kukies: Wir haben so einen „curtain“. - Man will ja gerade die Politik - - Wenn die ESMA beteiligt ist und eine Opinion abgibt und es zwischen BaFin und ESMA hin- und hergeht, ist es in Ordnung. Aber wenn wir denn ein deutsches Verwaltungsverfahrensgesetz haben, dann: Entweder ändere ich es mit einem speziellen Zusatz, dass dies nicht für Entscheidungen beispielsweise gilt, die zwischen einer deutschen Aufsichtsbehörde und einer europäischen Behörde getroffen werden - - Aber ich kann dann nicht sagen: Ich hebele es an der Stelle aus, weil es ist gelebte europäische Praxis. - So habe ich Herrn Kukies gestern verstanden.

Das ist eigentlich mein Punkt: Man macht viele Gesetze. Man findet auch viele Absprachen schon auf europäischer Ebene, und sie scheinen dann an der Stelle, wenn es darauf ankommt - - Und das ist ja auch, was meine Kollegen sagen: Es kommt nicht darauf an, dass wir den Schaden hatten und dass die betrügerischen Absichten hier waren, sondern für mich und uns kommt es drauf an: Wann hätte man diesem Spuk schon viel, viel früher den Stecker ziehen können? - Und da sage ich, § 28 Verwaltungsverfahrensgesetz steht dem nun mal entgegen. Und da würde ich mich fragen: Wollen Sie es ändern, oder wollen Sie quasi weiter diese sehr, ich nenne es mal, wirklich offenen - - Das ist für mich, wie Sie es wollen: Entweder ist es ein Rechtsverstoß oder eine Regelungslücke; für eins muss man sich am Ende des Tages entscheiden. Dann müssten Sie doch eigentlich handeln als Gesetzgeber.

Zeuge Olaf Scholz: Na ja. Also, wir können jetzt natürlich ein langes Rechtsgespräch führen. Allerdings glaube ich, dass ich - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wäre jetzt nicht das Format.

Zeuge Olaf Scholz: Ich glaube, dass ich nicht falschliege*, wenn ich sage, dass sich Ihre Sicht und die Sie da dargestellt haben - - dass es sich dabei um eine juristische absolute Mindermeinung handelt, nicht die Meinung der allermeisten wiedergibt und die, wie gesagt, auch von den Strukturen, die da verantwortlich sind, nicht geteilt wird.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Gut. - Dann bedanke ich mich zunächst mal, weil wir haben die erste Runde - - Sie sind jetzt noch nicht entlassen. Aber wir müssten jetzt Nichtöffentlichkeit herstellen, weil der Wunsch der Fraktionen und auch mein Wunsch besteht, entsprechend zu beraten. Ich finde aber auch, dann ist das fair, dass Sie sich drauf verlassen können und vielleicht die Zeit auch ein bisschen zum Frischmachen, zum Reminding sozusagen, nutzen können. Und ich bitte Sie dann, dass Sie sich so ab 13.25 Uhr wieder bereithalten.

Und wir würden dann jetzt in eine Beratungssitzung eintreten, und ich bitte entsprechend nur die Befugten, jetzt noch im Saale zu verbleiben. Ich bitte wie immer Herrn Fleischer, die Nichtöffentlichkeit herzustellen, und berufe nunmehr eine Beratungssitzung ein.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 13.12 Uhr - Folgt Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 14.02 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Olaf Scholz

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich sehe, dass wir vollzählig sind. Damit setze ich unsere Sitzung fort.

Ich habe dem Minister einiges mitzuteilen: Sehr geehrter Minister Scholz, wir haben uns jetzt eingängig und sehr intensiv beraten; das konnte man auch an der Dauer der Beratungssitzung abmessen. Uns ist jetzt schon - - Eine Art von Vertrauen könnte erschüttert werden. Also, uns hat es schon missfallen - das kann ich so sagen -, dass

Nur zur dienstlichen Verwendung

wir den Eindruck gewinnen konnten oder hatten, dass einige Messengerdienste oder auch private E-Mail-Accounts insoweit, was unseren Beweisbeschluss angeht, nicht inkludiert waren. Wir haben uns da jetzt auch intensiv mit Herrn Fritz aus- -

(Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie waren schon inkludiert! Sie wurden nicht vorgelegt!)

- Sie wurden nicht vorgelegt, ganz genau. - Und sie waren vom Beweismittelbeschluss, so unsere Interpretation, eben auch umfasst. Das heißt, nach meinen Ausführungen möchte ich Sie zunächst bitten, bevor wir mit der Zeugenbefragung fortfahren - - ob entweder aus Ihrer Sicht alle Mails entsprechend, die auch relevant für unseren Beweismittelbeschluss sind, seitens Ihrer Person vorgelegt worden sind - - und uns darzulegen - das ist uns auch wichtig -, wie Sie denn nun auch außerhalb der dienstlichen Accounts, sprich: mit Messengerdiensten, SMS oder Ihren privaten Accounts, entsprechend verfahren.

Sollte Ersteres, was ich genannt habe, nämlich dass Sie nicht abschließend erklären können, uns alle Kommunikation dargelegt zu haben zum Sachverhalt - - und damit umfassen - um es vielleicht auch klarzustellen - DPR, BaFin, Kommunikation natürlich auch mit den Ministern des Kanzleramtes wie beispielsweise Helge Braun - - Sollte dies also *nicht* von Ihnen abschließend uns hier mitgeteilt werden können, dann bitten wir Sie, dieses unverzüglich entsprechend an uns, an den Ausschuss, diese Mails, diesen Mailverkehr, diesen Datentransfer oder auch die Chatprotokolle entsprechend Ihrer Messengerdienste vorzulegen.

Ich möchte dazu auch noch ausführen, warum wir zu dieser fundierten Meinung gelangt sind, bevor ich Ihnen dann Gelegenheit geben möchte, unsere Fragen - das sind unsere gemeinschaftlichen, einstimmig so entsprechend gewünschten Fragen - - So konnten wir den Wissenschaftlichen Dienst entsprechend gemäß Dokument WD 3 - 3000 - 187/20, „3. Regelungen in einzelnen Bundesministerien“ - -

> Es wurden Auskünfte zur Registrierung und Veraktung von Schriftgut in elektronischer Form vom Auswärtigen Amt (AA), Bundesministerium für Verkehr

- hier wird ausgeführt -

> und digitale Infrastruktur (BMVI), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) sowie dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), einschließlich ihrer nachgeordneten Bundesbehörden und staatlichen Gesellschaften, eingeholt. Das BMVI hat bislang keine Informationen übermittelt.

Und jetzt kommt das Entscheidende da - Absatz -:

> Alle o.g. Bundesministerien verweisen auf die Vorgaben der GGO und RegR. Entsprechend der Vorgaben der GGO, der RegR sowie dem Prinzip der Schriftlichkeit (Aktenmäßigkeit) ist sämtliches Schriftgut, welches Aktenrelevanz aufweist,

- ich verweise auf unseren Beweismittelbeschluss -

> zu archivieren.

Dementsprechend in Fortsetzung uns natürlich auch vorzulegen.

> Aktenrelevante dienstliche E-Mails sind von diesem Grundsatz gleichermaßen umfasst.

Und jetzt kommt er entscheidende Satz:

> Die Regelungen sind grundsätzlich nicht personengebunden, sodass diese auch für den Bundesminister/die Bundesministerin gelten.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Das heißt, unser klar formulierter Wunsch an Sie ist, entsprechend eine intensive und kritische Überprüfung Ihrer Kommunikationswege noch mal zu veranlassen und uns dann gegebenenfalls beim Auffinden weiterer Mails gemäß unserem Beweismittelbeschluss diese auch vorzulegen.

Und ich bitte Sie jetzt, kurz darzulegen: Wie kommunizieren Sie? Welche Messengerdienste und andere Accounts nutzen Sie? Die wären hier natürlich eingeschlossen, es sei denn, Sie erklären uns, Sie haben uns abschließend alles vorgelegt. - Herr Minister Scholz, Sie haben das Wort.

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe darum gebeten, dass alles, was vorliegt, Ihnen vorgelegt wird. Das ist Ihnen auch alles vorgelegt worden. Ich nutze - - Ich arbeite vor allem - das würde ich gern noch mal sagen - in der Papierakte - deshalb finden Sie dort auch meine oft nicht ganz lesbare Schrift; zahlreich bei den Sachen, wo ich mal berührt worden bin - und gehe auch als Minister in der Weise vor. Ich nutze einen Mailaccount des Ministeriums; das wissen Sie. Ich habe einen privaten Mailaccount, den ich für meine privaten Mails nutze. Ab und zu nutze ich ihn auch, um Mails weiterzuschicken, die mir wichtig sind, zum Beispiel Zeitungsartikel und Tickermeldungen, weil die auch bei mir auf diesem privaten Mailaccount eingehen. Davon haben Sie ja zwei hier auch vorgelegt.

(Matthias Hauer (CDU/CSU): Drei!)

- Ja. - Die sind aber, wenn ich Sie an dienstliche Accounts verschickt habe, auch dort jeweils, wenn sie für eine Akte relevant geworden sind, dann dahin gelangt.

Und das will ich gern noch mal sagen: Es ist kein Zufall aus meiner Sicht, dass Sie im Wesentlichen Zeitungsartikel oder Tickermeldungen gefunden haben, wo ich um Stellungnahme gebeten habe oder gefragt habe, was da so ist. Insofern wird sich nichts Zusätzliches zu dem, was überall in Ihren Akten ist, finden. Mein Umgang damit ist, dass ich im Übrigen das nicht archiviere in meinem Handy oder so, sondern dass ich, jetzt was ich gelesen habe, eigentlich ziemlich sofort lösche und dass es sich nie lange dort aufhält.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Noch mal als Nachfrage: Das heißt, Sie haben keine relevanten Messengerdienste oder Chatprotokolle aus diesen Messengerdiensten, die jetzt rein auf unseren Beweismittelbeschluss noch vorhanden wären. Sie können aber auch nicht ausschließen - so habe ich das jetzt raushören wollen; sonst korrigieren Sie mich -, dass vielleicht auch mal über Messengerdienste oder private E-Mail-Accounts eine Mail genutzt wurde. Wir müssen das jetzt schon für uns abschließend beurteilen können.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, ich wiederhole das gerne, weil das ja völlig berechtigt ist: Es kann sich gar nichts mehr vorfinden, was ich abgesandt habe, weil ich das regelmäßig lösche und nicht für mich archiviere. Dazu bin ich auch nicht verpflichtet, nach allem, was ich weiß, und will das auch dazusagen. Und es ist so, dass es aber, wenn es an dienstliche Accounts versandt worden ist, sich ja hier in den Akten findet. Und deshalb gibt es nichts irgendwo sonst, was sich hier noch bei mir befindet. Ich kann Ihnen also nichts Weiteres vorlegen, als was Sie haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Ich würde das jetzt erst mal so zur Kenntnis nehmen. - Aber nochmals: Ich mache Sie drauf aufmerksam, dass wir hier schon sehr ernsthaft diskutiert haben. Und ich bitte dann natürlich auch noch mal, weil uns das schon - ich darf das wohl sagen - irritiert

(Zuruf des Abg. Matthias Hauer (CDU/CSU))

- Matthias Hauer - - dass uns das schon irritiert und ich dann natürlich alle beteiligten Bundesministerien eindringlich noch mal bitte, hinsichtlich dann einer Zweitmail, die auf die Mail, die vielleicht außerhalb der dienstlichen Kommunikationswege in anderen Ministerien aufgeschlagen - - sind, uns dann noch mal, falls gefunden - - auch zur Verfügung zu stellen.

Denn ich denke: Es ist für uns schon verwirrend, wenn wir so in der ohnehin schon Flut von Materialien quasi dann bei dem Zweit- - also bei dem

Nur zur dienstlichen Verwendung

Empfänger der Mails suchen. Wir sind natürlich in unserer - - und auch knappen personellen Ressourcenausstattung davon ausgegangen, dies dann ausgänglich aus dem Bundesministerium für Finanzen zu erfahren. - Aber so weit Ihre Erklärung. Oder möchten Sie noch irgendetwas anderes hinzufügen, Minister Scholz?

Zeuge Olaf Scholz: Das ist - - Ich habe das gesagt, was dazu zu sagen ist; das ist ja auch völlig korrekt. Und, wie gesagt, Sie werden alles, was irgendjemand gekriegt hat, auch bei dem finden, wenn das ein Vorgang ist, der mit diesem Sachverhalt zu tun hat und deshalb zu einer Akte gelangt ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Dann haben wir das jetzt so protokolliert und zur Kenntnis genommen. - Und dann hat jetzt Dr. Michelbach für die CDU/CSU das Wort. Bitte schön.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, Herr Minister Scholz, ich bitte um Verständnis, dass es natürlich unser Selbstverständnis als Untersuchungsausschuss ist, dass wir zur Aufklärung alle Kommunikationen vorgelegt bekommen. Bei Wirecard und beim Wirecard-Skandal haben viele Menschen große Probleme und Verluste erlitten und der Finanzplatz Deutschland hat hohen Schaden bekommen. Deswegen bitte ich auch noch mal, bevor ich in die Sache reingehe, dass Sie die Verletzungen unseres Beweisbeschlusses sehr ernst nehmen; das ist ein schwerwiegender Vorgang - - und dass ich bitte, dass die Vollständigkeitserklärung des BMF für alle Akten kommt, was andere Ministerien inzwischen schon geleistet haben.

Jetzt zur Sache selbst. Wir haben insbesondere die Zusammenarbeit Rechtsaufsicht/Fachaufsicht, BaFin und BMF, BMF und BaFin zu untersuchen. Und da ist natürlich zunächst einmal zu klären: Wann haben Sie sich erstmals mit dem Thema Wirecard befasst? Und warum haben Sie in Ihrem Eingangsstatement zu dem Thema Leerverkaufsverbot sich überhaupt nicht geäußert?

Zeuge Olaf Scholz: Ich wiederhole gerne, was ich bereits in meinem Eingangsstatement gesagt habe und auch in den Gesprächen, die wir bisher hier schon miteinander freundlicherweise haben konnten: Es ist so, dass ich das Thema Wirecard als Minister besprochen habe, als die Firma in den DAX aufstieg und das ein Ereignis war, das alle Medien und Zeitungen sehr ausführlich diskutiert haben. Da ist das auch am Rande der verschiedenen Tätigkeiten ein Gesprächsthema gewesen, zum Beispiel mit meinem Staatssekretär Kukies, wie er Ihnen ja wahrscheinlich auch gesagt haben wird.

Und im Übrigen ist das Thema dann wieder aufgekommen im Zusammenhang mit den Pressemeldungen im Februar des Jahres 2019 und der Information über die zwei Entscheidungen, die die BaFin in diesem Zusammenhang getroffen hat, nämlich, erstens, die Entscheidung zum Leerverkaufsverbot und, zweitens, die DPR zu beauftragen. Mir war die DPR-Entscheidung wichtig, weil es das ist, was aus der Meldung, da könnte was falsch sein, zu folgen hatte und gefolgt ist.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Vielen Dank. - Die Frage ist natürlich die Einschätzung zu diesem Leerverkaufsverbot, was ja so etwas wie ein staatliches Gütesiegel war und natürlich so ein gewisses Signal für den Einstieg in eine Qualitätsaktie für viele Anleger bedeutet hat. Und da ist ja dann in der Folge noch ein hoher Schaden entstanden und hat dazu geführt, dass die Kasse so gefüllt wurde, dass man bis zum Schluss im Mai 2020 noch 100 Millionen quasi vom Management abgreifen konnte. Insgesamt sind es nach unserer Recherche etwa 22 Milliarden, die da bisher stattgefunden haben: 12,5 Milliarden bei Gläubigern und der Rest bei den Kleinanlegern, die vielleicht ja besonders mit der Altersvorsorge im Problem standen. Also, das ist eines der Hauptaufklärungspunkte.

Vielleicht sagen Sie noch mal, wie Sie grundsätzlich zu dem Thema Leerverkaufsverbot oder Leerverkäufe generell stehen. Da gibt es ja sicher eine persönliche Auffassung als Minister. Wie stehen Sie generell zu dem Thema Leerverkaufsverbot?

Zeuge Olaf Scholz: Ganz habe ich die Frage jetzt nicht verstanden: abstrakt, ob ich Leerverkäufe

überhaupt für zulässig halte - - der Meinung bin, die müssten generell verboten werden? - Das gibt es ja als politische Forderung. Oder was ist Ihre Frage?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, generell natürlich die Frage. Man könnte ja auch natürlich denken, dass da quasi die Bösewichte, die Shortseller, zum Beispiel eins ausgewischt bekommen müssen, und der Markt muss da einen Eingriff erdulden. Das ist ja auch - - hat ja etwas zu tun mit unserem marktwirtschaftlichen System, mit unserer Wirtschaftsordnung. Da würde ich Sie mal bitten - - wie Sie denn dieses Thema Leerverkaufsverbot generell betrachten.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, schönen Dank für die Frage. - Also, die öffentliche Debatte zum Thema „Soll man Leerverkäufe generell verbieten?“ habe ich natürlich intensiv verfolgt. Und sie ist auch wieder geführt worden, weil, wie Sie wissen, jetzt in der Krise, nach dem Ausbruch von Covid-19, mehrere Länder Europas, jedenfalls zeitweilig, Leerverkaufsverbote generell für ihre Börsen verhängt haben. Das haben wir in Deutschland nicht gemacht. Da habe ich mir Gedanken drüber gemacht und fand, dass man das nur machen muss, wenn man dafür ausreichende Ansatzpunkte hat. Die Entwicklung der Börse seither hat ja doch eigentlich berechtigt, zu sagen, dass das nicht richtig gewesen wäre, wenn wir das in Deutschland so ähnlich wie die anderen Länder gemacht hätten. Insofern finde ich, kann es Leerverkäufe geben; sie sind ein Aspekt des Marktgeschehens. Und gleichzeitig müssen die Behörden die Möglichkeiten haben, nicht abstrakt generell und für immer und alle Fälle, aber doch in speziellen Situationen Leerverkaufsverbote zu verhängen. Das ist meine Meinung zu dem Thema ganz generell.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. - Dann zu dem Thema „Einschätzung Leerverkaufsverbot im speziellen Fall zu Wirecard“, nämlich: Was erfolgt beim Bundesfinanzministerium und der Beteiligung des Bundesfinanzministeriums durch die BaFin zu ihrer Entscheidung der Allgemeinverfügung?

Zeuge Olaf Scholz: Sie kennen die Abläufe, weil Sie sorgfältig dokumentiert sind, darüber, wann die BaFin die Amtsebene des Ministeriums informiert hat, wie das weitergeleitet worden ist. Sie wissen auch bereits, dass ich das nicht mitbekommen habe zu dem Zeitpunkt, als das in meinem Büro einging, was aber, glaube ich, auch von niemandem intendiert war. Es ist Sache der Büroleiterin, in meiner Abwesenheit zu entscheiden, ob sie meint: Das ist etwas, was an mich gehen muss. Da wir nur mittelbar in Kenntnis gesetzt worden sind, hat sie das nicht so entschieden.

Ich habe dann, wie Sie wissen, aus einer Pressemeldung entnommen, dass es so ist, dass es ein Leerverkaufsverbot gegeben hat, und meinen Staatssekretär Kukies gefragt, was das bedeutet und was wir wissen müssen. Ich habe dann mit ihm am Rande meines Gesprächs mit Herrn Le Maire darüber geredet, dass er da weitere Informationen mir geben wird.

Und dann kennen Sie den Vermerk, der vom 19. - - der mich am 21. erreicht hat und den ich vermutlich am 22. gelesen und gezeichnet habe. Sie kennen die Information, die zum Thema Leerverkauf darin steht - - und dass ich diesen Informationsvermerk zur Kenntnis genommen habe in diesem Teil wie auch in dem anderen Teil, der, wie ich schon geschildert habe, mir wichtiger erschien, nämlich dass die DPR beauftragt ist, die Firma Wirecard zu prüfen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. Da gibt es eben die unterschiedliche Auffassung, was die Aufgabe der Fachaufsicht durch das BMF ist. Und wir haben festzustellen, dass also die BaFin sich unsicher war, weil es war ja das erste Mal überhaupt, dass ein solches Leerverkaufsverbot beschlossen wurde. Und auch beim Bundesfinanzministerium war das ja keine Alltäglichkeit, sondern auch die Einmaligkeit. Und es ist für uns schwer nachvollziehbar, dass hier keine wesentliche Hausentscheidung stattgefunden hat.

Wir haben durch die Zeugeneinvernahme wörtlich festgestellt, dass man im BMF verstehen wollte, was die BaFin machen will: Und eine

Prüfung der Plausibilität müssen wir vornehmen. Das heißt also, man hat nicht die Allgemeinverfügung unterschrieben; da steht nicht Ihre Unterschrift drauf. Aber es hat eine Beteiligung stattgefunden, im Übrigen nicht alleine des BMF. Es hat die Bundesbank eine Beteiligung bekommen. Es hat die ESMA eine Beteiligung bekommen. Und es hat die Staatsanwaltschaft München da auch in etwa eine Beteiligung bekommen. Also, können Sie noch mal für Ihr Haus sagen, wie denn das BMF das auch jetzt vollzogen hat, diese Beteiligung?

Zeuge Olaf Scholz: Wir hatten ja vorhin schon eine Diskussion. Das BMF ist keine Behörde, die in dieser Sache - - oder ist nicht als Ministerium dazu aufgerufen, eine solche Entscheidung selber zu treffen und sie auch im Einzelnen zu überprüfen. Wenn man das Gefühl hat aus dem, was man mitbekommt, es ist offensichtlich nicht richtig, dann kann man sich damit beschäftigen. Aber dazu muss man dann einen ausreichenden Anhaltspunkt haben. Im Regelfall geht es darum, solche Entscheidungen zur Kenntnis zu nehmen und zu verstehen, wie Sie das eben selber formuliert haben. Und so ist das auch in diesem Fall gehandhabt worden.

Wenn ich Ihnen ein Gefühl vermitteln darf: Dass das BMF eine forsche Maßnahme der Aufsichtsbehörde aufhält, halte ich für einen Vorgang, der wahrscheinlich - - hoffentlich nie vorkommt oder fast nie. Dazu müsste man ganz besondere Gründe haben. Wenn die BaFin berichtet hätte, dass sie das eine gemacht hätte, das Leerverkaufsverbot, was Sie ansprechen, aber zum Beispiel aus den Presseberichten keine Aktivitäten im Hinblick auf die Beauftragung der DPR und der Untersuchung der Vorwürfe gegen Wirecard, dann wäre das ein Anlass gewesen, nachzufragen. Da aber die DPR beauftragt wurde und in alle Richtungen, also auch gegen Wirecard, ermittelt wurde, war das die Information, die zu diesem Zeitpunkt für das Ministerium die richtige und wichtige war.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Das haben wir durch Ihren Staatssekretär natürlich uniform so auch gehört. Aber für uns ist wenig glaubwürdig, dass das BMF keinen Einfluss genommen hat. Ich trage Ihnen mal das Protokoll von Frau Roegele und Frau Geilfus, also die Vizepräsidentin der BaFin und einer zuständigen Mitarbeiterin von der BaFin, vor. Hier heißt es, dass das BMF - und zwar um 11.45 Uhr hat praktisch diese Mail stattgefunden am 15. Februar 2019 - - Und hier wurde an das BMF und Frau Roegele eben geschrieben. Und Frau Roegele hat Folgendes ausgesagt: Das BMF hat bisher geschwiegen, und man könne das eventuell als Zustimmung deuten. - Dagegen hat dann Frau Geilfus gesagt am gleichen Tag - mit dem Stenografischen Bericht - - Frau Geilfus sprach aber von einer Telefonkonferenz am Abend des 15. Februar 2019, an der auch das BMF teilnahm. Also, es ist so, dass man erst vielleicht gar nichts gemacht hat und dann aber an einer Telefonkonferenz teilgenommen hat. Und die Mitarbeiter Franke, Wimmer und Holle aus dem BMF haben ja auch bestätigt, dass sie daran intensiv beteiligt waren. Und es gibt auch eine Mail von diesem Freitag, 15. Februar, an Ihre Leitung im BMF, also in Ihrem Büro.

Jetzt war das so eine bedeutende Geschichte, dass da alle volle Überstunden - - und alles ging bis in die Nacht an dem Freitag übers ganze Wochenende. Und Sie wollen uns sagen, Herr Minister, dass Sie davon völlig unberührt waren. Das kann ich mir nicht vorstellen, dass diese Entscheidung, diese schwerwiegende Entscheidung, nicht über Sie gelaufen ist; kann man sich nicht vorstellen. Vielleicht dazu noch mal, auch zu den Vorhaltungen Roegele, Geilfus, Aussagen Franke, Wimmer, Holle hier.

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann gerne wiederholen, was ich eben schon gesagt habe: Das ist eine Entscheidung der BaFin. Das Ministerium ist informiert worden. Wer wann wie informiert worden ist und wo beteiligt war, das ist in Ihren Akten; das wissen Sie im Detail. Dazu haben Sie mit all den von Ihnen Genannten und vielen Weiteren, vermute ich, Gespräche geführt, sodass Sie darüber auch Bescheid wissen. Sie wissen aus Ihren Unterlagen, vermute ich, dass ich, nachdem diese Entscheidung veröffentlicht war, nachgefragt habe: „Ist das eine Entscheidung, über die ich was wissen muss?“, so sinngemäß. Und daraus

Nur zur dienstlichen Verwendung

können Sie entnehmen, dass es eine Beteiligung vorher in dem Sinne, dass ich was mitentschieden hätte, nicht gegeben hat. Hätte es aber auch gar nicht geben können, weil es keine Entscheidung des Ministeriums ist und auch nicht des Ministers.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Diese Allgemeinverfügungsanordnung ist natürlich eine Ermessenssache. Sie als Jurist können das sicher nachvollziehen. Und eine Ermessenssache hat ja auch immer die Frage des Ermessens und damit auch die Frage: Welche Alternativen gab es dazu? - Und es ist auch bestätigt, dass über Alternativen gesprochen wurde. Und damit müsste doch das BMF dann auch natürlich Beteiligungen haben. Hat man nicht im BMF an weiteren Alternativen mitgearbeitet - - gedacht? Oder sagt man: „Augen zu und durch“, oder wie kann man sich das vorstellen?

Zeuge Olaf Scholz: Sie wissen ja schon alles, was real stattgefunden hat. Deshalb brauchen Sie auch nicht forschen, ob da noch was anderes gewesen sei: Nein, Sie haben da eine komplette Kenntnis. Und ich wiederhole noch mal: Das entspricht auch der richtigen Vorgehensweise, dass das BMF sich nicht als zweite Entscheidungsbehörde begreift, die alle Entscheidungen der BaFin - und auch in dieser Frage - noch mal selber mit einer vollumfänglichen Prüfung trifft, damit sie dann doppelt gewissermaßen existiert.

Und ich will Ihnen auch sagen, dass das im Sinne der Aufsichtsstrukturen, die in Europa eingebunden sind, sowieso eine richtige Vorgehensweise ist. Da, wo das misslungen ist, so etwas ordentlich hinzukriegen, haben wir auch die entsprechenden Ergebnisse. Dass das Bauen eines Gebäudes durch den Bund bis zu zwölf Jahre dauern kann, hat auch etwas damit zu tun, dass verschiedenste beteiligte Behörden der Meinung sind, sie müssten jede Entscheidung über die Größe eines Klodeckels auch bei sich selber treffen, sodass es eben 40 Beteiligte gibt, die einmal Ja sagen müssen, und zwar aus eigener kompetenter Entscheidung, während ich es richtig fände, wenn es immer einen Kompetenten gibt, der das macht - das ist in diesem Fall die BaFin -, und dass ein Ministerium mit seiner Rechts- und Fachaufsicht interveniert, wenn es der Meinung ist: „Es gibt hier etwas zu intervenieren“, aber nicht die Entscheidung noch mal als eigene trifft.

Und, wie gesagt, ich wünsche mir auch nicht, dass das Ministerium als Stil, als Geste, als Haltung so agiert, dass sie eine Behörde, die forsch vorgehen will, vom forschen Vorgehen abhält. Umgekehrt macht es Sinn.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr Minister, wir sind uns einig, dass das ein einmaliger Vorgang war; hat es noch nie gegeben. Und wesentliche Personen, Beamte in Ihrem Hause, einschließlich des Staatssekretärs, waren an diesem Freitag von der BaFin kontaktiert. Auch die Bundesbank wurde kontaktiert. Das wurde auch bewusst: Die Bundesbank hat kein Ja zum Leerverkaufsverbot mitgeteilt - das hat uns die Frau Dr. Buch hier erklärt -, weil sie große Bedenken hatten. Und das soll alles nicht bei Ihnen aufgeschlagen haben? Wenn die Bundesbank nicht mitmacht, dann muss doch das ein Alarmsignal in Ihrem Haus gewesen sein. Und darüber setzen sich Beamte einfach hinweg? Kann ich mir nicht vorstellen.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, ich weiß nicht, was Sie sich vorstellen können oder nicht. Aber ich kann Ihnen sagen, wie es ist. Das ist in Ihrer Aktenkenntnis.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. Also, jetzt glaube ich das dann auch noch. - Ich verstehe ja, dass Sie da eine Brandmauer zwischen der BaFin und dem BMF oder BMF und BaFin aufbauen wollen, weil Sie nicht in diese schwerwiegende Fehlentscheidung eingebunden sein wollen. Aber man muss natürlich auch Verantwortung übernehmen. Und die Verantwortung, die haben Sie doch wohl gesehen, wenn Sie dann am Montag - das ist der einzigste Nachweis; ich hoffe, dass wir da vielleicht doch noch Mails bekommen - - der einzigste - - dass Sie am 19. Februar, also am Montag, dann sofort gesagt haben: Ich will da alles wissen - - und auch so dürftig, dass das eher so wie der Alibiversuch stattfindet. Also, ich meine, auf der einen Seite ist es bei Ihnen, ich sage mal, beim BMF nicht wichtig. Auf der anderen Seite wollen

Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie aber Montag genauestens informiert werden noch mal, wie das läuft und was da stattfindet. Also, können Sie nicht diesen Widerspruch in irgendeiner Form sich erklären oder uns erklären, Herr Minister?

Zeuge Olaf Scholz: Auch wenn Sie es länger erörtern: Da ist kein Widerspruch. Das ist ein Verfahren, wo Sie wissen, wer wann was gemacht hat und beteiligt war. Sie wissen daraus, dass ich für mich das erste Mal wahrgenommen habe, dass diese Entscheidung getroffen ist, aus einer medialen Information und dann nachgefragt habe. Und ich bin dann zeitnah informiert worden über die getroffene Entscheidung der BaFin. Und nachdem ich den Informationsvermerk, den Ihre Akte - - es gelesen hatte, standen da zwei Dinge drin: Sie haben, erstens, sich entschieden, das zu tun - mit dem Leerverkaufsverbot -, und, zweitens, sich entschieden, die DPR, die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung, zu beauftragen. Und das habe ich zur Kenntnis genommen, weil es für mich keine Anhaltspunkte gab, warum ich finden sollte, dass das nicht richtig ist.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Also, Sie sehen keinerlei Mitverantwortung des Bundesfinanzministeriums für diese Fehlentscheidung „Leerverkaufsverbot“.

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Wollen dafür auch nicht sich bei Anlegern, die da viel Geld noch verloren haben, entschuldigen oder sagen: Ist bedauerlich; es ist so.

Zeuge Olaf Scholz: Dass die Entscheidung konkret skeptisch gesehen werden muss, das, glaube ich, hat sich ja nicht nur durch die Tätigkeit dieses Ausschusses und durch alles das, was wir durch den Zeitverlauf heute wissen, ergeben. Das will ich und werde ich auch nicht anders darstellen. Aber zu dem Zeitpunkt ist das der Kenntnisstand gewesen. Und deshalb wiederhole ich die Antwort auf die Frage, die Sie zuvor gestellt haben: Nein, das Finanzministerium hat sich in seinen Kompetenzen ordnungsgemäß verhalten.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): In der Nachbetrachtung, aus der heutigen Sicht: Wie beurteilen Sie das Leerverkaufsverbot?

Zeuge Olaf Scholz: Die Frage habe ich eben beantwortet.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Minister Scholz, nochmals: Vielleicht zwei Mikros. Aber wir müssen Sie verstehen können.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, ja; alles gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Und das wird zusehends schlechter.

Zeuge Olaf Scholz: Ja; alles gut. Ich hoffe, das hilft irgendwie mit der Technik.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Hilft.

Zeuge Olaf Scholz: Also, die Antwort auf Ihre Frage ist sehr klar von mir eben gegeben worden: Die Entscheidung des Ministeriums ist damals - - Oder das Ministerium hat damals ordnungsgemäß gehandelt. Und was die Bewertung von heute aus mit dem Wissen von heute betrifft, gibt es erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Entscheidung der BaFin, das Leerverkaufsverbot zu verhängen. Die Anhaltspunkte, die dafür waren, haben sich ja nicht als tragfähig erwiesen, wenn ich das richtig verfolgt habe, auch über die Berichterstattung, die es mittlerweile gibt. Und deshalb kann man das mit dem Wissen von heute, nein, muss man das sehr, sehr kritisch betrachten.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Danke schön, Herr Minister.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Ja, bevor ich da noch mal aufsetze, habe ich mal eine Fachfrage, und zwar: Warum konnte das BMF eigentlich mit eigenen Mitteln und Bordmitteln - wir diskutieren da ja auch oft im Finanzausschuss drüber -, wie der Betriebsprüfung, den Kontrollmechanismen, wie das Country-by-Country Reporting der OECD oder das Umsatzsteuerkontrollverfahren der EU, den Wirecard-Betrug genauso wenig entdecken wie EY? Denn

Nur zur dienstlichen Verwendung

diese gesamten Mechanismen, über die wir ja auch im Finanzausschuss reden, werfen eine Menge an Informationen und auch bürokratischem Aufwand für Unternehmen einerseits - - nach sich. Und ich zitiere mal von der Homepage der Bundeszentralstelle für Steuern:

> Das Verfahren CbCR
>
> Country-by-Country Reporting (CbCR) hat das Ziel, Finanzbehörden zusätzliche Informationen zu grenzüberschreitenden Konzernstrukturen an die Hand zu geben. Durch die Erstellung länderbezogener Berichte für multinational tätige Unternehmen und deren automatischen Austausch, sollen die Finanzbehörden in die Lage versetzt werden, diese besser zu prüfen. Das Bundeszentralamt für Steuern ... ist in Deutschland die zentrale Stelle für den Austausch …

Jetzt kann man noch „Verfahren“, „Rechtliche Grundlagen“ - - Ein Erklärbärvideo ist auch dabei.

Wie erklären Sie sich denn, wenn wir schon - das tun wir ja auch mit Recht, denke ich - auf den Wirtschaftsprüfern entsprechend viel, viel abladen - - gehört doch auch dazu - - Der Staat führt immer, immer stärkere Kontrollmechanismen ein, immer mehr Bürokratie, und auch an der Stelle muss man ja dann konstatieren - es sei denn, Sie belehren mich eines Besseren -, dass das Country-by-Country Reporting hier auch komplett versagt hat.

Zeuge Olaf Scholz: Der Zusammenhang erschließt sich mir gerade nicht; aber ich will trotzdem versuchen, auf beide Fragestellungen einzugehen, die Sie eben gestellt - - die sich eben - - verstanden habe.

Das Erste ist: Das Country-by-Country Reporting führt jetzt zu vielen zusätzlichen Informationen, übrigens auch die Frage der grenzüberschreitenden Steuergestaltung, die bei dem Bundeszentralamt für Steuern ankommen. Diese Dinge werden da, wo sie weiterzuleiten sind, an die zuständigen Steuerbehörden für ihre Prüffälle weitergeleitet. Und gleichzeitig wird versucht, mit modernster IT dafür Sorge zu tragen, dass wir Muster erkennen können, dass wir daraus dann als Gesetzgeber Schlüsse ableiten können. Also habe ich darum gebeten, dass das Bundeszentralamt für Steuern die Möglichkeiten und Mittel bekommt und auch für sich die Entscheidung trifft, mit den modernen Möglichkeiten von künstlicher Intelligenz eine Bewertung dieser unglaublich vielen Informationen vorzunehmen. Das ist jetzt im Gange.

Und da will ich Ihnen schon die optimistische Sicht vermitteln, dass wir durch diese vielen Informationen, durch ihre Bearbeitung und Weiterleitung, wo das jetzt für konkrete Steuerverfahren hilfreich ist, die von den Ländern oder in den gemeinsamen Prüfungen genutzt werden, eingesetzt werden kann - - aber dass wir gleichzeitig mit den KI-Tools, die dort entwickelt und jetzt gefüttert werden mit den Informationen, in der Lage sein werden, relevantes Wissen zu entwickeln, das uns als Gesetzgeber und als Regierung auch hilft bei den Tätigkeiten, die wir künftig haben.

Was die Frage betrifft „Was kann man alles tun?“: Ich finde, unser Ehrgeiz muss sein, dass wir - wie es der künftige Chef der BaFin ja auch angekündigt hat - eine der besten Aufsichtsbehörden der Welt entwickeln mit unserer BaFin, eine, die einen sehr guten Ruf hat wie die SEC in den Vereinigten Staaten - - hat trotz all ihres guten Rufes ziemlich große Fälle nicht aufdecken können, etwa Enron 2001 mit milliardengroßen Fälschungen, die dazu geführt haben, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen ihre Tätigkeit eingestellt hat und aus den Big Five der Prüfungsgesellschaften damals die Big Four wurden. Das geht um die Frage MCI WorldCom. 2002 ist das Technologieunternehmen, das in Milliardenhöhe Bilanzen gefälscht hat, in Insolvenz gegangen. Auch das ist nicht aufgedeckt worden von einer wirklich nach Weltstandard erstklassigen und auch mit sehr vielen rechtlichen Möglichkeiten ausgestatteten Behörde. Lehman Brothers 2008 ist uns allen noch geläufig; dazu muss ich nichts sagen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, aber Herr Scholz, Entschuldigung - -

Zeuge Olaf Scholz: Und gerade in den letzten Tagen haben wir noch mal die Meldung bekommen über den Tod von Herrn Madoff, der mit seinem Investmentfonds auch Milliardenschaden ausgelöst hat.

Und deshalb will ich ausdrücklich sagen: Wir brauchen diese Kontrollinstrumente. Wir müssen eine erstklassige, starke Behörde aufbauen, damit wir jedenfalls immer sagen können: Da, wo wir die Verantwortung hatten und Entscheidungen treffen konnten wie zum Beispiel jetzt, haben wir die Voraussetzung dafür geschaffen, dass alles, jedenfalls was in unserer Macht steht, getan ist, damit das nicht passiert, wissend, dass selbst diejenigen, die sehr gut aufgestellt sind, nicht alles identifiziert haben in der Vergangenheit. Trotzdem muss unser Ehrgeiz anders sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Scholz, ich finde, da vergleichen Sie ein wenig Äpfel mit Birnen. Denn Enron - den Fall habe ich mir nun auch sehr zur Genüge angeguckt; er ging ja auch durch die Presse - - Er war verantwortlich für das, was Sie jetzt ändern wollen: das zweistufige Enforcement-Verfahren. Aber Enron hat vornehmlich das, was man wohl als Betrug bezeichnen könnte, in den Vereinigten Staaten vorgenommen. Und auch die anderen Firmen operierten zum Teil eben mehr in ihrer Art im Heimatland. Hier haben wir ja das Paradebeispiel - und deswegen frage ich das -, dass wir einen aufgestellten Konzern hatten mit 53, 54 Konzerntöchtern, bunt über die Welt, aber auch in Europa verteilt, und niemandem fiel das auf. Aber ich wollte es einfach gefragt haben, weil ich bin ja der Meinung: Wenn es wirkt, ist es gut. - Nur wenn es nicht wirkt und man sammelt viele, viele Informationen und hat Bürokratie, dann bin ich eben kein Freund davon.

Aber insoweit passt noch mal dazu - das würde mich jetzt nochmals interessieren -, was auch Kollege Michelbach gefragt hatte: Diese Chronologie von DPR, dem ganzen Prozedere um das Leerverkaufsverbot im Februar 19 - - hat ja das Bundeskanzleramt dann am 13. August, namentlich Herr Fritsche an das Bundeskanzleramt - - Und man bat um einen Gesprächstermin für die Wirecard AG bei Professor Röller am 11. September 2019.

Und zur Vorbereitung dieses Termins wandte sich wiederum das Bundeskanzleramt an das BMF und bat um Informationen zu Wirecard. Das BMF übermittelte daraufhin auch die Chronologie, die uns ja vorliegt, nicht aber - und das hat mich jetzt verwundert -, dass die BaFin wenige Monate zuvor aufgrund des Verdachts des Bilanzbetruges die DPR eingeschaltet hatte. Anfang September reiste wiederum aber die Kanzlerin nach China, warb auf höchster Ebene - das haben ja auch Kollege De Masi und viele schon ausgeführt dann eben - für den Ankauf von AllScore. Wie erklären Sie, dass eben entsprechend das Bundeskanzleramt - das würde mich einfach mal - - was die interne Kommunikation innerhalb der Regierung - - und wo man jetzt sagt: Die Kanzlerin legt die Richtlinienkompetenz fest - - würde mich schon interessieren - - dass diese Information und warum diese Information, die vielleicht hätte relevant sein können, nicht an das Kanzleramt gegangen ist.

Zeuge Olaf Scholz: An dieser Stelle müssen wir ein bisschen vorsichtig sein, weil wir jetzt nur gemeinsam spekulieren können, was wer jeweils wann entschieden hat, da ich an dieser Angelegenheit nicht beteiligt war und das jetzt auch mit Ihnen gemeinsam im Nachhinein wissen gelernt habe.

Was die konkrete Situation betrifft, gehe ich davon aus, dass die zuständigen Beamten sich Mühe gegeben haben, Informationen über das Unternehmen zur Verfügung zu stellen, die einen ausreichenden Beurteilungsspielraum für die eigene Entscheidung des Kanzleramtes ermöglicht haben. Und ich bin mir jetzt nicht ganz sicher und will mich hier auch nicht festlegen; aber ob die Weitergabe der Information darüber, dass eine DPR-Prüfung eingeleitet ist, zulässig ist und zulässig war, weiß ich nicht. Aber wir heben ja jetzt, auch aufgrund von Empfehlung anderer externer Stellen, einen großen Teil der Informa-

Nur zur dienstlichen Verwendung

tionsweitergabeverbote auf, weil wir gesehen haben, dass wir uns ein bisschen mit den verschiedenen Verschwiegenheits- und Nichtweitergabeverbot- - also -regelungen, selbst stranguliert haben. Das war aber damals noch alles sehr gefesselt. Und insofern vermute ich, dass die Frage „Darf man das überhaupt weitersagen?“ bei den Beteiligten eine Rolle gespielt hat. Aber ich kann das nicht für die erklären; ich weiß es nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion. Wer möchte? - Frau Kiziltepe, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Minister, ich wollte eingangs erst mal mich beziehen auf Kollege Hauer, der hier mit Pseudovorwürfen auf Twitter unterwegs ist. Keine konkreten Hinweise zu haben, aber Behauptungen aufzustellen, ist auch nicht der Weg, den wir bisher gegangen sind, lieber Herr Kollege. Und das sollten wir hier auch so behalten und auch sachlich bleiben.

Herr Minister, oft hören wir - wir arbeiten ja jetzt schon seit über sechs Monaten an dieser Aufarbeitung und haben auch sehr wichtige Erkenntnisse - - und wir hören aber auch, im Austausch auch mit Journalistinnen und Journalisten, international, dass wir einen Kulturwandel bräuchten. Ich weiß, was damit gemeint sein könnte. Oftmals hört man: Das ist typisch deutsch; das ist typisch deutsch. - Was meinten Sie aus Ihrer Sicht mit einem „Kulturwandel“?

Zeuge Olaf Scholz: Wir können jetzt hier ganz viele Gesetze machen. Aber am Ende sind es ja Menschen, die Entscheidungen treffen. Und deshalb ist sehr wichtig, dass wir jetzt Instrumente als Gesetzgeber auf den Weg bringen und die Behörde, in diesem Fall die BaFin, in die Lage versetzen, das zu tun, was notwendig ist - - die auch bei der Wirtschaftsprüfung die erforderlichen Veränderungen auf den Weg bringen. Aber innerlich muss es ja das Ziel sein, dass man proaktiv, von sich aus, versucht, solche Fälle zu verhindern und aufzudecken. Deshalb sind ja neben den gesetzlichen Veränderungen auch organisationsstrukturelle Untersuchungen, was die BaFin konkret betrifft, gemacht worden, die wir jetzt umsetzen wollen - was ich sehr wichtig finde -, wo dann zum Beispiel ein Cockpit eingerichtet wird, um hinter bestimmte Sachen herzukommen, wo man mit eigenen Wirtschaftsprüfern und eigenen Prüfungsmöglichkeiten aktiv spezielle Fälle ganz konkret - - eingehen kann.

Aber hinter allem muss eine Haltung stehen, die letztendlich auch in dieser Richtung vorankommen will und dafür sorgen will, dass wir eine strenge Prüfung haben und dass wir sicher sind, alles getan zu haben, um hinter Sachen herzugehen.

Ich stelle mir zum Beispiel vor - das ist ja auch in dem ESMA-Bericht drin gewesen über die Tätigkeit der BaFin -, dass, wie vermutlich bei großen Kapitalanlagegesellschaften, ein ständiges Monitoring aller verschiedenster Medienberichte auch stattfindet, punktgenau auf Gesellschaften zugeschnitten wird und dass Alarmsignale, die daraus kommen, auch Anlass sind, hinterherzugehen, dass man nicht sagt: „Wenn wir nicht befasst sind, sind wir nicht befasst“, sondern dass man eine aktivistische Haltung entwickelt. Und das alles zusammen verstehe ich unter einem Kulturwandel.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, das wünschen wir uns auch, dass alles natürlich interdisziplinär - - dass die Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden auch funktioniert. Das ist auch eine der wichtigen Haupterkenntnisse aus dieser Ausschussarbeit hier. - Wir haben erlebt, dass weder der oberste Bilanzpolizist noch der oberste Aufseher über die Wirtschaftsprüfer offensichtlich die Bilanzen mal auf den Prüfstand - - aber auch richtiggestellt haben und durchprüfen. Der eine hatte keine Zeit, weil er unzählige Aufsichtsratsmandate hatte; der andere hat lieber mit ahnungslosem Insiderwissen mit Wirecard-Aktien gezockt.

Sie haben in Ihrem Eingangsstatement auch das Gesetz angesprochen. Ich bin auch Berichterstatterin für das FISG, gemeinsam mit dem Kollegen Hauer. Und wir sind mitten in den Verhandlungen. Wir wollen das Gesetz ja auch so schnell wie möglich beschließen und umsetzen. Das war ja auch ein Appell von Herrn Branson, das so

Nur zur dienstlichen Verwendung

schnell wie möglich zu machen, damit er dann am 1. August auch schnell anpacken kann. Und es sind viele gute Punkte in diesem Gesetz auch mit drin, das sowohl das einstufige Enforcement-Verfahren anspricht oder neu auf die Beine stellt, aber auch die APAS, die Abschlussprüferaufsicht, stärken will und natürlich auch einen der wichtigeren Punkte anspricht.

Weil aus meiner Sicht auch der Kern der Causa Wirecard eben die falsch testierten Bilanzen sind, würde mich auch noch mal interessieren, wie Sie das mit diesen Testaten - über zehn Jahre lang lupenrein testiert - einordnen, was das für die Märkte, aber auch für die Behörden bedeutet.

Zeuge Olaf Scholz: Ich mache kein Hehl aus meiner Irritation, dass, wenn so viele Leute mit einem so großen finanziellen Aufwand so konkret das Unternehmen prüfen, wie das bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft der Fall gewesen ist, es in der ganzen Zeit nicht gelungen ist, dieses riesige Problem zu identifizieren. Und Sie sind jetzt ja mit neuen Informationen versehen, auch durch Bewertungen, die von anderen vorgenommen worden sind. Die haben, wenn ich das aus der Medienberichterstattung richtig entnommen habe, die Irritation ja eher noch mal verstärkt. Und das darf nicht sein. Also, aus meiner Sicht ist das das unverständlich.

Und das ist der Grund, warum ja in dem Gesetzgebungsprozess jetzt auch verschiedene Reformforderungen mit enthalten sind, wie zum Beispiel die bessere Trennung von Prüfung und Beratung und wie zum Beispiel die häufigere Rotation und manches andere. Und außerdem brauchen wir natürlich die Möglichkeit, mehr enforcementmäßig agieren zu können und weniger auf die Kooperation des Unternehmens angewiesen zu sein. Alles das ist mit den Gesetzgebungsprozessen intendiert.

Ja, aber es bleibt die Irritation, weil das jetzt ja nicht ausgeschlossen wäre bei den heutigen Möglichkeiten, dass die Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer das rausgekriegt hätten, was jetzt rausgekriegt worden ist.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wir haben ja auch seit letztem Freitag - allerdings ist der Bericht noch Geheim eingestuft - den Wambach-Bericht. Aber so viel kann man sagen - und das war auch der Presse zu entnehmen -: dass es ein vernichtendes Urteil ist und dass hier einfachste Qualitäts- und Prüfungsstandards nicht befolgt wurden, offensichtlich, und dass das doch sehr, sehr grob fahrlässig war.

Wir haben in Deutschland eine Haftungsbeschränkung; die ist international einmalig. Es gibt in keinem anderen Land bei grober Fahrlässigkeit eine Haftungsbeschränkung. Und zum ersten Mal sehen wir hier ein Gesetz, dass dieses Problem mal anpackt. Wir hatten in der EU mit den Barnier-Vorschlägen nach der Finanzkrise - das waren übrigens wirklich exzellente Vorschläge, die der Kommissar gemacht hatte damals, die leider von Lobbyisten sehr, sehr stark verwässert wurden - - Und er selber hat damals auch gesagt, das, was er da erlebt hat, ist die Mutter allen Lobbyismus.

Und ich habe auch als Berichterstatterin jetzt in den vergangenen Wochen den starken Eindruck, dass das hier diesmal auch so ist, und will Sie auch zitieren. Sie haben gesagt: Wir müssen das Gesetz schnell umsetzen, dass das eben nicht durch Lobbyisten verwässert wird, insbesondere in der Haftungsfrage, weil der Koalitionspartner auch die unbeschränkte Haftung nicht aufheben will trotz grober Fahrlässigkeit, was ich für einen Fehler hielte. - Wie ist Ihre Meinung dazu? Hatten Sie auch mal einen Austausch, international, zu dieser Haftungsfrage vielleicht? Oder was können Sie dazu sagen?

Zeuge Olaf Scholz: Schönen Dank für die Frage. - Vielleicht nicht mehr so viel. Aus meiner Sicht ist es so, dass wir strenge Regeln brauchen. Und dass wir die jetzt durchsetzen können, dazu trägt auch dieser Ausschuss bei; das will ich ausdrücklich dazusagen. Das war jetzt nicht als freundliche Geste gemeint, sondern sehr ausdrücklich so gesagt. Ich glaube, dass wir ohne den Ausschuss und die damit verbundene Öffentlichkeit wahrscheinlich große Schwierigkeiten gehabt hätten, ein Reformmilieu zu schaffen,

in dem jetzt so strenge Gesetze durchgesetzt werden können, wie die Bundesregierung sie beantragt hat und wie der Beratungsprozess im Parlament stattfindet.

Ich möchte mich als Mitglied der Bundesregierung etwas zurückhalten, was die Bewertung von Diskussionen unter Abgeordneten betrifft, aber will ausdrücklich sagen, dass wir uns was dabei gedacht hatten, als wir gesagt haben: Wir wollen die Haftung für grobe Fahrlässigkeit unbegrenzt wirken lassen. Ich halte das auch für richtig; ich stehe zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank. - Dann zu den Anfängen - das ist auch im Untersuchungszeitraum; das wurde hier auch ganz kurz angerissen, aber nicht aufgenommen -, und zwar der Aktionsplan. Wir hatten gestern Herrn Staatssekretär Kukies auch dazu befragt, wie der so zustande kam, wie die Ressortabstimmung war. Weil ein Punkt, der ist mir aufgefallen im Gesetz, der ist da nicht mit drin gewesen - - zwar sind wir hier auf einem guten Weg, in dieser Frage jedenfalls; bei der Haftungsfrage ist das anders - - aber dass wir auch meinen, dass wir für die APAS mehr Transparenz brauchen, dass wir Regeln brauchen: Was passiert, wenn ein Verfahren eröffnet wird? Wie wird mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder dem Prüfer umgegangen? Werden die auch namentlich benannt, was in Deutschland nicht der Fall ist? Selbst wir als Abgeordnete können uns nicht an die APAS wenden; konnte bisher niemand, auch keine anderen Behörden - - dass das eben in Zukunft anders ist.

Aber konkret für die Wirtschaftsprüfer hatte die APAS selber in einem Thesenpapier im Juli 2020, letztes Jahr, dem BMWi auch Vorschläge gemacht. Ich hatte aber den Eindruck, dass diese Vorschläge überhaupt gar nicht aufgegriffen wurden. Gab es da vom BMWi mal Vorschläge, die man diskutiert hat, auch vor dem Kabinettsbeschluss, danach in der Ressortabstimmung? Wie hat sich das entwickelt?

Zeuge Olaf Scholz: Tja, also, wir haben uns auf das verständigt, was zu dem Zeitpunkt möglich war. Der Kollege im Wirtschaftsministerium hat sich vorgenommen, so vorzugehen, dass er die Sache sorgfältig betrachten möchte. Und ich wollte auf diesen langfristigen Überlegungsprozess nicht warten. Wie Sie wissen, überlegt er ja immer noch.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, er überlegt. Aber wir müssen ja auch schnell handeln. Herr Minister Altmaier war ja auch am Dienstag hier; ich habe ihm auch diese Fragen gestellt. Und es gab - - Na ja, wir hatten vorhin den Kulturwandel angesprochen, das Proaktivsein, was ändern wollen, was anpacken wollen. Und ich hätte gedacht, dass auch das Wirtschaftsministerium oder der Wirtschaftsminister nach diesem größten Bilanzskandal in der deutschen, aber auch europäischen Geschichte Vorschläge macht, um das in Zukunft auch besser zu gestalten. Aber hinsichtlich der Abschlussprüferaufsichtsstelle kamen da ja gar keine Vorschläge, bis heute nicht im Übrigen. Aber aus unseren Erfahrungen aus dem Ausschuss heraus haben wir auch in das FISG eben vom Parlament aus diese Vorschläge eingebracht, und ich hoffe, die bleiben dann auch als Ergebnis dadrin. Und wir werden auch für die APAS neue Regelungen, insbesondere was den Punkt „Naming and Shaming“ angeht, die Nennung von Namen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften - -

Und schließlich ist Wirtschaftsprüfung ja auch ein öffentlicher Auftrag. Wirtschaftsprüfung, Testate sollen die Informationsasymmetrie zwischen Investoren, Anlegern, Privatanlegerinnen und -anlegern und den Unternehmen eben aufheben. Ganz aufheben wird nicht gehen; aber reduzieren. Und das sind sehr, sehr wichtige Dinge, die uns damals bei der Abschlussprüfernovelle 2016 eben nicht gelungen sind - - diesmal gelingen. Und deshalb möchte ich hier auch noch mal sagen, dass Lobbyinteressen in dieser Frage nichts zu suchen haben. - Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke, Frau Kiziltepe. - Ich frage den Minister: Ist es in Ordnung, wenn wir noch drei -

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: - Fragesteller - - Ich habe gehört, einen gewissen Appetit verspüren Sie. Und hier soll sich auch jeder Zeuge wohlfühlen.

Zeuge Olaf Scholz: Nein, das ist alles okay. Ich hatte eigentlich nur einem der Teilnehmer hier gesagt, dass ich ihm einen guten Hunger wünsche. Das war nicht auf mich bezogen. Aber danke für das Weitererzählen. Ich dachte, er hätte sich gerade was zu essen geholt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber bei aller Härte sollen Sie sich wohlfühlen. Insoweit, wenn Sie nach der Runde sagen: „Essenfassen“, dann ist das für mich völlig legitim und in Ordnung. Wollte ich nur signalisieren. - Dann Dr. Toncar für die FDP-Franktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Ja, ja, mit der nötigen Geduld. Und ich glaube, der Appetit nach klugen Fragen ist noch ebenso groß wie der Appetit auf kluge Antworten.

Zeuge Olaf Scholz: Unbedingt. Ich wünsche, Ihre klugen Fragen zu haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Auf beiden Seiten noch lange keine Satisfaktion eingetreten. - Herr Minister, ich möchte noch mal zum Thema DPR zurückkommen und Ihnen aus einer E-Mail zitieren, die Frau Roegele an Ihren Referatsleiter im BMF, Herrn Franke, geschrieben hat, vom 8. Mai 2020. Da geht es um die Prüftätigkeit der DPR. Da schreibt Frau Roegele:

> Wir haben gestern auf mehrfache Nachfrage von … Prof. Ernst …

- dem DPR-Präsidenten -

> erfahren, dass die DPR auf unsere Mitte Februar 2019 beauftragte Prüfung des Halbjahresabschlusses der Wirecard AG praktisch voraussichtlich seit Juni (?) 2019 inhaltlich nichts mehr gemacht hat …

Und sie schreibt weiter:

> Die Sonderprüfung durch KPMG ist m.E. kein Grund, dass die DPR die Prüfung nicht fortsetzt. … Aus meiner Sicht begründet diese Verhaltensweise der DPR Anhaltspunkte für erhebliche Zweifel an der Ordnungsgemäßheit der Prüfung durch die DPR.

Und „Zweifel an der Ordnungsgemäßheit der Prüfung durch die DPR“ lässt natürlich bei Ihnen auch eine Assoziation klingen, nämlich die zweite Stufe. In der BaFin waren offenbar „Zweifel an der Ordnungsgemäßheit der Prüfung durch die DPR“ vorhanden, die auch ans Ministerium kommuniziert worden sind. Wie bewerten Sie das? Ist da wirklich korrekt vorgegangen worden seitens der BaFin, die zweite Stufe nicht zu zünden? Und ist korrekt vorgegangen worden seitens des Ministeriums, das einfach so laufen zu lassen?

Zeuge Olaf Scholz: Na, Sie zitieren jetzt aus einem Schreiben, das mir jetzt nicht vorliegt, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, Sie kriegen es gerne.

Zeuge Olaf Scholz: - aber bei dem ich jetzt erst mal keinen Zweifel habe, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut.

Zeuge Olaf Scholz: - dass es so aussieht, wie Sie das schreiben*, dass sich zu dem Zeitpunkt -

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Kukies hat die Echtheit gestern geprüft.

Zeuge Olaf Scholz: - ja, ja; ich habe also keinen Zweifel, will ich dazusagen - - dass sie aber zu einem Zeitpunkt stattgefunden hat, als die Malaise schon angerichtet war. Insofern spielt es für das, was Sie interessiert, nämlich ob wir schon zu einem früheren Zeitpunkt ernsthafte Zweifel an der Tätigkeit der DPR auf Grundlage der Informationen hätten haben können als Ministerium - wo auch immer das dann angelangt wäre -, keine Rolle.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie argumentieren jetzt, das hätte zu dem Zeitpunkt nichts mehr geändert. Aber das ist Wissen von heute. Und Sie berufen sich oft darauf, man dürfe die Sachen nicht mit dem Wissen von heute sehen, sondern müsse das mit dem Wissen von damals sehen. Und dokumentiert war damals: „Zweifel an der Ordnungsgemäßheit der Prüfung durch die DPR“. Insofern muss man doch mit dem damaligen Wissen eigentlich sagen - - hätte man da die zweite Stufe zünden müssen.

Zeuge Olaf Scholz: Ich will noch mal sagen: Wir sind zu einem Zeitpunkt in 2020, wenn ich das eben richtig gehört habe, wo es dann ja bald zu den ganzen Problemen gekommen ist, die mit der Insolvenz dann geendet haben. Auf Basis des KPMG-Berichts sind ja auch eine ganze Reihe von weiteren Berichten angefordert worden und bei der dann erfolgten Nichtkooperation des Unternehmens - - die zweite Stufe auch gezündet worden.

Das hat jetzt hier nichts mehr geholfen; deshalb habe ich das auch nicht so vorgetragen als intensiven Aspekt. Aber das gilt gewissermaßen genau für die Erkenntnisse der BaFin in dieser Sache als auch alles andere. Diese Zweifel sind entstanden zu einem Zeitpunkt, als die Malaise angerichtet war. Das hätte uns sicherlich einen Unterschied gemacht, wenn diese Zweifel im Mai des Jahres 2019 entstanden wären.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber der Zustand, der die zweite Stufe ermöglicht hätte, bestand laut E-Mail von Frau Roegele seit Juni 2019, also die ganze Zeit über. Ich will das nur mal festhalten.

Zeuge Olaf Scholz: Frau Roegele hat ganz offensichtlich zu dem Zeitpunkt, als sie dieses Schreiben verschickt hat, vermutlich auf eine Nachfrage des Staatssekretärs Kukies - das wird er Ihnen aber geantwortet haben und weiß es besser als ich, was denn da los ist und warum das alles so lange dauert; jedenfalls nehme ich das mal an - reagiert. Aber sie hat ja nicht zu dem Zeitpunkt gesagt, das wäre der Fall, sondern sie hat es hinterher als Erkenntnis gehabt. Und das hat Konsequenzen.

Wir haben, wie Sie wissen und wir auch schon hier diskutiert haben in unserem heutigen netten Gespräch, die Entscheidung getroffen, den Vertrag mit der DPR zu kündigen, um uns Handlungsfreiheit zu schaffen. Mittlerweile ist der Gesetzgebungsprozess ja auch so weit vorangeschritten, dass ich das so verstehe, dass die Koalitionsfraktionen gerne, hoffentlich mit Ihrer Unterstützung, ein Gesetzeswerk zustande bringen wollen, in dem diese Prüfungen ohne die DPR von der BaFin dann selber auch mit allen Kompetenzen durchgeführt werden können.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wenn wir jetzt noch mal die DPR, die initiale Beauftragung der DPR - und das war von Ihnen wie auch von Herrn Kukies gestern ein zentrales Argument dafür, dass die Aufsicht in alle Richtungen mit dem, was sie konnte, gehandelt hat; das haben Sie beide ja betont - - Gehen wir da noch mal zurück. Ist die DPR überhaupt aus Ihrer Sicht damals die richtige Einheit gewesen, um eine ordnungsgemäße Bilanzprüfung durchführen zu können, gemessen an ihrer Größe, ihrer Kapazität und den begrenzten forensischen Mitteln, die sie hatte? Oder um es mit einem Hamburger Sprachbild mal zu machen: Schickt man die DPR nicht vielleicht zum Hafengeburtstag, aber nicht zum G-20-Gipfel?

Zeuge Olaf Scholz: Ah, ich verstehe sogar, was Sie meinen könnten, obwohl ich ein bisschen nachdenken muss. Aber um die Frage konkret zu beantworten: Ich hatte während des Jahres 2019 keine Zweifel an der Fähigkeit der DPR, ihre Aufgabe zu erfüllen, und habe auch keine Anhaltspunkte dafür gehabt, dass ich Zweifel hätte haben müssen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie erfahren, was in dem berühmten Rajah & Tann-Bericht der Anwaltskanzlei aus Singapur enthalten war an Vorwürfen? Anfang 2019 lag der Bericht ja auch in der BaFin vor, später im Ministerium. Da ging es ja auch um Bilanzmanipulation und Fälschung von Unterlagen, von Dokumenten, die für die Prüfung relevant waren. Wann haben Sie denn davon erfahren, dass es da diesen Bericht gegeben hat mit entsprechenden Vorwürfen?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Ich weiß jetzt aus der Rückschau - das kann ich aber jetzt nicht mehr zuordnen über irgendwelche Zeitpunkte -, dass ja auch versucht worden ist, das der DPR jeweils mitzuteilen vonseiten der BaFin, dass da auf bestimmte Dinge einzugehen ist - wenn ich das richtig erinnere; weiß ich aber nicht genau. Und deshalb ist das das, was ich Ihnen dazu sagen kann.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich kann dazu ergänzen, dass in dem langen Bericht - es gibt verschiedene Versionen, aber in dem langen Bericht -, der der BaFin im Januar 2019 auch vorlag mit Nennung aller Namen, 18 Mal der Name Jan Marsalek auftauchte, der bekanntermaßen Vorstandsmitglied der Muttergesellschaft war. Und ein Zeuge, der vernommen wurde im Zuge der Berichtserstellung, hat Herrn Marsalek beschuldigt, ihm letzten Endes die gefälschten Dokumente, die prüfungsgegenständlich gewesen sind, gegeben zu haben. Der Bericht hat dann festgestellt, dass nur singapurisches Recht geprüft wurde und Herr Marsalek nicht untersucht wurde.

Ich will Sie jetzt mal fragen - Stichwort: „Aufsicht mit Biss“, und: „Es wurde alles getan, was damals ging“ -, ob man das, was in dem Bericht stand - und so bewerte ich das -, nicht als hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte einer Straftat hätte an die Staatsanwaltschaft geben müssen und nicht nur an die DPR. Ich wundere mich jedenfalls - aber vielleicht haben Sie auch dafür eine Erklärung -, dass es bei Herrn McCrum ganz leicht war, die Staatsanwaltschaft einzuschalten, auf Basis von Hypothesen; aber ein Bericht einer Anwaltskanzlei, in dem Herr Marsalek im Kontext „gefälschte Dokumente“ genannt wird, namentlich, ist dort nicht hingelangt seitens der BaFin. Ist das nicht eine Asymmetrie, und erschüttert das nicht auch die These, dass die Aufsicht tatsächlich alles richtig gemacht hat in dem Moment?

Zeuge Olaf Scholz: Die Aufsicht hat zu dem Zeitpunkt, als es kritische Berichte gab, im Februar des Jahres 2019, unter anderem in alle Richtungen ermittelt, indem sie zum Beispiel die DPR beauftragt hat. Das war das richtige Vorgehen zu der Zeit.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und sie hat einen Journalisten angezeigt. Wenn wir beide uns das mal anschauen würden ohne unsere politische Rollenverteilung, wären wir, glaube ich, derselben Meinung, was die Substanz dieser Anzeige angeht.

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie hat einen Journalisten angezeigt; aber Herrn Marsalek, wo sie einen belastenden Bericht einer Anwaltskanzlei in der Hand hatte, wo er im Kontext Urkundenfälschung genannt wurde, hat sie nicht an die Staatsanwaltschaft weitergegeben. Das sind die Fakten. Ich erkenne darin eine Asymmetrie und auch nicht, dass die BaFin da nur das machte, was das Gesetz vorsieht, sondern weniger als das, was ihr möglich gewesen wäre.

Zeuge Olaf Scholz: Ich glaube, darüber gibt es gar keinen Zweifel. Das Vorgehen gegen Herrn McCrum, mit dem ich mich ja auch persönlich unterhalten habe unterdessen, war nicht in Ordnung und hatte auch keine ausreichende Grundlage aus meiner Sicht. Deshalb ist es ja auch gut, dass das jetzt beendet ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie sich sozusagen namens des Geschäftsbereichs oder der Bundesregierung bei Herrn McCrum mal entschuldigt?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe mich mit ihm persönlich unterhalten und das, was ich eben gesagt habe, auch zum Ausdruck gebracht, dass aus meiner Sicht das ein falsches Vorgehen gewesen ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke, Dr. Toncar. - Als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Dann will ich hier direkt anknüpfen, Herr Minister. Es gab ja wohl auch Diskussionen, Überlegungen im Haus, wie man mit dieser Anzeige umgeht. So hat auch Herr Kukies berichtet. Waren Sie denn

Nur zur dienstlichen Verwendung

in diese Diskussionen einbezogen, also im Sinne von, ob man Möglichkeiten hat, das zurückzunehmen oder Ähnliches?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe daran keine Erinnerung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Daran haben Sie keine Erinnerung.

Zeuge Olaf Scholz: Nein, und ich glaube auch, nicht. Also, ich bin jetzt nur vorsichtig, weil es irgendwo - - Aber nein, ich bin sicher - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Kukies hat das bestätigt, dass es diese Diskussionen gab, aber Sie waren offenbar nicht dort einbezogen.

Vielleicht war ich jetzt unaufmerksam: Wann haben Sie das erste Mal von der Anzeige erfahren gegen Dan McCrum?

Zeuge Olaf Scholz: Das kann ich nicht mehr sagen. Also, das weiß ich auch deshalb nicht, weil ich das jetzt so oft gehört habe, dass das stattgefunden hat, dass ich Ihnen darüber aus eigener Erinnerung nichts sagen kann.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Weil Sie haben ja - - Das ist ersichtlich auf MAT A BMF-25.29, Blatt 7. Da ist ja zum Beispiel eine Rückfrage - Sie haben sie, glaube ich, vorhin selber thematisiert - von Minister Scholz an Jörg Kukies:

> Wissen wir was? Was muss ich wissen?

Das bezieht sich auf das Leerverkaufsverbot. Das war am 18. Februar 2019. In diesem Zusammenhang erinnern Sie keine Diskussionen, die sich um diese Strafanzeige dann später auch drehten?

Zeuge Olaf Scholz: Aus meiner Erinnerung ging es um die zwei Fragen, die dann auch in dem Aktenvermerk drin erörtert wurden, den Sie kennen, der ja sehr kurz und schmal ist, in dem die beiden Fragen eine Rolle spielten: Beauftragung der DPR für die Prüfung der Wirecard, weil da Vorwürfe im Raum waren - - und gleichzeitig die Entscheidung der BaFin über das Leerverkaufsverbot berichtet wurde.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und die ganze wilde Erpressungsgeschichte, die jetzt auch in der Öffentlichkeit hoch und runter diskutiert wurde, mit Bloomberg, haben Sie da noch eigene Erinnerungen, die sich jetzt nicht eben auf öffentliche Berichterstattung beziehen, sondern - -

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe keine Erinnerung, die sich nicht auf öffentliche Berichterstattung bezieht und die - - Natürlich weiß ich jetzt, was Sie wissen aus der aktuellen Situation.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Olaf Scholz: Aber ob ich davon - - also, ob ich zum Beispiel bestimmte Aspekte, die jetzt doch eine große Rolle spielen, wie zum Beispiel, was da von der Staatsanwaltschaft gesagt worden ist, was mit der Erpressung war - - ob ich da jemals, bevor dieser Untersuchungsausschuss zustande kam, sehr viel von gehört hatte, das weiß ich nicht mehr.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich frage deswegen, weil, ich sage mal, als Minister, wenn man jetzt hört, gegen einen Journalisten einer sehr renommierten Tageszeitung wird jetzt von der Finanzaufsicht eine Anzeige verhängt, oder wenn man hört, da gibt es Erpressungsvorwürfe gegen Bloomberg, dann würde einen das ja normalerweise erst mal stutzig machen wahrscheinlich, und dann würde man doch Nachfragen stellen, oder?

Zeuge Olaf Scholz: Na ja, wie gesagt: Es müsste jetzt ja, weil das Zeitungslektüre war und kein Wissen, das ich anhand irgendwelcher Sachen konkretisieren kann, was Zeiten und Daten betrifft, überlegt werden, was wann sichtbar geworden ist. Aber ganz sicherlich habe ich die Informationen, die öffentlich wurden über diese Anzeige, sobald sie öffentlich waren, immer eingeordnet in den Gesamtkontext, der schon zurücklag.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Was meinen Sie damit - Verzeihung -, mit dem „Gesamtkontext, der … zurücklag“?

Zeuge Olaf Scholz: Na, den Vermerk, in dem es darum geht, Leerverkaufsverbot und Beauftragung der DPR, dass das alles irgendwie zusammengehört, ohne dass ich jetzt nun da alle Details kenne.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, Sie haben dazu keine konkreten Rückfragen an irgendjemand im Ministerium gestellt.

Gut, dann würde ich gern noch mal fragen, weil es ja vorher auch um die Kommunikation über andere E-Mail-Adressen mit dem Bundeskanzleramt ging: Haben Sie sich jemals mit Herrn Röller, also Lars-Hendrik Röller, über eine Firma MinTech ausgetauscht?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein. - Und haben Sie Kenntnisse davon, dass Herr Röller die Vorwürfe gegen Wirecard aus der „Financial Times“ zur Kenntnis genommen hatte? Haben Sie entsprechende Kenntnisse, dass er das zur Kenntnis genommen hatte im Jahr 2019, als dieser Bericht herauskam, aus Ihrer Kommunikation mit Herrn Röller?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein.

Zeuge Olaf Scholz: Kann ich mich nicht dran erinnern, dass das eine Rolle gespielt hat im Gespräch zwischen uns. Dass wir uns mal zwei, drei Sätze zugeworfen haben über diesen Komplex - das wird sich, muss sich auf die Zeit jetzt beziehen, in der wir alle hier mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Weil er hier ausgeführt hat, was doch zu Erstaunen führte: Alle kleinen, braven Beamten, die haben ja alle die „Financial Times“ gelesen, nur der Top-Wirtschaftsberater der Kanzlerin nicht - offenbar. Deswegen wollte ich das jetzt einfach noch mal verifizieren sozusagen.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, gut, dass Sie so gefragt haben. Ich wusste also nicht die Zielrichtung Ihrer Frage. Aber ich erinnere mich auch nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Hat Herr Röller jemals Ihnen gegenüber offenbart, dass er selber, ich sage jetzt mal, im weitesten Sinne wirtschaftliche Interessen, Zukunftspläne in China oder Ähnliches verfolgt?

Zeuge Olaf Scholz: Ob das jetzt die richtige Zuschreibung ist, will ich nicht mit dem Beantworten der Frage sagen, weil ich darüber gar nicht genug weiß. Aber ich habe natürlich gelesen, was in der Zeitung steht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Was haben Sie denn in der Zeitung gelesen? Meine Erinnerung ist auch schemenhaft - deswegen.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, das ist sehr schön. Aber ehrlicherweise ist es so, dass Sie ja schon heute auch gefragt haben - - Sie oder irgendjemand anders - ich habe das jetzt nicht mehr im Kopf, wer das heute war - gesagt hat, dass seine Frau auch tätig ist in diesem Business. Aber mehr weiß ich darüber auch nicht, als dass ich genau diesen Halbsatz sagen könnte, dass ich das jetzt auch gehört habe aus den Zeitungen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ach so. Bezüglich seiner Ehefrau, aber nicht bezüglich seiner eigenen Person.

Zeuge Olaf Scholz: Nein. Darüber weiß ich nichts.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Oh, schon wieder rum.

Zeuge Olaf Scholz: Darüber weiß ich auch nichts, um es ganz offen zu sagen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Vielen Dank.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi. - Es geht weiter mit Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister, ich würde gerne auch noch mal über das Leerverkaufsverbot sprechen. Und ich glaube, wir machen das nicht so intensiv, weil das möglicherweise die Nadel im Heuhaufen ist, sondern, weil es schon ein besonderer Moment war. Es war ein Moment, wo sich Behörden auf die Seite von Wirecard gestellt haben, auch wenn Ihre Leute das immer wieder abgestritten haben - die öffentliche Wahrnehmung , Herr Zielke und andere Leute, die auf dem Stuhl waren, haben uns das auch so bestätigt, auch der Aufsichtsratsvorsitzende von Wirecard -, und haben ja dahin gehend den Skandal auch unnötigerweise verlängert, weil es ein Signal war auch an viele Kleinanleger: Das scheint schon alles hier in Ordnung zu sein. - Deswegen lohnt es sich, glaube ich, über das Thema noch mal tiefer zu diskutieren.

Jetzt ist ja die eine Frage: Ist es zwischen dem 15. Februar und dann der Verhängung des Leerverkaufsverbots am Montag drei Tage später dem BMF zuzumuten, da einzuschreiten? Ich glaube: Ja, die Prozesse hätten besser laufen können. - Ich glaube allerdings, es lag jetzt nicht nur an den Prozessen, sondern es liegt auch an der Argumentation, vor allem auch Ihres Hauses - aber das hört man auch von der BaFin -, wo sehr formaljuristisch argumentiert wird. Denn rechtlich ist die eine Sache; aber rein ökonomisch, weil es keine Spill-over-Effekte gab auf andere Emittenten - und das ist die Voraussetzung gewesen -, hätte es das nicht geben dürfen.

Und ich glaube, das eine ist erst mal die Frage, ob Sie Änderungsbedarf sehen, welche Institute sich da miteinander abstimmen, wenn Sie in Zukunft - ich gucke jetzt nach vorne - so eine Entscheidung fällen.

Zeuge Olaf Scholz: Zunächst mal ist es so, dass das Bundesministerium der Finanzen in dieser Angelegenheit gar keine Entscheidung getroffen hat, sondern die Entscheidung der zuständigen BaFin zur Kenntnis genommen hat. Und es hätte Anhaltspunkte geben müssen, zu intervenieren, um das aufzuhalten. Und ich wiederhole noch mal: Meine Vorstellung von der Aufsichtstätigkeit des Ministeriums ist, dass es eine Behörde, die was tun will, typischerweise nicht davon abhält, was zu tun.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber deswegen frage ich Sie ja. Eine Entscheidung mit großer Tragweite - wir haben jetzt verstanden, wie das passiert ist. Und Sie haben Ihre juristische Argumentation, wir haben unsere. Ich glaube, das haben wir auch hier lang ausdiskutiert.

Meine Frage war: Sehen Sie da Änderungsbedarf? Wenn Menschen mit hoher Fachkompetenz von der Bundesbank durch alle Abteilungen sagen: „Finger davon!“ - ich sage es jetzt mal sehr flapsig; aber so lässt sich das zusammenfassen -, und die BaFin trotzdem darauf besteht, weiterhin dieses Leerverkaufsverbot zu verhängen, wenn es interne Leitfäden gibt, die auch mit Ihnen - nicht mit Ihnen persönlich, sondern dem BMF - abgesprochen wurden, und man gegen diese Leitfäden verstößt, frage ich Sie noch mal: Sehen Sie da Änderungsbedarf, dass das künftig besser funktioniert?

Zeuge Olaf Scholz: Es ist ja so, dass es zwei verschiedene Handlungsmöglichkeiten gibt für ein solches Leerverkaufsverbot. Die eine Handlungsmöglichkeit wäre mit der Bundesbank abzustimmen gewesen. Und da hat sie ihre skeptische Haltung formuliert, die ich jetzt kenne und damals - - Jedenfalls erinnere ich mich nicht dran. Die stand auch, glaube ich, nicht in dem Vermerk, den Sie genauso wie ich gelesen haben.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube übrigens, diese zwei Wege wurden am 15. Februar interpretiert, dass es diese zwei Wege gibt.

Zeuge Olaf Scholz: Das mag sein. Aber da sind Sie vielleicht auch noch schon tiefer drin als ich, was -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin da sehr tief drin, ja.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: - die Geschichtsaufarbeitung betrifft. Das ist ja auch Ihre Aufgabe und insofern völlig in Ordnung.

Aber ich will das jetzt nicht wegwischen, sondern im Hinblick auf das typische Geschehen - nämlich: hat das Konsequenzen für die Märkte, und was tut man dann? -, also die Frage, die auch die Bundesbank, wie ich heute mit Ihnen gemeinsam weiß, erörtert und bewogen hat wohl - - dass in dieser Frage eine professionelle Aufrüstung stattfinden muss, was jetzt die mathematischen Modelle, die betriebswirtschaftlichen Betrachtungen, die volkswirtschaftlichen Betrachtungsprozesse - - gibt, die da normalerweise zu tätigen sind. Da muss - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die gab es auch alle; wir haben uns das alles zeigen lassen. Vonseiten der Bundesbank wurden die halt nicht herangezogen.

Zeuge Olaf Scholz: Aber ich würde gerne sicher sein, dass die BaFin solche Rechenmodelle selber durchführt, wenn sie solche Entscheidungen vorbereitet, und dass sie sich dazu ein notwendiges Know-how aufbaut.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Das war jetzt eine sehr lange Antwort auf die Frage. Ja, Sie sehen da Änderungsbedarf.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, habe ich ja gesagt - in dieser Hinsicht. Das wollte ich aber qualifizieren, damit es jetzt nicht nur so eine kurze Antwort ohne Inhalt wird.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles gut. - Ich drücke mal ein bisschen auf die Tube, weil wir - - kleine Fraktion, deswegen wenig Zeit.

Ich möchte noch mal ansetzen, wo Herr De Masi gerade auch mit Ihnen drüber gesprochen hat, und zwar - ich habe das jetzt nicht ganz verstanden -: Wann haben Sie das erste Mal wirklich gehört von dieser - ich nenne es jetzt mal so - Verschwörungstheorie, also dieser Erpressungsgeschichte? Wann haben Sie das erste Mal aktiv davon Kenntnis genommen?

Zeuge Olaf Scholz: Das kann ich nicht mehr rekonstruieren - das will ich gern dazusagen -, weil das jetzt etwas ist, von dem ich so oft gehört habe. Aber wann das das erste Mal als Unterfütterung dieser Entscheidung war - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, nach dem Sommer 2020 oder schon davor?

Zeuge Olaf Scholz: Ich glaube, nicht davor. Aber ich habe einfach - - Man muss ja konkret sein mit dem, was man aus eigenem Erinnern sagen kann. Ich glaube nicht, dass ich irgendwie das vorher wahrgenommen hatte, so wie das jetzt diskutiert wird, und doch erstaunt bin über das, was da so alles sich zugetragen hat.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, darum ging es mir. Wir sind da alle erstaunt. Denn die „FT“ und Bloomberg, das ist ja jetzt nicht irgendjemand; das sind Medien mit hoher Integrität - neben der „taz“, die Sie vorhin erwähnt hatten.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, es gibt auch noch die eine oder andere Zeitung mit Integrität.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alle gehören zum pluralen Medienspektrum, und alle haben auf ihre Art eine hohe Integrität. Aber wenn es nach der „taz“ gegangen wäre übrigens, hätte es diesen Untersuchungsausschuss nicht zu geben brauchen. Da erinnere ich mich noch an einen interessanten Kommentar. Wenn Sie da noch Einfluss haben als Shareholder: Bitte gerne mal ein Wort für einlegen! Aber meine fünf Sekunden, Herr Scholz, gehen hier gerade runter.

Zeuge Olaf Scholz: Das ist ausgeschlossen. One man, one vote.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was meinen Sie?

Zeuge Olaf Scholz: „One man, one vote“ ist da die Regelung beim Genossenschaftsrecht, und „One woman, one vote“ auch.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das wäre ja schon mal „one vote“. Aber die haben natürlich auch ihr Pressefreiheitsstatut.

Ich wollte noch mal auf Sie zu sprechen kommen, weil auch Herr Kukies gestern hier ja gesagt hat, er ist sehr stolzer Subscriber der „FT“. Würden Sie dann von Ihren Leuten, wenn Sie es nicht erfahren haben - - Und das glaube ich Ihnen erst mal, dass das sozusagen im Zuge der Verhängung des Leerverkaufsverbotes nicht Ihren Schreibtisch erreicht hat. Aber dass Sie von Ihren Leuten, die davon Kenntnis hatten - das ist die Aktenlage, eindeutig - - wenn man diese Räuberpistole, diese Verschwörungstheorie hört, dass die dann nicht anfangen müssen, mal ein paar Nachfragen zu stellen, bei der Staatsanwaltschaft, bei der BaFin. Weil das ist nicht passiert. Und das ist ein Vorwurf, den wir dem BMF an der Stelle machen, dass man der Geschichte, die ja schon atemberaubend ist, nie nachgegangen ist.

Zeuge Olaf Scholz: Na, ich bin mir da nicht so sicher. Ich glaube, dass diejenigen, die solche Informationen bekommen, sich jeweils überlegen müssen, ob sie der Competent Authority, wenn man das so sagen will, vertrauen oder ob sie sagen: Da muss ich jetzt noch mal selber hinterhergehen. - Das ist ja eine Abwägungsfrage, die man in jedem Einzelfall zu treffen hat, manchmal auch instinktiv; anders kann das ja gar nicht sein. Aber normalerweise muss man einer Sachinformation, die zum Beispiel von der BaFin gegeben wird, vertrauen können.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch wenn sie so verrückt klingt?

Zeuge Olaf Scholz: Muss man vertrauen können und die den eigenen Entscheidungen zugrunde legen, ohne zu sagen: Das glaube ich jetzt nicht. - Dafür muss man dann Ansatzpunkte haben. Und manchmal hat man ja einen Instinkt und geht einer Sache nach und landet bei einem Volltreffer. Manchmal kommt es einem nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist leider vorbei.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann, wie angekündigt, Herr Minister: Wollen Sie kurz Essen fassen? Dann würde ich bis halb unterbrechen.

Zeuge Olaf Scholz: Ich würde das gerne so machen, dass ich mir kurz gleich was zu essen hole. Aber dann können wir auch weitermachen. Ich gucke mal, was ich mir nehme. Ich gehe auch einmal raus.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Völlig in Ordnung. Dann würde ich aber trotzdem bis fünf vor halb vier unterbrechen.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, das ist mir lieber. Nicht so lang. Das muss nicht sein. So lange muss ich nicht essen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. Gut.

Zeuge Olaf Scholz: Es handelt sich auch nicht um ein Drei-Gänge-Menü, das mir jetzt bevorsteht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann würde ich neidisch werden. - Gut, dann bis gleich. Wir unterbrechen bis fünf vor halb vier.

(Unterbrechung von
15.19 bis 15.32 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann würde ich unsere Zeugenbefragung fortsetzen wollen. Als Nächstes an der Reihe ist die CDU/CSU-Fraktion. Wer möchte von den Kollegen? - Matthias Hauer. Bitte schön.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister, zunächst einmal, weil ich erst jetzt wieder an der Reihe bin: Es ist ja auf meinen Ansatz zurückgegangen, dass wir uns zu dieser Beratungssitzung zusammengesetzt haben und wir da noch mal mit Nachdruck festgestellt haben - da bedanke ich mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen hier fraktionsübergreifend im Ausschuss -, dass wir da unser Missfallen zum Ausdruck gebracht haben und, wie der Vorsitzende auch sagte, das Vertrauen hier erschüttert ist dahin gehend, was die Vorlage dieser

Nur zur dienstlichen Verwendung

dienstlichen Mails von dem Privataccount angeht. Ich will das noch mal unterstreichen. Es geht einmal um Veraktung; es geht aber auch um Sicherheit der Kommunikation und der Dokumentation.

Ich persönlich halte das nicht für glaubhaft, dass Sie die Mails von Ihrem privaten Account da sofort löschen. Ich nehme das so hin, dass Sie das so behaupten in der Zeugenvernehmung. Ich halte das aber weder für sachgerecht noch für glaubhaft. Und es ist von unserem Beweisbeschluss umfasst, dass auch Mails, egal von welchem Account sie geschrieben werden, wenn sie dienstliche Themen betreffen - - Und das ist, denke ich, unstreitig, dass es bei diesen Mails der Fall war. Bei der ersten war es auch ein klar von Ihnen formulierter Text mit Bezug zu BaFin und DPR etc. Insofern wäre das vorzulegen gewesen. Ich halte es auch nicht für besonders glaubhaft, dass es nur diese drei Mails sind, die wir jetzt zufällig gefunden haben, sondern - erfahrungsgemäß - wenn es da drei Mails gibt, dann gibt es auch noch ein paar andere.

Meine klare Erwartungshaltung ist: Erfüllen Sie diesen Beweisbeschluss! Legen Sie das vor, was Sie kommuniziert haben, so wie es auch der Beweisbeschluss, den wir hier einvernehmlich - auch mit Stimmen der Kollegen aus der SPD-Fraktion -, von allen übergreifend hier beschlossen haben, dass Sie die Sachen vorzulegen haben - - Kommen Sie dem nach! Und das betrifft natürlich auch andere Kommunikationswege: SMS, Whatsapp, Messenger etc. - Das noch Bezug nehmend auf das, was wir vorhin hier getan haben.

Ich möchte die Befragung fortsetzen mit einer etwas generelleren Frage, und zwar: Wir haben hier Themen wie die Einstufung als Finanzholding. Da wurde diskutiert: Ist die Wirecard AG eine Finanzholdung? - Es gab die Debatte: Wer ist zuständig bei der Geldwäsche? - Es gab die Thematik: DPR-Verfahren von der BaFin eingeleitet. - Es gab die kritische Berichterstattung der „Financial Times“. - Diese ganzen Debatten finden wir auch im Hause der BaFin und auch im Hause des BMF wieder. Und da frage ich mich: Wo laufen diese Debatten in Ihrem Ministerium zusammen? Müsste es nicht der Minister sein, bei dem solche Debatten zusammenlaufen?

Zeuge Olaf Scholz: Die beamteten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre führen die jeweiligen Bereiche, für die sie zuständig sind, die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter auch, und insgesamt ist das Ministerium so organisiert, dass es die Fragen verhandelt, die wichtig sind.

Mit den Themen, die uns jetzt bewegen, habe ich mich beschäftigt jetzt bei den verschiedenen Reformbewegungen, Möglichkeiten, die wir jeweils auf den Weg gebracht haben. Wenn es also zum Beispiel darum geht, dafür zu sorgen, dass wir mehr gesetzliche Möglichkeiten für die FIU bekommen: Das haben wir gemacht und auf den Weg gebracht - ganz unabhängig übrigens von diesem Fall, der hier diskutiert wird. Und das halte ich auch für wichtig. Bei der Frage der Reform, die hier eine Rolle spielt, ist das diskutiert worden mit denjenigen, die da jeweils zuständig sind. Das sind dann aber Gesetzgebungsangelegenheiten und ministerielle, die da eine Rolle spielen.

Also: Es wird im Wesentlichen in den jeweiligen Bereichen diskutiert, und wenn es politische Relevanz kriegt oder ich etwas zu entscheiden habe, dann wird es mir vorgelegt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Minister, Sie haben dem Kollegen Michelbach vorhin geantwortet, dass er aus Ihrer Nachfrage nach der Veröffentlichung des Leerverkaufsverbots erkennen kann, dass es - Zitat - „vorher“ von mir keine Beteiligung „in dem Sinne, dass ich was mitentschieden hätte“, gab. - Zitat Ende.

Da Sie präzise formulieren, frage ich Sie noch mal konkret: In welchem anderen Sinn waren Sie denn vor dem Erlass des Verbots beteiligt? Sie hatten gesagt: keine Beteiligung „in dem Sinne, dass ich etwas mitentschieden hätte“. Aber welche Beteiligung denn sonst? Oder gab es gar keine Beteiligung?

Zeuge Olaf Scholz: Keine.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Keine. - Es gab ja diese E-Mail, die aus der BaFin dann ins BMF gelangt ist und dann auch Ihnen bzw. Herrn Kukies weitergeleitet wurde von Herrn Holle am Nachmittag des Freitag, 15. Februar 2019, als diese Debatten um das Leerverkaufsverbot losgingen. Diese Mail ist in cc gegangen an Frau Dr. Judith Hermes. Können Sie sagen, welche Funktion Frau Dr. Hermes zu diesem Zeitpunkt hatte?

Zeuge Olaf Scholz: Die war meine Büroleiterin im Ministerbüro, also dem ganzen Bereich da, die Chefin von allen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie haben das gut zusammengefasst. Wir könnten das jetzt auch in förmliche Dinge kleiden; aber Sie haben es auf den Punkt gebracht. Muss man ja auch betonen, wenn wir uns mal einig sind. In dem Fall ist es mal so. Es ist Ihre Büroleiterin, die diese Mail bekommen hat am Freitagnachmittag. Und wann haben Sie diese Mail dann bekommen, Sie persönlich?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe meine Informationen bekommen über den Vermerk, der hier berichtet worden ist, vom 19., der bei mir am 21. eingegangen ist und den ich am 22. gelesen habe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und in dem Zuge haben Sie auch von dieser E-Mail Kenntnis erlangt?

Zeuge Olaf Scholz: Das weiß ich nicht, ob ich die E-Mail überhaupt gesehen habe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hm.

Zeuge Olaf Scholz: Wäre jedenfalls nicht erforderlich, weil ja der Sachverhalt in dem Vermerk steht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Ich finde es nur erstaunlich, dass eine so wesentliche Information - da ist ein Leerverkaufsverbot in Planung - an das BMF gelangt, die Dringlichkeit wird erkannt - „Priorität: Hoch“ ist die E-Mail, Betreff „vertraulich“ -, und die wird dann sehr zeitnah weitergeleitet an Herrn Dr. Holle und von Herrn Dr. Holle dann auch an Ihren Staatssekretär, aber eben auch an Ihr Büro. Und ich gehe jetzt mal davon aus, wenn man Ihnen an Ihr Büro Mails schickt und die eine Priorität „Hoch“ haben, dass man dann auch davon ausgeht, dass der Minister irgendwie davon Kenntnis erlangen sollte, wenn es relevante Vorgänge sind. Ich gehe aber jetzt mal davon aus, das ist ein relevanter Vorgang, oder?

Zeuge Olaf Scholz: Die Frage, was mir wann wie und auf welche Weise und in welcher Geschwindigkeit vorgelegt wird, ist eine Entscheidung, die einer Kuratierung unterliegt. Sonst würde ich nicht mehr ein und aus kommen. Alles, was da bei mir ankommt und sich an mich richtet, würde ich nur dann konkret selber sehen können, wenn ich meine übrige Arbeit einstellen würde. Insofern muss jemand entscheiden, ob ich das jeweils sehe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und das hat Frau Hermes negativ entschieden, dass Sie die nicht mehr sehen sollen?

Zeuge Olaf Scholz: Wie ich jetzt weiß - Sie auch; Sie wissen es wahrscheinlich sogar schon ein bisschen früher als ich -, stand da, glaube ich, „cc“ drauf. Das war jetzt nicht mit dem Anliegen an sie gerichtet, dass sie daraus jetzt etwas machen müsste.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Halten Sie das für eine richtige Entscheidung, dass sie Ihnen die nicht vorgelegt hat?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe ja bereits im Hinblick auf meine Auseinandersetzung, nachdem ich nachgefragt hatte, nachdem ich eine Information bekommen hatte, gesagt, dass meine Entscheidung dabei war, zu sagen: Ich halte für richtig angesichts der Vorwürfe, dass die DPR beauftragt worden ist, und ich habe gegen die dort erläuterte Entscheidung, die dort zur Information gekommen ist - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das war ja eine ganz andere Frage, die ich gestellt habe. Ob Sie diese E-Mail hätten früher sehen sollen, das ist doch die Frage.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Ich halte das für eine - - habe das auch im Nachhinein nicht für eine falsche Entscheidung gehalten, weil, wie ich jetzt noch mal sagen will, auch wenn Sie das unterbrochen haben, aus meiner Sicht mit dem Wissen, das wir hatten, das Zur-Kenntnis-Nehmen ausgereicht hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Kann ich bei so einer Tragweite eines Leerverkaufsverbots nicht nachvollziehen, zumal Sie - -

Zeuge Olaf Scholz: Aber ich will noch mal wiederholen, was ich vorhin gesagt habe und was mir auch wichtig ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber wenn Sie schon es gesagt haben, brauchen Sie es nicht zu wiederholen.

Zeuge Olaf Scholz: In einer solchen Situation muss man ja sich überlegen: Wenn das Ministerium seine Aufgaben wahrnimmt, ist, eine solche Maßnahme aufzuhalten, die irgendwie forsch ist, eigentlich ein ungewöhnlicher Vorgang. Umgekehrt wäre es relevant, dass man etwas verlangt, weil man denkt: Die sind zu lasch.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Auf das Thema Einschreiten komme ich gleich noch. Mir ging es jetzt erst mal darum: Da ist eine ganz wichtige Information, die in Ihr Haus gelangt und sogar in Ihr Büro gelangt. Und Sie sind davon nicht informiert worden, sagen Sie, und halten das auch für in Ordnung. Das habe ich aus Ihrer Aussage entnommen.

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe an dem Vorgehen keine Kritik zu üben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie haben gesagt, Sie haben dann mit Herrn Kukies gesprochen. Das war aber dann erst nach dem Erlass des Verbots. Habe ich es richtig verstanden?

Zeuge Olaf Scholz: Ja. Sie wissen, ich habe ja gefragt: „Was ist das?“, als ich das aus einer öffentlichen Information mitbekommen habe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Da war es ja erlassen. Sonst hätten Sie es ja nicht öffentlich zur Kenntnis nehmen können.

Zeuge Olaf Scholz: Da war es erlassen. Das ist richtig. Und dann haben wir darüber gesprochen, dass ich eine genauere Info kriege, als wir zusammen mit Herrn Le Maire saßen. Die habe ich dann ja bekommen. Die haben wir jetzt auch schon drei- oder viermal oder fünfmal besprochen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Bei welcher Fallkonstellation hätte denn aus Ihrer Sicht das Finanzministerium bei einem Leerverkaufsverbot, was in Planung ist, einschreiten dürfen? Also wenn Sie als BMF Kenntnis erlangen, die BaFin bereitet so was vor, wann dürfen Sie als BMF da einschreiten? Wenn Sie das für zweckmäßig bzw. nicht zweckmäßig halten, oder wenn Sie es für unrechtmäßig halten? Oder was ist da das Kriterium? Oder beides?

Zeuge Olaf Scholz: Na ja, aus meiner Sicht dann, wenn man es offensichtlich findet aus den Informationen, die man bekommen hat, dass das eine falsche Entscheidung ist, die unbedingt aufgehalten werden muss, weil man Informationen hat, die dafür einen ausreichenden Anhaltspunkt liefern, also wenn der Sache, wie das einige im juristischen Bereich nennen, die Unrechtmäßigkeit oder die Unsinnigkeit auf die Stirn geschrieben steht. Das aber kann man in diesem Fall nicht sagen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): „Falsche Entscheidung“ kann ja in zwei Richtungen falsch sein: Es kann ja nicht zweckmäßig sein, oder es kann nicht rechtmäßig sein. Das würden Sie aber bei beiden Fällen sagen? Wenn es nicht zweckmäßig, nicht geboten ist, können Sie einschreiten, oder - -

Zeuge Olaf Scholz: Es ist keine eigene Zweckmäßigkeitsprüfung durch das Ministerium in jedem Fall wie in einer Sachbearbeitung vorzunehmen. Aber wenn man etwas vor sich hat und findet: „Alle Anhaltspunkte, die ich habe, sprechen dafür, dass das vollständiger Unsinn ist; das springt mir gewissermaßen entgegen“, dann kann man

Nur zur dienstlichen Verwendung

natürlich sagen: Jetzt wollen wir da tiefer reingehen. - Aber man sollte nicht das Gefühl haben, dass man bei jeder Entscheidung tiefer reingeht. Das ist eine Entscheidung der BaFin.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, und es gibt ja einen gewissen Sachverhalt, der dieser Thematik zugrunde liegt. Auf Basis dieses Sachverhalts entscheidet die BaFin und entscheidet auch das Bundesfinanzministerium, was man im Rahmen der Rechts- und Fachaufsicht tut oder ob man es vielleicht auch laufen lässt und nichts tut. Aber dafür braucht man ja erst mal einen Sachverhalt, auf dessen Grundlage man überlegt, was man macht und ob man was macht.

Sie hatten vorhin gesagt, wenn ich Sie richtig verstanden habe - sonst korrigieren Sie mich gerne -, Sie hätten jetzt erhebliche Hinweise auf Fehler, was das Leerverkaufsverbot betrifft, mit dem Wissen von heute. War das so zu verstehen, dass mit dem Wissen von heute aus Ihrer Sicht das Leerverkaufsverbot damals nicht rechtmäßig ergangen ist?

Zeuge Olaf Scholz: Wenn der Sachverhalt sich so darstellt, wie ich ihn heute meine zu kennen aufgrund all dessen, was an Berichterstattung erfolgt ist und was Sie hier auch teilweise ermittelt haben und rausgekriegt haben, dann ist es ja so, dass die Information, die eine große Rolle gespielt hat seitens der Staatsanwaltschaft, nicht tragfähig gewesen ist. Und damit fällt auch die ganze Begründung in sich zusammen, die für dieses Leerverkaufsverbot damals für die BaFin eine Rolle gespielt hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das Thema der Staatsanwaltschaft kommt aber in der Begründung gar nicht vor. Das war, wie wir jetzt erfahren haben - da haben Sie recht; das haben wir hier rausgefunden -, wohl das Hauptkriterium für die BaFin, da tätig zu werden. Aber in dem Text der Begründung ist das mit keinem einzigen Wort erwähnt.

Zeuge Olaf Scholz: Das spricht ja auch für die Richtigkeit des damals gewählten Vorgehens, dass mit der Information, die dem Ministerium vorlag, und dem, was es wissen konnte und musste, kein Anlass bestand, jetzt zu intervenieren.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was ich erst mal interessant finde, ist Ihre Aussage, die ich im Übrigen teile, dass das Leerverkaufsverbot damals rechtswidrig war. Das hat Herr Kukies gestern etwas anders gesagt. Der geht nämlich immer noch davon aus, dass es damals rechtmäßig ergangen ist. Und mich würde interessieren - - Sie haben ja gerade schon einen Grund gesagt, warum Sie meinen, das sei rechtswidrig gewesen mit dem Wissen von heute, nämlich das Thema dieses staatsanwaltschaftlichen Aktenvermerks, den es da gab, mit der Anzeige von Wirecard. Das hat sich jetzt als nicht haltbar herausgestellt. Aber es gibt ja noch mehr Gründe, zum Beispiel das Thema Netto-Leerverkaufspositionen. Dass die vorlägen, hat sich ja jetzt im Nachhinein auch nicht als zutreffend herausgestellt. Wie ist da Ihr Kenntnisstand dazu oder Ihre Position?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann eine Gesamtschau über all diese Dinge jetzt hier nicht vornehmen. Das Einzige, was ich sagen kann, ist: Dieser eine Punkt, der doch eine Rolle spielt, wie wir heute wissen, für die damalige Entscheidung der BaFin, hat ja keine Grundlage gehabt. Deshalb müssen wir das auch heute berücksichtigen bei dem, was wir sagen.

Aber jetzt noch mal zurück zu dem, was uns hier bewegen muss: Als damals die Informationen das Ministerium erreicht hatten, waren das Informationen, auf denen das Ministerium zu Recht sagen konnte: Hier intervenieren wir nicht, sondern lassen die BaFin ihre Arbeit machen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und das Thema Netto-Leerverkaufspositionen, da hätte die BaFin aus meiner Sicht es anders darstellen müssen und hätte das BMF es auch erkennen können, dass da ein Leerverkaufsverbot auf uns zukommt oder auf das BMF damals zukam, was nicht rechtmäßig ergeht. Und es wurde ja nachher selbst festgestellt. Die zuständige Referentin, Frau Geilfus von der BaFin, hat im Rahmen der Aufarbeitung formuliert - ich zitiere -:

Alleine aus den NLP

Nur zur dienstlichen Verwendung

- Netto-Leerverkaufspositionen -

> lässt sich kein Eingreifen aus Leerverkaufssicht begründen. Daher ist die angedachte Visualisierung schwierig. Auch weil in 2019 die Anstiege der NLP gerade nicht vor dem Bericht, sondern danach waren. Das sieht man aus dem Chart.

Also selbst bei der BaFin. Und das hat der Herr Kukies gestern auch bestätigt. Der sieht das genauso, dass das nicht vorlag. Insofern ist es ein weiterer Punkt - auch die Kollegin Paus hat noch ein paar andere Gründe aufgezählt gestern; da haben wir in Teamwork hier gearbeitet -, warum da eine Rechtmäßigkeit sehr stark angezweifelt werden kann.

Und auch, wenn man in die Begründung des Leerverkaufsverbots noch mal einen Blick wirft, dann stellt man fest - ich schaue mal eben; da ist der Text - - da ist nämlich die Rede im Sachverhalt dieser Allgemeinverfügung:

> Denn in den letzten Tagen sind massive Unsicherheiten an den Finanzmärkten feststellbar.

So. Und diese Unsicherheiten, die gab es nicht. Und dann wird hier noch Bezug genommen, dass Auslöser dafür die Preisentwicklung bei der Aktie der Wirecard AG gewesen sei in den letzten Wochen. Dazu habe ich gerade schon was gesagt.

Also diese Begründung war in mehreren Teilen falsch. Und da stellt sich dann eben die Frage: Muss das Finanzministerium nicht zumindest das auch überprüfen im Rahmen einer Rechtmäßigkeitsprüfung der Entscheidung der BaFin?

Zeuge Olaf Scholz: Noch mal: Ich glaube, dass das Finanzministerium auf der Basis der damaligen Informationen sich richtig verhalten hat, zu sagen: Wir intervenieren nicht in die Entscheidung der BaFin, die dafür zuständig ist. - Das ist ja immer die Sache, die zu überprüfen ist. Jetzt können wir mit sehr viel zusätzlichem Wissen, sehr vielen Informationen, die wir haben, natürlich alles Mögliche erwägen und das auch fachlich intensiv tun, was der zuständige Staatssekretär mit Ihnen sehr ausführlich offenbar, wie Sie berichten, gestern gemacht hat, was wahrscheinlich auch die Vertreterinnen und Vertreter der BaFin gemacht haben, als sie mit Ihnen diese Frage vermutlich genauso diskutiert haben. Aber am Ende ist ja die Frage, die uns hier zusammenführt: Musste das Ministerium auf Basis der Informationen, die ihm vorlagen, anders handeln zu der Zeit? Und das glaube ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Die Auffassung teile ich nicht, weil eben der eine Teil auf dieser staatsanwaltschaftlichen Räuberpistole beruhte, die aber gar nicht in der Begründung vorkam. Der andere Teil war aus meiner Sicht offensichtlich auch nicht zutreffend, was ich gerade erläutert hatte. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass Sie da eine andere Position haben.

Die ESMA-Opinion wurde ja eingeholt in diesem Fall. War die dem Finanzministerium bekannt an dem Wochenende?

Zeuge Olaf Scholz: Das kann Ihnen Herr Kukies beantworten - oder hat es Ihnen vielleicht beantwortet -, ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): In der ESMA-Opinion heißt es - ich zitiere daraus -:

> Darüber hinaus nimmt die ESMA zur Kenntnis, dass die BaFin ein Ansteckungsrisiko für andere DAX-Aktien meldet.

Das heißt, bei dem Thema Ansteckungsrisiko hat die ESMA sich sozusagen keine Opinion gebildet, sondern nur wiedergegeben, dass sie, ESMA, zur Kenntnis nimmt, dass die BaFin diese Position hat, nämlich dass die BaFin ein Ansteckungsrisiko für andere DAX-Aktien meldet. Ist das denn aus Ihrer Sicht etwas, worauf sich dann die BaFin zu Recht verlassen kann, wenn sie nur von der ESMA selbst zitiert wird, ohne dass - - Ich meine, wofür brauche ich eine Opinion, wenn ich dann nur das wiedergegeben bekomme, was die BaFin vorgetragen hat? Die ESMA hat es ja dann gar nicht geprüft an der Stelle.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Das ist ein Beteiligungsverfahren, das der ESMA die Möglichkeit gibt, ein anderes Vorgehen vorzuschlagen, als es die Behörde hierzulande vorhat. Das hat stattgefunden. Und ich gehe davon aus - aber das ist etwas, was Sie die Vertreterinnen und Vertreter der ESMA wahrscheinlich befragt haben oder befragen würden -, dass die sich in jedem Einzelfall überlegen, wie tief sie in eine Sache hineingehen, bevor sie ihre Rückmeldung geben. Und wenn sie präzise sind, werden sie vermutlich über Dinge, die sie nicht weiter erforscht haben, offenlegen, dass sie das auf folgender Grundlage tun. So hört sich das für mich an, wenn ich Ihnen zuhöre.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir haben - davon können Sie ausgehen - die Beteiligten, die hier waren, das alles gefragt, und wir wissen auch noch in Erinnerung - -

Zeuge Olaf Scholz: Ja, vermute ich. Aber Sie haben es gemacht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, da vermuten Sie zu Recht. Nur: Wir fragen ja schon mal unterschiedliche Personen zu ähnlichen Sachverhalten, um auch etwaige Widersprüche zu erkennen und unterschiedliche Sichtweisen. Es gab tatsächlich auch - das kam hier auch schon raus - zu manchen Punkten unterschiedliche Sichtweisen.

Letzte Frage: Im Jahr 2019 ist ja dieses Leerverkaufsverbot ergangen. Mir liegt ein Chatverlauf vor zwischen Wolfgang Schmidt, Ihrem Staatssekretär - das ist MAT C BMF.01, Blatt 1 - - mit Kai Diekmann. Da geht es um das Thema Leerverkäufe. Der Kai Diekmann schickt da einen Artikel an Ihren Staatssekretär, wo der DAX wieder ins Minus gerutscht ist, einen Artikel vom „Handelsblatt“, und dann fragt er, warum man nicht die Leerverkäufe verbietet - der Kai Diekmann. Er sagt noch ein bisschen mehr; er spricht von Ausverkauf und feindlichen Übernahmen und so. Mir geht es aber um was anderes. Mir geht es darum, was der Wolfgang Schmidt antwortet. Der schreibt nämlich - Zitat -:

> Wäre reine Symbolpolitik, sagt mir mein mit der Materie deutlich besser vertrauter Kollegen.

Ist jetzt grammatikalisch nicht ganz richtig. Aber ich habe es jetzt richtig zitiert zumindest; ist auch egal. Mir geht es um den Begriff „reine Symbolpolitik“: Ist das die Position des BMF zum Thema Leerverkaufsverbote?

Zeuge Olaf Scholz: Wenn ich mich richtig erinnere, ist das die Frage, die Herr Michelbach mir am Eingang unseres Gesprächs heute schon gestellt hat, nämlich, wie ich so allgemein zu Leerverkaufsverboten stehe. Und ich beziehe mich auf meine Antwort.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie würden es also nicht als reine Symbolpolitik betrachten?

Zeuge Olaf Scholz: Ich wiederhole die Antwort noch mal: Ich habe ja das für mich noch mal intensiver diskutiert im Zusammenhang mit der Tatsache, dass während der jetzigen wirtschaftlichen Krise einige Länder im letzten Jahr zeitweilig Leerverkaufsverbote für das gesamte Börsengeschehen verhängt haben, und mir damals die Meinung gebildet, dass das für Deutschland kein richtiges Vorgehen ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber 2019 war es in Ordnung?

Zeuge Olaf Scholz: Leerverkaufsverbote generell. Wenn ich den Mailverkehr, den Sie mir hier vorgetragen haben, richtig interpretiere, ging er nicht um einen konkreten Fall, sondern um die Welt der Leerverkaufsverbote insgesamt, also ob es an Börsen überhaupt Leerverkäufe geben darf. Das ist eine politische Debatte, die stattfindet. Falls ich das falsch verstanden habe, müssen Sie mir das sagen. Aber ich dachte, es ginge darum. So klang es, als ich es hörte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir wissen auch nur, was da steht. Alles andere ist Spekulation, was Herr Schmidt damit gemeint hat. Aber trotzdem ist es ja eine interessante Bewertung: reine Symbolpolitik. Insofern konnten wir das jetzt hier noch mal klarstellen.

Zeuge Olaf Scholz: Ich will das nur noch mal sagen. Ich habe die Frage von Herrn Diekmann, die Sie dort vorgelesen haben, so verstanden, dass er

dafür plädierte, Leerverkäufe überhaupt unzulässig zu machen, nicht nur im Hinblick auf ein einzelnes Unternehmen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe das auch so verstanden im Übrigen.

Zeuge Olaf Scholz: Gut. - Und dazu habe ich mich vorhin schon gegenüber Herrn Michelbach geäußert und sage jetzt: Meine marktwirtschaftliche Betrachtung der Börsenwelt ist so, dass ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine solche Position nicht für richtig halte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Matthias Hauer. - Ich würde noch mal auch in Teilen auf die leerverkaufsbeschränkenden Maßnahmen eingehen wollen, weil uns, glaube ich, alle umtreibt, dass sich - nennen wir es nun Verschulden, nennen wir es nun Desorganisation, nennen wir es nun unglückliches Agieren und das Zusammenkommen vieler unglücklicher Umstände - - Uns ist zum Beispiel aufgefallen - ist Ihnen das auch beim Aktenstudium oder dann zugetragen worden? -, dass es eigentlich einen Ablaufplan innerhalb der Bundesbank gab für solche Maßnahmen. Auch in der zuständigen Abteilung des BMF hat man erst mal gedacht: Mensch, man müsste sich ins Benehmen, haben wir dann gelernt, mit der Bundesbank setzen. - Dann hat man aber gemerkt: Es gibt da jetzt die neue EU-Leerverkaufsverordnung. - Insoweit ist dann klargestellt worden: Es ist nicht mehr nötig.

Innerhalb dieses Wechsels von Informationen und der Diskussion ist die Bundesbank dann irgendwann an einer bestimmten Stelle - so ganz genau habe ich die auch noch nicht lokalisiert; aber man kann es schon eingrenzen - geistig, aber auch von ihrer Haltung aus diesem Diskurs ausgestiegen. Ich finde das insoweit bedauerlich, weil uns nach MAT A Bundesbank-1.06, Blatt 78 die Information der Deutschen Bundesbank vorlag, um das zu konkretisieren, nach welcher diese einer leerverkaufsbeschränkenden Maßnahme ordnungspolitisch skeptisch gegenüberstand, da sie nach einer bundesbankinternen Analyse - - Wir hatten das vorhin ja besprochen, und Sie hatten ja dann auch gesagt, die BaFin müsste auch diese Kovarianzen, mathematische und auch statistische Verfahren, an die Hand bekommen, um, wie ich finde, anhand tatsächlich plausibler Modelle es zu erklären und nicht aus der Laune.

Ich habe Frau Roegele gesagt: Vielleicht war es auch eine gewisse Euphorie innerhalb der Behörde, endlich mal vor dieser Welle sein zu können, endlich mal sich, bevor eine Straftat aus Ihrer Sicht geschieht, hinstellen zu können und zu sagen: Wir machen jetzt ein Leerverkaufsverbot.

Und insoweit meine Frage: Haben Sie das auch wahrgenommen bei Ihrem Aktenstudium, und hat Sie das, was den Zeitraum angeht, auch dazu bewogen, zu sagen: „Man sollte, wenn man es damals schon nicht hat, zukünftig, aber auch in diesem Verfahren doch die Bundesbank mit ihrer Expertise, die zweifelsohne vorhanden ist, wieder mit einbinden“? Sie sind Jurist. Ich meine, es ist ja auch oftmals eine Interpretation dessen.

Ich habe Frau Buch gefragt, die Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank: Würden Sie es nicht eigentlich so interpretieren, dass Sie zwangsläufig zuständig gewesen wären, weil dieses Marktvertrauen doch nur eine Teilmenge von dem großen Begriff der Finanzstabilität ist, der viel weiter gefasst ist: Können Versicherungsunternehmen ihre Leistungen, ihre Rentenzahlungen an die entsprechenden Versicherungsnehmer bringen? Ist der Kapitalverkehr gewährleistet? Ist die Liquidität der Banken und Sparkassen etc. untereinander gewährleistet? - Und da kann ja dieses Marktvertrauen eigentlich nur eine Teilmenge sein.

Insoweit habe ich Frau Buch auch gesagt: Wäre das nicht auch mal Grundsatz einer generellen Überlegung aller Player - ich meine das ja positiv, zwischen Finanzministerium, ohne dass ich das als eine Vorgabe, eine Einmischung jetzt gegenüber der BaFin empfände -, zu sagen: Wie greifen wir diesen Begriff, diese Definition, die da in der Leerverkaufsverordnung steht, eben Marktvertrauen - man muss es ja fast so sagen - versus Finanzstabilität? - Was ich eben nicht so sehe, weil das ist eine große Landkarte, und Marktvertrauen

ist eben ein Teil dieser großen Landkarte Finanzstabilität.

Haben Sie das so wahrgenommen? Ich denke mal, Sie haben sich selbst ja auch dazu Gedanken gemacht: Warum ist die Bundesbank an so einer entscheidenden Stelle irgendwo ausgeschert? - Sie hat sich, ich nenne es mal wirklich, weggeduckt, was ich ihrer auch nicht würdig fand. Sie hätte sich auch gerade machen können und sagen: Hier müssen wir aus diesem Grund mitreden, und das wollen wir auch. - Wie beurteilen Sie oder wie haben Sie den Zeitpunkt dort - - wie haben Sie es wahrgenommen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie ich es wahrgenommen habe, sondern nur, wie das jetzt sich für mich darstellt, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne auch, wenn Sie das möchten.

Zeuge Olaf Scholz: - weil das ja, glaube ich, ein großer Unterschied ist in der Frage, die wir hier miteinander zu bereden haben. Und da will ich noch mal sagen: Für mich stellt sich das jetzt so dar, dass die Bundesbank sich auf das konzentriert hat, was ihr Geschäft ist, und als sie den Eindruck hatte, es geht hier um einen anderen Aspekt, der Handlungsmöglichkeiten für die BaFin beinhaltet, hat sie sich nicht verhalten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Würden Sie mir dann zustimmen - Sie sind ja nicht irgendwer, sondern Sie sind der Finanzminister unseres Landes -, oder würden Sie mir widersprechen, zu sagen: „In der Definition, die auch Frau Professor Buch hier gebraucht hat, ist Finanzstabilität der Oberbegriff, die große Landkarte, und auf dieser Landkarte ist ein, man kann fast sagen, Land dann eben, nennen wir es mal, Marktvertrauen“? Oder würden Sie wirklich sagen, so wie Sie es selbst eben definiert haben und wie es in der EU-Leerverkaufsverordnung steht: „Die stehen ziemlich gegensätzlich als Paar“? Das ist jetzt eine Frage dann wirklich der Interpretation, weil man eben sagt: Nee, wir definieren aber auch als die Rechts- und Fachaufsichtsbehörde für uns - und das ist eine klare Definition - Marktvertrauen als Teilmenge des großen Oberbegriffs Finanzstabilität. - Dann sieht die Landkarte dessen in Zukunft, wenn es wieder zu einem Leerverkaufsverbot käme - - Ich spreche jetzt im Konjunktiv, und das ist eine Spekulation. Aber ich muss sie ja rückwirkend auf das beziehen, was ich jetzt sage. Dann wäre die Gemengelage doch am 15., 16., 17. und 18. Februar eine ganz andere gewesen.

Zeuge Olaf Scholz: Na, ich möchte mich jetzt nicht in Bildern verlieren mit Landschaften und -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Manchmal helfen die ja.

Zeuge Olaf Scholz: - was weiß ich, wie auch immer. Es gibt diese beiden Aspekte. Die sind da. Das muss jeweils beurteilt werden. Und das, was jetzt für uns ja wichtig ist, ist, welche - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich könnte es aber auch in einer Formel abbilden, indem ich sage, ganz einfach, wenn ich jetzt definiere - -

Zeuge Olaf Scholz: Na, es geht mir - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Finanzstabilität stelle ich vorneweg und sage mit dem entsprechenden Zeichen, Marktvertrauen ist nur eine Teilmenge von Finanzstabilität. Dann hätte ich es in eine Formel gebracht.

Zeuge Olaf Scholz: Ich weiß nicht, ob man eine solche Entscheidung durch eine mathematische Formel lösen kann. Es gibt beide Aspekte. Die sind erörtert worden, wie wir heute miteinander wissen. Und die haben dann zu der Entscheidung geführt, auch zu den jeweiligen Verhalten der anderen Beteiligten, die einbezogen werden mussten. Und für das BMF - das will ich noch mal sagen - ist mit dem Wissen, das es damals hatte, die Entscheidung, nicht zu intervenieren in die von der BaFin vorgesehene Entscheidung, eine zutreffende Entscheidung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Meine Frage war aber doch - - Die hat sich im Aktenstudium - - Ich kann es natürlich jetzt immer nur leider Gottes - - Und da will ich auch genau sein und mit Vorbild vorausgehen. Deswegen frage ich ja: Hat sich

Nur zur dienstlichen Verwendung

während des Aktenstudiums und der Vorbereitung auf die Finanzausschusssitzung - und ich gehe mal davon aus, Sie bereiten sich immer akribisch vor - denn bis zum 8. Oktober, beim Aktenstudium dessen, was passiert ist, und als Sie wussten, es kommt diesem Untersuchungsausschuss, ein Meinungsbild ergeben und eine klare Positionierung des BMFs, zu sagen: „Wir positionieren uns hier und sagen ganz klar für die Zukunft“ - bis zum 8. Oktober wohlgemerkt; darüber hinaus gehe ich nicht, um keine Diskussionen loszubrechen -: „Nein, Finanzstabilität ist schon der Oberbegriff, und Marktvertrauen ist eine Teilmenge davon, in welcher Schattierung auch immer“?

Zeuge Olaf Scholz: Die Frage mit Teilmengen und Ober- und Unterbegriffen, dazu habe ich mir keine Meinung gebildet.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt, das BMF hat da auch keine zu?

Zeuge Olaf Scholz: Die zuständigen Beamtinnen und Beamten und der Staatssekretär sind dazu bestimmt mit einer intensiven Meinung versehen, die sie auch vermutlich mit Ihnen erörtert haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Meine Zeit ist um. Dann ist Dr. Jens Zimmermann für die SPD-Fraktion an der Reihe.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank. - Herr Minister, hatten Sie eigentlich - - Unser Untersuchungszeitraum geht ja bis 2014 zurück. Wir haben ja auch mittlerweile festgestellt, dass gerade auch so der Jahresabschluss 2016 eine große Rolle spielt; da ist sehr, sehr viel schiefgegangen. Den Zatarra Report hatten Sie erwähnt.

Gibt es - ich war da noch nicht dabei - eigentlich bei der Amtsübernahme so eine Art Übergabegespräch? Also hat Herr Schäuble irgendwie so gesagt: „Herr Scholz, passen Sie mal auf, wir haben hier so ein paar heiße Eisen, da müssen Sie drauf aufpassen, und Wirecard ist eins davon“? Gab es so was, und hat Herr Schäuble Sie irgendwie mal darauf hingewiesen?

Zeuge Olaf Scholz: Nein. Außerdem war mein unmittelbarer Amtsvorgänger Herr Bundesminister Altmaier.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, Herr Altmaier. Hat Herr Altmaier Sie mal darauf hingewiesen?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das hätte mich auch gewundert.

(Dr. Florian Toncar (FDP): Nach dem Hinweis vielleicht nicht!)

- Der Hinweis. Na ja, gut, okay. Nein, ich glaube auch, nachdem Herr Altmaier - - Herr Altmaier hat uns nämlich jetzt angekündigt, dass er mal überlegen wird, ob man bei der APAS mal nachfragt, ob jenseits des Vorsitzenden, des Präsidenten die anderen Mitarbeiter da auch Geschäfte mit Wirecard-Aktien gemacht haben. Das wusste er nämlich noch nicht, ob man das mal überprüft hat. Aber egal. - Also, das gab es nicht.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Bei der BaFin auch!)

- Na, ich glaube, bei der BaFin hat das ja ziemliche Konsequenzen nach sich gezogen.

(Zuruf von der CDU: Herr Hufeld ist direkt gegangen worden!)

- Ja, ja, genau. - Aber man weiß leider nicht, ob jenseits von Herrn Bose auch nur ein Mitarbeiter noch Wirecard-Aktien hatte. Das finde ich so ein bisschen bedauerlich.

Aber wir hatten ja jetzt dieses Leerverkaufsverbot. Das ist ja nur ein Teil der ganzen Geschichte. Beim Leerverkaufsverbot geht es ja eigentlich nicht um die eigentliche Bilanzmanipulation, sondern das Leerverkaufsverbot war ja mehr Teil der Vertuschungsaktion durch Wirecard. Wirecard hat da versucht, Vorwürfe zu konstruieren. Das ist aus unserer Sicht so eine Episode aus „Kleider machen Leute“ gewesen. Deswegen:

Nur zur dienstlichen Verwendung

Kennen Sie den Rechtsanwalt Enderle aus München zufällig aus der Kanzlei Bub Gauweiler?

Zeuge Olaf Scholz: Nein. Falls er mit mir irgendwo mal in einem Raum gestanden hat, wo Tausend Leute sind, kann ich das nicht ausschließen. Aber ich habe keine solche Erinnerung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, wir müssen fragen, weil wir gelernt haben, dass das in München ein sehr angesehener Rechtsanwalt ist, auf dessen Wort man da was gibt. Aber dieser Rechtsanwalt Enderle war derjenige, der, sage ich mal, wie wir heute wissen, die gefälschten Informationen an die Staatsanwaltschaft München weitergereicht hat. Der ist höchstwahrscheinlich auch nur benutzt worden durch die Verbrecher von Wirecard. Aber er war eben eine entscheidende Person.

Und dass das alles kein Zufall ist, haben wir auch aufklären können, dass man dieses Thema Leerverkaufsverbot versucht hat auch vorzubereiten. Herr Kai Diekmann hat dabei eben offenbar auch eine Rolle gespielt. Haben Sie zufällig damals den Namensbeitrag von Herrn zu Guttenberg zur Kenntnis genommen? Der war hier im Ausschuss und hat uns erzählt, er hat einfach ein total persönlich-privates Interesse an dem Thema Leerverkaufsverbote; das beschäftigt ihn persönlich total, und deswegen wollte er unbedingt mal einen Namensartikel in der „FAZ“ platzieren. Er musste dann seine mündliche Aussage hier im Nachhinein schriftlich - das Protokoll - massiv korrigieren, weil sich dann rausstellte, dass Herr Diekmann mittlerweile für Wirecard offenbar die PR übernommen hatte, und es gab dort den Plan, so einen Artikel gezielt zu platzieren für Wirecard. Da ist auch Geld geflossen.

Dass Herr Kai Diekmann offenbar nicht nur Herrn zu Guttenberg da eingespannt hat, sieht man ja an diesen SMSen. Wir haben Ihnen die mal vorlegen lassen, weil der Kollege Hauer leider immer wieder vergisst, die einfach mal vorzulegen, dass man die im Zusammenhang sieht.

(Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe so wenig Zeit!)

Es sind sogar zwei unterschiedliche SMS-Kommunikationen. Man könnte jetzt sagen: Wir spielen jetzt mal. - Wir könnten ein Spiel spielen: „Ist die Antwort BMF oder BMWi?“, weil nämlich die eine SMS ging eben an Wolfgang Schmidt, und die andere ging an Herrn Bareiß. Herr Bareiß, der ist ja auch gerade mit anderen Dingen beschäftigt und bekannt. Und wir haben ja eben schon - das war der Spoiler - eine Antwort gehört, die lautet - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Also, der Kai Diekmann schreibt in seiner SMS - die kriegen beide -:

> Warum verbietet ihr eigentlich nicht die Leerverkäufe? Auf der einen Seite werden Geschäftsmodelle eingeschränkt, auf der anderen Seite werden Unternehmen dann ungeschützt dem Markt ausgesetzt. Das kann nicht gut gehen… #Ausverkauf #FeindlicheÜbernahmen

Diese SMS hat offenbar mehr oder weniger um 15.54 Uhr und um 15.55 Uhr Herr Diekmann an diese beiden Staatssekretäre geschickt. - Dann antwortet eben einer von beiden:

> Wäre reine Symbolpolitik, sagt mir mein mit der Materie deutlich besser vertrauter Kollegen. Die BaFin beobachtet das sehr genau und hat bisher kein erhöhtes Volumen an short selling festgestellt. Auch die Märkte, die ein Verbot eingeführt hätten, fielen genauso wie unsere… Wir haben aber eine verschärfte Berichtspflicht eingeführt.

Der andere Staatssekretär antwortet auf diese Nachricht von Kai Diekmann:

Nur zur dienstlichen Verwendung

Danke für den Hinweis Kai! Ich sehe das wie Du! Ich spreche das … mit unseren Leuten durch…

Jetzt wäre das Spiel eigentlich: Was war BMWi, was war BMF? - Aber da es ja schon gespoilert wurde vom Kollegen Hauer: Na ja, der Kollege Schmidt schreibt dem Diekmann das Passende zurück: Das, was du da forderst, wäre reine Symbolpolitik, weil es nichts bringt. - Und der Kollege aus dem BMWi sagt: Jawohl, Kai, du hast recht; ich kümmere mich drum. -

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Vielleicht war es die „Bild“-Zeitung!)

Ich finde, das ist ja auch sozusagen, da wir ja so ein bisschen auch über die Kultur in den Häusern heute schon gesprochen haben, ein ganz netter Einblick.

Meine Frage wäre aber noch mal zum Thema Leerverkäufe, nachdem ich das jetzt vorbereitet habe - Herr Diekmann spricht in diesem Zusammenhang ja jetzt nicht ein Leerverkaufsverbot für einen spezifischen Titel an, sondern er spricht dieses Thema ja ein bisschen globaler an -: Wie war Ihre Wahrnehmung zu diesem Zeitpunkt? Was hat das Thema für eine Rolle gespielt? Warum war es eigentlich da so virulent auch?

Zeuge Olaf Scholz: Also, schönen Dank für den Hinweis und auch dafür, dass ich jetzt noch ein paar E-Mail- oder SMS-Verkehre -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): SMS.

Zeuge Olaf Scholz: - SMS-Verkehre - kennenlernen durfte, die ich nicht kannte. - Aber ich will ausdrücklich wiederholen, was ich eben gesagt habe: Meine Position zu dem Thema ist wirklich, dass es nicht richtig wäre, wenn wir jetzt als Bundesrepublik Deutschland oder als Europäische Union Leerverkäufe generell untersagen würden. Es gibt viele Gründe, das zu diskutieren; also, meistens ja jetzt nicht aus der Perspektive, die Herr Diekmann formuliert, sondern eher von sehr weit links wird das vorgebracht. Aber es gibt auch gute Gründe, zu sagen: Das gehört zu einem vollständigen Markt dazu. - Das ist meine Position gegenwärtig, dass das kein kluger Schritt wäre, zu sagen: Wir wollen das gar nicht machen. - Das kann in bestimmten Krisensituationen eine Maßnahme sein. Aber wenn wir die aktuelle wirtschaftliche Situation betrachten, haben wir ja mit unseren Wirtschaftsstabilisierungsmaßnahmen im Nebeneffekt auch erreicht, dass es auf den Vermögensmärkten, auf den Aktienmärkten, in den Unternehmenssektoren diese Verwerfungen nicht gibt, die wir 2010/11 ff. hatten. Und deshalb, glaube ich, ist das auch keine aktuell richtige Maßnahme zu diskutieren.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): In dem Kontext Leerverkaufsverbot führen wir jetzt hier seit mehreren Wochen - das ist auch heute deutlich geworden - eben eine Frage: Wann muss und wann kann das Ministerium bei so einer Einzelmaßnahme eigentlich einschreiten? - Da Sie ja für solche Themen auch auf europäischer Ebene zuständig sind, wäre einfach noch mal die Frage - - Weil das ist auch klar geworden: Das Thema „Unabhängigkeit der Aufsicht“ und insgesamt „Unabhängigkeit von Institutionen“ ist ja ein Thema, das so per se erst mal positiv besetzt ist, weil da ist irgendwie erst mal jeder dafür. Und ich denke, die Unabhängigkeit der Finanzaufsicht ist ja gerade auf europäischer Ebene etwas, wofür wir uns ja immer auch eingesetzt haben. Deswegen: Vielleicht können Sie das auch noch mal einordnen, warum es auch wahrscheinlich immer die Position auch von Herrn Schäuble gewesen ist, dass es nicht sein kann, dass ein Ministerium, ein Finanzministerium, in nationale Finanzaufsichten bei Einzelmaßnahmen quasi hineinregiert.

Zeuge Olaf Scholz: Wir reden im europäischen Kontext über unabhängige Finanzaufsichten. Das sind auch die europäischen Regeln, die unterschiedlich stark ausgeprägt sind, für die jeweiligen Sektoren unserer Finanzwirtschaft. Aber im Prinzip ist das eine richtige Haltung.

Und natürlich ist es so, dass, umso europäischer die Angelegenheiten werden, umso mehr die Unabhängigkeit auch eine Rolle spielt. Das ist auch aus einer deutschen Perspektive ganz wichtig. Denn ein bisschen verstehen wir ja die Dinge so, dass eine wachsende Kapitalmarktunion, eine

Nur zur dienstlichen Verwendung

Bankenunion letztendlich nur funktionieren kann, wenn es eine unabhängige europäische Aufsichtsstruktur gibt, die sich gegen nationale Aufsichtsstrukturen durchsetzen kann, die vielleicht zu sehr von außen beeinflusst werden, um das so abstrakt wie möglich auszudrücken. Deshalb, finde ich, ist dieser Unabhängigkeitsgedanke richtig.

Trotzdem fügt er sich ja ein in eine jeweils gewachsene Struktur nationaler Gesetzgebungen. Deshalb ist das auch immer eine Frage des „Wie macht man das dann so?“ Und da, glaube ich, ist es schon richtig, die Ordnung aufrechtzuerhalten, die lautet: Im Kern und im Prinzip entscheiden über solche Sachen die unmittelbaren Aufsichtsinstitutionen selbst, in diesem Fall die BaFin. Und die ministerielle Fach- und Rechtsaufsicht muss so ausgestaltet werden, dass sie diesen Unabhängigkeitsgedanken respektiert, das heißt nur interveniert, wenn sie dafür außerordentlich gute Gründe hat, die der Sache auf die Stirn geschrieben sind, oder sie einfach Informationen hat, die dazu führen, dass sie sagen: Da gibt es jetzt Gründe, nicht einfach das mitzumachen und nichts zu tun, sondern selber aktiv zu intervenieren. - Und ich glaube, das ist auch die richtige Haltung für die Zukunft.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vorhin ist das Thema ESMA, die europäische Ebene, angesprochen worden. Es gab ja zu dieser Geschichte einen ESMA Peer Review. Und da kam die ESMA zu dem Ergebnis, dass eigentlich alleine die zahlreichen Informationsbitten durch das Bundesfinanzministerium schon einen zu großen Eingriff in die Unabhängigkeit der Aufsicht darstellen würden. Ist das diskutiert worden im Haus?

Zeuge Olaf Scholz: Natürlich ist dieser Bericht zur Kenntnis genommen und auch erörtert worden. Ich habe ihn auch mit meinem Staatssekretär Kukies erörtert, weil dieser Bericht ja am Ende für die von uns vorgesehene Reform letztendlich so eine Leitidee entwickelt, die lautet: „umso unabhängiger, umso besser“, was natürlich das Gegenteil von dem ist, was wir gegenwärtig diskutieren. Aus der Perspektive der ESMA sollte es eigentlich so sein, dass das Ministerium gar nicht auch nur auf die Idee kommt, in so eine Frage wie Leerverkaufsverbot zu intervenieren. Das lässt sich aber - das muss man ja auch klar sagen - mit unserer gegenwärtigen rechtlichen Lage nicht vereinbaren. Wir müssen es können; aber wir sollten es eben so vorsichtig tun, dass wir es nicht als eigene neue Sachentscheidung betreiben, sondern als etwas, wo wir, wenn es Anlass gibt, intervenieren und eine andere Entscheidung zumindest erörtern. Und das ist der Stand, den man heute haben kann.

Aber klar - das ist so auch aus dem ESMA-Bericht zu lesen, was ich vorher schon geschildert habe -: Aus einer europäischen Perspektive wäre es wünschenswert, dass das Ministerium selber gar nichts machen kann. Das ist natürlich nicht richtig, weil wir gleichzeitig auch immer das Demokratiegebot und die Verantwortung gegenüber dem demokratischen Gesetzgeber gewährleisten müssen. Das ist also eine schwer verwickelte Angelegenheit. Insofern kommt es auch drauf an, dass man den richtigen Stil entwickelt im Umgang damit. Und der führt aber dann natürlich zurück zu unserem Thema, dass das Bundesministerium der Finanzen nicht eine eigene Fachentscheidung trifft und jeden Fall eigenständig prüft, den die BaFin zu verantworten hat. Das ist richtig.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Dann geht es weiter mit Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Herr Minister, ich will Ihnen schildern einen Sachverhalt, der in einem Beitrag des Journalisten Heinz-Roger Dohms auf dem Blog finanz-szene.de geschildert wird. Herr Dohms hatte unter anderem schon 2017 den „manager magazin“-Artikel mit dem Tunnel über Bilanzunregelmäßigkeiten bei Wirecard recherchiert.

Herr Dohms schreibt am 28. Februar 2019 eine Beobachtung auf, die er gemacht hat bei der Auswertung von Stimmrechtsmitteilungen aus öffentlich zugänglichen Quellen, der DGAP, und zwar über den Stimmrechtsanteil von Goldman

Nur zur dienstlichen Verwendung

Sachs an Wirecard. Wir erinnern uns: Am 15.02.2019 hat die BaFin begonnen, das Leerverkaufsverbot vorzubereiten; am 18.02. wurde es erlassen. Goldman Sachs hat am 15.02. eine Beteiligung, die es hatte, von ungefähr 4,9 Prozent an Wirecard auf 6,56 Prozent aufgestockt, hat seinen Bestand also an dem Tag, an dem das Leerverkaufsverbot vorbereitet wurde, beträchtlich erhöht, nachdem es jahrelang unter 5 war, plötzlich von 4,9 auf 6,56. Am Montag, am 18., blieb das nahezu konstant. Und am Dienstag, dem 19., am Tag nach dem Leerverkaufsverbot, hat Goldman Sachs seinen Bestand auf 1,29 Prozent abverkauft. Der Hintergrund war, dass durch das Leerverkaufsverbot die Kurse massiv gestiegen sind. Und das heißt, dass allein am 19.02. Goldman Sachs 5 Prozent der gesamten im Umlauf befindlichen Wirecard-Aktien verkauft hat - für sich selbst, aber auch zum Nutzen der Kunden der von Goldman Sachs verwalteten Fonds. Haben Sie von diesem Handelsverhalten von Goldman Sachs just zwischen 15. und 19.02. je gehört bisher?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein. - Man kann ja daraus letzten Endes nur den Schluss ziehen, dass die entweder verdammt Glück hatten oder irgendwie diese heftigen Bewegungen im Aktienbestand anderweitig zustande gekommen sind.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Glück gibt es nicht!)

Jedenfalls kann man mal festhalten: Die Kleinaktionäre haben scheinbar nicht so sehr vom Leerverkaufsverbot profitiert, sondern Goldman Sachs hat hier Kursgewinne in erheblichem Umfang realisiert. - Das ist der eine bittere Befund, der total gegen das steht, was auch Frau Roegele und andere hier als Rechtfertigung vorgetragen haben.

Aber ich will Sie mal ganz direkt fragen, auch mit Blick auf Ihren Staatssekretär: Können Sie die Hand dafür ins Feuer legen, dass Herr Kukies in seiner neuen Rolle stets gewissermaßen die ausreichende und gebotene Distanz zu seinem früheren Arbeitgeber eingehalten hat?

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja. - Hat Herr Kukies - -

Zeuge Olaf Scholz: Ich würde sogar beide Hände in zwei unterschiedliche Feuer legen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. - Herr Kukies hat, wenn Sie davon noch nie gehört hatten, jetzt wahrscheinlich mit Ihnen auch über solche Beobachtungen noch nicht gesprochen.

Hat Herr Kukies denn mit Ihnen über seinen Besuch bei Markus Braun am 05.11.2019 gesprochen?

Zeuge Olaf Scholz: Unterdessen, nachdem das ein öffentliches Thema geworden war.

Dr. Florian Toncar (FDP): Im Nachhinein?

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber im Voraus haben Sie mit ihm nicht darüber gesprochen?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Kukies hat ausgesagt, dass der „FT"-Artikel am 15.10.2019, der ja um das TPA-Geschäft ging und um Al Alam - - 95 Prozent der Gewinne über drei Tochtergesellschaften, 50 Prozent der Umsätze über dieselben drei, und dann Zweifel an Al Alam, das war ja der Inhalt, den Herr Kukies auch als Zäsur bewertet hat. Er sagte, er habe sozusagen im Kontext dieses „FT"-Artikels über Al Alam vom 15.10. auch mit Ihnen über die Vorwürfe gesprochen. Haben Sie an diese Information oder diesen Austausch eine Erinnerung?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe eine Erinnerung, dass im Zusammenhang mit der Berichterstattung, die im Oktober neu gekommen ist, wir gesprochen haben, ich weiß aber nicht mehr, ob noch vor oder gleich nachdem auch schon die Meldung öffentlich wurde, dass es die KPMG-

Nur zur dienstlichen Verwendung

Untersuchung geben wird. Jedenfalls ist für mich in Erinnerung: Da war Berichterstattung, da ist was nicht in Ordnung, und es ist jetzt die KPMG-Untersuchung beauftragt. - Das sind die Dinge, die ich davon noch erinnern kann.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm. Aber anlässlich dieses Austauschs hat Herr Kukies nicht zufälligerweise mal fallen lassen, dass er vielleicht sich auch noch mal selber bei Herrn Braun ein Bild von der Situation machen möchte?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Er hat ja dann umgehend auch den Termin vereinbart.

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe keine Erinnerung daran. Und ich sage noch mal: Meine Erinnerung ist, dass ich von diesem Gespräch gehört habe, nachdem das ein öffentliches Ereignis geworden ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Dann würde ich Sie gern noch mal fragen: Wann haben Sie von der Existenz von „Project Panther“ gehört? - Oder soll ich noch was sagen? Das ist die potenzielle Übernahme der Deutschen Bank durch Wirecard. Das firmierte intern unter Projekt „Louis XIII“ und wurde dann in „Project Panther“ umbenannt.

Zeuge Olaf Scholz: Ich glaube, dass ich davon, dass so was erörtert worden ist, auch erst jetzt irgendwann mal ab und zu, weil das ja eine ganz kleine Rolle in der Berichterstattung spielt, was mitgekriegt habe. Aber dass ich das als eigenes Thema wahrgenommen hätte oder ernst, kann ich nicht erinnern.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben ja sich auch im Jahr 2019 persönlich engagiert rund um die, sagen wir mal, Neustrukturierung des deutschen Privatbankensektors. Es gab Fusionsverhandlungen zwischen der Deutschen Bank und der Commerzbank, die am Ende zu keinem Ergebnis geführt haben. Gab es denn danach in Ihrer Gegenwart Überlegungen, sozusagen den Sektor Großbanken vielleicht anders neu zu strukturieren, zu konsolidieren, in die neue Zeit zu tragen, zukunftsfähiger, profitabler zu machen, unter Beteiligung von Wirecard?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Nein.

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich sage jetzt mal Nein, weil wenn Sie nur den Kopf schütteln, wird das im Protokoll nicht wiedergegeben.

Zeuge Olaf Scholz: Nein, nein. Klar.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein. Okay. - Also das hat bei allen politischen Überlegungen - wie geht man mit der Commerzbank weiter um, oder auch: was wäre insgesamt industriepolitisch vielleicht gut für den Finanzplatz? - - da hat Wirecard im Jahr 2019 in Überlegungen dann scheinbar keine signifikante Rolle gespielt als Partner von irgendjemandem?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein.

Zeuge Olaf Scholz: Also ich weiß auch nicht, wann diese Berichte und Projekte eine Rolle gespielt haben, in welchen Zeiträumen die jeweils sich ereignet haben sollten. Das muss ich ja offenlegen. Da haben Sie wahrscheinlich jetzt ganz konkrete Anhaltspunkte für, die ich aber nicht selber zuordnen kann.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja.

Zeuge Olaf Scholz: Wir haben damals diskutiert über die Frage, ob das Sinn machen könnte für die beiden Banken. Aber das ist ja auch ohnehin ein Anliegen der beiden Banken gewesen, ob sie miteinander fusionieren wollen oder nicht. Sie kennen den Ausgang der Geschichte und im Übrigen auch die Tatsache, dass das ohnehin immer deren Projekt ist.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja. Aber die zeitliche Überlappung ist frappierend. Denn im Februar und März gab es hochrangige Austauschgespräche auf Board Level zwischen Deutscher Bank und Wirecard über Kooperationen. Das versandete dann. Dann folgten die Gespräche mit der Commerzbank. Die endeten dann. Und danach, im Sommer 2019 - -

Zeuge Olaf Scholz: Hat denn in Ihrer Befragung, die Sie hier vorgenommen haben - darf ich jetzt mal so naiv fragen? -, irgendwie jemand von der Deutschen Bank Ihnen erzählt, dass er das je ernst genommen hätte?

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Sewing hat großen Wert darauf gelegt, dass das alles wolkig geblieben sei und dann auch beendet worden sei. Das will ich fairerweise hier mitgeben. Aber er hat sich immerhin in zwei Meetings mit Markus Braun gesetzt und Herr Achleitner auch in eines.

Aber just nach dem Scheitern der Commerzbank/Deutsche Bank-Gespräche begann Wirecard, einseitig zu überlegen, mit „Louis XIII“ an die Deutsche Bank ranzukommen. Die zeitlichen Abläufe passen schon. Und während Herr Kukies bei Herrn Braun war, liefen auch Überlegungen rund um „Project Panther“. Deswegen hätte es, sagen wir mal, auch in industriestrategischer Hinsicht durchaus gepasst, über Alternativen nachzudenken. Wie sinnhaft das mit Wirecard erschien, sei mal dahingestellt. Aber ich entnehme Ihrer Antwort, dass Sie davon erst hinterher gehört haben und 2019 Wirecard bei allen Konsolidierungsüberlegungen keine Rolle gespielt hat.

Zeuge Olaf Scholz: Abgesehen davon, dass ich noch mal unterstreichen möchte, dass die Rolle des BMF bei Konsolidierungsüberlegungen nicht überschätzt werden sollte - das war alles im Zusammenhang mit Commerzbank und Deutsche Bank gesagt worden; das sind ja Unternehmen, die schon selbst entscheiden, was sie tun wollen und was sie richtig finden -, ist es so, dass ich mich nicht dran erinnern kann, dass das ein - - Also, ich bin sicher, dass es gar keine Rolle gespielt hat. Ob überhaupt dieses Thema irgendwem präsent war, was Sie jetzt berichten, dass dort in dem Unternehmen solche Pläne gemacht worden sind, das weiß ich auch nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann geht es weiter mit Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Minister Scholz, sind Sie jemals von Herrn von Beust - es gibt ja so eine gemeinsame Vergangenheit als Bürgermeister von Hamburg - angesprochen worden auf Wirecard in irgendeinem Zusammenhang im Untersuchungszeitraum, vielleicht auch, bevor Sie Finanzminister waren?

Zeuge Olaf Scholz: Nein. Ich habe mein Gedächtnis geprüft. Ich habe da nichts in Erinnerung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Auch nicht im Zusammenhang „Zahlungsabwicklungen Onlineglücksspiel“, Ähnliches, dass das irgendwie mal Thema war, auch zwischen Hamburg, Schleswig-Holstein etc.

Zeuge Olaf Scholz: Sie haben jetzt nach Herrn von Beust gefragt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, ja. - Ach so. Sind Sie in anderem Zusammenhang mit dem Thema „Zahlungsabwicklungen Onlineglücksspiel“ mal auf Wirecard gestoßen, vielleicht auch im Untersuchungszeitraum, aber bevor Sie Finanzminister waren?

Zeuge Olaf Scholz: Es ist ja, glaube ich, schon öffentlich geworden, dass der frühere Ministerpräsident von Schleswig-Holstein mich mal besucht hat - 2015, wie ich jetzt rekonstruiert habe - und über Glücksspiel mit mir sprechen wollte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und da ist auch Wirecard erwähnt worden?

Zeuge Olaf Scholz: Das ist meine Erinnerung, dass es einmal erwähnt worden ist. Der Berichterstattung habe ich entnommen und meinem Kalender, dass, weil ich mir das jetzt nicht aus der

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nase ziehen lassen will, auch ein Vorstandsmitglied von Wirecard dabei gewesen sei.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Der Herr Ley, oder?

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Olaf Scholz: Aber das ist auch - - Das kann ich nicht mal mehr rekonstruieren. Ich erinnere mich an ein Gespräch, also aus dem Kopf. Ich kann mich daran erinnern, dass Herr Carstensen gesagt hat, dass ihm das mit dem Glücksspiel wichtig ist. Das wusste ich aber schon aus seiner früheren Tätigkeit als Ministerpräsident.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Und, ich sag mal, würden Sie sagen, dass Sie Herrn Carstensen behilflich sein konnten in dem Gespräch?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein. Okay.

Zeuge Olaf Scholz: Überhaupt nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. Ich frage nur. Der Herr Carstensen hatte ja auch ein Konto bei der Wirecard Bank. Das hat er Ihnen aber nicht offenbart?

Zeuge Olaf Scholz: Gar nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Gut. - Ich würde gern noch einen anderen Aspekt abfragen: Ich höre immer wieder, dass Mauritius auch etwas schwierig sei in der Zusammenarbeit. Dort sitzt ja ein Fonds, bei dem ausweislich der Medienberichterstattung gemutmaßt wird, dass dahinter Jan Marsalek stehen könnte, EMIF 1A, wo erhebliche Gelder umgeleitet worden sein sollen. Deswegen will ich nur fragen: Haben Sie mal in Ihrer Eigenschaft als Minister gesagt: „Kann ich da etwas tun?“, um vielleicht Bewegung in die Sache zu bekommen, damit man nachvollziehen kann, ob dort Gelder adressiert wurden in dem Sinne, um diplomatische Kanäle aufzumachen zu Mauritius oder Ähnliches? - Ob Sie Anstrengungen unternommen haben, vielleicht politisches Gewicht dahinterzusetzen, dass man weiß, wo sind die Gelder eigentlich da abgeflossen.

Zeuge Olaf Scholz: Wie Sie, glaube ich, in Ihren Untersuchungen hier rausgefunden haben, haben verschiedene Behörden versucht, was rauszufinden, und haben bisher keine Erkenntnisse erzielt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber Sie persönlich nicht.

Zeuge Olaf Scholz: Ich persönlich habe da keine Aktivitäten.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Gut. - Dann möchte ich jetzt - - Jeder hat ja hier so sein Orchideenfach. Meins ist ja der deutsch-chinesische Finanzdialog, wie Sie unweigerlich mitbekommen haben. Deswegen will ich darauf noch mal zurückkommen. Ich habe Ihnen ja vorhin eine E-Mail genannt, bei der ich, Stand jetzt, immer noch davon ausgehe, dass sie nicht veraktet war. Und ich muss dort eine Information korrigieren. - Können wir mal kurz die Zeit anhalten? Weil ich finde das immer sehr - - diese Nebengeräusche ein bisschen störend. - Danke.

Da gibt es eine E-Mail. Ich hatte ja vorhin ausgeführt, dass dieser Jan-Ole Peters, also der Leihbeamte des BMF, an Burkhard Ley geschrieben hat. Ich muss aber ergänzen: Er hat auch an Georg von Waldenfels geschrieben und an Nikolai Putscher vom Auswärtigen Amt. Das Auswärtige Amt war definitiv im Film sozusagen. Er hat ja dort geschildert, dass Sie diesen Erfolg, diesen Verhandlungserfolg für Wirecard verkaufen wollten. Jetzt habe ich vollstes Verständnis, wenn Sie sagen: Das kann ja auch - - Vielleicht hat er sich wichtiggemacht oder schreibt Ihnen diese Aussage zu. Da will ich nichts Falsches behaupten. Nur, er hat ja auch Aktien gekauft. Und ich verstehe, wenn sich Finanzreferenten für deutsche Unternehmen engagieren. Aber er ist ja über einen fortgesetzten Zeitraum, ich sag mal, etwas überengagiert gewesen vielleicht in seinem Näheverhältnis auch zu Herrn Ley. Deswegen wollte ich gerne fragen: Ist das mal ausgewertet worden vom Finanzministerium, dass man mit

Nur zur dienstlichen Verwendung

ihm vielleicht mal so eine Art Compliance-Gespräch geführt hat, ob es da Interessenkonflikte gab?

Zeuge Olaf Scholz: Gegenwärtig ist er, glaube ich, noch - - Ich weiß nicht, ob er wieder im Finanzministerium ist. Da weiß ich nichts von. Aber jedenfalls ist er gegenwärtig nach meiner Erinnerung oder war zu der Zeit im Auswärtigen Dienst tätig. Deshalb ist das auch eine Sache, die nicht das Finanzministerium betrifft. Ob irgendjemand so was gemacht hat, weiß ich nicht. Jedenfalls hätte man es mir nicht zur Kenntnis gebracht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Nun hat hier auch, also auch auf gewissen Twitterdialogen, die ich mit Wolfgang Schmidt zuweilen führe, -

Zeuge Olaf Scholz: Habt ihr sonst nichts zu tun? Wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf.

(Heiterkeit - Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist schon gerade wieder am Feiern!)

Fabio De Masi (DIE LINKE): - immer eine Rolle gespielt, ob dieses Dokument, das Sie dort verhandelt haben - wir alle konnten den Verhandlungen nicht beiwohnen -, zumindest indirekt auch für Wirecard ausgelegt war, weil - - Zumindest geht das ja hervor aus den Akten der Botschaft. Also, mir ist kein anderer Bereich bekannt - kann natürlich durch Schwärzungen sein, dass ich das nicht mitbekommen habe -, wo so Bemerkungen standen wie „großer Erfolg“ oder „erstes ausländisches Unternehmen, das eine solche Lizenz bekommt“. Das heißt, auch in den Monitoringberichten hat das eine gewisse Prominenz gehabt, auch in der Gewichtung. Und ich habe ja ausgeführt, dass es offenbar auch beim Kanzleramt eine gewisse Bedeutung hatte.

Ich will jetzt einfach nachvollziehen, wie einem Punkt - wo Wolfgang Schmidt sagen würde: das ist ja einer von vielen; es ging um die Allianz, es ging um die Deutsche Bank - auf einmal eine solche Bedeutung beigemessen wird, dass die Bundeskanzlerin das in einem Gespräch mit dem mächtigsten Mann Chinas thematisiert. Denn ich vermute mal, sie wird nicht alle finanzpolitischen Petita dort besprochen haben. Deswegen würde ich einfach gerne fragen: Ist Ihnen irgendein anderes Unternehmen bekannt, das eine solche Cross-Border Payment License für den chinesischen Finanzmarkt beantragt hat aus Deutschland oder eine solche erteilt bekommen hat?

Zeuge Olaf Scholz: Mir nicht. Ob es jemand anders gibt, kann ich daher nicht sagen. Es kann schon sein. Aber ich weiß es dann nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie haben also auch keine Kenntnis, wie dem auf einmal im Kanzleramt diese Bedeutung beigemessen wird? Ich vermute mal, Sie haben ja auch schon einige hochrangige Gespräche geführt. Glauben Sie denn, dass es üblich ist oder dass die Kanzlerin, nur weil der Karl-Theodor zu Guttenberg da vorbeimarschiert ist, auf einmal dieses Thema beim mächtigsten Mann Chinas anspricht? Halten Sie das für plausibel?

Zeuge Olaf Scholz: Ich möchte nicht spekulieren und auch nicht Sachverhalte, die ich gar nicht so genau kennen kann, interpretieren. Das, glaube ich, macht keinen vernünftigen Sinn. Sie haben ja die Gelegenheit, eine Frage zu stellen am morgigen Tag. Aber ich kann Ihnen dazu gar keine Auskunft geben. Das, glaube ich, wäre sehr, sehr unseriös, wenn ich jetzt mich ins Spekulieren begeben würde. Ich weiß darüber nichts und will Ihnen nur noch mal sagen: Die Eigenart solcher internationaler Verhandlungen ist ja doch nur in den seltensten Fällen so. Es gibt so etwas. Aber das wäre jetzt nun gerade nicht bei dem deutsch-chinesischen Finanzdialog der Fall, dass dort auf dem Verhandlungstisch der Minister über Textpunkte geredet wird.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, das habe ich auch nicht gesagt. Ich habe mich nur - -

Zeuge Olaf Scholz: Ja, aber es ist mir wichtig, weil ja manche den Eindruck haben: Wollen wir da das Komma noch setzen? - So was habe ich schon gemacht auch in internationalen Verhandlungen, aber nun ganz bestimmt nicht bei einem Thema wie dem deutsch-chinesischen Finanzdialog.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Mhm. Ja, weil eben das Finanzministerium auch nachgefragt hat beim Kanzleramt, ob denn dann etwas Unterschriftsreifes in der Sache Wirecard vorläge. Deswegen dachte ich, dass das vielleicht ein Stück weit koordiniert ist zwischen Ihren Häusern. Es gibt auch eine E-Mail, da wird sich beschwert aus dem BMF heraus, dass das Kanzleramt gewisse Kommunikation nicht teilen würde mit dem BMF dazu. Deswegen frage ich nach. Aber ich merke schon: Ich bin über der Zeit und muss wieder - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke. - Dann als Nächstes Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister Scholz, es geht ja auch um die Frage der politischen Verantwortung und die Frage der Lernfähigkeit: Was lernen wir daraus? Wie können wir so was in Zukunft auch vermeiden? - Und manchmal hilft es ja auch - - Ich glaube auch, der Finanzplatz Deutschland und seine Institutionen haben sich ja jetzt sicherlich nicht mit Ruhm bekleckert. Wenn man mal die internationale Presse liest, machen wir uns auch durchaus lächerlich an der einen oder anderen Stelle. Und manchmal hilft es ja auch, einen Blick von außen wahrzunehmen, sei es jetzt von Journalisten aus London, sei es eine Leerverkäuferin, die wir auch hier hatten, aus New York.

Gestern hat der in den USA lebende Professor Rudi Bachmann die Kollegen Toncar, De Masi und mich in einem spannenden Artikel getaggt - es war diesmal also nicht Herr Schmidt, sondern jemand anders, der bei Twitter aktiv geworden ist - von einem Stanford-Professor der German Studies; der hat einen Artikel geschrieben. Schicke ich Ihnen gerne zu. E-Mail-Adressen haben wir jetzt drei verschiedene heute gehört; an eine von denen schicke ich Ihnen gerne im Nachgang den Artikel.

Aber ich finde, das ist wirklich ein spannender Essay - ist das eigentlich -, wo drin erklärt wird, dass diese Skandale, die in Deutschland passieren, häufig auch aus dem Ausland heraus mit aufgeklärt werden, weil unsere Skandale, egal ob sie bei Volkswagen stattfinden, bei der Deutschen Bank oder bei Wirecard, auch so ein bisschen mit der Angst in Behörden einhergehen und auch diesem naiven guten Blick: Wir haben hier nur den ehrbaren Kaufmann; bei uns passiert so etwas nicht. - Ich finde es eine spannende These. Lässt sich sicherlich drüber streiten.

Deswegen möchte ich noch mal zurückkommen auf den Zatarra Report der BaFin, weil ich glaube, dass das auch fast ein Prototyp dafür ist, welches Narrativ in unseren Institutionen und Behörden vorgeherrscht hat. Und jetzt interessiert mich auch nicht, dass Sie im Jahr 2016 nicht die politische Verantwortung für die BaFin hatten, sondern es ist ja derselbe Apparat, es sind dieselben Menschen. Deswegen finde ich schon, dass es sich lohnt, darüber sich zu unterhalten. Und deswegen zitiere ich mal aus dem Bericht, aus dem Vermerk zum Zatarra Report, den die BaFin aufgezeigt hat, wo sie eine netzwerkartige Struktur aus Briten und Israelis dahinter vermutet, die irgendwie den Kurs von Wirecard manipulieren möchten. Das ist MAT A BMF-4.04, Blatt 268. Zitat:

> Auffällig ist, dass die verdächtigen Personen (darunter neben natürlichen Personen auch anglo-amerikanische „Hedge Fonds“) dem Anschein nach einen recht einheitlichen kulturellen Hintergrund haben - überwiegend israelische und britische Staatsangehörige. Daher ist nicht auszuschließen, dass es sich um eine netzwerkartige Struktur („Insiderring“) handelt.

Wenn man jetzt an das Leerverkaufsverbot einige Jahre später wieder zurückdenkt, wo man auch die ausländische Presse - Bloomberg, „FT“ usw. - dahinter vermutet und ausländische Hedgefonds und Leerverkäufer, dann ist das ja - - Das zieht sich wie ein roter Faden sozusagen auch durch die Aktenlage. Deswegen ist es für uns schon, glaube ich, auch eine grundsätzliche Frage, ob wir nicht darüber nachdenken müssen, wie Aufseher künftig damit umgehen wollen, dass nicht das Ausland immer diejenigen sind, die den Finger in die Wunde legen, sondern wir aus

uns heraus diese Skandale präventiv bestmöglich vermeiden. Wie schätzen Sie das ein?

Zeuge Olaf Scholz: Ja, das sollten wir selber können. Ich will übrigens sagen, dass ich diesen Bericht, den Sie da zitieren, also diese kleine Einzelmeldung, die dazugehört, ziemlich empörend formuliert finde. Das, glaube ich, hat ja auch schon eine Diskussion dazu gegeben, wenn ich das richtig zuordne.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat sich Ihr Staatssekretär auch für entschuldigt, erstmalig in diesem ganzen Untersuchungsausschuss.

Zeuge Olaf Scholz: Ja. Das, finde ich, muss aber auch gesagt werden. Das hat mir die Sprache verschlagen, als ich davon gehört habe, was da formuliert worden ist.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lag fünf Jahre überall rum. Hat nur niemanden interessiert.

Zeuge Olaf Scholz: Ja. - Und deshalb aber noch mal der Hinweis, den Sie selbst gegeben haben: 2016 war 2016. Vielleicht hätte das eine heiße Spur damals sein können. Es ist dann ja auch gebeten worden, dass das irgendwie berücksichtigt wird bei den Überprüfungen, die jeweils gemacht werden. Aber es hat zu keinerlei Konsequenzen geführt. Und das ist, glaube ich, ein erneuter Anlass, zu sagen: Wir brauchen jetzt so strenge Regeln, wie wir sie uns mit der anstehenden Gesetzgebung vorgenommen haben, um genau sicherzustellen, dass der Artikel, den Sie berichtet haben, nicht wieder geschrieben werden kann - egal ob er nun berechtigt oder nicht ist. Aber das sollte ja nicht so sein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will noch mal auf den Juli 2020 kommen. Nach der Insolvenz von Wirecard und nachdem wir auch beschlossen haben, diesen Untersuchungsausschuss einzusetzen, haben Sie die Notwendigkeit betont, Zahlungsdienstleister wie Wirecard EU-weit einheitlich zu beaufsichtigen. - Ja? Können Sie dem folgen?

Zeuge Olaf Scholz: Reden Sie weiter.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee, Sie gucken so, als würden Sie das infrage stellen.

Zeuge Olaf Scholz: Nein, nein, nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ich wollte Sie mal fragen, weil Sie hatten ja dann auch die deutsche Ratspräsidentschaft inne, ob das - - wo das Thema gewesen ist. Haben Sie das bei EU-Kollegen angesprochen? Wie war die Resonanz? Welche Fortschritte hat das gemacht? Weil wenn ein Minister etwas ankündigt, erwartet man ja auch, dass das eine Konsequenz hat.

Zeuge Olaf Scholz: Wir haben eine ganze Reihe von gesetzlichen Regelungen vorangetrieben und diskutiert in unserer Ratspräsidentschaft - wenn ich auch gerne zugebe, dass die natürlich dadurch verändert worden ist, dass wir uns erstens außer ein einziges Mal nicht präsent getroffen haben und die Hauptthemen, die uns dann bewegt haben, das europäische Wiederaufbauprogramm und das vorherige Programm gewesen sind. Aber es sind eine ganze Reihe von gesetzgeberischen Vorhaben auch der EU-Kommission, etwa was die Stärkung von Aufsichtsbehörden in diesem Bereich betrifft, Stück für Stück vorangekommen, sodass ich hoffe, dass das in dem mühseligen Prozess, den Europa darstellt, irgendwann auch zu entsprechenden Regulierungen führt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist abgelaufen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann, würde ich sagen, starten wir noch eine Runde. Ich hatte den Kollegen vorgeschlagen, dass wir nach dieser Runde, weil das der Wunsch ist, Pressestatements abgeben. Insoweit ist das auch der Hinweis für die anwesenden Pressevertreter, dass wir uns dann noch mal unten an der Medienwand einfinden und dann Statements für die Presse abgeben. Das war der Wunsch. Der ist damit hier von den Kollegen positiv beschieden worden. Dafür danke. Ich habe alle angesprochen bis auf Herrn Bayaz - muss ich jetzt auch; aber ich wollte nicht stören

Nur zur dienstlichen Verwendung

eben in der Runde. Aber ich denke, das ist dann einvernehmlich so, dass wir dann gegen 18 Uhr nach dieser Runde Statements abgeben.

Dann geht es jetzt weiter mit der CDU/CSU-Fraktion und mit Fritz Güntzler. Bitte schön.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich freue mich ja, welche Berücksichtigung die Medien finden. Ich finde das viel spannender hier. Aber gut - wenn es so ist, dann soll das so sein.

Herr Minister, Sie haben ganz am Anfang in Ihrer Stellungnahme, glaube ich, völlig zu Recht - und so empfinden wir das hier alle - von einem Riesenskandal gesprochen, kriminelle Handlungen usw. Das BMF ist ja nicht in dem Skandal eingebunden, sondern als Aufsicht in verschiedenen Dingen, Rechts- und Fachaufsicht, eingebunden.

Ich will mal ganz allgemein fragen: Wenn so was dann passiert, dann gibt es doch in Ihrem Haus eine Aufarbeitung des gesamten Falls. Wie hat das konkret stattgefunden bei Ihnen? Wenn der Fall Wirecard sozusagen jetzt bei Ihnen auf dem Tisch liegt, berufen Sie da eine Taskforce ein? Fragen Sie Ihren Staatssekretär gezielt nach einzelnen Punkten, oder gibt es eine Gesamtaufarbeitung des Wirecard-Falls im BMF?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe darum gebeten, dass wir alles an Aufarbeitung zustande bringen, was möglich ist, auch alle Informationen zusammentragen. Sie wissen ja, bevor es zum Untersuchungsausschuss kam, sind auch schon sehr, sehr viele Informationen zur Verfügung gestellt worden, auch für den Finanzausschuss ein sehr umfangreicher Bericht. Den hatte ich auch bestellt, also, dass das so gemacht wird.

Das gilt im Übrigen auch dafür, dass ich - wahrscheinlich ungewöhnlich und anders als an anderer Stelle - zum Beispiel auch darum gebeten habe, dass die FIU noch mal sämtliche ihrer Daten durchgeht, ob es irgendwelche Bezugsfälle gibt. Sie haben mit dem Chef hier, glaube ich, sehr ausführlich vor einiger Zeit gesprochen, der ein sehr guter und sehr engagierter Mann ist. Und ausdrücklich will ich gern dazusagen, dass dort ja dann sogar das Risiko entstanden ist, dass lauter Sachen missverstanden worden sind, weil die natürlich erst mal lauter Meldungen geguckt haben. Die meisten waren gar nicht relevant für das, was hier ist. Aber ich fand es besser, das so aufzuarbeiten.

Das war also der eine Teil: Wir versuchen, alle Informationen zusammenzutragen. Und da habe ich die alle gebeten, die da jeweils eine Zuständigkeit haben, dass sie das möglich machen, damit wir erstens selber Bescheid wissen, aber auch in dieser Frage allen anderen etwas sagen können.

Und das Zweite ist: Aus dieser Sache wollten wir und haben wir dann ja auch Konsequenzen gezogen, indem ich gesagt habe: Wir müssen jetzt sehr schnell reagieren. - Es wäre jetzt ein bisschen merkwürdig, wenn wir sagen: Wir warten jetzt erst mal diesen Ausschuss ab, und dann beginnen wir mit einer Gesetzgebung. - Die würde dann ja in dieser Legislaturperiode nicht mal mehr begonnen werden. Insofern war mein Ziel, durch die frühe selbstorganisierte Aufklärung sicherzustellen, dass wir das notwendige Knowhow haben, um die Erkenntnisse, die uns möglich sind, zu ziehen für Gesetzgebung, die dann eine striktere Aufsichtsstruktur in Deutschland zustande bringt. Und das haben wir dann ja auch hinbekommen, wie Sie wissen und hier jetzt ja auch mehrfach erörtert worden ist, und ich jetzt nicht einfach noch mal alles aufzählen möchte.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Zum FISG kommen wir vielleicht gleich noch mal, haben Sie noch mal die Möglichkeit. - Aber wenn Sie persönlich darunter jetzt einen Strich ziehen würden, würden Sie dann für sich feststellen: „In der ganzen Wirecard-Geschichte gab es keine Fehler beim BMF“?

Zeuge Olaf Scholz: Das BMF hat in dieser Situation das Richtige gemacht. Das Gleiche gilt für - - Die Aufsichtsbehörde BaFin hat mit ihrem seinerzeit und heute ja noch geltenden Handlungsrahmen agiert. Ich nehme noch mal den Hinweis auf die DPR-Beauftragung. Aber jetzt, wo das alles so gekommen ist, wie wir unterdessen wissen,

ist doch offensichtlich, dass die jahrelange Vermutung, dass wir eine gute Aufsichtsstruktur haben, die auch ausreichend rechtlich bewaffnet ist, um das zu tun, was man tun muss, nicht stimmt und dass wir es deshalb ändern müssen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber ich habe Sie vorhin doch richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, dass das Leerverkaufsverbot falsch war, das die BaFin ausgesprochen hat.

Zeuge Olaf Scholz: Also, ich will das noch mal für mich sagen: Die Information, die dem zugrunde lag, hat sich ja, wenn ich den Medienberichten richtig folge, nicht als richtig erwiesen. Und dementsprechend ist das - - Das muss ja berücksichtigt werden. Darüber kann ja niemand hinweggehen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber Sie sind der Auffassung, mit der, ich nenne sie jetzt mal, falschen Information war die Entscheidung der BaFin richtig?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe keinen einzigen Ansatzpunkt dafür gefunden, dass die BaFin damals diese Information nicht als wahr eingestuft hat.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Haben Sie Kenntnis davon, dass diese Informationen der Rechts- und Fachaufsicht vorgelegen haben? Gab es also eine eigene Bewertung des BMF zu diesen Informationen, die der BaFin vorgelegen haben?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe ja schon - - Es ist Ihnen ja als Aktenlage bekannt, was jeweils dem Ministerium vorlag. Und meine Befassung mit dem Thema ist die gewesen, die sich aus dem Vermerk auch ergibt vom 19., den ich am 21., 22. betrachtet habe. Und das ist der Stand der Dinge, auf dessen Basis dort Beurteilungen durchgeführt worden sind.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - Sie haben eben schon mal die DPR angesprochen. Waren Sie eingebunden in der Frage der Kündigung des Vertrages mit der DPR am 29. Juni 2020?

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Warum wurde der Vertrag gekündigt zu diesem Zeitpunkt?

Zeuge Olaf Scholz: Weil ganz offensichtlich gewesen ist, dass die DPR-Beauftragung im Frühjahr 2019, im Februar 2019, nicht dazu beigetragen hat, diese Sache aufzuklären, weil sich herausgestellt hat - das war eine schnelle, zügige und sehr gute Information des Justizministeriums -, dass der Vertrag jetzt sich verlängern würde, wenn wir ihn nicht kündigten. Deshalb habe ich mit der Justizministerin besprochen, dass wir glauben, dass in dieser Situation die Kündigung des Vertrages - erst mal ohne jede Vorwürfe, weil dafür hatten wir noch gar nicht genug Evidence, um es mal so zu sagen, und vor allem keine Beweise, die das eigenständig hätten zugrunde legen können - jetzt gemacht werden muss, damit wir nicht in Handlungszwänge geraten, die wir gar nicht gut finden können.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wir haben gestern genau darüber auch mit der Bundesjustizministerin gesprochen. Es gibt ja ein Schreiben vom 28. Juni 2020 der DPR an Sie persönlich und an die Justizministerin, wo die DPR gesagt hat, sie würde die Kündigungsfrist sozusagen verkürzen und einen Verzicht aussprechen, sodass auch eine Kündigung zum 31. Dezember 2020 möglich gewesen wäre. Warum hat man die Zeit nicht genutzt? Die Handlungsoption hätten Sie ja weiterhin gehabt. Warum wurde trotzdem gekündigt?

Zeuge Olaf Scholz: Weil ich nicht fand, dass viel dafürspricht, dass wir am Ende mit einer unveränderten Umgangsweise mit der DPR enden würden. Wir hatten ja unsere Vorschläge noch gar nicht entwickelt. Die waren ja erst in Auftrag gegeben im Ministerium: Was wollen wir denn machen? - Aber mein Gefühl war, die Geschichte der DPR bleibt jedenfalls nicht unverändert, und vielleicht endet sie auch komplett. Deshalb, fand ich, wäre es ein falsches Signal gewesen, auch ein viel zu zögerliches, zu sagen: Wir machen so ein Hinhalten, also in der Sichtung. - Das fand ich nicht richtig. Ich wollte da schon sagen: Das machen wir jetzt mal.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das ist ja so ein bisschen wahrgenommen worden, als wenn es dort

ein Bauernopfer gibt, also ganz schnell eine Entscheidung zu treffen, dass jemand ja schuldig sein müsste. Es ist ja so öffentlich wahrgenommen worden.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, aber das ist ja der Grund, der einen dann vollständig handlungsunfähig machen kann, wenn man so was öffentlich diskutiert und damit konfrontiert ist. Wenn ich das richtig wahrnehme, ist ja im parlamentarischen Raum jetzt längst die Verständigung gefunden worden auch zwischen den Regierungsparteien - vermutlich mit Unterstützung anderer, aber das wissen die Beteiligten besser -, dass wir die DPR nicht mehr fortführen wollen, ihre Tätigkeit, sondern das direkt die BaFin machen lassen wollen im einstufigen System. Das legitimiert die Richtigkeit der damaligen Entscheidung ja noch mehr.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Uns hat nicht gewundert bei der Durchsicht der Unterlagen, dass Sie von vornherein - das ist ja schlüssig, so wie Sie argumentieren - für das einstufige Enforcement waren; aber das Justizministerium hat ja sehr für das zweistufige geworben. So ist es ja auch im Gesetzentwurf dann gelandet, das zweistufige Enforcement weiterhin. Also mit der DPR wäre es ja dann umgesetzt worden, wenn der Gesetzgeber jetzt nicht anders reagieren würde.

Zeuge Olaf Scholz: Es sind ja verschiedene Fragen erörtert worden: Wie kriegen wir das hin, dass wir eine von der BaFin aus eigenem Willen zustande gebrachte Enforcement-Untersuchung zustande kriegen können, ohne die vielen Zwischenschritte, die das heute so schwierig machen und die ja dazu geführt haben, dass wir mehrfach im Finanzausschuss schon einmal, wenn ich das dunkel erinnere, darüber erörtert haben, ob man nicht von vornherein hätte eine Prüfung durch die BaFin direkt veranlassen können? - Mein wichtigstes Anliegen zu der Zeit war, in jedem Fall zu veranlassen, dass die BaFin immer und ohne sich rechtfertigen zu müssen, das machen kann, weil sie denkt, es ist jetzt der richtige Weg. Und dass man aber, wenn man sich erst mal auf diesen Pfad begeben hat, am Ende da landet, wo die Gesetzgebung jetzt landen wird, das halte ich für ziemlich folgerichtig und freue mich auch über das Ergebnis.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie sind immer noch der Rechtsauffassung - ich glaube, im Finanzausschuss haben Sie das ausgeführt -, dass die BaFin die Prüfung nicht hätte an sich heranziehen können im Fall Wirecard.

Zeuge Olaf Scholz: Dafür gibt es ja rechtliche Voraussetzungen, die in das Gesetz geschrieben worden sind. Einige sind ja sogar in dem ESMA Report ganz sorgfältig kritisiert worden. Wir haben uns, umstellt von lauter Informationsverboten, von lauter Berichtsverboten zwischen den Behörden, aber auch nach oben, also auch, was DPR-Untersuchungen betrifft - - Was darf eigentlich über deren Inhalt wem bekannt werden? - Das war ja vollständig begrenzt. Die heutige öffentliche Debatte ist ja so, als ob es ein rechtmäßiges und richtiges Verhalten wäre, dass alle von allem Bescheid wissen und dann die richtigen Entscheidungen treffen. Aber eigentlich sind die bisherigen Gesetzeslagen von der Idee vollständiger Abkopplung, von Silo-Situationen und Ähnlichem geprägt, wie wir jetzt mittlerweile immer besser verstanden haben.

Deshalb ist die Antwort: Ja, die bisherige Gesetzeslage hat die Voraussetzungen dafür, dass man direkt handeln kann, so hoch* gemacht, dass die BaFin eigentlich erst die Voraussetzungen hat erfüllt sehen können, als es zu spät war, wenn ich das mal so sagen darf, weil alles schon passiert war. Das ist natürlich nicht gut und nicht tunlich. Also: Es wäre gut gewesen; man hätte das auch schon machen können im März/April/Mai 2019. Aber das wäre rechtlich nicht zulässig gewesen. Es im Mai/Juni 2020 zu machen, ist dann zwar auch noch ein guter Weg und ist ja für die weiteren Berichte auch veranlasst worden, nachdem das Unternehmen nicht kooperiert hat. Aber ehrlicherweise ist das aus meiner Sicht viel zu spät. Und die Gesetzeslage, die das produziert hat, muss geändert werden.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wir haben aber hier gesehen, dass es unterschiedliche Meinungen gibt. Also, wir brauchen jetzt keine Rechtsdiskussion.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Diese Diskussion müssen wir jetzt nicht führen. Aber ich will ganz ehrlich sagen: Es gibt ja herrschende Meinung und exotische Meinung. Die herrschende Meinung ist in diesem Fall, dass das die BaFin nicht gedurft hätte.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das Gute ist ja, wenn es ungeklärt ist, wenn der Gesetzgeber jetzt klärend eingreift und ein klares Gesetz macht. - Herr Minister, Sie haben ganz am Anfang und als Erstes die Wirtschaftsprüfer benannt. Frau Kollegin Kiziltepe hat ja auch zu dem Thema schon nachgefragt. Es ist ja bekannt, dass ich selber Wirtschaftsprüfer bin. Und das ist ein Thema, was kein Ruhmesblatt für den Berufsstand ist. Da will ich gar nicht drum rumreden. Es gibt über 10 000 Wirtschaftsprüfer. Die beobachten das ganz genau, was hier jetzt passiert, weil wir als Berufsstand ja für uns schon in Anspruch nehmen, wie das alle Berufsstände tun, dass wir ordentliche Arbeit abliefern. Von daher gibt es hier überall mal wieder Lobbyismusvorwürfe in alle Richtungen. Aber dass ein Berufsstand für seinen Berufsstand kämpft, ist, glaube ich, ganz normal.

Sie haben gesagt und ja auch vorgelegt in Ihrem Aktionsplan, dass Sie Konsequenzen bezüglich der Abschlussprüfung aus dem Wirecard-Fall ziehen wollen. Da ist die Haftungsfrage. Da will ich gar nicht drüber reden; da kann man stundenlang drüber diskutieren, ob Haftung Fehler verhindert oder nicht verhindert. Bei den Schäden, die entstanden sind, kann man viel diskutieren. Sie haben das Thema „Trennung von Prüfung und Beratung“ auch angesprochen. Auch darüber ist ja 2016 umfassend im Parlament diskutiert worden bei der Umsetzung, ob Deutschland die Wahlrechte der Abschlussprüferverordnung wahrnimmt oder nicht. Sie nehmen ja in Ihrem Entwurf sozusagen den Wirecard-Skandal zum Anlass, dieses Wahlrecht wieder zurückzunehmen.

Jetzt meine konkrete Frage: Haben Sie einen Anlass zur Vermutung, dass in diesem Wirecard-Fall es ein Problem gab, dass die Prüfung und Beratung nicht genug getrennt waren? Weil ich frage mich immer - - Sie sagen ja, die Dinge, die Sie hier vorschlagen, sind Ausfluss des Wirecard-Skandals. Das bedeutet für mich: Wenn wir die Dinge gehabt hätten, wäre der Skandal nicht entstanden.

Zeuge Olaf Scholz: Na, zunächst mal ist es ja so, dass die Praxis, die wir jetzt hier einführen, eigentlich der normale Standard in ziemlich vielen anderen Ländern der Welt ist. Wir sind eines der wenigen Länder, das diese Wahlrechte genutzt hat. Und wenn es denn so schiefgeht, wie es jetzt schiefgegangen ist, dann ist das ja zunächst mal sowieso ein Anlass, zu überprüfen, ob man sich nicht in den Rahmen stellt, den alle anderen auch haben.

Das Zweite ist, dass man einfach hinbekommen muss, dass es keine Verführung gibt durch die Lage. Die Rotation dient ja letztendlich der Sicherstellung, dass nicht das Gefühl „Das ist jetzt ein wichtiger Mandant für die Dauer“ dazu beiträgt, dass das irgendwie das eigene Denken beeinflusst.

Das Gleiche gilt natürlich für das Verhältnis von Prüfung und Beratung, erstens, weil es ja so ist, dass man als Prüfer einer Beratungsleistung es irgendwie schon schwierig findet, die unzulässig zu finden, wenn sie aus dem eigenen Laden stammt, um es vereinfacht zu sagen. Und das Zweite ist, dass auch das natürlich eine ganz erhebliche wirtschaftliche Fragestellung ist.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das habe ich schon verstanden. Das ist ja die alte Diskussion, die wir da immer führen in dem Punkt.

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Die Frage ist: Gibt es konkreten Anlass, anzunehmen, dass es bei den Prüfungen von Wirecard durch EY diese Probleme gegeben hat?

Zeuge Olaf Scholz: Ich glaube, das überlassen wir jetzt mal den Staatsanwälten, die sich alles Mögliche angucken, und vielen anderen auch noch. Ich kann nur sagen, dass es einen ausreichenden Anlass bietet, was uns hier begegnet ist, dafür zu sorgen, dass jedes Gefühl, dass da ein Zusam-

Nur zur dienstlichen Verwendung

menhang entstehen könnte wegen der wirtschaftlichen Bedeutung der Tätigkeiten, unterbunden wird.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber haben Sie sich mal konkret angeguckt, wie das Verhältnis zwischen Abschlussprüferhonorar und Beratung bei EY war?

Zeuge Olaf Scholz: Nein. Und das ist auch nicht mein Maßstab, weil wir Gesetze nicht machen zu dem konkreten Einzelfall, sondern für die Zukunft.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber Sie haben doch genau gesagt, dass das FISG die Antwort auf den Wirecard-Skandal ist.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, das ist die Antwort auf den Wirecard-Skandal. Und deshalb finde ich - noch mal; ich will das gern wiederholen -, dass die Trennung von Prüfung und Beratung eine wirtschaftliche Wechselhaftigkeit ausschließt, die da eintreten kann. Das ist ja etwas, das wir tun als präventiven Schutz für das ganze Milieu der Wirtschaftsprüfung und der Beratung. Die Sache wird ja, wenn man sich hineinbegibt in die Themen, auch immer komplizierter, weil natürlich Beratung, sage ich jetzt mal als ehemaliger Rechtsanwalt, viel spannender ist als Accounting. Deshalb ist es eine ganz wichtige Sache, dass wir da Brandmauern schaffen, um sicherzustellen, dass wir die Unabhängigkeit bekommen in dem Wirtschaftsprüfungssystem, die wir brauchen. Hier ist natürlich ein solcher Skandal dann Anlass, alle Vorsichtsregeln, die andernorts gelten, auch hierzulande gelten zu lassen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber, Herr Minister, ich will nur darauf hinaus: Über das Thema „Prüfung und Beratung“ kann man immer streiten. Aber ich habe Ihren Aktionsplan als konkrete Antwort auf den Wirecard-Skandal verstanden, und so haben Sie es hier auch dargestellt.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, aber die Frage - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und wenn die Relation von Beratung und Prüfung bei EY 10, 14 Prozent ist, dann ist das kein eklatantes Aus- -

Zeuge Olaf Scholz: Eigentlich ist ja schon Ihre Fragestellung ein Hinweis darauf, dass man vielleicht doch das mit der Trennung voranbringen sollte; denn letztendlich insinuieren Sie ja auch, dass es sein könnte, dass die wirtschaftliche Bedeutung der Beratungsleistung irgendeinen Einfluss auf die Prüfungsleistung haben könnte.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, aber das ist mir - -

Zeuge Olaf Scholz: Und auch im Hinblick darauf, dass wir beide zu Recht unterstellen, dass es unglaublich viele Berufsangehörige gibt - ob das nun die wirtschaftsprüfenden, die steuerberatenden Berufe sind, ob das Juristinnen und Juristen sind, die in diesem Bereich tätig sind -, die mit der richtigen Einstellung und Berufsehre an die Sache rangehen, bleibt es unsere Aufgabe, einen Rahmen und ein Milieu zu schaffen, in dem es keine Versuchung gibt. Das finde ich sehr wichtig.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Herr Minister, wir sind ja inhaltlich gar nicht auseinander. Wir werden als Union ja den Punkt auch unterstützen. Ich finde nur - - Ich wollte eigentlich nur rausarbeiten, dass Sie so tun, dass Sie mit diesem Aktionsplan unmittelbar auf den Wirecard-Skandal reagieren. Und das Thema „Trennung von Prüfung und Beratung“ hat mit dem Wirecard-Skandal und EY eigentlich nichts zu tun.

Zeuge Olaf Scholz: Aus meiner Sicht hat es sehr wohl was zu tun, weil wir natürlich aus Anlass des Wirecard-Skandals eine Generalrevision dieser Sachen vornehmen müssen, -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, aber inhaltlich ja dann nicht.

Zeuge Olaf Scholz: - um sicherzustellen, dass alle Sachen, wo man ein ungutes Gefühl dabei hat im Hinblick auf die Aufstellung, beseitigt werden.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ich übergebe an Herrn Hauer.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Bundesminister, ich würde gern noch mal zu dem kommen, was Sie gerade zu Herrn Güntzler gesagt haben, zu dieser Thematik „Zweistufigkeit und Einstufigkeit - DPR, BaFin“. Da hatte er Sie ja konkret gefragt auch nach der Position des BMJV. Sie haben ja auch gesagt, Sie stehen zu Ihrem Gesetzentwurf, zum FISG, und im FISG ist ja das zweistufige Verfahren noch drin. Jetzt haben wir den Unterlagen entnommen, dass Sie ursprünglich mal für ein einstufiges Verfahren waren. Dann gab es eine Abstimmung mit dem BMJV. Da ist dann zurückgerudert worden. Würden Sie das so unterstützen, wie ich das gerade gesagt habe?

Zeuge Olaf Scholz: Nein, so würde ich das nicht unterstützen, sondern es hat einen ganz normalen Abstimmungsprozess zwischen den verschiedenen Ministerien gegeben, und in diesem ist ein gemeinsames Ergebnis erarbeitet worden. Das finde ich ganz normal in der Gesetzgebung.

Die Intention, die mit dem Gesetzentwurf verfolgt wird, ist ja die gleiche wie diejenige, die sich aus der jetzt von Ihnen auch mit meiner Fraktion zusammen vorangebrachten Neuregelung ergibt - nämlich, dass wir sicherstellen, dass ein einstufiges Verfahren letztendlich ermöglicht, dass eine direkte forensische Prüfung seitens der BaFin immer möglich ist. Das ist bereits im Gesetzentwurf unter weiterer Beibehaltung der DPR für die Normalfälle vorgesehen. Und ich glaube, dass das jetzt einfach eine gute Weiterentwicklung ist, die ich sehr unterstütze.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, erst mal finde ich es gut, dass Sie unser Ansinnen loben, was wir als Unionsfraktion vorgeschlagen haben. Wir haben ja auch unseren Koalitionspartner da mit an Bord geholt.

Apropos „an Bord“: Ich möchte eine Mail vorlegen, und zwar MAT A BMJV-4.41, Blatt 304. Da geht es nämlich genau um diese Thematik in Vorbereitung des Aktionsplans, den Sie gemeinsam mit Frau Kollegin Lambrecht gemacht haben, ohne Beteiligung des Kollegen Altmaier - der wurde da nicht gefragt. Aber da geht es dann um genau diese Frage.

Es gab einen Entwurf, da war das einstufige Verfahren drin. Dann hat die Staatssekretärin Sudhof an Ihren Staatssekretär Kukies geschrieben, dass das BMJV bittet, die erste Stufe nicht ganz über Bord zu werfen. Daraufhin hat dann Herr Kukies geantwortet, dass man nicht mehr von Abschaffung sprechen wird. Dann gab es noch mal einen Dank von Frau Sudhof. Und dann war auch wieder dieses zweistufige Verfahren im Aktionsplan drin. Also, Ihr Kampf für die Einstufigkeit hat dann nicht lange gehalten. Nach einer Mail, nach einem Tag war es dann wieder raus, und dann waren Sie wieder bei der Zweistufigkeit. Also, so richtig überzeugend finde ich das jetzt nicht.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, ich finde das schon einen sehr überzeugenden Meinungsbildungsprozess zwischen verschiedenen Ministerien. Und noch mal - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie das BMJV denn mittlerweile überzeugt? Sehen die das auch so mittlerweile? Sind die auch für Einstufigkeit?

Zeuge Olaf Scholz: Ich bin überzeugt, dass das BMJV sich über die anstehende Gesetzgebung sehr freut. Dazu haben Sie aber die Ministerin gestern schon befragt. Ich weiß nicht, was sie Ihnen geantwortet hat; aber sie wird Ihnen geantwortet haben.

Diese konkrete Frage will ich noch mal aufgreifen. Schon in dem ersten Entwurf ist ja die entscheidende Veränderung enthalten, nämlich dass immer und ohne dass es die Hürden gibt, die wir heute haben, eine direkte forensische Prüfung seitens der BaFin veranlasst werden kann. Und das war auch mein Anliegen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir wollen die Kompetenzprobleme zwischen beiden, die Kompetenzstreitigkeiten und Unklarheiten beseitigen; deshalb das einstufige Verfahren.

Zeuge Olaf Scholz: Ich bin dafür. Da sind wir einer Meinung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Vielen Dank. - Es juckt mich auch, da jetzt einzusteigen;

Nur zur dienstlichen Verwendung

aber ich will mich auf den Untersuchungszeitraum beschränken.

Meine Frage noch mal - Sie hatten das vorhin, ich glaube, im Eingangsstatement Ihrerseits noch mal kurz skizziert -: Herr Kukies hat ja vor der Insolvenz im Juni 2020 mit verschiedenen Banken gesprochen, um eine drohende Insolvenz zu verhindern - Sie hatten es auch kurz in Ihren Abwägungen erwähnt -, Lufthansa, Wirecard, zwei DAX-Werte.

Jetzt ist meine Frage: Waren Sie denn im Vorwege über seine Aktivitäten informiert, oder haben Sie selbst diese Aktivitäten angewiesen, dass er sie dann sozusagen vollzieht? Das kann ja auch mündlich erfolgt sein.

In der Verbindung würde mich natürlich auch interessieren, ob es eine Rolle spielte, dass die Commerzbank ja nun im 15,6-prozentigen Staatsbesitz ist, also sozusagen ein Teil auch schon Staatsbank ist. Lufthansa ist jetzt ja auch schon im Moment ein Staatsbetrieb, Wirecard wäre es beinahe geworden vielleicht - sprechen wir bald vom Staats-DAX oder so was.

Aber meine Frage, ernsthaft: Waren Sie wenigstens vorab informiert, dass Herr Kukies hier jetzt - - Ich finde, das ist ein bedeutender wirtschaftlicher Eingriff, zu sagen: greife ich hier in die Marktwirtschaft ein, greife ich in die Aktienmärkte ein und rette Unternehmen. Deswegen ist das für mich schon ein Punkt, wo ich natürlich hoffe - - Aber Sie werden mich da ja jetzt informieren, denke ich, ob Sie im Vorwege insoweit in diese Aktivitäten eingebunden waren oder ob Sie die sogar angewiesen haben.

Zeuge Olaf Scholz: Sie müssen mir jetzt noch einmal mit einem Satz helfen: Über welche „Aktivitäten“ reden Sie jetzt?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Es geht um die Aktivitäten im Juni 2020 des Staatssekretärs Kukies, der ja versucht hat, zum einen auszuloten - - Er hat das gestern beschrieben. Er wollte sich nicht sagen lassen, nichts unversucht gelassen zu haben im Hinblick auch auf die Finanzkrise. Dementsprechend habe er natürlich auch ausgelotet - ohne einen Zwang auszuüben, sondern natürlich nur rein informatorisch beim Herrn Michalak angefragt oder ins Gespräch gebracht, so als Denkanstoß, als Memorandum vielleicht -, ob man sich vorstellen könne, entweder den Kredit zu verlängern seitens der KfW IPEX-Bank oder sogar vielleicht eine Art von Fresh Capital oder Waiver zu konstruieren, in welcher Form jetzt auch immer. Waren Sie da im Vorwege eingebunden, oder ging diese Initiative des Staatssekretärs von Ihnen aus?

Zeuge Olaf Scholz: Sie werden ja gestern mit Herrn Kukies sorgfältig gesprochen haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, haben wir.

Zeuge Olaf Scholz: Aber aus allem, was ich gehört habe, hat er niemanden zu irgendwas gedrängt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, das war jetzt auch nicht - - Also, noch mal, das muss aus der Wertung. Aber meine Frage ist ja mehr - nochmals; da bleibe ich jetzt -: Wussten Sie im Vorwege von diesen Gesprächen, oder haben Sie diese sogar administriert, sprich Herrn Kukies gesagt: „Lieber Herr Kukies, sehen Sie mal zu und prüfen Sie diese Möglichkeiten einer etwaigen Staatsrettung analog zur Commerzbank, analog zur Lufthansa“? - Gut, bei Air Berlin war es ein Überbrückungskredit, wenn man so will. Wie war das?

Zeuge Olaf Scholz: Na, Sie kennen ja den Vermerk, der vorgelegt worden ist, in dem unter anderem erwogen wurde, dass es vielleicht nicht zur Insolvenz kommt, was aber schon eingetreten war. Und da kommt ja die Erwägung des Finanzministeriums dazu, dass man nichts machen kann und dass alle Möglichkeiten, die da erwogen sind, zu keinem guten Ergebnis führen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber nochmals: Wussten Sie im Vorwege von den Gesprächen, also hat Herr Kukies Sie informiert und gesagt: „Herr Minister, ich werde jetzt versuchen, entsprechend hier auszuloten, ob man helfen kann“? Ist ja eigentlich eine einfache Frage.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Und, wenn das nicht der Fall war, die zweite Frage. Wir haben jetzt gelernt, immer sehr genau zu formulieren, wenn wir das Finanzministerium anfragen. Die zweite Frage: Haben Sie es vielleicht sogar Herrn Kukies gesagt, dass er dies tun solle, was er dann im Juni getan hat?

Zeuge Olaf Scholz: Also, noch mal: Herr Kukies hat Ihnen sicherlich sehr ausführlich berichtet, was konkret geschehen ist und was nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Olaf Scholz: Deshalb will ich dazusagen, dass ich es völlig in Ordnung fand, dass erwogen worden ist, ob man was tun kann und was zu tun ist, aber auch das Ergebnis, dass nichts zu tun ist, richtig fand. Und da hat es keine Aufträge gegeben, etwas zu tun. Und auch Herr Kukies hat nicht ein Modell verfolgt und irgendwen zu etwas gedrängt. Insofern kann das ja auch nicht -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein, noch mal: Also, das - -

Zeuge Olaf Scholz: - Gegenstand von irgendwelcher Betrachtung gewesen sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, das will ich auch gar nicht in dieser Betrachtung drinhaben. Das hat er klar gesagt. Mir geht es nur darum: Herr Kukies hat ja dann auch entsprechend wohl noch mal mit den Vertretern der Commerzbank gesprochen. Ich habe es eben auch deshalb betont: Wenn man einen 15,6-Prozent-Anteil hat, der sich auch schon mehr als halbiert hat, wenn man sieht, wann die Bundesregierung und damit der Staat und alle Steuerzahler da draußen eingestiegen sind bei der Commerzbank, dann ist natürlich auch der Punkt, dass hier noch ein weiteres vitales Interesse bestand. Das haben Herr Zielke und Herr Chromik hier ja dann eingeräumt.

Es gibt ja nach wie vor oder gab den Konsortialkredit in Höhe von 175 Millionen Euro, der dann sogar wertberichtigt - das hat Herr Chromik, glaube ich, zugegeben - auf 187 entsprechend in den Büchern sich niederschlug. Auch das sind Gelder der Steuerzahler, die weg sind. Und dann kann es ja durchaus ein vitales Interesse seitens des Finanzministeriums geben, zu sagen: Mensch, auch das würden wir damit ja erst mal retten. Vielleicht könnte die Commerzbank sogar jetzt zeitig noch von ihrem Ausstieg Gebrauch machen. - Die haben ja nur zu spät gekündigt. So hat uns das hier der Vorstand dargelegt.

Deswegen frage ich ja, ob es da eben auch andere Interessen gegeben hat. Denn vielleicht, wenn wir jetzt nicht so stark Corona in der Überlagerung hätten, würden die Bürger und die Medien da mal verstärkt nachfragen und sagen: Mensch, eine Staatsbank hat da mal eben 187 Millionen Euro verloren. - Die Deutsche Bank - das hat Herr Sewing dargelegt - hat da ein bisschen besser gehedgt; bei etwa 74 Millionen sind die in etwa nur mit 55 rausgegangen.

Also nochmals: Haben Sie die Gespräche angewiesen, oder waren Sie informiert? Um mehr geht es mir gar nicht. Ich will gar nicht - - Ob da Einfluss - - das ist ja nebensächlich und will ich auch gar nicht insinuieren.

Zeuge Olaf Scholz: Also, ich habe keine Gespräche angewiesen, um das jetzt noch mal dazuzusagen. Und dass im Prinzip keine Handlungsmöglichkeiten existieren, das ist etwas, das auch berichtet worden ist - Punkt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Das war sogar eine Punktlandung mit uns beiden. - Das heißt, es geht weiter mit Dr. Zimmermann von der SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Minister, ich wollte mit Ihnen auch noch mal die Reaktionen und den Handlungsbedarf, der da im Juli 2020 auch diskutiert wurde, kurz ansprechen, und zwar insbesondere das Thema Geldwäscheaufsicht. Wir haben da auch eine E-Mail von Ihnen - die ist vorschriftsmäßig vorgelegt worden -: MAT A BMF-24.69, Blatt 29. Die ist vom 6. Juli 2020; die ist von Ihnen an Herrn Kukies, Herrn Schmidt - und ist eigentlich relativ kurz. Das ist praktisch. Es geht um DPR auch, Entscheidung am Wochenende. Und da schreiben Sie:

Nur zur dienstlichen Verwendung

> Fehlt uns nicht was in Sachen Geldwäsche; im Hinblick auf die Regierung von Niederbayern scheint mir das angebracht.

Da würde ich jetzt sagen: Sehe ich auch so. - Mich würde aber interessieren, ob Sie vielleicht dazu sagen können, ob Sie sich noch dran erinnern können, was Sie damit gemeint hatten und was dann auch besprochen wurde.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Olaf Scholz: Also, schönen Dank für die E-Mail, die dort zur Akte gelangt ist und über die Sie gerade berichtet haben. - Bei dem ganzen Aktionsplan habe ich immer wieder überlegt, ob wir im Hinblick auf Geldwäsche noch mehr machen können. Das wird uns auch noch lange begleiten, wenn ich das an dieser Stelle sagen darf; denn wir haben ja ein sehr komplexes Gefüge in diesem föderalen System: Wo ist die Geldwäscheaufsicht bei wem?

Und da mache ich mir übrigens ganz unabhängig von diesem Fall noch viele, viele Sorgen, weil natürlich, wenn die Behörden, die zuständig sind für die Geldwäscheaufsicht über bestimmte Unternehmen, zum Beispiel Unternehmen, die keine Finanzholding sind, Unternehmen, die keine Unternehmen sind, die jetzt unmittelbar der BaFin-Beaufsichtigung unterliegen, oder was weiß ich - - wenn in diesem Zusammenhang eine Situation entsteht, dass dann nichts oder zu wenig geschieht. Das treibt mich um.

Das ist natürlich hochkompliziert in dem föderalen Gefüge Deutschlands, weil ziemlich klar ist, dass für bestimmte Aufgaben die Länder zuständig sind. Wenn wir jetzt da eingreifen, kommen wir in große Kompetenzschwierigkeiten. Am Ende haben wir versucht, da was voranzubringen, wo wir das ohne dieses Kompetenzthema voranbringen können. Aber ich wiederhole noch mal: Das ist ein Thema, das uns noch weiter begleiten wird, und am Ende werden wir dafür eine Lösung finden müssen, weil: Was nicht geht, ist, dass wir so eine Situation haben, dass Behörden zuständig sind, die dann aber das gar nicht mit der nötigen Verve betreiben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist sehr nett ausgedrückt. Ich weiß nicht, haben Sie auch Kenntnis darüber erhalten, dass die - - Und das sagen eigentlich alle. Also, es gibt mehrere Gutachten, die eindeutig zum Ergebnis kommen, dass die geldwäscherechtliche Aufsicht bei der Bezirksregierung von Niederbayern, die das eben in Bayern auf der Mittelbehörden-, Bezirksregierungsebene für München, auch den Landkreis München, ausübt - - Ist Ihnen zur Kenntnis gelangt, dass am Tag der Insolvenz auf Intervention des bayerischen Innenministeriums man sich dort für nicht zuständig erklärt hat?

Zeuge Olaf Scholz: Das ist mir bekannt geworden, wie es ja auch, glaube ich, überhaupt jedermann und jeder Frau gegenwärtig bekannt ist, dass die zuständige Bezirksregierung sich Anfang des Jahres gemeldet hat und ihre Zuständigkeit annonciert hat, um das dann am Tag der Insolvenz wieder zurückzurufen. Das nehme ich mal als das, was es ist.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, uns ist auch quasi nichts anderes übrig geblieben. Wir hatten auch Joachim Herrmann hier. Der hatte sehr viel Verve im Erklären der Unzuständigkeit. Aber es ist natürlich eine Erkenntnis auch aus diesem Ausschuss, dass so was passieren kann, dass ein DAX-30-Konzern am Ende - - Also, das Faszinierende ist ja: Dieser ganze Prozess wurde überhaupt nur angestoßen, weil der vielgescholtene Abschlussprüfer von Wirecard bei der Bezirksregierung von Niederbayern angerufen hat und gesagt hat: Wir meinen, ihr seid für uns zuständig.

Vermutlich hochbezahlte Anwältinnen und Anwälte von Freshfields haben da ein Gutachten gemacht. Das Gutachten sollte eigentlich dazu dienen, herauszufinden, wie man das umgehen kann. Aber anscheinend ist die gesetzliche Regelung eigentlich so eindeutig, dass man dann zähneknirschend sich dort gemeldet hat und gesagt: Guten Tag, wir glauben, Sie sind zuständig für uns. - Aber ich glaube, das ist natürlich ein Problem, dass dann in so einer Situation eine

Nur zur dienstlichen Verwendung

Bezirksregierung und eine Staatsregierung einfach sagen kann: Nee, wir glauben, wir sind nicht zuständig. - Und das haben wir, meine ich, ganz gut hier auch aufgeklärt.

Ein anderes Thema, das ich noch gerne ansprechen würde, ist der Verkauf - - Also, auf den ersten Blick denkt man: Was hat das jetzt mit Wirecard zu tun? Heckler & Koch ist ja ein durchaus schillerndes Unternehmen in der deutschen Wirtschaft. Ein nicht, meine ich, weniger schillernder Investor hat vor einiger Zeit das Unternehmen übernommen: Herr Walewski. Da wäre meine Frage: Waren Sie im Kabinett oder das BMF bei dieser Übernahme irgendwie damit betraut? Also, weil ich glaube, das musste irgendwie auch genehmigt werden oder so. Jetzt gebe ich meine Unkenntnis hier offen zu, dass ich nicht genau weiß, ob es vielleicht auch im Bundessicherheitsrat oder irgendwo vielleicht Gespräche dazu gab, ob das ein geeigneter Investor für das Unternehmen ist.

Zeuge Olaf Scholz: Dazu habe ich jetzt keine Aussagen zu machen. Und wenn ich eine hätte, wüsste ich nicht, ob ich sie machen dürfte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Olaf Scholz: Wenn das jetzt wichtig ist für die weitere Verfolgung der Angelegenheit, würde ich das in das Protokoll erklären.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist gut. Ich erkläre einfach mal, warum es vielleicht relevant sein könnte, und dann können Sie ja im Nachgang entscheiden, ob es da vielleicht noch Hinweise an den Ausschuss gibt. Der Hintergrund ist: Der Herr Walewski war auch ein Großaktionär von Wirecard und hatte den ehemaligen Finanzvorstand von Wirecard, Herrn Burkhard Ley, als Berater, Kompagnon; ich weiß nicht, wie man das bezeichnen sollte. Und gleichzeitig mit Herrn Ley kam in diese Geschichte noch der ehemalige Geheimdienstkoordinator und - nicht ehemalige, sondern immer noch, glaube ich - CSU-Politiker Herr Klaus-Dieter Fritsche. Der ist im Unruhestand und hat, nachdem er rechtsradikale Regierungen in Österreich beraten hat, dann sich eher um die Übernahme von Waffenherstellern gekümmert.

Und da ist - da kommt die Relevanz her - die Frage: Was macht ein ehemaliger Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung zusammen mit dem ehemaligen Finanzvorstand der Wirecard und einem Großaktionär der Wirecard, was machen die alle zusammen bei der Übernahme von Heckler & Koch? Wir wissen es nicht so genau; aber wir glauben auch nicht so ganz an Zufälle, auch wenn Herr Fritsche von reinen Zufällen spricht. Das ist der Hintergrund, weshalb wir uns dafür interessieren. Und dann gab es ja auch eine Verwehrung, weil Herr Fritsche sollte dann ein Aufsichtsratsmandat bei Heckler & Koch bekommen, aber das ist vom Kanzleramt dann verwehrt worden.

Aber das ist einfach nur die Frage: In diesen ganzen Geschichten hat das Thema Wirecard jetzt keine Rolle gespielt?

Zeuge Olaf Scholz: Nicht, dass ich erinnere. Aber alle Fragen, die Sie da aufwerfen, würde ich auch gern mal beantwortet bekommen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist gut. Da haben Sie ja vielleicht noch andere Möglichkeiten als ich. Also, wie gesagt, es hört sich jetzt so ein bisschen lustig an; aber es ist ja alles andere als lustig. Und es passt, wenn man sich die Finanzstrukturen von Herrn Walewski anschaut, auch zu dem Thema „Geldwäscheaufsicht und Geldwäschebekämpfung“, worüber wir davor gesprochen haben.

Als letzten Punkt in dieser Runde noch mal das Thema „Diskussionen rund um die Insolvenz der Wirecard“ - da haben wir auch gestern mit Herrn Kukies drüber gesprochen - und die Frage: Muss oder sollte Wirecard möglicherweise gerettet werden durch staatliche Intervention, wie auch immer? Da würde mich einfach auch noch mal interessieren, ob das auch an Sie herangetragen wurde und wie Sie damals die Umstände wahrgenommen haben.

Wir haben gestern mit Herrn Kukies schon darüber gesprochen. Lufthansa ist während der

Nur zur dienstlichen Verwendung

Coronakrise, in diesem Zeitraum, ins Straucheln geraten. Das hatten Sie ja auch angesprochen. Es war sehr, sehr viel Unsicherheit - ein weiterer DAX-30-Konzern, der ins Straucheln gerät. Was waren da die Überlegungen, und warum hat man dann am Ende das verworfen?

Es gibt auch so eine Mail. Da wird darauf verwiesen, dass das BMWi sehr interessiert gewesen sei an einer, da steht drin, deutschen Lösung. Das will im BMWi jetzt niemand mehr erinnerlich haben. Aber in dieser Mail steht es nun mal drin. Deswegen meine Frage an Sie.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, meine Antwort ist die, die ich schon gegeben habe. Es ist völlig professionell, dass sich viele darüber Gedanken gemacht haben: Was wird nun aus der ganzen Sache? Denn wir wissen, welche Konsequenzen das alles hatte. Und gleichzeitig haben aber die Überlegungen schnell zu dem Ergebnis geführt, dass es keine vernünftigen Handlungsoptionen gibt. Dementsprechend ist dann ja auch der Vorschlag von allen gewesen, sich da nicht zu engagieren.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wer oder welche Stelle in der Bundesregierung hat normalerweise einen Blick darauf? Ich kapriziere noch mal so ein bisschen auf diese SMS von Herrn Diekmann, der ja so sagte: Ausverkauf der deutschen Wirtschaft, feindliche Übernahmen. - Wo ist das strategisch angesiedelt, um gegebenenfalls auch wirklich industriepolitisch zu intervenieren? Ist das bei Ihnen, beim BMWi oder im Kanzleramt angesiedelt?

Zeuge Olaf Scholz: Na, ich fürchte, nirgendwo. Aber richtig wäre es zum Beispiel im Wirtschaftsministerium. Aber das, wenn man schon mal darauf achtet und guckt: „Wie entwickelt sich die deutsche Wirtschaft, und wie kann man in einer Welt, die auch von Staatskonzernen geprägt ist, die intervenieren, handeln?“, ist schon entscheidend. Wir haben das Außenwirtschaftsgesetz jetzt mehrfach verändert. Der Bundestag hat dabei aktiv geholfen. Es gibt also Gründe, so was zu überlegen. Aber das ist schon eine Marktwirtschaft, in der die Grundhaltung ist: Die Dinge werden sich von alleine irgendwie zurechtrütteln. Und ab und zu kommt man drauf, dass man sich mal mit einer Frage beschäftigen müsste.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, BMWi. Gut, der Minister hat ja auch mal eine industriepolitische Strategie vorgelegt.

Zeuge Olaf Scholz: Da stand drin: alles kaufen. Aber war wohl nicht so gemeint.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ist ja auch nicht so gut angekommen. - Okay. Vielen Dank für diese Runde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Dann geht es weiter mit Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Herr Minister, bei der Industriestrategie finden sich ja noch ungeahnte Gemeinsamkeiten hier im Raum.

Zeuge Olaf Scholz: Wer weiß, worauf es noch ankommen wird.

Dr. Florian Toncar (FDP): Unglaublich, ja.

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Jetzt muss ich dummerweise doch noch mal zu Wirecard zurückkommen. Die Umbesetzung der BaFin-Spitze erfolgte ja im Januar 2021. Hat denn das Thema „Gibt es die Notwendigkeit personeller Veränderungen an der BaFin-Spitze?“ im Jahr 2020 gar keine Rolle gespielt? Hätte man ja auch vorher schon mal drauf kommen können.

Zeuge Olaf Scholz: Ich finde, man muss immer sehr verantwortlich handeln und nie aus Daffke, auch nicht aus irgendeiner Spontanreaktion, weil die Sache jetzt schwierig und brenzlig wird. Aber nachdem wir die Aufklärung sehr weit vorangetrieben hatten und den Veränderungsprozess, die gesetzgeberischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsprüfung, für die Bilanzkontrolle, für die Aufsichtsstrukturen in den verschiedensten Feldern vorangebracht hatten und nachdem wir auch die Organisationsuntersuchung gemacht

hatten und uns festgelegt haben, wie wir voranschreiten wollen, und auch absehbar war, dass wir jetzt irgendwie das alles finalisieren, also die Untersuchungen auch der Abgeordneten sehr weit vorangetrieben sind, die Gesetzgebung vorangetrieben ist, musste man sich überlegen, ob eine Neuaufstellung, die funktioniert, nicht auch einen personellen Neuanfang mit sich bringen muss. Und das ist dann auch der richtige Zeitpunkt gewesen, darüber sich eine Meinung zu bilden und sich dann auch zu verständigen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wenn Sie sich jetzt die zwischenzeitlich erfolgte Aufklärung, weitere Aufklärung auch hier, vor Augen führen - ich nenne das Stichwort: Umfang des auch problematischen Aktienhandels in der BaFin mit Wirecard-Aktien, und ich nenne das zweite Stichwort: die viel größere Rolle der Wirecard Bank auch im Kontext des Betruges; sie war eben auch nicht das unbeteiligte Schaufenster, sondern Teil eines Betrugsmodells -, dann frage ich Sie: Haben denn auch ansonsten die bisher noch im Amt befindlichen Mitglieder des Direktoriums der BaFin - und ich will Frau Freiwald und Herrn Röseler ausdrücklich hervorheben - das Vertrauen des Bundesfinanzministers?

Zeuge Olaf Scholz: Die BaFin-Spitze hat mein Vertrauen. Und ich will noch mal wiederholen: Wir haben uns überlegt: Wie kann eine Neuaufstellung gelingen, die getragen wird von den demokratischen - - den Volksvertretern, die getragen wird von der Öffentlichkeit, die getragen wird von den Finanzmärkten? Und da ist klar geworden, dass das ohne eine Veränderung an der Spitze nicht gehen wird. Die haben wir jetzt auf den Weg gebracht. Und das ist, glaube ich, eine gute Entscheidung.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut. - Ja, dann würde ich gerne noch mal einen Vorgang ansprechen, der ja auch im Ministerium aufgelaufen ist. Es gab im Mai 2020 sehr fundiert ausgearbeitete Warnungen und Anzeigen der Kanzlei Heuking im Namen des Fonds Greenvale - also nicht Greensill, wie hier manchmal auch schon versehentlich gesagt wurde, sondern Greenvale -, in denen ausgeführt wurde, dass Wirecard beispielsweise seine wichtigste Tochtergesellschaft liquidiert hat, still und heimlich, und auch den wichtigsten Kunden, Al Alam, liquidiert hat, und gewarnt wurde, dass da möglicherweise etwas im Busch ist, dass da möglicherweise auch Geld oder Dokumente abfließen können, dass Eile geboten ist. Diese Warnung landete auf dem Tisch von Herrn Kukies, der gestern ausgesagt hat, dass er diesen Brief wahrgenommen und ins Haus gegeben hat, dann allerdings kein Rückläufer mehr erfolgte und er sich auch nicht mehr drum kümmern konnte. Hat man Ihnen mal von dieser Warnung der Kanzlei Heuking im Namen des Fonds Greenvale berichtet?

Zeuge Olaf Scholz: Ich erinnere mich nicht, würde ich dazu sagen. Also, bei dem Sachverhalt, den Sie mir schildern, kommt mir jetzt nichts hoch, wenn ich das so sagen darf. Das ist aber auch sehr spät in dem Prozess schon. Wir haben ja das KPMG-Gutachten gehabt -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja.

Zeuge Olaf Scholz: - und die Entwicklungen, die damit zusammenhängen. Und da ging es ja dann eigentlich ständig darauf, mit lauter strengen Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass jetzt möglichst streng vorgegangen wird. Und am Ende ist das ja dann geendet mit der Anzeige, dass das Geld fehlt und die Insolvenz folgt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, okay. Der Sachverhalt - darauf wollte ich raus - sagt Ihnen also nichts. Okay.

Dann würde ich gerne ansprechen noch mal das Thema Enforcement, jetzt DPR, Übergang. Man kann das alles so oder so machen. Aber die Einheit, auf die jetzt das Enforcement übergehen soll, die BaFin, hat sich ja bei Wirecard jetzt nicht durch eine bessere Performance als die DPR bisher ausgezeichnet oder eine sachnähere, lagegerechtere Beurteilung des ganzen Sachverhalts.

Ich will Sie mal fragen: Wie wird denn sichergestellt, dass auch im Zuge des Übergangs das Enforcement lückenlos funktioniert, also dass es nicht nur besser wird, was ja Ihr Ziel ist, sondern dass es auch übergangsweise nicht schlechter

Nur zur dienstlichen Verwendung

wird? Ich habe noch die FIU vor Augen: Da gab es eine Zuständigkeitsänderung, und das Ergebnis war, dass erst mal zwei Jahre Stillstand der Rechtspflege herrschte. Genau das darf ja jetzt nicht passieren im Enforcement-Bereich. Insofern würde ich schon von Ihnen gerne wissen, wie das sichergestellt sein soll, dass die BaFin sofort, vom ersten Tag an, an dem sie diese einstufige Zuständigkeit bekommen soll, die Aufgabe nicht nur gleich gut, sondern vielleicht sogar besser als die DPR erledigt.

Zeuge Olaf Scholz: Letzteres ist natürlich ein Wunsch. Dabei wird auch der künftige Chef der BaFin eine ganz entscheidende Rolle spielen, dass er das so strukturiert, dass wir beide oder wir alle zufrieden sind.

Die Diskussion „Wie kann man einen reibungslosen Übergang organisieren?“ ist im Gange. Von einigen Ihrer Kollegen ist an mich der Wunsch herangetragen worden, einen Übergang der Mitarbeiter möglich zu machen und rechtlich zu prüfen, wie das am besten und effizientesten geht. Das ist im Gange, weil ja mit der Gesetzgebung zusammen verbunden sein muss, dass auch die Frage, die Sie stellen, gut gelöst ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das halte ich für ganz wichtig in der Tat, jetzt einerseits mit Blick auf die Mitarbeiter, andererseits mit Blick auf die Fähigkeiten.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, da haben Sie auch recht. Und ich will das ausdrücklich sagen: Der Übergang auf die FIU im Bereich des Zolls, den Bundesminister Schäuble ja bewirkt hatte -

Dr. Florian Toncar (FDP): … durchgeboxt hatte. Das darf ich jetzt sagen.

Zeuge Olaf Scholz: - und der auch, glaube ich, gute Gründe hatte und ja auch mittlerweile zu einer sehr starken Behörde geführt hat - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Na ja, Timing ist manchmal alles. So war es auch da.

Zeuge Olaf Scholz: Aber es hat einen Übergangsprozess gegeben, der eben auch damit zu tun hat, dass nicht alles, was man gerne übertragen hätte, übertragen worden ist, auch nicht Mitarbeiter gewechselt sind und Ähnliches. Und wenn wir das hier vermeiden können, dann sprechen diese historischen Erfahrungen dafür, da klug zu sein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut. - Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Minister, die Darstellung des BMF war ja, dass im Vorfeld Ihrer Verhandlungen mit Liu He über die Öffnung des chinesischen Finanzmarktes oder die wechselseitige Öffnung der Finanzmärkte auf Wunsch von Liu He diesem eine Liste übermittelt wurde, in der eben Petita enthalten sind, also Wünsche von Lizenzerteilungen und anderen Dingen. Hatten Sie denn Kenntnis von dieser Liste oder einzelnen dieser Vorhaben, sodass Sie theoretisch sprechfähig gewesen wären, wenn Ihr Amtskollege Sie dazu befragt hätte?

Zeuge Olaf Scholz: Das ist ausgesprochen ungewöhnlich, dass ich überraschend von dem Vizepremierminister so etwas gefragt werde. Ich glaube, das - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber Sie sind doch so ein Aktenfresser.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, ja. Aber damit ist nicht verbunden, dass ich 1 500 Akten lese, um mich jetzt in ein Gespräch mit Ihnen zu begeben. Da traue ich auch unserer freundlichen Gesprächskultur. - Also, die Antwort ist: Ich habe diese Frage auch gestellt, weil ich natürlich jetzt die Akten - - Ich habe ja keine eigenen Akten, wenn ich das mal so sagen darf. Das sind ja die Akten des Hauses. Die sind in Abteilungen und sonst wo. Bei mir befindet sich ja nichts. Ich habe gefragt: Ist da irgendwas drin gewesen? Und die Antwort ist Nein. Ich erinnere mich auch nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, Sie wussten auch zu keinem Zeitpunkt: „Wenn ich hier über Punkt 30 verhandle, das ist ein Interesse

Nur zur dienstlichen Verwendung

von Wirecard“? Das war Ihnen nicht bewusst, als Sie damals nach China gefahren sind?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe meinen Kopf gefragt. Der ist ganz eindeutig, dass ich da nichts von erinnere. Und ich habe gefragt, ob sich aus meiner Vorbereitung für zwei Termine immerhin - einer in 2018 in dem bilateralen Gespräch mit Liu He und einer im Januar 2019 - ergibt, dass das doch irgendwo dabei gewesen ist, sodass es sein kann, dass ich das einfach nur nicht gelesen habe oder dass das in einer Akte war auf Seite 150. Aber alle Auskünfte sind: Es war nicht dabei. - Deshalb stimmen meine eigene Erinnerung und die Aktenlage überein. Und ich habe die anderen befragt, die mit waren, ob sie sich an irgend so was erinnern, und alle haben mir auch gesagt: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. Na ja, es gab einen Beamten Ihres Hauses, den habe ich gefragt: Was haben Sie denn zum deutsch-chinesischen Finanzdialog mitbekommen? - Er konnte sich nur an Wirecard erinnern. Aber gut, so ist das halt.

Ich will noch mal nachfragen, weil der Jan-Ole Peters hat ja auch Aktien gekauft, und Sie haben ja jetzt, glaube ich, eine Direktive erlassen in Ihrem Haus, die auch einen besseren Umgang mit Mitarbeitergeschäften finden soll. Können Sie denn sagen, ob gemäß dieser Direktive die Aktiengeschäfte von Jan-Ole Peters noch möglich wären im BMF?

Zeuge Olaf Scholz: Na ja, Herr Peters ist ja zu diesem Zeitpunkt quasi Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, aber er ist ja Leihbeamter, und wenn er jetzt - -

Zeuge Olaf Scholz: Diese Richtlinie kann sich nur auf aktive Mitarbeiter des Finanzministeriums beziehen. So jedenfalls habe ich sie verstanden.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber er ist doch zurück im BMF mittlerweile.

Zeuge Olaf Scholz: Das wissen Sie jetzt besser als ich.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, das ist mein - -

Zeuge Olaf Scholz: Kann mir irgendjemand dazu Auskunft geben?

(Der Zeuge schaut zu den Vertretern des BMF)

- Er ist zurück.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja. - Also, könnte er so was jetzt noch machen mit dieser Direktive?

Zeuge Olaf Scholz: Wir geben Ihnen dazu eine Auskunft, weil ich nicht weiß, in welchem Bereich er jetzt tätig ist und ob er in den Bereich kommt, wo diese Richtlinie gilt, oder nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Da freue ich mich sehr drüber. - Ich hätte noch eine weitere Frage: Der Herr Dr. Levin Holle ist ja durchaus ein wichtiger Beamter in Ihrem Ministerium. Er wurde ja schon für - - Er nimmt wichtige Aufgaben wahr, wurde für wichtige Aufgaben gehandelt. Der hat einen informellen Gesprächswunsch geäußert im Umfeld der People’s Bank of China zu Blockchain. Und dort tauchte auf einmal Spitzberg Partners auf bei diesem Termin; die waren auf einmal dabei. Er konnte nicht so richtig erklären, warum, wollte aber auch nicht irgendwie jetzt sagen, dass es da auch um Wirecard gegangen sei. Haben Sie Kenntnis von diesem Vorgang?

Zeuge Olaf Scholz: Ich höre von Ihnen davon.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Weil Spitzberg, die sind irgendwie sehr umtriebig.

Zeuge Olaf Scholz: Scheint mir auch so zu sein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja. Okay.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist aber kein Lobbyist! Die sind Berater!)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Gab es denn nach dem Wirecard-Skandal noch mal Kontakt der chinesischen Behörden oder der politischen Ebene mit Ihrem Haus zu diesem Vorgang, also im Sinne von „Was habt denn ihr uns da untergejubelt?“ oder „Reingefallen!“ oder was auch immer?

Zeuge Olaf Scholz: Mir ist das nicht bekannt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ihnen ist es nicht bekannt.

Zeuge Olaf Scholz: Also, ich würde jetzt vermuten, dass mir irgendjemand das erzählt hätte. Aber es ist jetzt nicht so.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Dann hätte ich noch eine Frage: Der Herr Eichelmann, das war ja der Aufsichtsratschef von Wirecard, und dann gab es den Herrn Hufeld. Ich hatte eine parlamentarische Anfrage schon zu Beginn dieses Skandals, und da wurde mir von Ihrem Ministerium gesagt, die hätten sich, ich glaube, bis zu zweimal ausgetauscht im Jahr 2020. Und später las ich in einem Aufsichtsratsprotokoll von Wirecard, dass Herr Hufeld geäußert haben soll, als diese 1,9 Milliarden Euro auf einmal nicht mehr da waren: Na ja, diese Aussagen der Banken, das Geld läge hier nicht, das könnte ja auch eine gegen Wirecard gerichtete Aktion sein. - Diese Aussage soll noch von ihm getroffen worden sein, ich sage mal, drei Tage, bevor Herr Marsalek geflohen - oder Herr Schmidbauer würde sagen: ausgereist - ist.

Dann habe ich Herrn Eichelmann dazu befragt, und er sagte: Ja, wir haben uns sieben- oder achtmal ausgetauscht. - Dann habe ich Herrn Hufeld dazu befragt, und er sagte: Ja, ich bin in mein Büro gegangen und habe mich noch beschwert, dass hier nur zwei Mal angegeben ist in der Antwort. - Und dann hätte ihm das Finanzministerium gesagt: Nein, wir müssen nur zweimal angeben, weil nur zweimal irgendwie im Kalender veraktet sei. - Ist Ihnen dieser Vorgang - - Haben Sie Kenntnis dazu?

Zeuge Olaf Scholz: Nein. Ich weiß nur - das ist ja auch öffentlich erörtert und in Zeitungen diskutiert, glaube ich -, dass es die Auffassung, also die Darstellung von Herrn Hufeld gibt, dass es sich so nicht zugetragen hätte. Aber ich war ja bei nichts dabei.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Es gebe die Darstellung, dass es sich doch - - dass also jetzt meine Aussage nicht korrekt sei? Also, er hat hier sehr deutlich - das können wir im Protokoll - -

Zeuge Olaf Scholz: Sie wissen, was er Ihnen gesagt hat, und das BMF - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Er hat gesagt, das BMF habe ihm das so mitgeteilt.

Zeuge Olaf Scholz: Nein, Sie wissen jetzt - - Über die Frage, was wer sagen soll, also was man sagen kann, gewissermaßen ordnungsgemäß, da kann ich Ihnen keine Auskunft geben. Das ist nicht meine Zuständigkeit.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Würde sich denn Ihr Haus imstande sehen, vielleicht einfach die Antwort auf meine parlamentarische Anfrage zu korrigieren, wenn Ihr Haus Kenntnis davon erlangt hat, dass sie falsch ist?

Zeuge Olaf Scholz: Ich weiß nicht, ob die Beantwortung falsch war. Da bin ich jetzt auf Ihren Vorhalt angewiesen. Aber selbstverständlich werden wir uns das einmal anschauen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Hufeld hat bestätigt, dass es mehr als zwei Treffen waren. Also, es ist kein Widerspruch in der Aussage zwischen Herrn Eichelmann und Herrn Hufeld.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, aber Herr De Masi, das kann man doch ganz entspannt sehen. Sie halten mir das hier vor.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich bin ganz entspannt. Das ist ja eher ein Problem für Sie; das ist ja nicht ein Problem für mich.

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann dazu aus eigenem Wissen nichts sagen. Ich kann also darum bitten, dass darüber kompetent sich jemand äußert. Und das wird dann geschehen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ein bisschen Eigeninitiative bei der Korrektur von parlamentarischen Anfragen aus Ihrem Haus wäre wünschenswert. Das hatten wir auch schon beim Thema Leerverkaufsverbot. - Aber vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Als Letzter in der Runde, bevor wir dann die Presserunde kurz machen, Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Minister Scholz, wir sind vorhin unterbrochen worden, als es um die Frage „Leerverkaufsverbot und Abstimmungsbedarf“ ging. Ich will das jetzt gar nicht mehr vertiefen. Ich darf mir nur den Hinweis erlauben - wir wollen ja auch alle voneinander lernen - - Sie sagten ja: Wir wollen jetzt Kompetenzen bei der BaFin aufbauen. - Da sitzen ja sehr viel Juristen. Nichts gegen Juristen, aber man braucht ja auch ökonomischen Sachverstand für die Frage. Und in der Bundesbank ist der da. Also, bevor jetzt irgendwie Doppelstrukturen da aufgebaut werden: Ich glaube, es braucht einfach einen sauberen, klar geregelten Prozess, und dann macht man das in Zukunft besser. Vielleicht nehmen Sie das auch noch mal an der Stelle mit.

Was mich aber schon noch mal wundert, ist - und darauf wollte ich jetzt noch mal zu sprechen kommen -, wie Sie das sehen - das haben wir auch heute gemerkt -, wenn so ein Finanzskandal uns vor die Füße fällt. Und der kam mit Ansage, glaube ich, dieser hier; das war keine Naturkatastrophe, die irgendwie auf einmal da war. Dann werden schnell Gesetzentwürfe präsentiert. Und das impliziert ja: Es lag an den Gesetzen und eben nicht am Fehlverhalten von Einzelnen oder von Institutionen. Ich glaube, wenn wir uns die Probleme anschauen, die behördenseitig bei Wirecard auftauchen, dann geht es eben nicht nur - eigentlich gar nicht - so sehr um gesetzliche Mängel, sondern es geht an vielen Stellen um die falschen Entscheidungen.

Ich möchte an der Stelle übrigens auch mal ausdrücklich sagen, dass sehr viele Menschen, die wir hier gehört haben - sei es bei der Bundesbank, sei es bei der BaFin, sei es bei der Steuerverwaltung in Bayern -, richtig gute Arbeit gemacht haben. Nur, diese Arbeit wurde nicht aufgenommen von den Vorgesetzten beispielsweise oder auch von politisch Verantwortlichen. Ich finde, darüber muss man auch mal sprechen. Denn ein Bilanzkontrollverfahren kann man gerne einstufig machen - ich fände das auch besser -; aber wenn dieselben Leute von der DPR dann das machen, mit demselben Mindset, wie sie es davor gemacht haben, dann kann ich Ihnen jetzt schon sagen, welches Ergebnis am Ende rauskommt, nämlich dasselbe, was wir jetzt mit dem zweistufigen Verfahren hatten.

Deswegen ist meine Frage: Wäre es nicht wichtiger, zu überlegen, wie man motivierte Aufseher bekommt, die wirklich - ich sage es jetzt mal flapsig - heiß darauf sind und Biss haben, Skandale aufzuklären, und auch ein neues Verständnis haben, ihr Mandat zu erfüllen? Und da würde mich interessieren, welche Ideen Sie dahin gehend haben.

Zeuge Olaf Scholz: Zunächst mal unterstreiche ich, was Sie gesagt haben. Sie haben über den Mindset gesprochen. Ich hatte davon geredet - das ist hier auch schon erörtert worden -, dass wir eine kulturelle Veränderung brauchen, eine ganze Veränderung der Kultur des Umgangs mit solchen Fragestellungen. Deshalb sind wir da, glaube ich, gar nicht auseinander.

Die schon erörterte Fragestellung „Brauchen wir, damit es neu losgeht, eine Veränderung an der Spitze, um den Neuanfang auch möglich zu machen?“ hat ja ganz viel genau mit der Frage zu tun, die Sie jetzt hier gestellt haben. Und meine Sicht der Dinge ist, dass wir sehr darauf setzen müssen, dass Herr Branson und alle, die das mit ihm zusammen machen, genau das zustande bringen.

Wir können jetzt hier mit Ihrer Hilfe - der Gesetzgeber ist der Deutsche Bundestag - die richtigen Gesetze zustande bringen. Wir können dafür sorgen, dass die Institution finanziell und organisatorisch gut ausgestattet wird und aufgestellt ist. Aber wir müssen darauf setzen, dass dort ein

Nur zur dienstlichen Verwendung

Kulturwandel zustande gebracht wird, der auch vom Inneren heraus das bewirkt. Und das ist meine Hoffnung. Das ist auch genau der Grund, warum ich jetzt ohne Blick nach hinten, mit dem Blick nach vorne gesagt habe: Wir brauchen eine Neuaufstellung an der Spitze.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Ich glaube, das ist auch ein sehr langer Prozess. Da reicht es jetzt nicht, ein paar Power-Point-Folien vorzulegen, sondern das wird auch, glaube ich, ein Thema der wie auch immer gearteten nächsten Regierung sein.

Ich will vielleicht die letzten zwei Minuten noch mal verwenden auf ein Thema, Herr Scholz - wir hatten uns darüber auch mal in der Fragerunde im Deutschen Bundestag im letzten Jahr unterhalten -, die Rolle von Herrn McCrum, auf den Sie ja auch eine, finde ich jetzt, bemerkenswerte Laudatio gehalten haben. Wir hatten den ja auch hier - ich finde, ein mutiger Journalist, übrigens nicht nur er, sondern auch seine Kollegin Stefania Palma, die ja maßgeblich auch beigetragen haben, dass dieser Skandal dann doch irgendwann mal aufgedeckt wurde. Zumindest haben sie die richtigen Steine ins Rollen gebracht.

Wenn man sich die Geschichte von Herrn McCrum anhört, dass er auch da verfolgt, bedroht wurde, gegen ihn strafrechtlich ermittelt wurde: Ich glaube, auch unter dem Gesichtspunkt von Pressefreiheit ist es natürlich ein bemerkenswerter Vorgang gewesen. Ich finde, wir schulden ihm auch etwas. Ich hatte Herrn McCrum deswegen letztes Jahr beim Auswärtigen Amt für ein Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen. Und ich sage ganz bewusst „wir“: Wir alle schulden ihm etwas, weil er, glaube ich, einen Gefallen auch dem Finanzplatz in Deutschland getan hat.

Deswegen ist meine Frage an Sie: Wissen Sie was zu dem Stand? Ich habe nämlich mal in den Unterlagen gesehen, die uns hier vorliegen, dass es hieß: Ja, wenn das jetzt irgendwie vor der Wahl passieren würde, dann würde - ich zitiere - das BMF Amok laufen. - So schreibt das ein Kollege zwischen Auswärtigem Amt und der Botschaft in London, die dafür zuständig sind. Deswegen möchte ich Sie fragen, ob Sie sich ganz bewusst dafür einsetzen möchten, dass Herrn McCrum diese Ehre zuteilwird.

Zeuge Olaf Scholz: Ich kenne den Stand des Verfahrens nicht. Interessant, was für Spekulationen es gibt! Aber unabhängig davon: Sie können ja an der Tatsache, dass ich mich mit Herrn McCrum unterhalten habe und dass ich auch die Laudatio gesprochen habe, sehen, dass ich ihn sehr hoch schätze und dass ich ihn sehr preiswürdig finde. Also, das will ich ausdrücklich dazu sagen. Ich glaube, es gehört zum Anstand der Dinge, dass diese Entscheidung, die ja einem ordnungsgemäßen Verfahren unterliegt und wo auch der Bundespräsident eine große Rolle spielt, in ihren ordentlichen Bahnen - - Aber aus meiner Sicht will ich gern sagen: Alles spricht dafür. - Das will ich gern unterstreichen, damit es gesagt ist.

Vielleicht noch eine Bemerkung als Ergänzung: Es wird zu den Aufgaben der künftigen Aufsicht gehören, dass sie Medienauswertung betreibt und sie auch konsolidiert. Also, es muss zu den einzelnen Unternehmen, die in den Aufsichtsfokus gehören, im Prinzip Dossiers geben, wo Medienmeldungen - also auch mit moderner Intelligenz und mit modernen IT-Systemen - gesammelt werden, um gewissermaßen die auch als Ansatzpunkt für unaufgeforderte Prüfungshandlungen zu benutzen.

Meine Hoffnung ist schon, dass wir darauf setzen können, dass freie Presse, dass demokratische Berichterstattung uns auch auf Dinge stößt, die wir von alleine nicht merken würden. Das dürfen wir jetzt aber nicht in so einem miefigen, versäulten System stecken lassen, wo, wenn es da nicht hochkommt, es nicht auffällt, sondern man muss sich selbst aktiv organisieren, dass man solche Hinweise gewissermaßen bei sich hat, und dann Entscheidungen treffen, zu sagen: Wenn wir jetzt so viele Hinweise haben, müssen wir der Sache nachgehen, und zwar auch dann, wenn wir jetzt nicht aus unserer eigenen bisherigen Tätigkeit, sondern nur aus dieser medialen Öffentlichkeit den Hinweis haben: Da ist was faul im Staate Dänemark. - Es ist, glaube ich, ganz wichtig, das im Blick zu haben.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das unterstützen wir. Und ich würde die Whistleblower hinzuziehen.

Zeuge Olaf Scholz: Ja. Stimme ich zu.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kann nicht sein, dass ein Whistleblower bei der BaFin anruft und, weil er Englisch spricht oder das Wort „Wirecard“ sagt, einfach aufgelegt wird. Auch das sollte in Zukunft nicht mehr passieren.

Zeuge Olaf Scholz: Da bin ich mit Ihnen völlig einer Meinung. Und ich will gerne sagen, dass wir im Hinblick auf Whistleblower - das ist mein Wunsch in den politischen Raum hinein; ich gucke jetzt mal Sie an, obwohl Sie nicht derjenige sind, der da das Problem darstellt - uns bei der Whistleblower-Reform nicht nur auf den Finanzsektor beschränken, sondern das auch grundlegend angehen, weil ich glaube, dass das insgesamt zu einer besseren Kultur der Befolgung von Recht und Gesetz beitragen kann.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Wie angekündigt, machen wir jetzt unsere Pressestatements. Insoweit unterbreche ich kurz. Und dann setzen wir unsere Beweisaufnahme fort. Insoweit heißt das: Olaf Scholz hat jetzt nach zwei Runden ein bisschen Verschnaufpause, was auch jedem Zeugen zusteht nach unserer Regel. Und dann setzen wir, denke ich, so in einer halben Stunde fort. - Danke.

(Unterbrechung von 17.51 bis 18.49 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Vertreter der Presse, wir würden dann jetzt fortsetzen. - Ich bedanke mich noch mal, Herr Minister Scholz, für die entgegengebrachte Geduld.

Und dann steigen wir in die nächste Fraktionsrunde - Entschuldigung, jetzt bin ich im Finanzausschuss -, in die nächste Berliner Stunde ein. Wer möchte von den Kollegen der CDU/CSU? - Matthias Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Bundesminister, weiter geht's! Und zwar würde ich gerne noch mal zu einem anderen Komplex kommen, und zwar zu dem Einsatz für Wirecard in China.

(Der Zeuge beschäftigt sich mit seinem Handy)

- Ich lasse Sie auch gerne erst Ihre Nachrichten lesen oder löschen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir stoppen noch mal. Alles gut. - Herr Minister, Sie signalisieren uns, wenn Sie - - Dann legen wir los.

Zeuge Olaf Scholz: Alles gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können wir loslegen? - Wunderbar. Dann: Die Zeit läuft. Matthias Hauer, die Zweite.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, Herr Bundesminister, ich möchte zum Thema „Einsatz in China für Wirecard“ zu sprechen kommen. Das Thema deutsch-chinesischer Finanzdialog haben wir ja gerade schon erörtert; das hatte Kollege De Masi vor allem angesprochen.

Mich interessiert das Thema des Einsatzes von Staatssekretär Schmidt. Da gab es ja eine entsprechende Nachricht an den Vizefinanzminister von China. Da wurde ein Schreiben weitgehend eins zu eins weitergeleitet, das von einer, ja, Lobbygruppe, also Spitzberg Partners - ist ja heute schon mehrmals gefallen -, angefertigt wurde. Das wurde nahezu eins zu eins da weitergeleitet. Waren Sie in dem Zeitpunkt mit diesem Vorgang vertraut?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das heißt, der Staatssekretär setzt sich bei einer so großen Volkswirtschaft wie China für einen deutschen

Nur zur dienstlichen Verwendung

DAX-Konzern ein, und der Bundesminister ist nicht darüber informiert?

Zeuge Olaf Scholz: Ich hoffe, das macht er noch in vielen weiteren Fällen so.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist das denn häufig so der Fall, dass man mit China dahin gehend auf dieser Ebene kommuniziert?

Zeuge Olaf Scholz: Ja. Ich will ausdrücklich sagen, dass der Einsatz für deutsche Unternehmen im Ausland eine Sache ist, wo ich hoffe, dass die ganze Bundesregierung da unterwegs ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann haben Sie davon erfahren, dass der Herr Schmidt sich da eingesetzt hat?

Zeuge Olaf Scholz: Nach meiner Erinnerung durch die öffentliche Debatte der neuesten Zeit.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Die Bundeskanzlerin ist ja morgen zu Gast und wird von uns dann vernommen. Auch da gab es ja eine China-Reise und eine entsprechende Vorbereitung auch der China-Reise, wo da Informationen auch durch das Bundesfinanzministerium - - Da würde mich interessieren, ob Sie das auch für ein sachgerechtes Vorgehen halten, dass die Bundeskanzlerin diesen Markteintritt in China von Wirecard flankiert hat.

Zeuge Olaf Scholz: Wir wissen alle, was wir von dem Unternehmen Wirecard heute zu halten haben. Aber auch für die Bundeskanzlerin finde ich richtig, was ich für die gesamte Bundesregierung und alle Verantwortlichen richtig finde, dass wir uns nämlich auch für deutsche Unternehmen im Ausland und für deutsche Arbeitsplätze einsetzen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist das damals in irgendeiner Weise erörtert worden? Weil Ihr Staatssekretär hat sich eingesetzt, die Bundeskanzlerin hat es auch flankiert. Gab es da irgendwie eine Abstimmung innerhalb der Bundesregierung, oder ist da so jeder Bereich für sich unterwegs gewesen, was Wirecard angeht?

Zeuge Olaf Scholz: Ich vermute: mal so, mal so. Aber in diesem Fall wissen Sie, glaube ich, mehr darüber als ich. Jedenfalls hat es keine - - Also, eine Diskussion mit mir ist mir nicht erinnerlich und, ich glaube, der Kanzlerin auch nicht. Und die fachliche Vorarbeit hat ja stattgefunden. Das hat die von Ihnen, glaube ich, auch schon oder von irgendeinem Ihrer Kollegen berichtete Abfrage in der Hierarchie des Ministeriums ergeben, ob wir was zu dem Unternehmen wissen. Das ist geliefert worden, und das war es.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das heißt, es hat sich zum damaligen Zeitpunkt in die außenwirtschaftliche Strategie Deutschlands eingefügt, dass quasi Marktzugänge im Technologiebereich und im Finanzbereich in China ja schwierig sind und das jetzt so ein Fall war, in dem das mal ein deutsches Interesse war, diesen Markteintritt zu erreichen.

Zeuge Olaf Scholz: Ich wiederhole noch mal: Dass sich deutsche Ministerinnen und Minister oder die Bundeskanzlerin für deutsche Unternehmen und Arbeitsplätze im Ausland einsetzen, ist richtig und sollte auch so bleiben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da haben wir doch schon den zweiten Punkt heute, wo wir einer Meinung sind. Das kann ja noch richtig was werden.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, vielleicht wird das ja eine gute Geschichte zwischen uns beiden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau. - Dann kommen wir vielleicht mal zu einem Thema, wo es anders ist, um hier den Spannungsbogen nicht runterfallen zu lassen: das Thema „Einstufung als Finanzholding“. Da haben wir ja schon sehr viel über verschiedene Definitionen gelernt. Und auch bei Geldwäsche gibt es ja verschiedene Definitionen, die uns auch hier einige Stunden schon beschäftigt haben. Beim Thema Finanzholding würde mich Ihre Meinung interessieren, zu welchem Zeitpunkt Sie davon ausgegangen sind oder ausgehen, dass die Wirecard AG eine Finanzholding war oder ist. Oder war es das zu keinem Zeitpunkt?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Die BaFin und die Bundesbank sind ja zu dem Ergebnis gekommen, dass es sich nicht um eine Finanzholding handelt. Darüber haben Sie sich doch sorgfältig hier unterhalten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das stimmt. Wir haben uns aber auch noch über Weiteres unterhalten, und zwar, dass das Wirecard-Unternehmen ja massiv gewachsen ist. Also, es ist ein bisschen gewachsen, es ist auf dem Papier aber sehr, sehr viel gewachsen. Das heißt, dieses ständige Wachstum und dieses auch Verändern der Struktur, auch in den Tochtergesellschaften, hat ja viele Veränderungen mit sich geführt.

Und diese Untersuchung, die Sie gerade angesprochen haben, was die Finanzholding angeht, da haben wir ja von Zahlen von 2015 geredet. So. Aber es ist ja danach noch einiges passiert. Und 2015 war Wirecard ja ein ganz anderes Unternehmen als jetzt 2018 oder 2019. Deshalb war ja meine Frage auch so ein bisschen auf die Zeitspanne bezogen. Zum Beispiel mit den Zahlen von 2018: Gehen Sie davon aus, dass Wirecard eine Finanzholding ist? Das hätte ja die Folge gehabt, dass dann auch gegebenenfalls eine stärkere Aufsicht möglich gewesen wäre.

Zeuge Olaf Scholz: Es sind ja immer die Prüfungen mit den Daten vorzunehmen - die Bundesbank spielt da eine sehr große Rolle -, die vorliegen, und dann die Einschätzung der Situation. Ich befürchte, dass uns im Laufe der Zeit keine neuen zusätzlichen Interventionsoptionen erwachsen wären.

Was aus meiner Sicht immer diskutierbar ist, wenn die Abgeordneten das für ihre Beratungen in der nächsten Zeit irgendwann wichtig finden: dass wir immer gucken, ob wir der BaFin zusätzliche Möglichkeiten geben, willkürlich zu handeln, also in dem Sinne, dass die sagen: Ich bin zwar nicht zuständig, ich mache mich aber zuständig. - Das ist nur nicht - - noch nicht in der deutschen Rechtstradition. Das kennen andere Rechtsordnungen so, dass man fragen kann: Ich greife mir das, obwohl es gar keine rechtlichen Regeln gibt. - Aber wenn man die hat, die wir haben, ist man so beschränkt, wie wir jetzt sind.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Hufeld, den hatten wir auch hier als Zeugen. Und der hat auf der Basis - - Deshalb frage ich auch konkret nach 2018. Da war es ja nicht bei 28 Tochtergesellschaften oder so, knapp der Hälfte, dass man diese Eigenschaften durchaus bejahen konnte, sodass er der Auffassung war - zu dem damaligen Zeitpunkt, mit 2018er-Zahlen -, dass man auch sehr wohl eine Eigenschaft als Finanzholding da bejahen kann. Und er hat auch ausdrücklich gesagt, er wollte das als Finanzholding einstufen und auch dann stärker an die Kandare nehmen. Deshalb hätte mich Ihre Meinung interessiert zu den 2018er-Zahlen.

Zeuge Olaf Scholz: Ich weiß jetzt nicht, was Herr Hufeld Ihnen gesagt hat. Offenbar hat er aber eine solche Prüfung gar nicht durchgeführt und veranlasst.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau, hat er nicht.

Zeuge Olaf Scholz: So. Also, deshalb ist das ja alles Spekulation und Erwägung. Da sollten wir uns jetzt nicht hinbegeben, weil das letztendlich ja hier um Fakten geht. Und bei den Fakten ist es so, dass es eine Prüfung gegeben hat, die so ausgegangen ist, wie Sie wissen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Der Bundesrechnungshof hat im Juli 2020 angekündigt, die Aufsicht der BaFin und des Bundesfinanzministeriums mit Hinblick auf Wirecard zu prüfen. Da ging es auch um Rechts- und Fachaufsicht von BaFin und des BMF. Liegt diese Prüfung des Bundesrechnungshofs mittlerweile vor?

(Der Zeuge wendet sich an RD Robert Fritz (BMF))

Zeuge Olaf Scholz: Bitte, Herr Fritz. Ich weiß nichts.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ein Prüfungsergebnis oder ein Zwischenergebnis?

(RD Robert Fritz (BMF) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte.

Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Robert Fritz (BMF): Danke schön. - Die Bundesrechnungshofprüfung, das hatten wir ja neulich schon bei einer Vernehmung, ich glaube, bei Frau Wimmer; ich bin mir jetzt nicht mehr sicher. Und da hatte ich ja schon gesagt: Das ist nicht im Untersuchungszeitraum bzw. ein laufendes Verfahren, was parallel zu dieser Untersuchung läuft. Und die läuft eben auch noch, die Prüfung.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was jetzt nicht meine Frage beantwortet hat, ob es zum Beispiel ein Zwischenergebnis gibt. Sie kann ja auch noch laufen, und es kann trotzdem ein Zwischenergebnis vorliegen.

RD Robert Fritz (BMF): Wenn ein Verfahren läuft, dann gehört es noch zum Kernbereich der Verwaltung, und dann ist das nicht für den Untersuchungsausschuss ein Thema.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, finde ich erstaunlich, weil da ist ein klarer Bezug zu Wirecard, und die Beauftragung ist im Juli 2020 erfolgt. - Gut, ich nehme das jetzt so zur Kenntnis und spare mir eine Kommentierung, was ich davon halte. Das gehört ja hier nicht hin.

Also, zum Thema Finanzholding kommen wir dann wohl nicht mehr zusammen. Dann versuche ich es noch mal beim Thema Geldwäsche. Beim Thema Geldwäsche haben wir die Situation, dass es da ja zumindest dahin gehend Konsens gab zwischen der Bezirksregierung Niederbayern und der BaFin, dass sie jeweils selbst nicht zuständig seien. Das haben ja beide festgestellt.

Da hatten wir die Situation, dass Niederbayern dann - was ich erst mal einen guten Ansatz finde - sich an die BaFin gewandt hat, eine Mail geschrieben hat. Die war dann in zwei Accounts dort und ist dann drei Monate lang von der BaFin unbeantwortet geblieben. Da wurde auch noch mal nachgefragt seitens Niederbayern, so nach dem Motto: Seid ihr zuständig, oder sind wir zuständig? - Und irgendwann kam dann die Antwort, dass die BaFin nicht zuständig sei und die Niederbayern das selbst zu prüfen hätten.

Jetzt kann man natürlich sagen: Jede Behörde prüft das für sich selbst und redet der anderen Behörde nicht rein. Deshalb haben wir auch hier einige Zeugen sitzen gehabt - ich glaube, es waren sogar alle -, die auch sich nicht angemaßt haben, zu entscheiden, ob jeweils die andere Behörde zuständig ist oder nicht. Und so, wie Sie lächeln, gehe ich davon aus: Sie wollen mir das Gleiche sagen. - Wenn Sie es offenlassen, frage ich Sie. - Dann frage ich Sie.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, doch, doch.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Und jetzt ist ja eine Koordinierungsstelle bei der BaFin eingerichtet worden, die sich solcher Fragen annehmen soll. Und da würde mich interessieren, was eine Koordinierungsstelle bringen soll in der jetzigen Rechtslage, wenn doch nur die eigene Zuständigkeit oder Unzuständigkeit geprüft werden kann. Also, die kann doch gar nicht richtig koordinieren. Die kann ja nicht sagen: „Ihr Niederbayern macht das jetzt“, oder die kann auch nicht sagen: Eigentlich ist keiner zuständig, aber bevor es keiner macht, macht es lieber die BaFin. - Das geht doch gar nicht. Also brauchen wir doch am Ende eine rechtliche Änderung. Würden Sie mir da zustimmen, oder habe ich es falsch geschildert?

Zeuge Olaf Scholz: Also, zunächst mal: Im Grundgesetz steht: Die Länder führen die Gesetze des Bundes in eigener Verantwortung aus. - Das ist die föderale Verfassung unseres Landes, die wir ja jetzt vielfach diskutieren. Und da ich ja nun in vielen Stellen Deutschlands Verantwortung hatte, sage ich: Ich bin auch ein großer Anhänger dieser mehrere Jahrhunderte alten föderalen Tradition unseres Landes. Und trotzdem muss man natürlich immer gucken, was wann noch angemessen und zeitgemäß ist. Das kann man nicht mit einem Verwaltungsakt, auch nicht mit gestischer Usurpation erreichen - dass man sich Zuständigkeiten anmaßt, die man gar nicht hat. Und deshalb ist die Lage jetzt so, dass es eben keine Kompetenzbehörde gibt, die entscheidet, wer zuständig ist, sondern dass sich das aus dem Gesetz ergibt und jeder selbst erkennen muss, dass er zuständig ist. Die Koordinierung soll jetzt gewissermaßen ein Scharnier bilden,

Nur zur dienstlichen Verwendung

um diesen Prozess etwas geschmeidiger zu machen. Er bleibt aber so, wie er ist.

Und deshalb will ich Ihnen gerne sagen, dass ich mir schon vorstelle, dass wir, wenn wir die großen Dinge, die wir uns jetzt vorgenommen haben, hinter uns haben, darüber nachdenken müssen, ob wir bei der Frage Geldwäscheaufsicht noch mal etwas neu ordnen. Da sind wir aber sehr schnell an einer Grundgesetzänderung angelangt, mit all den Schwierigkeiten, die damit verbunden sind; das will ich Ihnen ganz offen sagen.

Ich habe jetzt zum Beispiel bei den verschiedenen Gesetzen, die ich auf den Weg gebracht habe, im Hinblick auf den Zoll und seine Kompetenzen, im Hinblick auf die Bekämpfung von Geldwäsche, durch die Möglichkeiten, die die FIU hat, versucht, es bis zum - - so weit ich gekommen bin, hinzukriegen, dass es eine Bundeskompetenz gibt. Aber die ja gerne geforderte - ich glaube, auch hier sitzen mehrere, die das schon öfter gesagt haben - quasi Finanzpolizei, die die FIU werden könnte - nach italienischem Vorbild, quer durch alle föderalen Gefüge -, setzt eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat voraus. Wir sind also Millimeter vor einer Verfassungsänderung für weitere Reformschritte.

Trotzdem finde ich Ihre Fragen völlig ernsthaft - also, das will ich dazu sagen - und lade Sie dazu ein, dass wir uns - wir wollen ja noch mal zueinanderkommen in dieser Frage - in den nächsten Zeiten damit auseinandersetzen, ob wir zusammen mit den Ländern einen Reformschritt wagen, der in diesem Fall ja dann richtigerweise eine Kompetenzverlagerung auf den Bund durch Grundgesetzänderung mit sich bringt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Eine Kompetenzverlagerung ist ja immer dann einfacher, wenn derjenige, von dem es wegverlagert werden soll, auch einverstanden ist. Und in dem Fall gibt es ja auch aus den Ländern Bestrebungen, dass die der Auffassung sind, dass nicht unbedingt bei den Ländern diese Kompetenz - -

Zeuge Olaf Scholz: Deshalb sage ich ja: Ich bin für diese Frage ganz aufgeschlossen. - Ich finde, man sollte das nicht aus der Hand schütteln. Das ist so. Aber Sie werden in mir jemanden finden, der weiß, was wir da machen. Ich weiß gar nicht, wer das - ich glaube, Herr Toncar war das - noch mal angesprochen hat - oder war das Herr De Masi? -, den Übergang zur FIU, wie das kompliziert gewesen ist, weil da erst mal so ein kompletter Bruch stattgefunden hat mit all den Schwierigkeiten, die da waren.

Wenn wir das machen, müssen wir in Wahrheit eine riesige Verwaltung aufbauen. Und das will ich gern noch mal dazusagen - ich habe mir ja auch Verwaltungsstrukturen in Ländern genau anschauen können -: Wir bauen ja manchmal - ich will das jetzt für die Geldwäsche mir nicht anheischig machen - sozusagen dann eine Verwaltung auf, wo vorher keine richtige existiert hat, obwohl die Zuständigkeit da war. Das heißt, das ist schon ein Aufbau einer sehr starken Bürokratie, wenn wir diesen Weg miteinander gehen. Ohne dass wir deshalb jetzt alles vorweg richtig finden und falsch finden können, lade ich - - also, bin ich gerne bereit, dass wir gemeinsam in den nächsten Jahren darüber eine Debatte führen und auch versuchen, das hinzukriegen, und, wie Sie ja auch angedeutet haben, im Einvernehmen mit den Ländern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, mir ging es vor allem darum, dass wir erst einmal Konsens auch dahin gehend herstellen, dass - - jetzt mal unabhängig davon, wie die Rechtslage in der Vergangenheit war; denn da sind wir ja dann wieder in irgendwelchen politischen Fallstricken. Wenn wir uns schon mal einig sind, dass - -

Zeuge Olaf Scholz: Auch wenn jeder sich im Rahmen seiner Kompetenz äußert, ist es eigentlich für ein Juraseminar nicht so schwer, die Antwort zu geben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie bitte?

Zeuge Olaf Scholz: Ein Juraseminar könnte die Antwort einfacher geben als die ganzen kompetent-höflichen Zeugen, die Sie hier haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ach, ja, die Bewertung kann jeder Jurist - - Wir sind es ja beide, insofern kann die jeder für sich vornehmen. Und es

gibt ja auch schon mal Juristen, die unterschiedlicher Meinung sind, habe ich gehört. Das soll es auch geben.

Zeuge Olaf Scholz: In this case, I don't think so.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber noch mal zurück zum Thema und zur Geldwäscheaufsicht. Also, meine Frage ist jetzt, mal unabhängig von der Rechtslage in der Vergangenheit und der jetzigen Rechtslage: Wenn man davon ausgeht, dass eine Geldwäscheaufsicht über ein Unternehmen wie Wirecard, wo eine Bank drin ist, wo, ich sage mal, viele Finanzbezüge da sind, wo eine Relevanz auch für den Markt sogar so da ist, dass man darauf ein Leerverkaufsverbot begründen konnte oder begründet hat - - dass so ein Unternehmen jetzt eher auf Bundesebene beaufsichtigt werden sollte, geldwäscherechtlich, da sind wir uns doch einig. Und dass es nicht, ich sage mal, auf die Länderebene gehört, wo dann eine Handvoll Personen, die ansonsten Koikarpfenhändler oder Autohändler oder Immobilienmakler beaufsichtigen in Tausenden von Kleinunternehmen, sondern eher auf den Bund, sind wir uns da einig?

Zeuge Olaf Scholz: Na ja, wir sind uns ja irgendwie auch einig bei dem Finanzmaklergesetz, glaube ich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist ja jetzt ein anderes Thema.

Zeuge Olaf Scholz: Ach so.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Sonst diskutieren wir das noch mal an anderer Stelle. - Die abschließende Frage, die ich habe, bevor ich dem Kollegen Michelbach weiterreiche, ist noch mal zum KPMG-Bericht. Und zwar: Da gab es im Mai 2020, als der KPMG-Sonderbericht dann veröffentlicht wurde, Berichte, „Autonomous" hießen die - sagt Ihnen das was? -, das war so runtergebrochen, was im KPMG-Bericht steht, was das bedeutet, in Euro zum Beispiel. Das war sehr detailliert, das war noch mal zugespitzt. Das hat Ihr Staatssekretär Kukies auch intensiv gelesen und war auch alarmiert auf Grundlage dieser Berichte. Sind Ihnen die bekannt?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann dazu im Detail nichts sagen, aber Staatssekretär Kukies hat das ja offenbar gemacht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das weiß ich ja. Mich interessiert ja, ob *Sie* den kannten, den Bericht, oder kennen, zumindest jetzt.

Zeuge Olaf Scholz: Also, ich habe keine Erinnerung an einen langen Bericht mit solchen Punkten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da war nämlich dann deutlich gemacht, noch mal in Euro auch, dass es über 1 Milliarde ist, die hier im Feuer steht, nenne ich es mal. Und das hat Herrn Kukies alarmiert, hat aber dann zumindest nicht im Zuge DPR-Prüfung und Druck der BaFin gegenüber der DPR dann noch mal zu größeren Aktivitäten geführt, sage ich mal vorsichtig. - Okay, aber Ihnen ist das nicht erinnerlich.

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Dann übergebe ich noch mal an Kollegen Dr. Michelbach.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr Minister, das BMF hat ja auch die Verantwortung für die Verhinderung von Geldwäsche. Und hier ist ein Punkt, wo also die Verweigerung der Einstufung als Finanzholding bei Wirecard zu der Tatsache geführt hat, dass die einen völligen Freibrief bei der Geldwäsche hatten und wir natürlich jetzt feststellen mussten, dass massive Geldwäsche am Bundesfinanzministerium oder an der zuständigen Behörde des Bundesfinanzministers vorbei gelaufen ist. Und die Frage, ob nicht auch die Wirecard AG als Finanzholding - - letzten Endes da schon der Schluss - - hätte führen müssen, dass hier frühzeitig eine Entscheidung für die Geldwäscheaufsicht hätte stattfinden müssen. Wann haben Sie zum ersten Mal von den Schwierigkeiten rund um diese Frage „Geldwäsche bei Wirecard" und „Verweigerung der Finanzholding" erfahren?

Zeuge Olaf Scholz: Also, wir sind jetzt ja alle in dem Verfahren klug geworden und wissen etwas.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Aus der Situation der Betrachtung, die wir hinterher haben, weiß ich, dass damals diese Einstufungsentscheidung getroffen worden ist von BaFin und Bundesbank, dass es sich nicht um eine Finanzholding handelt.

Und was die Geldwäsche betrifft, habe ich, als der Skandal hier hochgekommen ist und ich die vielen Berichte veranlasst habe, ja die FIU gebeten, noch mal alle ihre Sachen durchzugehen, um gewissermaßen einen präzisen Bericht zu haben, der auch durchaus mit dem besseren Wissen der Vergangenheit alle Daten, die dort vorlagen, noch mal angefasst hat. Das liegt Ihnen vor und ist sorgfältig ja mit den Vertretern der FIU von Ihnen hier erörtert worden.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut, Herr Minister. Aber haben Sie sich mal damit befasst, dass nur deshalb die Finanzholding von der BaFin und der Bundesbank nicht richtig eingestuft wurde - heute sagte Herr Hufeld, er hätte das machen müssen; ist natürlich zu spät -, weil es Wirecard war, die mit einem EY-Gutachten, also mit ihren eigenen Wirtschaftsprüfern, quasi ein Gutachten vorgelegt haben, das sich ganz energisch gegen die Einstufung des Konzerns als Finanzholding gewehrt hat? Das heißt, man hat versucht, im Schaufenster eine Bank zu haben, die man aber unbedingt gebraucht hat, und hat dann eine Brandmauer geführt zum gesamten anderen Bereich des Konzerns, nämlich weitere 58 Gesellschaften. Und das hat man überhaupt nicht durchblickt und nicht geprüft. Also, hätte dieser Abwehrversuch mit einem eigenen Gutachter nicht wirklich alle Alarmglocken angehen lassen müssen im Bundesfinanzministerium, bei der BaFin und bei der Geldwäscheaufsicht, dass hier was nicht stimmen kann, weil man hier Abwehrversuche praktisch auf breiter Ebene durchführt und mehrfach Presseberichte und Whistleblower auf diese Geldwäschefragen öffentlich hingewiesen haben, aber da nichts passiert ist, sondern die hatten Narrenfreiheit bei der Geldwäsche? Können Sie sich vorstellen, dass das für die ganze Verantwortung eigentlich undenkbar ist?

Zeuge Olaf Scholz: Noch einmal: Die Einstufung als Finanzholding ist in einem ordnungsgemäßen Prozess abgelehnt worden, an dem zwei sehr seriöse Institutionen der Bundesrepublik, die Bundesbank, aber natürlich auch die BaFin, beteiligt gewesen sind, -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): … die heute aber sagen: Es war falsch.

Zeuge Olaf Scholz: - die zu einem übereinstimmenden Ergebnis gekommen sind in dieser Frage.

Und ansonsten will ich Ihre Frage mal so verstehen, dass Sie auch dafür werben, dass wir die Möglichkeiten, zuständig zu werden für die BaFin in bestimmten Fragen, im Laufe der künftigen Reformen noch einmal überprüfen und erweitern. Ich habe bereits dem Kollegen Hauer erläutert, dass ich für eine solche Reformdebatte immer sehr aufgeschlossen bin.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Eine letzte Frage dazu, weil es im Zusammenhang ist, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Können Sie sich vorstellen, dass dies Ende 2018 im Rahmen eines Inhaberkontrollverfahrens entschieden wurde bei der BaFin und die BaFin auf Bilanzdaten von 2015 zurückgegriffen hat? Also, das ist doch - - Wenn ich so einer Behörde vorstehen würde - - Gott sei Dank muss ich es nicht, aber ich muss sagen: Das ist für mich unsäglich, dass die 2018 eine Entscheidung treffen auf Bilanzdaten von 2015.

Zeuge Olaf Scholz: Vielleicht ist die von Ihnen beschriebene Prozedur - ihre Dauer und die Herausforderungen, die damit verbunden sind - ein Anlass, die von uns allen offenbar gemeinsam diskutierte Idee, dass man die Bundeskompetenzen etwas weiter fassen könnte in der Debatte der nächsten Wochen, Monate und Jahre, zu unterstützen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Danke.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Michelbach. - So viel habe ich eigentlich gar nicht mehr, aber das Stichwort fiel. Ich würde es jetzt nur auf einen anderen Bereich noch mal lenken wollen. Wir hatten uns ja vorhin - - oder ich hatte Sie befragt zu dem Vorgang: Wurde das eingeleitete Verfahren 2019 im Februar durch die BaFin im zweistufigen Enforcement-Verfahren der DPR dann zur Kanzlerreise nach China, unabhängig davon, dass die deutsche Wirtschaft selbstverständlich im Ausland vertreten werden sollte - - Da haben Sie ja gesagt: Nee, wir hatten Bedenken: Dürfen wir das, können wir das, dürfen wir weitergeben, dass die DPR ermittelt? - Und da hatten Sie in dem Zusammenhang auch gesagt: Das soll ja in Zukunft besser werden, dass man eben bestimmte Informationen, gerade was den aufsichtsrechtlichen und den damit verbundenen Sanktionsbereich - - entsprechend besser austauschen kann auch zwischen den Geschäftsbereichsbehörden, aber auch zwischen den Ministerien/Kanzleramt. Und da spielt für mich die FIU gerade auch in den vorbereitenden Sondersitzungen des Finanzausschusses eine Rolle. Wir hatten Herrn Schulte hier im August und dann Herrn Hufeld. Und dann wurde durch das Befragen meinerseits klar, dass Herr Schulte - nehmen wir den Fall Singapur - bereits über Informationen verfügte, weil allgemein deutlich wurde, auch im Untersuchungsausschuss, dass die FIUs sich schon recht gut, recht flott untereinander weltweit austauschen. Und es wurde auch klar - - Als man dann Herrn Hufeld befragte: „Mensch, haben Sie schon Informationen?“, da kam er dann damit - was ich auch glaube und was ja auch ein Sachverhalt war, was man dann wahrnehmen konnte -: Wir haben noch keine Informationen der Staatsanwaltschaft in Singapur. Wir haben angefragt, aber die ermitteln noch. Wir haben da noch nichts.

Also, in dem Zusammenhang: Werden Sie sich dafür einsetzen oder ist es geplant, ist es eine Analyse vielleicht für den fraglichen Untersuchungszeitraum, die da schon gestartet wurde, dass auch der Austausch zwischen FIU und BaFin, FIU und vielleicht anderen Geschäftsbereichsbehörden deutlich verbessert werden muss? Denn da beruft man sich ja auch häufig wiederum auf den Datenschutz.

Und festgestellt habe ich auch - - Ich habe beide ja dann gefragt: Haben Sie sich beieinander erkundigt, ob jeweils der andere mehr Informationen oder andere Informationen zum Sachverhalt hatte? Sowohl Herr Hufeld seinerzeit in der Anhörung als auch Herr Schulte sagten: Nein, haben wir gar nicht. - Und das ist ja auch vielleicht eine - - Wenn wir über eine neue kritische Grundhaltung, Verve, entsprechend reden - Sie haben Herrn Branson angesprochen - : Ist das vielleicht schon analysiert worden, was den Untersuchungszeitraum angeht, und ist da auch für die Zukunft was geplant? Weil ich das für wesentlich halte, dass BaFin, FIU und eventuell auch andere Geschäftsbereichsbehörden sich wirklich intensiver miteinander austauschen und Kontakt halten.

Zeuge Olaf Scholz: Die BaFin und die FIU haben eine Taskforce eingerichtet, um diesen Informationsaustausch zu organisieren. Und natürlich hoffe ich, dass durch die gesetzgeberischen Veränderungen, die jetzt demnächst zu entscheiden sind, auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen intensiven Informationsaustausch sich noch mal verbessern. Das ist ja Teil des Pakets, das hier zur Beratung ansteht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich weiß, Sie müssten das nicht - - Ich versuche es jetzt auch mal: Gibt es denn da schon vielleicht einen Sachstand, den Sie uns mitteilen könnten, wieweit das gediehen ist? Ich habe da auch Verständnis, wenn Sie sagen: Also, das ist jetzt, Herr Gottschalk, schon ein bisschen außerhalb des Untersuchungszeitraums. - Ich wollte es jetzt auch mal versuchen.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, ist gut, aber ich kann da auch nichts beitragen, außer dass wir diese Taskforce eingerichtet haben und dass sie ihre Arbeit macht und dass alle ganz happy damit sind. Und über den Gesetzgebungsprozess wissen Sie als Abgeordneter ja gut Bescheid.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann schenke ich unserem Ausschuss Zeit. Ich habe keine weiteren Fragen mehr. Wer möchte? - Frau Kiziltepe für die SPD-Fraktion.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Minister, die virtuelle Welt fragt sich, warum wir uns hier eigentlich siezen, Frau Bergermann in besonderem Maße. Ja, wir duzen uns im Persönlichen, aber wir sind hier in einem offiziellen Rahmen, deshalb … (akustisch unverständlich)

Ich möchte noch mal zurückkommen auf den Wambach-Bericht. Ich hatte ja erwähnt, dass Herr Wambach beauftragt wurde, die EY-Dokumente zu durchleuchten und auch einen Blick darauf zu werfen, welche Fragen uns hier beschäftigen, und zu prüfen, ob die Wirtschaftsprüfer ordnungsgemäß geprüft haben. Das Urteil sieht eben nicht so gut aus. Er hat aber am Dienstag auch ein Beispiel erwähnt. Er hat gesagt, dass SAP im Zuge des Prüferwechsels - ich weiß gar nicht, wie viele Jahre, wahrscheinlich 20 Jahre hatten wir einen Prüfer und müssen jetzt wechseln - bei dieser Ausschreibung von den Big Four keine Antwort bekommen hätte. Und das hinge damit zusammen, dass die Big Four so große Beraterverträge haben, auch mit der SAP, dass sich zum einen das Geschäft eben nicht lohnt, sie aber auch wahrscheinlich nicht gewährleisten könnten, dass hier eine gewisse Grenze gezogen wird.

Und nach der europäischen Abschlussprüfernovelle sind ja bestimmte Quoten einzuhalten, was Beratung und Prüfung angeht. Und bei Wirecard und den EY-Prüfern ist das auch nach den Dokumenten so - das ist uns aufgefallen -, dass hier insbesondere, also jedes Jahr, im Vorfeld der Abschlussprüfung und dann danach Beraterverträge abgeschlossen wurden. So, wie es ausschaut, sind da zwar diese Grenzen eingehalten; aber trotzdem ist es sehr, sehr auffällig. Und deshalb, finde ich, ist es wichtig, dass wir auch im Rahmen des Finanzintegritätsstärkungsgesetzes - - Herr Güntzler ist jetzt nicht da; er hat das angesprochen, warum das Bundesfinanzministerium im Aktionsplan schon diesen Punkt aufgegriffen hat mit der Trennung von Prüfung und Beratung.

Und da möchte ich auch noch mal sagen: Das ist ein Punkt, der uns gerade auch in den Verhandlungen beschäftigt, weil wir das anpassen wollen an die rechtlichen EU-Vorgaben. Und Deutschland hat damals, 2016, von einer Ausnahme Gebrauch gemacht und diese Nichtprüfungsleistung, diesen Katalog, eher ausgeweitet. Und die Union hadert auch damit. Also, wir haben zwei Knackpunkte in den Verhandlungen: Das ist zum einen die Haftungsbeschränkung und zum anderen die Trennung von Prüfung und Beratung. Da sind wir noch nicht beieinander.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Frau Kiziltepe, kurzer Wunsch in den Streamingsälen: Mikro zu sich ranziehen und nicht die Hand davor. Man versteht Sie schlecht, und Sie wollen ja verstanden werden.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das Mikro wackelt. Das könnte vielleicht auch mal repariert werden. - Genau. Da würde mich noch mal interessieren, wie Ihre Meinung dazu ist. Aus meiner Sicht sollten wir hier auch EU-weit mitlaufen, gleich laufen und uns nicht ständig Ausnahmen schaffen. Und das ist ein Beispiel, wo Deutschland sich eben Ausnahmen schafft. Mich würde interessieren, wie Sie diesen Punkt von Prüfung und Beratung sehen.

Zeuge Olaf Scholz: Schönen Dank für die Frage. - Ich habe mich ja entschieden. Der Gesetzesantrag der Bundesregierung ist ja bekannt. Und ich halte es für richtig, dass wir die Ausnahmeregelung, die wir in Anspruch genommen haben, nicht weiter in Anspruch nehmen, sondern dass wir eine strikte Trennung von Prüfung und Beratung auch hierzulande durchsetzen und manifestieren. Das, glaube ich, ist wichtig und richtig.

Und man kann hoffen, dass darüber vielleicht auch ein Marktbildungsprozess entsteht, der uns reine Prüfungsgesellschaften schafft, die vielleicht dann auch nicht so viele Probleme haben mit den Beratungsmandaten, und dass der Wechsel von einer prüferischen Tätigkeit zu einer Beratungstätigkeit vielleicht dann auch mit einem Unternehmenswechsel verbunden ist seitens der Mitarbeiter, wenn sie erst das eine, später mal was anderes machen wollen. Also, da gibt es ja viele Wege, die eine Rolle spielen können.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich jedenfalls glaube, dass wir nicht gut gefahren sind mit unseren in Anspruch genommenen Ausnahmeregelungen. Das damalige Versprechen, die Hoffnung auch, dass es gut ausgehen werde, hat sich ja nun ganz konkret nicht als richtig erwiesen, und deshalb muss man dann auch eine Konsequenz und eine Lehre ziehen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank. - Das halte ich auch für einen sehr wichtigen Punkt, einen Prüferwechsel dann vorzunehmen, weil wir auch bei Wirecard gesehen haben, dass EY nach den zehn Jahren, die sie schon voll hatten, im Vorfeld sich darum gekümmert haben, einen Beratungsvertrag im Anschluss zu kriegen. Aus meiner Sicht stärkt das natürlich die Befangenheit, wie ich prüfe, ob ich mal ein Auge zudrücke oder auch zwei Augen zudrücke. Und deshalb sollten wir im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens diesen Punkt auch im Auge behalten.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist: die Aufsichtsbehörden, also die Bilanzpolizei, aber auch die APAS. Wir hatten ja auch Herrn Ernst hier vernommen und auch Herrn Bose hier vernommen, aber auch die BaFin, und dazu Fragen gestellt, weil es immer hieß: Ja, wir haben überhaupt gar nicht die Instrumente, forensisch zu prüfen. Wir hätten das gar nicht aufsetzen können.

Und dann fragt man sich natürlich: Warum gibt es diese Bilanzpolizei seit 2005, und warum gibt es die Abschlussprüferaufsichtsstelle? Gleichzeitig hat Herr Geschonneck von der KPMG, als er den Sonderbericht der KPMG hier vorgestellt hat, gesagt: Also, um das festzustellen, brauchte es keinerlei Forensik. Das ist eine einfache, routinemäßige Prüfung gewesen.

Meine Frage ist: Ist die DPR oder die APAS mal an Sie oder an den Wirtschaftsminister - Sie sind ja der Finanzminister; ich sage das nur, weil die APAS ja dem Wirtschaftsministerium untergeordnet ist - herangetreten mit der Bitte, dass da sowohl personelle Ressourcen verstärkt werden müssen, aber auch, dass die Instrumente vielleicht nicht ausreichen, die sie in der Hand haben? Wurde das schon mal thematisiert? Die DPR gibt es seit 2005 und die APAS seit 2016.

Zeuge Olaf Scholz: Also, mir gegenüber ist das von diesen beiden Institutionen nicht thematisiert worden. Ob das anderswo der Fall war, kann ich nicht beurteilen. Da haben Sie vielleicht auch mehr Erkenntnisse und Einsichten gewonnen durch den Gesprächsprozess und die Untersuchung hier.

Auf alle Fälle ist ja für uns jetzt im Ergebnis offensichtlich geworden, dass wir so nicht weitermachen können, was die DPR betrifft - deshalb der Vorschlag, das neu aufzustellen, der jetzt nun bald Gesetz werden wird. Und der hat ja was damit zu tun, dass es bisher nicht funktioniert hat.

Aber dass gesagt worden ist: „Wir brauchen mehr Personal“ zu mir, “Wir brauchen neue Gesetze“ zu mir, das ist nicht vorgekommen. Jedenfalls erinnere ich mich an nichts davon. Und das, glaube ich, ist auch nicht der Fall. So. - Also, insofern ist das die Lage, in der wir uns da befinden.

Was die APAS betrifft, weiß ich das nicht. Mir gegenüber ist das nicht passiert. Wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe, hat es da wohl Schreiben und Wünsche gegeben seitens - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Nein.

Zeuge Olaf Scholz: - an das Ministerium, aber vielleicht habe ich das auch falsch aufgeschnappt, oder ich kenne die nicht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Nein, diese Wünsche wurden nie vorgetragen, die ganzen Jahre über hinweg nicht vorgetragen. Und das ist auch ein Fragezeichen. Schließlich sitzt da die Crème de la Crème der Wirtschaftsprüfer-Society zusammen in diesem privaten Verein und der Aufsichtsbehörde. Also, das ist eine Frage, die mich auch beschäftigt. - Die letzten viereinhalb Minuten möchte ich an meinen … (akustisch unverständlich) weitergeben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich glaube, wir haben weitestgehend ja die bekannten Themen mit Ihnen, Herr Minister, diskutiert. Deswegen haben wir jetzt auch, glaube ich, nicht mehr so große Themen,

weil es dreht sich zum Teil doch ein bisschen im Kreis.

Ich wollte nur ganz kurz, damit es auch einfach im Protokoll auftaucht, eine MAT-Nummer erwähnen. Das ist MAT A BMF-25.28, Blatt 183. Da findet sich eine quasi identische Mail wie auf MAT A BKAmt-8.04, Blatt 34. Das ist diese Mail, über die wir heute Morgen ganz zu Beginn diskutiert hatten. Und daraus ergibt sich, dass Sie diese Mail, nachdem Sie sie offenbar auf Ihrem iPad geschrieben hatten, ordentlich an das Ministerium geschickt haben, damit es veraktet wird. Ich weiß nicht: Passt dieses Verhalten zu Ihnen, Herr Minister?

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie es gewissenhaft!)

- Ja, ich sage es gewissenhaft. Und das ist ja auch wichtig.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke!)

Es handelt sich ja um eine Information, die für alle gut war. Da ist ja gar nichts Wildes dran.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. Und, ich glaube, mehr Worte möchte ich an dieser Stelle darüber auch nicht verlieren. Es ist im Protokoll. - In dieser Runde haben wir dann erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Und dann geht es weiter mit Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Das will ich nur insoweit kommentieren - ich glaube, das ist erst mal verdienstvoll, da jetzt die MAT-Nummer gezeigt zu haben -: Man muss aber natürlich schon sagen, dass der Befund, dass es noch eine andere E-Mail-Adresse gegeben hat, schon relevant ist, weil es vom Verhalten des Senders abhängig ist, ob das BMF überhaupt eine Chance hatte, zu verakten, und weil natürlich auch denkbar ist, Kollege Zimmermann, ohne dass ich es weiß, dass es eine Antwort von Helge Braun gegeben hat, die natürlich dann auch nur auf dem Privataccount gelandet ist. Wir wissen es nicht. Und mit der Situation dieser Ungewissheit müssen wir für heute leben; aber so ganz komfortabel ist sie auch nicht. Und insofern ist es, glaube ich, schon richtig, das zu thematisieren und zu versuchen, es so zu lösen, dass wir am Ende auch nicht nur alles haben, was wir brauchen, sondern auch sicher sein können, dass das so ist. Das wollte ich dazu nur noch sagen.

Ansonsten, Herr Minister, würde mich noch mal interessieren - wir haben über diese Rettungsüberlegungen schon an verschiedenen Stellen ein bisschen über den Tag verteilt gesprochen -: Sind Sie erstmals durch den Vermerk mit der Idee einer Stabilisierung befasst gewesen? Oder gab es bereits Telefonate, an denen Sie beteiligt waren, Gespräche - gut, das war ja in der Pandemie, wahrscheinlich eher auf die Ferne -, aber gab es Kontakt, wo Sie vor Erhalt des Vermerks schon in entsprechende Überlegungen eingeweiht gewesen sind, Sie vielleicht auch kommentiert oder angeregt haben oder Ähnliches, dass man prüfen möge, was es für Optionen gibt, das Unternehmen auch zu stabilisieren?

Zeuge Olaf Scholz: Weiß ich nicht mehr. Wir haben uns über die Frage des Unternehmens unterhalten, immer wieder, und was daraus wohl wird. Eines der Ergebnisse ist dieser Vermerk.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber so, wie Sie das jetzt sagen - ich will Sie direkt fragen, damit das jetzt nicht falsch interpretiert wird - - Wenn Sie sagen: „Eines dieser Ergebnisse ist der Vermerk“, heißt das ja, dass Sie sich mit irgendjemandem vorher schon mal unterhalten haben, wahrscheinlich mit Herrn Kukies dann, nehme ich an.

Zeuge Olaf Scholz: Ich meine, da passiert eine große Pleite, ist im Gange, und da denken natürlich alle drüber nach: Was ist denn das? - Also, das spielt im Zweifel immer eine Rolle - Punkt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gab es die Sorge, dass die Pleite von Wirecard vielleicht dazu führen könnte, dass ein ausländischer Erwerber in

Nur zur dienstlichen Verwendung

Deutschland Schlüsseltechnologie oder tolle Spitzentechnologie vielleicht billig einkaufen könnte?

Zeuge Olaf Scholz: Dass neben alldem, was wir jetzt als großes Fake-Gebilde kennengelernt haben, ein Basisgeschäft da ist, das technisch funktioniert, hat sich ja nun im Nachhinein dadurch gezeigt, dass es dem Insolvenzverwalter gelungen ist, diese Unternehmensteile zu veräußern, zum Beispiel was das europäische und auch das deutsche Geschäft betrifft, wenn ich das den Zeitungen richtig entnommen habe, an die Banco Santander.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja.

Zeuge Olaf Scholz: Gut, darauf muss man nicht kommen; das ist offensichtlich.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, es gab sicher verwertbare Teile - nicht so viele. Aber noch mal: Was ich schon gerne rausarbeiten möchte, ist, ob die Prüfungen einer möglichen Auffanglösung, auch unter staatlicher Beteiligung - es sind ja vom WSF bis zu Bürgschaften bis hin zu Garantien aus dem Einzelplan 60 verschiedene Optionen geprüft worden - - War die Motivation industriepolitischer Art? Das, würde ich sagen, wäre der Fall, wenn man sagt: Wir haben hier eine Technologie, die wir gerne in Deutschland erhalten wollen oder zumindest im europäischen Eigentum halten wollen. - War das industriepolitisch motiviert? Oder war die Sorge - das ist dann eher die Geschichte mit der Lufthansa; der Staatssekretär hat den Namen ja gestern genannt -, dass es einen destabilisierenden Effekt geben könnte durch Parallelinsolvenz zweier DAX-Unternehmen? Beide Erklärungen haben wir schon gehört; aber ich habe bisher noch nicht richtig verstanden, welche jetzt die eigentliche Motivation für diese Rettungsüberlegung gewesen ist.

Zeuge Olaf Scholz: Ich fand das einfach professionell und finde es auch nachträglich professionell, dass er sich mit dieser Frage beschäftigt, ohne dass man jetzt eine große strategische Debatte darüber führt, was man jetzt nun als Motive haben muss. Und deshalb war ich sehr dankbar. Weil das, was ich da gesehen habe - - Ich will übrigens auch noch mal sagen, dass es ja, auch wenn man das liest, sehr offensichtlich ist, dass das kein Weg ist, der unter irgendeinem denkbaren Gesichtspunkt funktioniert. Ich sage mal: Das ist alles in Ordnung.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, sagen wir mal, die Optionen sind aus rechtlichen Gründen alle verworfen worden, weil man gesagt hat: WSF passt nicht, erfüllt die Voraussetzungen nicht, Notifizierung funktioniert nicht usw. - Also, am Ende ist es rechtlich alles verworfen worden.

Zeuge Olaf Scholz: Na ja, aber es ist ja auch eine Frage, ob da irgendwas kommt, was irgendwer wichtig findet. Ich finde das richtig, die Frage zu erörtern: „Was passiert da nun?“ und sich darüber Gedanken zu machen; aber das ist kein großes, strategisches Projekt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm. - Dann habe ich noch mal einen Aspekt, wo ich gern einfach auch noch mal einsteigen wollte. Sie haben im Kontext des Leerverkaufsverbots gesagt: Na ja, wenn die Aufsicht was machen will, dann sollte das BMF es im Zuge der Fach- und Rechtsaufsicht nicht runterverwässern, kleiner machen, sondern wenn, dann wäre die Rolle des BMF eher inspirierend und eher, mehr Aufsichtstätigkeit anzuregen. - So war, glaube ich, vereinfacht gesagt, die Aussage. Das halte ich allerdings für fragwürdig, und zwar bei der Rechtsaufsicht schon deshalb, weil es da auch um Verhältnismäßigkeitserwägungen und Grundrechte geht und gerade beim Leerverkaufsverbot man eigentlich zu dem Schluss kommen muss, dass es mildere Mittel gegeben hätte, selbst unterstellt, die Gefahr hätte vorgelegen.

Also ist das Ihr Verständnis von Rechtsaufsicht über die Finanzaufsicht, über die BaFin, dass es immer eher mehr und härter und intensiver sein muss, was die BaFin tut? Oder würden Sie nicht jedenfalls meiner Auffassung auch zuneigen und sagen: „Das kann auch bedeuten, dass man Dinge stoppt, weil sie entweder evident unsinnig, zweckwidrig sind oder aber eben auch unverhältnismäßig und damit rechtswidrig sind“?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Also, kulturell, von der Einstellung her, würde ich für alle, die was mit Aufsicht über Strukturen zu tun haben, mir wünschen, dass sie eher die Tendenz haben, etwas mehr zu machen als etwas weniger. Und das muss natürlich dann auch im Verhältnis zwischen den Ministerien und den Behörden, für die sie die Rechts- und Fachaufsicht haben, oder was es dann jeweils im Einzelfall ist, richtig sein.

Und zweitens wiederhole ich, was ich vorhin gesagt habe: Ich kann mir nicht vorstellen, dass es ein richtiges Verfahren wäre, wenn die jeweiligen Entscheidungen, die die BaFin trifft in diesem Fall oder andere Behörden, noch einmal neu von einer weiteren Behörde komplett von Anfang bis Ende, von A bis Z, geprüft werden, sondern das muss etwas sein, wo man gewissermaßen draufschaut. Und wenn man nicht den Eindruck hat, dass der Sache die Rechtswidrigkeit, wenn es um die Rechtswidrigkeit geht, oder die Sachwidrigkeit, wenn es um die Zweckmäßigkeit geht, auf die Stirn geschrieben ist, dann sollte man das auch als eigenständige, autonome Entscheidung akzeptieren.

Dr. Florian Toncar (FDP): Muss aber nicht, wenn ich das noch fragen darf, die Prüfungsintensität im Ministerium dann steigen und dann größer sein, wenn die Maßnahme folgenschwerer und auch ungewöhnlicher ist? Also muss nicht bei einem Leerverkaufsverbot oder einem Moratorium über eine Bank eine andere Art der Befassung und eine tiefere Art der Befassung stattfinden als bei, sagen wir mal, der Frage, die das Ministerium eigentlich gar nicht weiter beschäftigen sollte, ob eine Bank einen Kapitalzuschlag verhängt bekommt? Muss nicht unterschieden werden zwischen intensiven Eingriffen mit Seltenheitswert und großem Betroffenenkreis und aufsichtlichem Standardhandeln, das jeden Tag anfällt? Das muss doch einen Unterschied machen in der Art, wie das Ministerium mit der Sache umgeht.

Zeuge Olaf Scholz: Das Ministerium hat sehr gute, fachlich geschulte Leute, die auch ein eigenes Urteil und auch ein Gefühl für Themen haben. Deshalb gehe ich davon aus, dass sie immer überlegen, ob hier mehr oder weniger zu tun ist. Das ist manchmal ja auch eine Frage, die sich nicht unmittelbar aus der Aktenlage ergibt, sondern aus dem Eindruck, den man durch seine vielfältige Beschäftigung mit den Themen der Aufsicht hat. Und insofern vertraue ich da auf alle, dass sie das mit einem guten Händchen machen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ist nicht zu schließen aus der Tatsache, dass eine aufsichtliche Einzelentscheidung, nämlich das absehbare Leerverkaufsverbot, vorab Herrn Kukies und sozusagen Ihre Abteilungsleiterin des Leitungsbereichs erreicht hat, ist nicht alleine das schon ein Indiz, dass man im BMF erkannt hat, dass das eine außergewöhnliche Maßnahme war? Und hätte aus dieser Erkenntnis nicht eine aktivere, eigene Prüftätigkeit auch mit rechtlichen Rückfragen in puncto Tatbestand und Verhältnismäßigkeit folgen müssen? Also, ich schließe eigentlich aus der Tatsache, dass das ja fast bis zu Ihnen ging innerhalb von wenigen Stunden noch am Freitag, dass man im Haus wusste: Hier passiert was Besonderes.

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe auch im Nachhinein keinen Zweifel daran, dass damit ordnungsgemäß umgegangen worden ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut. - Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Und dann geht es weiter mit Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, ich will das gar nicht, angesichts des lauen Frühlingsabends, so unnötig in die Länge ziehen, weil, ich sage mal, es gibt ja ein paar emotionale Spannungen, die in der Großen Koalition dazu führen, dass der Job der Opposition sozusagen schon zur Hälfte erledigt ist.

(Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, die Opposition können wir gleich mitmachen! - Gegenruf des Abg. Dr. Jens Zimmermann (SPD): Die CDU muss üben!)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: CDU muss üben, genau.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Da will ich auch gar nicht im Weg stehen. Da wäre ich der Letzte, der im Weg steht.

(Matthias Hauer (CDU/CSU): Weil wir es können, heißt nicht, dass wir es machen wollen!)

Deswegen noch mal zwei, drei Fragen zum Sachverhalt. Herr Scholz, also, wenn ich das Problem richtig verstanden habe: Bei der KfW ist es ja so, dass es durch die auch verspätete Vorlage eines Jahresabschlusses durch Wirecard außerordentliche Kündigungsrechte gegeben hätte, die nicht wahrgenommen wurden. Im Gegenzug gab es eine Waiver-Anfrage von Wirecard, die auf niedrigschwelliger Ebene bewilligt wurde. Und wurde denn noch mal kritisch aufbereitet, weil ja auch bei der KfW Geld verloren gegangen ist, eine Abschreibung getätigt werden musste oder die Kreditforderung verkauft wurde mit einem gewissen Verlust - - Ist das noch mal aufbereitet worden im Ministerium - weil es gab ja Warnungen auch in den internen Kontrollsystemen, haben wir in den Akten gesehen -, dass man vielleicht da das Kreditengagement vorher hätte kündigen müssen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann Ihnen aus eigenem Wissen und eigener Kenntnis dazu nichts Vernünftiges beitragen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na ja, aber Sie sind doch noch Finanzminister, nicht nur Kanzlerkandidat.

Zeuge Olaf Scholz: Eben. Ich bin der Minister.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja. Also, Sie haben auch immer die schwarze Null gepredigt - lange Zeit, jetzt nicht mehr, jetzt geht es nicht. Aber wenn da so doch erkleckliche Beträge bei einer Bank, die ja dem öffentlichen Sektor zugeordnet ist, verschwinden, dann ist das doch etwas, was Sie interessiert, oder?

Zeuge Olaf Scholz: Das interessiert mich schon. Und deshalb ist es ja auch so, dass Sie das, was gewusst wird, bei den verschiedenen Gesprächen, die Sie hier schon geführt haben, zum Beispiel auch gestern mit dem Staatssekretär Kukies, auch zu wissen bekommen haben. Aber ich bin natürlich jetzt nicht derjenige, der in diesen Strukturen sitzt und das aus eigenem Wissen sagt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Also, Sie haben keine Kenntnis davon, dass das kritisch noch mal nachbearbeitet wurde.

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. Dann ist das so. - Dann wollte ich noch mal einordnend sagen - - Also, weil jetzt hier vorhin ausgeführt wurde: Sie erwarten auch, dass Ihr Staatssekretär sich für deutsche Unternehmen engagiert. - Ich habe mich auch schon für einen Hamburger Gastronomen engagiert, der Probleme mit der Wirtschaftshilfe hatte; da bin ich sogar zu Wolfgang Schmidt gegangen, ja?

Zeuge Olaf Scholz: Sehr gut. Der kümmert sich oft, der hilft immer gerne.

(Fritz Güntzler (CDU/CSU): Interessenvertretung, oh, oh!)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, genau. Kitchen Guerilla, Koral Elci, guter Typ.

(Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das kommt auf die Homepage! - Dr. Florian Toncar (FDP): Auf die Homepage!)

- Ja, das ist bei mir alles immer auf der Homepage. - Nur der Unterschied ist ja: Wenn ich jetzt in der Zeitung lese - weiß nicht -: „Der hat Leichen im Keller“ oder so, dann würde ich mir das natürlich überlegen, ob ich das Wolfgang Schmidt empfehle.

Zeuge Olaf Scholz: Das ist nett.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Da bin ich ganz rücksichtsvoll an der Stelle. - Aber es war ja in diesem Fall so, dass es bereits eben eine erhebliche, kritische Berichterstattung der „Financial Times“ gab; das wollte ich einfach noch mal einordnend sagen. Also, der Vorwurf ist nicht, dass er sich engagiert hat, sondern die Frage ist, ob es zu diesem Zeitpunkt noch opportun war.

Ich wollte Sie aber fragen, weil Sie die Rolle der Financial Intelligence Unit betont haben: Ist Ihnen der Sachverhalt bekannt, der presseöffentlich war, dass die Financial Intelligence Unit im Zusammenhang mit dieser Transaktion bei EMIF einen unbescholtenen Bürger, Markus Braun aus Hanau, mit einem Konto bei der Sparkasse Hanau, in der Geldwäscheverdachtsmeldung bearbeitet hat und auch dieser Ausschuss versucht hat, aufzuklären, warum andere Sachverhalte in dieser Geldwäscheverdachtsmeldung offenbar fehlerhaft waren? Haben Sie davon etwas mitbekommen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe mitbekommen, ich glaube, durch meine Vorbereitung, dass es diesen Sachverhalt gegeben hat, dass da jemand genannt worden ist, der den gleichen Namen hatte, und dass sich das aber sofort aufgeklärt hat; das habe ich auch vielleicht noch mitbekommen. Das ist aber auch alles, was ich dazu weiß.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Das hat Sie aber auch nicht beunruhigt, also was jetzt die Qualität der Arbeit dort betrifft?

Zeuge Olaf Scholz: Also, ich will das ausdrücklich sagen: Die FIU ist ja eine Behörde, die einen unglaublichen Fortschritt macht. Das ist ja eine riesige Verbesserung der Geldwäscheüberwachung, die wir in Deutschland haben. Wir haben einen massiven Personalaufbau zustande gebracht, wir haben die Organisationsstrukturen reformiert, wir haben eine energische Leitung. Die haben das, was sie machen sollen, gewissermaßen eine Beobachtung der Situation - das ist ja keine Strafverfolgungsbehörde -, sehr gut organisiert. Die setzen - und ich habe auch überall gesagt: die sollen alles kriegen, was sie brauchen für Digitalisierung und IT bis hin am Ende zu künstlicher Intelligenz - die Instrumente ein, die da sind. Denn umso erfolgreicher wir werden, Verdachtsmeldungen zu bekommen, und umso mehr auch viele, die vielleicht sich bisher nicht hervorgetan haben mit Verdachtsmeldungen, plötzlich anfangen, sich gewissermaßen frei zu melden, wenn man das so sagen kann, dann muss es Systeme geben, die mit technischen Strukturen in der Lage sind, das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden, weil wir sonst mit 200 000 Mitarbeitern nicht in der Lage wären, diese Aufgabe zu bewältigen. Und ich glaube, dass die da auf einem sehr guten Weg sind und das auch mit der richtigen Einstellung, Professionalität tun. Da habe ich auch immer wieder mit dem zuständigen Staatssekretär drüber gesprochen, dass wir den Drive da reinbringen und versuchen, diese Entwicklung möglich zu machen. Das ist bestimmt, auch was den Personal- und Technikaufbau betrifft, noch lange nicht abgeschlossen; aber das ist jedenfalls auf dem richtigen Weg und macht große Fortschritte.

Und ich bin auch sehr froh, dass ich gebeten habe, diesen Sachverhalt zum Beispiel noch mal durchzugehen. Ich glaube nicht, dass es von anderen als von der FIU selbst hätte geleistet werden können, alle Fälle, die sie in ihrem System haben, darauf zu suchen, ob sie eine Relevanz für unser Thema haben könnten, die dann wieder zu sichten, einzugrenzen, auszusortieren. Das meiste ist dann ja im Ergebnis als „gar nicht relevant“ aussortiert worden. Das können auch nur die. Das hätte wahrscheinlich hier auch niemand vermocht, auch was die riesigen Mengen und die Strukturen betrifft. Und insofern bin ich sehr froh darüber, dass wir die haben, und möchte diesen personellen und technologischen Aufbau auch gerne weiter vorantreiben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann nur noch als letzte Frage - ich habe die schon anderen hier gestellt -: Mir ist aufgefallen in Ihrer Kommunikation, also als Sie zum Beispiel diese Rückfrage gestellt haben: „Was muss ich wissen?“, dass unter der Kommunikation immer steht: „SecurePIM“. Das ist so ein System für verschlüsselte Kommunikation, was wohl auch Bundesbehörden nutzen, was Sie offenbar nutzen, ich glaube, auch Herr Röller. Ich will nur darauf hinweisen, weil das vielleicht relevant

Nur zur dienstlichen Verwendung

sein könnte für die Bundesregierung - wir haben ja hier schon über das Problem der gelöschten und anderer E-Mails gesprochen -: Es gibt eine Zeugenaussage von dem Fluchthelfer von Herrn Marsalek, Martin W., bei österreichischen Ermittlungsbehörden, und der sagt, dass der Eigentümer dieser Firma Virtual Solution, die diese Sicherheitslösung anbietet, gewisse wirtschaftliche Interessen mit Herrn Marsalek in der Vergangenheit verfolgt hätte. Der hat zum Beispiel in eine Firma mit investiert als Gesellschafter, in die vorher Marsalek investiert hatte. Es gibt diese Aussage, die ich nicht vom Inhalt bewerten kann, ob sie zutreffend ist; aber er wird dort genannt. Und ich glaube, wenn das so zutreffend wäre, wobei immer die Unschuldsvermutung gilt, sollte das vielleicht Anlass zur Sorge sein, was auch die Sicherheit der Kommunikation der Bundesregierung angeht. Und deswegen wollte ich nur diesen erkenntnisleitenden Hinweis mitgeben, dass man sich das vielleicht noch einmal anschaut - nicht dass die E-Mails, die wir hier anfordern, dann auf einmal bei Herrn Marsalek auftauchen. Das wäre, glaube ich, nicht in unserem Interesse.

Zeuge Olaf Scholz: Das ist nett, dass Sie mir diesen Hinweis geben. Im Übrigen habe ich davon noch nicht gehört; das will ich gern dazusagen. Das ist für mich also eine Premiere. Ich habe keinen Anlass, an der Technik und der Seriosität dort zu zweifeln, dafür gibt es keine Anhaltspunkte; aber selbstverständlich ist das wichtig, so was jetzt nicht ungerührt zur Kenntnis zu nehmen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi. - Und dann geht es weiter mit Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Dass der Bundesminister der Finanzen kein Telegram benutzt, davon gehen wir jetzt mal aus, oder? Ist doch so, nehme ich mal an, oder?

Zeuge Olaf Scholz: Ja, ist so.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Haben wir das auch geklärt. - Haben Sie denn, Herr Scholz, mit Frau Merkel direkt über ihre China-Reise gesprochen, und zwar vor der Reise bekanntermaßen?

Zeuge Olaf Scholz: Das weiß ich nicht mehr. Aber auf alle Fälle kann ich mich erinnern, und das auch mit Sicherheit, dass es nicht der Fall war, dass wir uns über das Thema Wirecard unterhalten haben, falls das Ihre Frage ist.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie und die Kanzlerin haben sich nie über Wirecard unterhalten, also weder vor dem Sommer 2020 noch in der Zeit, wo jetzt der Untersuchungsausschuss arbeitet?

Zeuge Olaf Scholz: Es geht doch jetzt um die China-Reise in Ihrer Frage.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Das war meine erste Frage. Und deswegen wusste ich jetzt nicht - - Ihre Antwort hat sich auf China bezogen?

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sonst frage ich anders: Haben Sie mit der Bundeskanzlerin mal über Wirecard gesprochen?

Zeuge Olaf Scholz: Nachdem hier alles in den Dutt gegangen ist, haben wir uns natürlich ab und zu mal ein, zwei Sätze dazu gesagt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unter vier Augen? Oder am Kabinettstisch? Oder per E-Mail?

Zeuge Olaf Scholz: Nein, unter vier Augen, dass das ja blöd ist. Und wir haben uns ja zum Beispiel, wie wir ja heute am Anfang unseres Gesprächs erörtert haben, auch unterhalten über die Kündigung der APAS* und die Tatsache, dass das jetzt aus meiner Sicht erfolgen sollte. Das ist ja auch eine Konsequenz der Wirecard-Angelegenheit gewesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Scholz, einen Tick lauter - das wäre lieb. Ich habe jetzt auch Probleme, Sie zu verstehen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Es sind aber beide Mikrofone an. Ja, gut.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie eigentlich die Zuarbeit aus Ihrem Haus für das Kanzleramt vor der China-Reise?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kenne sie nicht; ich weiß von ihr.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Halten Sie sie für angemessen, also qualitativ, substanziell, was da drinsteckt?

Zeuge Olaf Scholz: Da ich nur aus dem Bericht, glaube ich, der schon mal für den Finanzausschuss erstellt wurde, bevor es diesen Untersuchungsausschuss gab, wenn ich mich richtig in meinem Kopf jetzt erinnere und das nicht alles verknotet ist, entnommen habe, dass es dort mal die Zusammenstellung von Berichten aus der Presse gegeben hat, die das eine oder andere darstellen, ist das ja ein Hinweis darauf gewesen, was schwierig ist. So.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es war auf jeden Fall nicht so umfangreich, wie es hätte sein können. Also, Ihrem Haus lag da deutlich mehr vor, als man hingelegt hatte. Es gab dann irgendwie ein paar Kleine Anfragen der Opposition, die man da mit reingepackt hat.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, zum Beispiel.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Olaf Scholz: Wo Sie es sagen, erinnere ich mich. Das stand, glaube ich, alles im Bericht, den auch der Finanzausschuss mal erörtert hat.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und die Antworten waren ja auch recht dünn. Das heißt, das war jetzt nicht so substanziell. Und ich frage mich immer: Wenn wir die Anfragen da nicht gestellt hätten, was hätte man dann da irgendwie in die Mappe reingepackt? - Jedenfalls, die kritischen Berichte - das war jetzt nicht so, dass man da das Kanzleramt besonders sensibilisiert hätte.

Anderes Thema, Herr Scholz. Und zwar wollte ich noch mal zum Jahr 2019 kommen. Da ging es um ein Änderungsgesetz zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur EU-Geldwäscherichtlinie. Und da haben Sie dem Willen der Bundesländer nicht entsprochen, die Geldwäscheaufsicht für Zahlungsdienstleister - und das hätte ja dann sozusagen auch für Wirecard gegolten - zentral bei der BaFin anzusiedeln. Und vielleicht hätten wir auch heute eine andere Situation. Können Sie das erklären, warum Sie damals diese Position nicht geteilt haben?

Zeuge Olaf Scholz: Zu diesem Gesetzgebungsverfahren, in dem es ja Abstimmungsprozesse mit allen möglichen gegeben hat, kann ich Ihnen aus dem Kopf gar nichts mehr sagen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich an den Sachverhalt? Wissen Sie, dass Sie da eine andere Position hatten?

Zeuge Olaf Scholz: Dass wir eine Geldwäscherichtlinie umgesetzt haben, dass wir darüber sehr viel diskutiert haben und dass es sehr, sehr schwer war, das hinzubekommen, dass wir das auch übrigens mit dem Einvernehmen der Bundesländer hinkriegen. Und zu diesem Detail kann ich Ihnen gerne noch mal was ergänzend mitteilen, wenn Sie das wissen wollen; aber aus dem Kopf jetzt könnte ich das nur zusammenreimen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann will ich noch in den letzten zwei Minuten ein paar Sachen einfach nur abfragen: Haben Sie mitbekommen, dass die BayernLB - ich meine, immerhin auch eine Bank mit Fördercharakter - ihr Unternehmen vor der eigenen Haustür in Aschheim - - dass die 2018 das Kreditengagement nicht verlängert haben?

Zeuge Olaf Scholz: Das stand irgendwann in den Zeitungen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, in den letzten Monaten, jetzt im Zuge des Untersuchungsausschusses, da haben Sie es mitbekommen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Waren Sie in den letzten zwei Jahren, also dieses Jahr sowieso nicht, aber davor, auf der Münchner Sicherheitskonferenz?

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat da Wirecard irgendwie eine Rolle gespielt, weil Sie es mit jemandem besprochen hätten oder jemandem über den Weg gelaufen sind, der mit Wirecard zu tun hat?

Zeuge Olaf Scholz: Nein, der hätte sich mir gegenüber jedenfalls nicht als solcher offenbart. Da sind so viele Leute im Gedrängel; da sprechen einen ständig irgendwelche an. Ich war da, wie Sie wissen, als - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Herr Marsalek hat Sie da nie angesprochen oder Sie ihn?

Zeuge Olaf Scholz: Nö.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Olaf Scholz: Ich wüsste jetzt gar nicht, warum Sie auf diese Frage kommen, um es mal ganz offen zu sagen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf die Münchner Sicherheitskonferenz?

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, weil in dem - -

Zeuge Olaf Scholz: Aber dass ich da war, das ist ja nicht geheim, also das habe ich ja schon mehrfach erörtert hier, weil ich ja da war und deshalb die SMS oder die Mail, über die wir hier diskutieren, gewissermaßen mich nicht - also, mich sowieso nicht, aber jedenfalls an dem Tag nicht - erreicht hat. Also, das ist ja kein Geheimnis bei dem - - im Frühjahr 2019 da.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Die Kollegin Paus sagt mir gerade: Das war zufälligerweise oder ironischerweise an dem Wochenende, wo das Leerverkaufsverbot eingeführt wurde.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, genau, das meinte ich ja. Das ist ja hier schon dreimal, viermal besprochen worden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, genau. - Die Münchner Sicherheitskonferenz war deswegen wichtig, weil wir haben ja vorhin auch über die geheimdienstlichen Verstrickungen gesprochen. Und das war so ein Dunstkreis, wo sich so eine Connection gebildet hat, und deswegen wollte ich das noch mal abfragen. - Und im Münchener Szeneklub P1 sind Sie wahrscheinlich auch nicht dann abends abgehangen?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würde ich Ihnen jetzt nicht zutrauen, Herr Scholz.

Zeuge Olaf Scholz: Da weiß ich nicht, ob Sie alles von mir wissen.

(Heiterkeit)

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ein Kompliment.

Zeuge Olaf Scholz: Aber jedenfalls wollte ich nur dazu sagen, dass ich da nicht war, ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Zeuge Olaf Scholz: Ich war abends bei einer Veranstaltung der „Bild“-Zeitung, wenn ich mich noch richtig erinnere.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Vielleicht doch P1 das nächste Mal.

(Heiterkeit)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Nee, nee, nee. - Da war der amerikanische Vizepräsident anwesend.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Dann schaue ich zu den Kollegen der CDU/CSU-Fraktion. Matthias Hauer, bitte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, Herr Vorsitzender, Herr Bundesminister, ich ergreife hier mal das Wort, weil der Kollege Dr. Zimmermann hier ja auch etwas zu Protokoll gegeben hat. Insofern möchte ich das natürlich auch tun, damit wir hier auch im Protokoll Klarheit haben und jeder das für sich auch richtig einordnen kann. Kollege Dr. Zimmermann war ja sehr bemüht darum, er sagte: „quasi identische Mail“, und die sei ordentlich abgeschickt worden. Ich will dazu drei Punkte sagen:

Erstens. Es geht darum, dass ein Bundesminister zu dienstlichen Fragen nicht per Privatmail zu korrespondieren hat, aus meiner Sicht. Da geht es um mangelnde IT-Sicherheit - das ist das, was Kollege De Masi gerade auch erwähnt hat -; denn bei der E-Mail, die Sie an Herrn Braun geschickt haben, war auch dieser „SecurePIM“ nicht enthalten. Und es geht um fehlende Veraktung.

Punkt zwei ist: Die Originalmail von dem Privataccount zu Wirecard, die stammt von 14.07 Uhr, die wurde nicht vom BMF vorgelegt; das ist richtig. Und es wurde nur eine leicht ergänzte Mail von 14.17 Uhr vorgelegt. Man sieht also: Es sind zwei unterschiedliche Mails; das zur Klarheit. Und da stimme ich auch Dr. Toncar zu, was die Kommunikation auch angeht hinsichtlich dienstlicher Themen, dass die auch über dienstliche Accounts zu erfolgen hat.

Und jetzt kommen wir, drittens, zu dem entscheidenden Problem dabei. Das ist aus meiner Sicht jetzt weniger dieser Inhalt dieser einen Mail, sondern das entscheidende Problem ist, dass dienstliche Mails von Ihrem Privataccount eben nicht veraktet werden. Das hat auch Herr Fritz aus Ihrem Ministerium vorhin auch noch mal bestätigt. Und nur Sie, Herr Scholz, wissen, was Sie von Ihrem privaten Account zu Wirecard an Mails geschrieben und empfangen haben. Und hier ist eben das Problem: Sie löschen ja auch Mails und SMS, haben Sie gesagt; insofern werden wir es wahrscheinlich nie erfahren. Aber das ist eben ein Problem für die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses. Und deshalb war es mir noch mal wichtig, das klarzustellen: Es geht hier um unterschiedliche E-Mails. - Und das ist jetzt noch mal an den drei Punkten deutlich geworden.

Jetzt übergebe ich zur weiteren Befragung an Herrn Dr. Michelbach.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, Herr Minister, ich wollte noch mal zu der Rolle Ihres Staatsekretärs, Dr. Jörg Kukies, kommen. Sie haben ja ihm so eine Art Persilschein - auf die Frage vom Kollegen Dr. Toncar - bei der Gewinnmitnahme von Goldman Sachs ausgerechnet zu dem Zeitpunkt des Leerverkaufsverbots ausgestellt. Sie bleiben dabei, dass dieser zeitliche Zusammenhang reiner Zufall war?

Zeuge Olaf Scholz: Ich will nur sagen: Das hat ja jetzt gar nichts mit Herrn Kukies zu tun. Und ansonsten weiß ich darüber weniger als Sie.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. - Und Sie haben gesagt, Sie legen zwei Hände ins Feuer.

Zeuge Olaf Scholz: Genau. Das wiederhole ich ausdrücklich: Ich lege zwei Hände in zwei Feuer.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Mutige Aussage. Gut. -Dann haben wir das Treffen von Herrn Dr. Kukies mit Herrn Dr. Braun bei Wirecard ohne jede Begleitung, obwohl am 05.11.2019 wohlgemerkt, zu dem Zeitpunkt, schon zwei Sonderprüfungen veranlasst waren und natürlich er auch davon Kenntnis hatte. Jetzt die Frage: Hätten Sie als Amtsperson das gemacht, wenn zwei Sonderprüfungen stattfinden, in die Firma zu gehen und da natürlich keinen guten Anschein zu erwecken, wenn auf der einen Seite staatliche Sonderprüfungen stattfinden und auf der anderen Seite der zuständige Staatssekretär dort hinfährt ohne jede Begleitung, ohne dass es protokolliert wurde? Halten Sie das für richtig?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe ja schon eben gesagt, wie Sie zitiert haben, dass ich größtes Vertrauen in den Staatssekretär Kukies habe. Der macht eine sehr gute Arbeit für Deutschland, und ich bin sehr stolz darüber, dass er in meinem Ministerium arbeitet. Und ausdrücklich will ich dazusagen: Ich war nicht da. Und ich finde, das alles sind Erwägungen, die irgendwie ins Nichts führen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, also, das war nicht meine Frage, Herr Minister.

Zeuge Olaf Scholz: Er hat Ihnen, glaube ich, ausführlich zu dem Gespräch berichtet, was sich da zugetragen hat.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, das habe ich nicht gefragt, sondern ich habe gefragt, ob Sie so etwas als Amtsperson gemacht hätten.

Zeuge Olaf Scholz: Das sind ja hypothetische Erwägungen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, aber die Fakten liegen doch vor.

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe Herrn Braun in München und Aschheim nicht besucht - Punkt.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, aber ich habe gefragt, wenn zwei Sonderprüfungen bei einem Unternehmen stattfinden, ob Sie dann zu einem Besuch praktisch als Minister gehen würden. Das ist meine Frage. Und da kann ich eine klare Antwort von Ihnen erwarten.

Zeuge Olaf Scholz: Ich glaube, das ist eine Frage, die so hypothetisch und abstrakt ist, dass ich Ihnen nur sagen kann: Ich habe dort mich nicht hinbegeben - Punkt. Und Herr Kukies hat dort einen sehr kurzen Termin wahrgenommen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ich habe nicht gefragt, ob Sie nach Aschheim gegangen wären, sondern ich habe gefragt, Herr Minister, ob Sie bei einer Firma - ohne jetzt Wirecard -, die zwei Sonderprüfungen am Laufen hat, wo Ermittlungen dadurch verbunden sind, als Amtsperson dort hinfahren würden.

Zeuge Olaf Scholz: Ich finde, dass Herr Kukies sich nach allem, was wir gemeinsam - - also, dass Herr Kukies, wie Sie gesehen haben, sich nicht fehlerhaft verhalten hat.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Also, Sie würden das auch machen.

Zeuge Olaf Scholz: Ich wiederhole, was ich eben gesagt habe: Ich war nicht da.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ich habe ja ganz klar -

Zeuge Olaf Scholz: Es gibt überhaupt keinen Anlass dazu, hypothetische Fragen zu erörtern, -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): - außerhalb von Wirecard gefragt. Herr Minister, das müssen Sie beantworten.

Zeuge Olaf Scholz: - was in 15 Jahren in Deutschland ist.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr Minister, das müssen Sie ganz klar beantworten.

Zeuge Olaf Scholz: Das können Sie nicht im Untersuchungsausschuss fragen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr Minister, ganz klar: Ich habe gefragt als Mitglied des Untersuchungsausschusses, ob Sie bei einer Firma, wo zwei Sonderprüfungen stattfinden, gewissermaßen auch als Minister hinfahren würden. Das ist so eine klare Frage, da kann man Ja oder Nein sagen - mehr erwarte ich ja von Ihnen gar nicht.

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe Ihnen dazu die Antworten gegeben, die ich geben möchte. Und Sie können die ja selbst bewerten.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. - Dann ist das eine Nichtantwort,

Nur zur dienstlichen Verwendung

stelle ich fest, Herr Vorsitzender, die ich so nicht akzeptieren kann als Mitglied dieses Untersuchungsausschusses.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Dr. Michelbach, ich schätze Sie wirklich - -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Nee, Moment mal.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, Sie haben mich ja jetzt angesprochen. Da muss ich auch mal antworten dürfen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Die Zeit stoppen, bitte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, natürlich. - Ich denke schon, bei aller Wertschätzung, das ist eine hypothetische Frage. Und der -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: - ganz kurz; lassen Sie mich aussprechen - Zeuge soll auf Tatsachen, die er wahrgenommen, die er gesehen, geschmeckt, gefühlt, gerochen, gesehen, was auch immer hat - - Ich möchte auch manch hypothetische Frage stellen; ich kann das auch verstehen. Und bei aller Wertschätzung gebe ich da dem Minister recht, dass er die Frage an der Stelle, weil sie so hypothetisch eben nun mal ist, nicht beantworten muss.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles andere ist in Ihrer Wertung, aber - -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): - ich bin mit Ihrer Wertung nicht einverstanden, möchte ich ausdrücklich zu Protokoll geben. Ich habe hier eine klare Frage gestellt, die nicht hypothetisch ist. Und ich lasse mir von Ihnen keine Fragen vorschreiben, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das habe ich auch nicht getan.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, bitte. Aber Sie machen es trotzdem.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja. - Und deswegen möchte ich noch mal wissen: Gibt es, nachdem Sie mit dem Herrn Staatssekretär Dr. Kukies gesprochen haben, Herr Minister, eine Wiedergabe des Inhalts des Gesprächs? Was hat Herr Dr. Kukies zu diesem Gespräch in Aschheim erklärt?

Zeuge Olaf Scholz: Ich glaube, das ist in mehreren Kleinen Anfragen und auch von Herrn Kukies hier Ihnen beantwortet worden, worum es in dem Gespräch ging. Ich weiß davon ja auch erst, seitdem das ja ein öffentliches Thema geworden ist, also nicht nur in diesem Ausschuss, sondern vorher auch. Und ich glaube, es ging da um sehr wenige Dinge, weil es ja auch nur ein kurzes Gespräch war.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. - Jetzt war ja da ein persönlicher Geburtstag des Vorstandsvorsitzenden Dr. Braun. Sehen Sie da irgendwie eine Verbindung?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe den öffentlichen Berichten und auch ansonsten entnommen, dass Herr Kukies nicht an dieser Geburtstagsfeier teilgenommen hat. Und ich habe auch entnommen, dass er nicht mal wusste, dass der Geburtstag hat.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. Dann nehme ich das so zur Kenntnis. - Dann eine weitere Frage in Verbindung mit Ihrem Herrn Staatssekretär Dr. Kukies: Wie beurteilen Sie seine Bemühungen für einen 100 Millionen Euro ungesicherten Kredit von der Staatsbank KfW IPEX für Wirecard? Vielleicht dazu mal eine Aussage.

Zeuge Olaf Scholz: Über diesen Kredit haben Sie ja schon mit Herrn Kukies, vermute ich jedenfalls, gesprochen. Der Kredit ist von der Bank vergeben worden, und die Aufsichtsgremien sind

darüber erst sehr spät informiert worden - wenn ich es dunkel erinnere, zu einem Zeitpunkt, als es schon ein Problem gab.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, der Kreditvertrag war ja gegeben. Die 100 Millionen sind verloren; auch das ist ein Fakt. Aber im Juni, also in Verbindung mit der im Raum stehenden Insolvenz von Wirecard, gab es Bemühungen von Herrn Kukies, dieses Kreditvolumen noch einmal zu erhöhen, um letzten Endes einen eventuellen Rettungsversuch für Wirecard zu unternehmen, also, wenn Sie so wollen, einen Rettungsversuch für einen Betrugsfall.

Zeuge Olaf Scholz: Noch mal: Soweit ich weiß, hat Herr Kukies Ihnen hier gesagt - das habe ich auch öffentlich vernommen -, dass hier niemand zu irgendetwas gedrängt wurde. Und ich kann Ihnen aus eigenem Wissen und Erleben sowieso nichts dazu sagen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. - Wie beurteilen Sie die intensiven Bemühungen von Herrn Staatssekretär Dr. Kukies? Nach den Akten: 18-mal Verbindungen mit der Commerzbank wegen des Kreditengagements bei Wirecard, das ja insgesamt über die Commerzbank-Konsortialführerschaft von 1,75 Milliarden Euro ging. Wie beurteilen Sie diese Verbindung?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann Ihnen, ob 18-, zwölfmal oder dreimal, keine eigenen Auskünfte geben. Herr Kukies hat Ihnen über die Fragen, was da besprochen worden ist, Auskunft gegeben.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, leider nicht. Aber gut. Das ist aber in Ihrer Eigenschaft als Dienstherr natürlich schon eine Frage, die relevant ist, Herr Minister. - Gut. Da gibt es keine Antwort drauf.

Gab es also, wenn man das so sieht, die Aufgabe bei der Staatsbeteiligung, bei der Commerzbank irgendwie noch was zu retten, was zu retten ist, oder wie stellen Sie sich das vor?

Zeuge Olaf Scholz: Nein, so stelle ich mir das überhaupt nicht vor. Es ist über die Lage gesprochen worden, was ich völlig normal finde. Aber im Ergebnis wissen Sie ja, was geschehen ist. Und wer was wie entschieden hat, ich glaube, da gibt es überhaupt keine Geheimnisse.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. - Können Sie sich vorstellen, dass der Eindruck, dass da eine wohlwollende Begleitung durchaus für Wirecard vorhanden war - - können Sie sich das vorstellen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich glaube, dass es nicht richtig ist, hier einen falschen Eindruck zu erwecken, auch nicht durchs Fragestellen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. Dann habe ich das auch so gehört. - Sagt Ihnen der Name Dmytro Firtasch etwas?

Zeuge Olaf Scholz: Spontan nicht.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ich kann Ihnen da helfen: Das ist ein ukrainischer Oligarch, der seit Jahren praktisch von den USA vor österreichischen Gerichten zur Auslieferung verlangt wird wegen des Verdachts auf Bestechung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. So stand es wörtlich in einer E-Mail, die ein Herr Markus Kohlpaintner - das ist der Geldwäschebeauftragte der Wirecard Bank - geschrieben hat. Und man muss also feststellen, dass hier ein Whistleblower sich an die BaFin gewandt hat, um eine Sonderprüfung und eine Untersuchung nach dem § 44 Kreditwesengesetz zu verlangen, dass hier Geldwäschefragen und Geldwäschebetrug auf großer Ebene bei der Wirecard Bank stattfindet und dass die BaFin eben hier tätig werden soll. Sind Sie da informiert?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann Ihnen dazu nichts sagen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Das heißt, die BaFin wusste seit 2019, dass also hier über diesen ukrainischen Oligarchen Geldwäsche stattfindet. Der Geldwäschebeauftragte hat das auch dann nicht verschwiegen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Und die BaFin hat also letzten Endes den Auftrag gehabt - sie hat Kenntnis davon gehabt -, danach zu fahnden. Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang Ihre Aussagen aus dem Finanzausschuss zur Bedeutung der Geldwäschefragen und die Aussagen des Bundesfinanzministeriums, dass die Vorgänge bei der Wirecard Bank AG keinen Einfluss auf die geldwäscherechtlichen Fragen bei der Bank hatten?

Zeuge Olaf Scholz: Ich verstehe die Zusammenhänge nicht, wenn ich das ganz offen sagen darf. Aber ich kann jedenfalls zu dem konkreten Sachverhalt, wo Ihnen wahrscheinlich die BaFin und verschiedene andere Beteiligte, die hier befragt wurden, definitive und präzise Auskünfte gegeben haben, aus eigenem Wissen nichts sagen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. - Dann ist das auch soweit klar, dass hier auf diese Geldwäscheverstöße von einem gesuchten Oligarchen in Verbindung mit dieser Bank quasi ohne Aufsicht, ohne Tätigkeit vorgegangen wurde. Und letzten Endes ist da natürlich auch der Geldwäscheaufsicht und der Nachverfolgung durch die BaFin nicht gerecht geworden. - Ich habe keine Fragen mehr. Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Michelbach. - Und dann schaue ich zu den Kollegen. - Dr. Toncar?

(Dr. Florian Toncar (FDP): Keine Fragen!)

- Keine Fragen mehr. - Dann schaue ich zum Kollegen Fabio De Masi.

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Keine Fragen mehr!)

- Keine Fragen mehr. - Dann schaue ich zu Dr. Bayaz.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Fragen! Herr Michelbach hat alles gefragt!)

- Keine Fragen mehr. - Dann schaue ich noch mal. - Alle schütteln den Kopf. Gut.

Dann frage ich der guten Ordnung halber: Besteht der Bedarf, in eingestufter Sitzung dem Herrn Minister noch Fragen zu stellen? - Auch das kann ich nicht feststellen.

Ich mache noch drauf aufmerksam: Im Anschluss haben wir noch eine Beratungssitzung vereinbart.

Ich stelle fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden.

Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder aber auch zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Herr Minister Scholz, ich darf mich an dieser Stelle recht herzlich bei Ihnen bedanken, wünsche Ihnen jetzt - das darf ich sogar, das ist ganz selten - einen schönen Abend. Und wie ich es allen Zeuginnen und Zeugen hier auch an dieser Stelle wünsche: Bleiben Sie in dieser schweren Zeit gesund, kommen Sie gut durch die Zeit! - Ich bedanke mich. Vielen Dank.

Zeuge Olaf Scholz: Schönen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Dann ist diese Sitzung beschlossen. Und ich bitte dann um Nichtöffentlichkeit. - Ich würde mal sagen, wir setzen dann so gegen 20.15 Uhr fort. Ich rufe dann noch eine Beratungssitzung ein. So hatten wir es vereinbart.

(Schluss: 20.12 Uhr)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des Zeugen Olaf Scholz

3.UA Postfachaccount PA30

Von: [redacted]@bmf.bund.de
Gesendet: Mittwoch, 19. Mai 2021 12:32
An: Schimmel Dominique PA30
Cc: 3.UA Postfachaccount PA30; Raue Frank PA30; [redacted]@bmf.bund.de
Betreff: AW: Ihre Zeugenvernehmung am 22. April 2021
Anlagen: Korrekturen.BM Olaf Scholz.Vernehmungsprotokoll.22.04.21.pdf; 2021-04-22_43. Sitzung_vorl. Stenogr. Protokoll_geschwärzt.pdf

Kennzeichnung: Zur Nachverfolgung
Kennzeichnungsstatus: Gekennzeichnet

BMF

AG 3. PUA - O 1000/20/10506 :006

Sehr geehrte liebe Frau Dr. Schimmel,

namens und im Auftrag von Bundesminister Olaf Scholz übersende ich Ihnen die Korrekturen des vorläufigen Vernehmungsprotokolls und erforderliche Schwärzungen (weitere Anlage).

Zum Schutz der Persönlichkeitsrechte von Bundesminister Scholz wurde seine private E-Mailadresse geschwärzt. Es wird um entsprechende Berücksichtigung im gesamten Protokoll gebeten.

Schließlich bedanke ich mich für die durch Herrn Dr. Raue gewährte Fristverlängerung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

<https://www.bundesfinanzministerium.de/>

Robert H. Fritz
Bundesministerium der Finanzen
Beauftragter für den 3. PUA
Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

Festnetz:

[redacted]

E-Mail:

[redacted]

Internet:

www.bundesfinanzministerium.de <https://www.bundesfinanzministerium.de>

<https://twitter.com/bmf_bund>

<https://www.instagram.com/bundesfinanzministerium>

<https://www.linkedin.com/organization-guest/company/bundesministerium-der-finanzen>

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: Schimmel Dominique PA30 [redacted]
Gesendet: Freitag, 30. April 2021 17:44
An: Scholz, Olaf (M) [redacted]
Cc: 3.UA Postfachaccount PA30 <3.untersuchungsausschuss@bundestag.de>; Raue Frank PA30 [redacted]; Fritz, Robert (PStin R) [redacted]; Stab3PUA [redacted]
Betreff: Ihre Zeugenvernehmung am 22. April 2021

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

beigefügt übersende ich Ihnen das vorläufige Protokoll nebst Anschreiben Ihrer Zeugenvernehmung am 22. April 2021.

Die Originale gehen Ihnen per Post zu.

Bitte bestätigen Sie kurz den Erhalt der Unterlagen, gerne auch per E-Mail.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

--

Dr. Dominique Schimmel

Sekretariat PA 30

3. Untersuchungsausschuss (Wirecard)

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

10117 Berlin

Telefon: +49 30 227-32062 (Vz)

Telefon: [redacted]

Telefax: +49 30 227-36333

3.untersuchungsausschuss@bundestag.de

[redacted]

www.bundestag.de

Datenschutzhinweise: www.bundestag.de/datenschutz

--

Dr. Dominique Schimmel

Sekretariat PA30

3. Untersuchungsausschuss (Wirecard)

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

10117 Berlin

Telefon: +49 30 227-32062 (Vz)

Telefon: [redacted]

Telefax: +49 30 227-36333

3.untersuchungsausschuss@bundestag.de

[redacted]

www.bundestag.de

Datenschutzhinweise: www.bundestag.de/datenschutz

Nur zur dienstlichen Verwendung

eine Verschärfung des Bilanzstrafrechts vor. Dies soll in dreierlei Weise wirken: einmal generalpräventiv, zum anderen deutlich repressiver gegenüber den Tätern und schließlich auch handlungsleitend für die Strafverfolgungsbehörden, vor allem die Staatsanwaltschaften. Wir haben es - das, glaube ich, muss man sehr klar und deutlich sagen - nicht mit Kavaliersdelikten zu tun, sondern mit schweren Straftaten. Deshalb braucht man auch das nötige Rüstzeug, um dagegen entschlossen und wirksam vorgehen zu können.

Schließlich geht es auch um die Compliance-Regeln für den Handel mit Finanzinstrumenten und interne Kontrollinstrumente bei der BaFin und andernorts. Die bisherigen Regeln mussten aus meiner Sicht verschärft werden. Deshalb begrüße ich es, dass die Hausleitung der BaFin in enger Abstimmung mit dem BMF bereits im Oktober 2020 private Finanzgeschäfte ihrer Beschäftigten mit Finanzinstrumenten finanzieller Kapitalgesellschaften mit Sitz oder der Niederlassung in der EU - in Kraft gesetzt - hat. Sie wissen, dass es mittlerweile auch noch weitere Regelungen in dem Gesetzentwurf, von dem ich schon gesprochen habe, gibt. Zudem habe ich schärfere Compliance-Regelungen und eine neue Überwachungseinheit im BMF mit Wirkung zum 1. April installiert. Andere Ressorts wollen dem ja wohl folgen. Das BMF ist das erste Ministerium der Bundesregierung, das solche strengen Regeln hat, und ich hoffe, dass wir Nachahmer finden werden.

Drittens. Das Unternehmen Wirecard war mir schon vor meiner Zeit als Finanzminister ein Begriff. Zwar war es ein Unternehmen unter vielen in seiner Anfangszeit, aber es ist auch ein solches gewesen im Herbst 2018, als es in den DAX aufstieg. Es gab von meiner Seite aus keine besondere Fürsorge, Betreuung oder Beachtung für die Wirecard AG. Weder habe ich also als Bundesminister der Finanzen das Unternehmen bei München je besucht noch mich mit dem Vorstand oder Aufsichtsrat speziell getroffen oder mit denen gesprochen.

Viertens. Der deutsch-chinesische Finanzdialog vom 16. bis 18. Januar 2019 in Peking hat - habe ich mitbekommen - Ihr Interesse gefunden. Ich kann sagen: Der thematische Schwerpunkt dieses Treffens, das zum zweiten Mal stattgefunden hat, war es, sich über wichtige Fragen der Finanzpolitik - sowohl national als auch international - auszutauschen. Außerdem ging es darum, die bilaterale Kooperation im Finanzbereich beider Staaten zu verbessern und den gegenseitigen Marktzugang zu fördern. Das Unternehmen Wirecard ist bei keinem meiner Gespräche in Peking oder bei meinem vorbereitenden bilateralen Treffen mit dem chinesischen Vizepremier Liu He im November 2018 in Berlin zur Sprache gekommen. Auch in meinen Vorbereitungsunterlagen zu diesen Terminen, die Ihnen ja alle vorliegen dürften, wird das Unternehmen Wirecard nicht erwähnt. Insofern ist es schlichtweg abwegig, zu behaupten, dass Wirecard beim Finanzdialog ein Thema gewesen sei. Das war nach meiner Erinnerung und all derer, die dabei waren, nicht der Fall.

Fünftens. Zu meinem Regierungsstil gehört es seit jeher, aufmerksam Zeitung zu lesen und bei bestimmten Presseberichten bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um Informationen oder einen Sachstand zu bitten. So halte ich es auch, seit ich im März 2018 Bundesminister der Finanzen geworden bin. Als die BaFin am Montag, dem 18. Februar 2019, morgens ein Leerverkaufsverbot für Wirecard-Aktien verhängt hat, habe ich dies aus dem Nachrichtenticker erfahren. Daraufhin schickte ich am selben Tag eine Mail an den zuständigen Staatssekretär Dr. Kukies und fragte ihn: Was muss ich wissen? - Diese Mail liegt Ihnen vor, soweit ich informiert bin. Staatssekretär Dr. Kukies kündigte mir am Tag darauf, am 19. Februar, am Rande eines Termins mit dem französischen Finanzminister Bruno Le Maire eine Leitungsvorlage mit Infos dazu an. Von Freitag, 15. Februar 2019, an hatte ich an der Münchner Sicherheitskonferenz teilgenommen und keine Informationen aus meinem Haus zu den Überlegungen der BaFin erhalten. Ich wurde durch einen Vermerk meines Hauses vom 19. Februar, der in meinem Büro am 21. einging und den ich wohl tags darauf gelesen habe, in Kenntnis gesetzt über Anlass und Begründung der Maßnahmen, wie sie durch die BaFin geschildert worden waren, und dass die BaFin in alle Richtungen untersuche. Diesen Vermerk kennen

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Olaf Scholz: Das ist eine Mail, die ich von meinem privaten Account an Herrn Braun verschickt habe und in der ich ihm richtigerweise erläutere, warum es darum geht, dass wir jetzt den ~~APAS~~-Vertrag kündigen.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Helge Braun!)

- Helge Braun, ja. Was habe ich gesagt?

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Markus Braun!)

- Ach so, Entschuldigung. Danke für Ihren Hinweis! Danke, danke, ich bin Ihnen so dankbar.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir haben hier mehrere Brauns im Angebot, deswegen.

Zeuge Olaf Scholz: Also, Sie sind jetzt mein Mann heute.

(Heiterkeit)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist das die einzige Mail, die uns seitens des BMF nicht vorgelegt wurde, die Bezug zu Wirecard hat, die Sie von Ihrem privaten Account verschickt haben?

Zeuge Olaf Scholz: Das BMF hat sich alle Mühe gegeben, alles vorzulegen, was da ist. Und deshalb gehe ich davon aus, dass Sie eine sehr sorgfältige Arbeit haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten eingangs diskutier- - Sie hatten eingangs vorgetragen, dass Sie Ihre dienstliche Kommunikation über Ihre BMF-Adresse führen, Stichwort auch „Veraktung". Uns geht es natürlich auch darum, dass wir Zugriff bekommen auf das, was Sie als Kommunikation -

Zeuge Olaf Scholz: Das steht Ihnen - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): - als Finanzminister über Wirecard hier führen. Und dann haben Sie Kommunikation geführt über Ihre private E-Mail-Adresse. Das steht ja im Widerspruch dazu, was Sie uns eingangs gesagt haben.

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe Ihnen eingangs gesagt, dass ich versuche, die Kommunikation immer sehr ordnungsgemäß über die BMF-Adresse zu machen, wenn es um solche Fragen geht. Mit Herrn Braun - das werde ich Ihnen gerne zugeben - tausche ich mich im Wesentlichen über meine persönliche Mail-Adresse aus; das hat sich bei uns beiden so eingebürgert.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber es sind die dienstliche E-Mail von Herrn Braun und Ihre private E-Mail-Adresse. Sonst hätten wir es ja gar nicht bekommen; denn das Bundeskanzleramt hat es ja veraktet.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, sehr gut, dass sie das gemacht haben. Es ist ja auch - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das teile ich.

Zeuge Olaf Scholz: Es ist eine sehr gute Information, die ja auch zeigt, wie sehr ich mich um die Angelegenheit gekümmert habe, dass das mit der ~~APAS~~-zu Ende gehen kann.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Die Mail ist also eine Ausnahme? Oder haben Sie umfassende Korrespondenz zum Thema Wirecard über Ihre private E-Mail-Adresse geführt?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe keine umfassende Korrespondenz über meine private E-Mail-Adresse zum Thema Wirecard geführt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Dann würde ich Ihnen gern die nächste E-Mail vorlegen. Das ist MAT A BMF-25.25, Blatt 61.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Das ist eine E-Mail, die Sie am 12.07.2020 an Staatssekretär Kukies sowie an die Leiterin der Unterabteilung des Ministerbüros sowie an das

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich habe für alles das Verständnis, was gesagt wurde, auch von Herrn Kukies: Wir haben so einen „curtain". - Man will ja gerade die Politik - - Wenn die ESMA beteiligt ist und eine Opinion abgibt und es zwischen BaFin und ESMA hin- und hergeht, ist es in Ordnung. Aber wenn wir denn ein deutsches Verwaltungsverfahrensgesetz haben, dann: Entweder ändere ich es mit einem speziellen Zusatz, dass dies nicht für Entscheidungen beispielsweise gilt, die zwischen einer deutschen Aufsichtsbehörde und einer europäischen Behörde getroffen werden - - Aber ich kann dann nicht sagen: Ich hebele es an der Stelle aus, weil es ist gelebte europäische Praxis. - So habe ich Herrn Kukies gestern verstanden.

Das ist eigentlich mein Punkt: Man macht viele Gesetze. Man findet auch viele Absprachen schon auf europäischer Ebene, und sie scheinen dann an der Stelle, wenn es darauf ankommt - - Und das ist ja auch, was meine Kollegen sagen: Es kommt nicht darauf an, dass wir den Schaden hatten und dass die betrügerischen Absichten hier waren, sondern für mich und uns kommt es drauf an: Wann hätte man diesem Spuk schon viel, viel früher den Stecker ziehen können? - Und da sage ich, § 28 Verwaltungsverfahrensgesetz steht dem nun mal entgegen. Und da würde ich mich fragen: Wollen Sie es ändern, oder wollen Sie quasi weiter diese sehr, ich nenne es mal, wirklich offenen - - Das ist für mich, wie Sie es wollen: Entweder ist es ein Rechtsverstoß oder eine Regelungslücke; für eins muss man sich am Ende des Tages entscheiden. Dann müssten Sie doch eigentlich handeln als Gesetzgeber.

Zeuge Olaf Scholz: Na ja. Also, wir können jetzt natürlich ein langes Rechtsgespräch führen. Allerdings glaube ich, dass ich - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wäre jetzt nicht das Format.

Zeuge Olaf Scholz: Ich glaube, dass ich nicht falschliege, wenn ich sage, dass sich Ihre Sicht und die Sie da dargestellt haben - - dass es sich dabei um eine juristische absolute Mindermeinung handelt, nicht die Meinung der allermeisten wiedergibt und die, wie gesagt, auch von den Strukturen, die da verantwortlich sind, nicht geteilt wird.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Gut. - Dann bedanke ich mich zunächst mal, weil wir haben die erste Runde - - Sie sind jetzt noch nicht entlassen. Aber wir müssten jetzt Nichtöffentlichkeit herstellen, weil der Wunsch der Fraktionen und auch mein Wunsch besteht, entsprechend zu beraten. Ich finde aber auch, dann ist das fair, dass Sie sich drauf verlassen können und vielleicht die Zeit auch ein bisschen zum Frischmachen, zum Reminding sozusagen, nutzen können. Und ich bitte Sie dann, dass Sie sich so ab 13.25 Uhr wieder bereithalten.

Und wir würden dann jetzt in eine Beratungssitzung eintreten, und ich bitte entsprechend nur die Befugten, jetzt noch im Saale zu verbleiben. Ich bitte wie immer Herrn Fleischer, die Nichtöffentlichkeit herzustellen, und berufe nunmehr eine Beratungssitzung ein.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 13.12 Uhr - Folgt Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 14.02 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Olaf Scholz

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich sehe, dass wir vollzählig sind. Damit setze ich unsere Sitzung fort.

Ich habe dem Minister einiges mitzuteilen: Sehr geehrter Minister Scholz, wir haben uns jetzt eingängig und sehr intensiv beraten; das konnte man auch an der Dauer der Beratungssitzung abmessen. Uns ist jetzt schon - - Eine Art von Vertrauen könnte erschüttert werden. Also, uns hat es schon missfallen - das kann ich so sagen -, dass

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 19/43

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: - Fragesteller - - Ich habe gehört, einen gewissen Appetit verspüren Sie. Und hier soll sich auch jeder Zeuge wohlfühlen.

Zeuge Olaf Scholz: Nein, das ist alles okay. Ich hatte eigentlich nur einem der Teilnehmer hier gesagt, dass ich ihm einen guten Hunger wünsche. Das war nicht auf mich bezogen. Aber danke für das Weitererzählen. Ich dachte, er hätte sich gerade was zu essen geholt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber bei aller Härte sollen Sie sich wohlfühlen. Insoweit, wenn Sie nach der Runde sagen: „Essenfassen", dann ist das für mich völlig legitim und in Ordnung. Wollte ich nur signalisieren. - Dann Dr. Toncar für die FDP-Franktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. - Ja, ja, mit der nötigen Geduld. Und ich glaube, der Appetit nach klugen Fragen ist noch ebenso groß wie der Appetit auf kluge Antworten.

Zeuge Olaf Scholz: Unbedingt. Ich wünsche, Ihre klugen Fragen zu haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Auf beiden Seiten noch lange keine Satisfaktion eingetreten. - Herr Minister, ich möchte noch mal zum Thema DPR zurückkommen und Ihnen aus einer E-Mail zitieren, die Frau Roegele an Ihren Referatsleiter im BMF, Herrn Franke, geschrieben hat, vom 8. Mai 2020. Da geht es um die Prüftätigkeit der DPR. Da schreibt Frau Roegele:

> Wir haben gestern auf mehrfache Nachfrage von ... Prof. Ernst ...

- dem DPR-Präsidenten -

> erfahren, dass die DPR auf unsere Mitte Februar 2019 beauftragte Prüfung des Halbjahresabschlusses der Wirecard AG praktisch voraussichtlich seit Juni (?) 2019 inhaltlich nichts mehr gemacht hat ...

Und sie schreibt weiter:

> Die Sonderprüfung durch KPMG ist m.E. kein Grund, dass die DPR die Prüfung nicht fortsetzt. ... Aus meiner Sicht begründet diese Verhaltensweise der DPR Anhaltspunkte für erhebliche Zweifel an der Ordnungsgemäßheit der Prüfung durch die DPR.

Und „Zweifel an der Ordnungsgemäßheit der Prüfung durch die DPR" lässt natürlich bei Ihnen auch eine Assoziation klingen, nämlich die zweite Stufe. In der BaFin waren offenbar „Zweifel an der Ordnungsgemäßheit der Prüfung durch die DPR" vorhanden, die auch ans Ministerium kommuniziert worden sind. Wie bewerten Sie das? Ist da wirklich korrekt vorgegangen worden seitens der BaFin, die zweite Stufe nicht zu zünden? Und ist korrekt vorgegangen worden seitens des Ministeriums, das einfach so laufen zu lassen?

Zeuge Olaf Scholz: Na, Sie zitieren jetzt aus einem Schreiben, das mir jetzt nicht vorliegt, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, Sie kriegen es gerne.

Zeuge Olaf Scholz: - aber bei dem ich jetzt erst mal keinen Zweifel habe, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut.

Zeuge Olaf Scholz: - dass es so aussieht, wie Sie das schreiben, dass sich zu dem Zeitpunkt - HS

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Kukies hat die Echtheit gestern geprüft.

Zeuge Olaf Scholz: - ja, ja; ich habe also keinen Zweifel, will ich dazusagen - - dass sie aber zu einem Zeitpunkt stattgefunden hat, als die Malaise schon angerichtet war. Insofern spielt es für das, was Sie interessiert, nämlich ob wir schon zu einem früheren Zeitpunkt ernsthafte Zweifel an der Tätigkeit der DPR auf Grundlage der Informationen hätten haben können als Ministerium - wo auch immer das dann angelangt wäre -, keine Rolle.

Nur zur dienstlichen Verwendung

ein Bauernopfer gibt, also ganz schnell eine Entscheidung zu treffen, dass jemand ja schuldig sein müsste. Es ist ja so öffentlich wahrgenommen worden.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, aber das ist ja der Grund, der einen dann vollständig handlungsunfähig machen kann, wenn man so was öffentlich diskutiert und damit konfrontiert ist. Wenn ich das richtig wahrnehme, ist ja im parlamentarischen Raum jetzt längst die Verständigung gefunden worden auch zwischen den Regierungsparteien - vermutlich mit Unterstützung anderer, aber das wissen die Beteiligten besser -, dass wir die DPR nicht mehr fortführen wollen, ihre Tätigkeit, sondern das direkt die BaFin machen lassen wollen im einstufigen System. Das legitimiert die Richtigkeit der damaligen Entscheidung ja noch mehr.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Uns hat nicht gewundert bei der Durchsicht der Unterlagen, dass Sie von vornherein - das ist ja schlüssig, so wie Sie argumentieren - für das einstufige Enforcement waren; aber das Justizministerium hat ja sehr für das zweistufige geworben. So ist es ja auch im Gesetzentwurf dann gelandet, das zweistufige Enforcement weiterhin. Also mit der DPR wäre es ja dann umgesetzt worden, wenn der Gesetzgeber jetzt nicht anders reagieren würde.

Zeuge Olaf Scholz: Es sind ja verschiedene Fragen erörtert worden: Wie kriegen wir das hin, dass wir eine von der BaFin aus eigenem Willen zustande gebrachte Enforcement-Untersuchung zustande kriegen können, ohne die vielen Zwischenschritte, die das heute so schwierig machen und die ja dazu geführt haben, dass wir mehrfach im Finanzausschuss schon einmal, wenn ich das dunkel erinnere, darüber erörtert haben, ob man nicht von vornherein hätte eine Prüfung durch die BaFin direkt veranlassen können? - Mein wichtigstes Anliegen zu der Zeit war, in jedem Fall zu veranlassen, dass die BaFin immer und ohne sich rechtfertigen zu müssen, das machen kann, weil sie denkt, es ist jetzt der richtige Weg. Und dass man aber, wenn man sich erst mal auf diesen Pfad begeben hat, am Ende da landet, wo die Gesetzgebung jetzt landen wird, das halte ich für ziemlich folgerichtig und freue mich auch über das Ergebnis.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie sind immer noch der Rechtsauffassung - ich glaube, im Finanzausschuss haben Sie das ausgeführt -, dass die BaFin die Prüfung nicht hätte an sich heranziehen können im Fall Wirecard.

Zeuge Olaf Scholz: Dafür gibt es ja rechtliche Voraussetzungen, die in das Gesetz geschrieben worden sind. Einige sind ja sogar in dem ESMA Report ganz sorgfältig kritisiert worden. Wir haben uns, umstellt von lauter Informationsverboten, von lauter Berichtsverboten zwischen den Behörden, aber auch nach oben, also auch, was DPR-Untersuchungen betrifft - - Was darf eigentlich über deren Inhalt wem bekannt werden? - Das war ja vollständig begrenzt. Die heutige öffentliche Debatte ist ja so, als ob es ein rechtmäßiges und richtiges Verhalten wäre, dass alle von allem Bescheid wissen und dann die richtigen Entscheidungen treffen. Aber eigentlich sind die bisherigen Gesetzeslagen von der Idee vollständiger Abkopplung, von Silo-Situationen und Ähnlichem geprägt, wie wir jetzt mittlerweile immer besser verstanden haben.

Deshalb ist die Antwort: Ja, die bisherige Gesetzeslage hat die Voraussetzungen dafür, dass man direkt handeln kann, so hochgemacht, dass die BaFin eigentlich erst die Voraussetzungen hat erfüllt sehen können, als es zu spät war, wenn ich das mal so sagen darf, weil alles schon passiert war. Das ist natürlich nicht gut und nicht tunlich. Also: Es wäre gut gewesen; man hätte das auch schon machen können im März/April/Mai 2019. Aber das wäre rechtlich nicht zulässig gewesen. Es im Mai/Juni 2020 zu machen, ist dann zwar auch noch ein guter Weg und ist ja für die weiteren Berichte auch veranlasst worden, nachdem das Unternehmen nicht kooperiert hat. Aber ehrlicherweise ist das aus meiner Sicht viel zu spät. Und die Gesetzeslage, die das produziert hat, muss geändert werden.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wir haben aber hier gesehen, dass es unterschiedliche Meinungen gibt. Also, wir brauchen jetzt keine Rechtsdiskussion.

Nur zur dienstlichen Verwendung

sein könnte für die Bundesregierung - wir haben ja hier schon über das Problem der gelöschten und anderer E-Mails gesprochen -: Es gibt eine Zeugenaussage von dem Fluchthelfer von Herrn Marsalek, Martin W., bei österreichischen Ermittlungsbehörden, und der sagt, dass der Eigentümer dieser Firma Virtual Solution, die diese Sicherheitslösung anbietet, gewisse wirtschaftliche Interessen mit Herrn Marsalek in der Vergangenheit verfolgt hätte. Der hat zum Beispiel in eine Firma mit investiert als Gesellschafter, in die vorher Marsalek investiert hatte. Es gibt diese Aussage, die ich nicht vom Inhalt bewerten kann, ob sie zutreffend ist; aber er wird dort genannt. Und ich glaube, wenn das so zutreffend wäre, wobei immer die Unschuldsvermutung gilt, sollte das vielleicht Anlass zur Sorge sein, was auch die Sicherheit der Kommunikation der Bundesregierung angeht. Und deswegen wollte ich nur diesen erkenntnisleitenden Hinweis mitgeben, dass man sich das vielleicht noch einmal anschaut - nicht dass die E-Mails, die wir hier anfordern, dann auf einmal bei Herrn Marsalek auftauchen. Das wäre, glaube ich, nicht in unserem Interesse.

Zeuge Olaf Scholz: Das ist nett, dass Sie mir diesen Hinweis geben. Im Übrigen habe ich davon noch nicht gehört; das will ich gern dazusagen. Das ist für mich also eine Premiere. Ich habe keinen Anlass, an der Technik und der Seriosität dort zu zweifeln, dafür gibt es keine Anhaltspunkte; aber selbstverständlich ist das wichtig, so was jetzt nicht ungerührt zur Kenntnis zu nehmen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi. - Und dann geht es weiter mit Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Dass der Bundesminister der Finanzen kein Telegram benutzt, davon gehen wir jetzt mal aus, oder? Ist doch so, nehme ich mal an, oder?

Zeuge Olaf Scholz: Ja, ist so.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Haben wir das auch geklärt. - Haben Sie denn, Herr Scholz, mit Frau Merkel direkt über ihre China-Reise gesprochen, und zwar vor der Reise bekanntermaßen?

Zeuge Olaf Scholz: Das weiß ich nicht mehr. Aber auf alle Fälle kann ich mich erinnern, und das auch mit Sicherheit, dass es nicht der Fall war, dass wir uns über das Thema Wirecard unterhalten haben, falls das Ihre Frage ist.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie und die Kanzlerin haben sich nie über Wirecard unterhalten, also weder vor dem Sommer 2020 noch in der Zeit, wo jetzt der Untersuchungsausschuss arbeitet?

Zeuge Olaf Scholz: Es geht doch jetzt um die China-Reise in Ihrer Frage.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Das war meine erste Frage. Und deswegen wusste ich jetzt nicht - - Ihre Antwort hat sich auf China bezogen?

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sonst frage ich anders: Haben Sie mit der Bundeskanzlerin mal über Wirecard gesprochen?

Zeuge Olaf Scholz: Nachdem hier alles in den Dutt gegangen ist, haben wir uns natürlich ab und zu mal ein, zwei Sätze dazu gesagt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unter vier Augen? Oder am Kabinettstisch? Oder per E-Mail?

Zeuge Olaf Scholz: Nein, unter vier Augen, dass das ja blöd ist. Und wir haben uns ja zum Beispiel, wie wir ja heute am Anfang unseres Gesprächs erörtert haben, auch unterhalten über die Kündigung der ~~APAS~~ und die Tatsache, dass das jetzt aus meiner Sicht erfolgen sollte. Das ist ja auch eine Konsequenz der Wirecard-Angelegenheit gewesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Scholz, einen Tick lauter - das wäre lieb. Ich habe jetzt auch Probleme, Sie zu verstehen.